

Ismet Cherif Vanly

# Kurdistan und die Kurden

Band 2

(Türkei und Irak – Fortsetzung)



**pogrom** Reihe bedrohte Völker

124/125

Institut kurde de Paris

pogrom Reihe bedrohte Völker

Institut kurde de Paris

## Zu diesem Buch:

Es gibt heute mindestens 20 Millionen Menschen im Nahen Osten, die Kurden sind; nach den Arabern und den Türken stellen sie in dieser Region — noch vor den Persern — die drittstärkste Nationalität. Nationale Selbstbestimmung hat das kurdische Volk bisher in keiner Form verwirklichen können, weder als politische Mitbestimmung in den vier Staaten, die sich das Territorium Kurdistan teilen, noch als selbstverwaltete regionale Autonomie für auch nur eines der vier Teilgebiete, noch gar in der Form territorialer Autonomie oder nationaler Eigenstaatlichkeit. Viele Menschen auch im deutschen Sprachgebiet hegen große Sympathien für das kurdische Volk, doch ist dessen Wirklichkeit mehrfach durch Romantik auf der einen, Verketzerung politischer Art auf der anderen verstellt. In den letzten zwei Jahrzehnten erschienen kaum ein Dutzend dem deutschsprachigen Leser zugängliche Werke über das kurdische Problem. Fast alle dieser Publikationen — meist auch die engagierten unter ihnen — waren Reiseberichte.

Mit diesem Buch, das die Reihe zu Kurdistan fortsetzt, die überwiegend von kurdischen Autoren verfaßt wird, wird eine Fülle detaillierter Informationen über Kurdistan und die Kurden im aktuellen politischen Kräftespiel des Nahen Ostens für den deutschen Leser veröffentlicht. Dieser zweite Band ergänzt den ersten Sammelband für die Zeit nach 1980 für Türkisch- und Irakisch-Kurdistan. Der dritte, der ebenfalls von I.C. Vanly vorbereitet wird, aktualisiert die Kapitel Kurden im Iran, Syrien, der „Diaspora“, und gibt eine kritische Gesamtschau der kurdischen Bewegung, aus der der Autor eine Perspektive für sein Volk zu entwickeln suchte.

LIVRE GÉNÉRALISTE  
-14/03/2017  
OOO VAN KUR(2)

**Ismet Chérif Vanly**

# **Kurdistan und die Kurden**

**Band 2**

**(Türkei und Irak – Fortsetzung)**

Aus dem Französischen  
von Françoise Geiger und Ulrike Woltschendorf

Redaktionell bearbeitet  
von Alexander Sternberg-Spohr

**pogrom**  
**Reihe bedrohte Völker**

pogrom Taschenbücher 1014  
Reihe bedrohte Völker  
Originalausgabe  
1. – 10. Tausend, Oktober 1986

© Copyright 1986  
Gesellschaft für bedrohte Völker,  
Göttingen und Wien

Tilman Zülch (Redaktionsleitung), Göttingen;  
Yvonne Bangert, Göttingen;  
Fritz Greußing, Dornbirn/Vorarlberg;  
Gerhard Knot, Groningen/Holland;  
Klemens Ludwig, Tübingen;  
Astrid Stegelmann, Hamburg.

Umschlagfoto: Gérard Klijn  
Bildtexte und ergänzende Kommentare: A. Sternberg-Spohr  
Satz: Focus Verlag GmbH, Gießen  
Druck: Graphische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel  
ISBN 3-922197-17-5

## **Inhalt**

<b>Der Autor: Ismet Chérif Vanly</b>	<b>7</b>
<b>Geleitwort: Tilman Zülch</b>	<b>8</b>
<b>Vorwort</b>	<b>11</b>
<b>Einführung A: Momentaufnahmen</b>	<b>15</b>
<b>Einführung B: Kurdistan und die Kurden</b>	<b>37</b>
<b>Türkisch-Kurdistan</b>	
<b>Von der Unterdrückung zum Widerstand</b>	<b>49</b>
Drei Putsch – ein Motiv	53
Die kurdische Bewegung in der Türkei	63
<b>Parteien und politische Gruppierungen Türkisch-Kurdistans</b>	<b>64</b>
Die Ökonomie der Unterentwicklung	78
Die Legalität der Putschisten und der Terror	82
Zum Hintergrund der Invasion im Irak	107
<b>Türkisch-Kurdistan 1984 – 1986</b>	<b>119</b>
Zur Intervention in Irakisch-Kurdistan und im „Golf“-Krieg	119
<b>Irakisch-Kurdistan</b>	
Widerstand und interner Streit	146
Die Opposition – Ursachen	148
Die Parteien des Widerstandes – gemeinsame Programme und Streitigkeiten	174
Die türkische Intervention in Südkurdistan	208
Die Kurden und der nach Irakisch-Kurdistan getragene „Golf“-Krieg	208
<b>Irakisch-Kurdistan: Ergänzungen 1984 – 1986</b>	<b>225</b>
Bibliographie	237
Adressen kurdischer Organisationen	251
Register	261

## **Errata**

Durch ein Versehen wurden die Bildunterschriften auf Seite 90 vergessen. Oben muß es heißen: Das Militärgefängnis von Diyarbakir; unten: Rechtsanwalt Hüsseyin Yildirim.

Auf den Seiten 93 und 113 wurden die Bilder gegeneinander vertauscht.

Seite 96 zeigt das Militärgefängnis von Mardin.

Beide Adressen der AKSA auf Seite 251 sind nicht mehr gültig. Ebenso die von Mayıs-Gulan.





*Ismet Chérif Vanly*

*Der Autor:*

*Geboren am 21. November 1924. Die Eltern Kurden aus dem türkischen Kurdistan (Vater Offizier aus Van, Mutter aus Diyarbakir), die in Syrien ansässig geworden waren. Ismet Cherif Vanly besuchte im kurdischen Viertel von Damaskus eine im 12. Jahrhundert von der Prinzessin Rabia Khatun – einer Schwester Saladins – gestiftete Grundschule; daher zweifellos seine Vorliebe für Geschichte. Er studierte in der Schweiz: Habilitation in Politik- und Sozialwissenschaften, Diplom der Rechte und Diplom in Philosophie. Auch als er eine exponierte Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung seines Volkes auszufüllen hatte, führte er seine Forschungen zur kurdischen Geschichte fort. Präsident der Vereinigung der kurdischen Studenten in Europa (KSSE) und später des Komitees für die Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes, unterrichtete er von 1960 bis 1962 Kurdologie an der Sorbonne. Er gab sein Lehramt an der Universität auf, um sich in den Dienst der Revolution im irakischen Kurdistan zu stellen, deren Delegierter im Ausland und Sprecher General Mustafa Barzani er bis 1975 blieb. Patriot, Demokrat, Humanist, geachtet vom kurdischen Volk in ganz Kurdistan, bemüht sich I.C. Vanly geduldig, die Einheit der kurdischen Bewegung auf der Grundlage des Prinzips der Selbstbestimmung wieder herzustellen, ohne dabei jemals seine allererste Passion aufzugeben: dem kurdischen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen durch den fortwährenden Versuch, dessen Vergangenheit und dessen Anteil an der Errichtung der Zivilisation des Nahen Ostens aufzuhellen.*

## Geleitwort:

Das deutsche und das kurdische Volk sind heute auf mannigfaltige Weise miteinander verbunden. Kurden leben nicht mehr allein nur „fern in der Türkei“ (beziehungsweise im syrischen, irakischen und iranischen Kurdistan). Nein, sie sind als Volksgruppe – 400.000 Männer, Frauen und Kinder stark – unter uns in der Bundesrepublik Deutschland, sei es als Gastarbeiter, sei es als politische Flüchtlinge, ansässig geworden. Kurden arbeiten in deutschen Fabriken, kurdische Kinder besuchen deutsche Schulen; kurdische Restaurants und kurdische Kulturveranstaltungen haben in den bundesdeutschen Großstädten längst ihren exotischen Charakter eingebüßt. Wie Angehörige anderer Emigrantengruppen träumen auch viele Kurden von der Rückkehr in die verlorene Heimat. Wenige werden sie realisieren können und immer mehr werden in der Bundesrepublik bleiben wollen.

Durch die bundesdeutsche Außenpolitik wirtschaftlich und militärisch eng verflochten sind wir darüber hinaus mit den Kurden der Türkei und des Irak, deren politische Situation dieser Band ausführlich darstellt. Ob das türkische Militär Nachbarn mit Krieg und Okkupation überzieht (wie seit 1974 die Republik Zypern und seit 1983, zuletzt 1986, drei Mal das benachbarte irakische Kurdistan) oder seine 10 bis 12 Millionen zählende kurdische Volksgruppe mit Demütigungen, Sprachverbot, Vergewaltigungen, Inhaftierungen, Folterungen, Todesurteilen und Deportationen verfolgt, die Türkei kann als Nato-bollwerk gegen den Osten mit unserer nahezu uneingeschränkten Wirtschafts- und Militärhilfe rechnen.

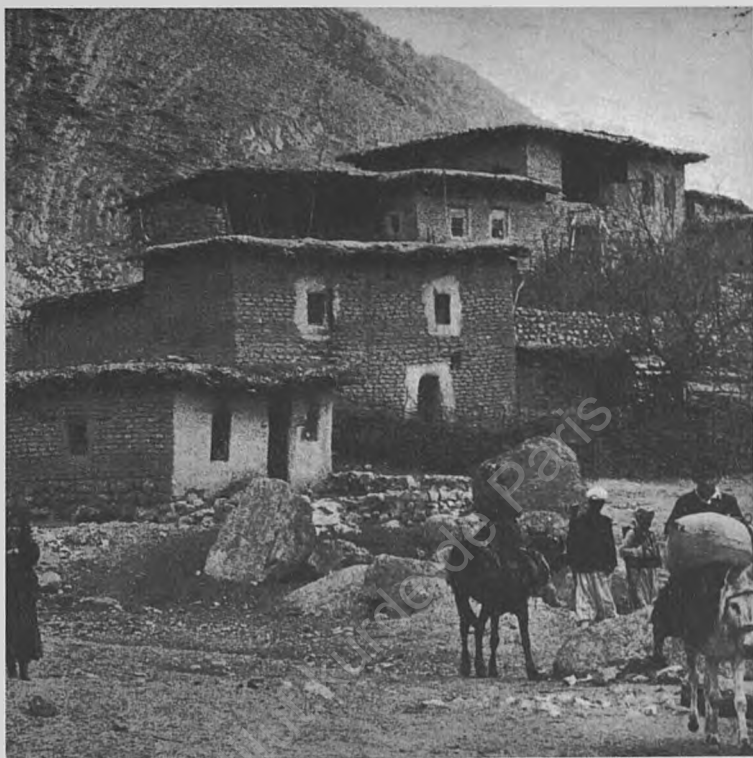
Auch die „national-sozialistische“ Baath-Diktatur des Irak ist nach der Abkühlung ihrer Beziehungen zur UdSSR und ihrer nun sechs Jahre währenden Verstrickung in den Krieg mit Khomeinis Iran, als Hüter der Ölquellen des Golf näher an den Westen und somit auch an die Bundesrepublik herangerückt. Deutsche Firmen liefern Waffen und Transportmaterial an Saddam Hussein; Frankreich, an dessen Waffenproduktion die Bundesrepublik beteiligt ist, ist zum Hauptwaffenlieferanten des Irak geworden. – Seit 1968 hat die Baathdiktatur nahezu ununterbrochen Kurden (aber auch christliche

Assyrer, Juden oder Schiiten, Kommunisten oder Demokraten) verfolgt (zunächst unter prosovjetschen, heute unter prowestlichen Vorzeichen), gequält und liquidiert. Allein die Kurden des Irak haben zehntausende, wahrscheinlich mehrere hunderttausend Opfer zu beklagen. *amnesty international*, wie alle anderen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen der Welt, berichtete mehrfach über „Jahresweltrekorde“ des Irak bei Hinrichtungen. Nach Auskunft der britischen Labour-Party sollen im September 1984 allein im Gefängnis von Abou-Graib 5.000 politische Häftlinge, unter ihnen zahlreiche Kurden, ermordet worden sein.

Ist es nicht erstaunlich, daß verantwortliche deutsche Politiker sich unter diesen Umständen noch wundern können, wenn politische Flüchtlinge — seien es Kurden oder Nicht-Kurden — als Opfer dieser Diktaturen bei uns um politisches Asyl nachsuchen?

Was wissen die Deutschen angesichts dieser langen deutsch-kurdischen Verflechtung, entstanden in den letzten zwei Jahrzehnten, über den kurdischen Nachbarn? — Nur Weniges — darunter vieles Romantische à la „Durchs wilde Kurdistan“ — ist von deutschsprachigen Autoren hierzu publiziert worden. Um so wichtiger ist es uns, kurdische Autoren zu Wort kommen zu lassen, ihnen eine Plattform zu bieten. Auch das erscheint uns wesentliche Aufgabe unserer Reihe ‚bedrohte Völker‘, ohne daß wir uns jede Position zu eigen machen müssen. Vanly ist als Schriftsteller und Historiker bei Kurden aller vier Teilregionen Kurdistans verschiedenster Weltanschauungen geachtet. Er hat sich immer als mahnende Integrationsfigur verstanden und ist für die Einigkeit der Kurden und die Überwindung der oft verwirrenden Bruderzwiste unter ihnen, von denen dieser Band bedredtes Zeugnis ablegt, eingetreten, und hat oft tatsächlich ausgleichend wirken können. Und er hat ebenfalls immer in besonderer Weise die unter Kurden ansässigen Minderheiten respektiert, unter ihnen die armenischen Überlebenden des Holocausts, die bedrohten Assyrer und Yezidi oder die Turkmenen des Irak.

Im Norden des heutigen kurdischen Sprachgebietes, in der Region zwischen Bitlis und Van bis über Erzincan und Erzurum hinaus, wurde wie in der gesamten Türkei 1915 und 1916 der erste planmäßige Völkermord unseres Jahrhunderts verübt. Das armenische Volk in der Türkei wurde ausgelöscht. Dieses Gebiet ist heute nahezu „armenierfrei“, wie Hitler es formuliert haben würde, der sich ausdrücklich auf diesen Genocid berief, als er die Vernichtung der Juden begann. Es gibt erfreuliche Anzeichen einer Aussöhnung und der Zusammenarbeit zwischen Kurden und Armeniern. Diese Verständigung weist in die Zukunft.



*(Foto: Dettmann)*

Die Redaktion pogrom wird die Reihe Kurdistan und die Kurden 1987/88 zunächst mit einem Band Vanly über Iranisch- und Syrisch-Kurdistan, die kurdische Diaspora im Libanon, der UdSSR und Westeuropa fortsetzen. Dieser 3. Band wird über die Beschreibung (wie im Band 2) der politischen Kräfte und Entwicklungen hinaus aber auch gesamtkurdische Perspektiven entwickeln.

*Tilman Zülch*

## Vorwort

Der erste, 1984 veröffentlichte Band „Kurdistan und die Kurden“ scheint bei den deutschen – oder deutschsprachigen – Lesern glücklicherweise auf großes Interesse gestoßen zu sein: die erste Auflage ist fast vergriffen. Dieser erste Band ist die mit vielen Bilddokumenten versehene Übersetzung der französischen Originalausgabe von 1978. Seitdem ist im Nahen Osten und in Kurdistan viel geschehen. Manche Ereignisse sind von Bedeutung für die internationale Entwicklung und wirken sich dort auf das Leben der Kurden aus.

Dabei denkt man natürlich zuerst an die islamische Revolution im Iran, an den Krieg des neuen Regimes gegen die Autonomiebewegung in Iranisch-Kurdistan und an den von Bagdad gegen das Regime des Ayatollah Khomeini entfesselten Golfkrieg: ein Konflikt ohne Ende, der die ganze Region in Aufruhr hält und sich vor allem auf das Gebiet des kurdischen Zagros auswirkt, der teils zur iranischen Hochebene, teils zu den Steppen Mesopotamiens gehört.

Seit ungefähr zwei Jahren hatte ich Zweifel über den Inhalt des zweiten Bandes „Kurdistan und die Kurden“. Über welche Themen sollte ich schreiben? Anfangs wollte ich sämtliche Ereignisse der letzten Jahre behandeln; das Manuskript war schon fast fertig, wäre aber zweifellos von der Seitenzahl her eine Vierfachaussage – und nicht, wie jetzt, eine Doppelaussage – geworden. So habe ich mich aus offensichtlichen thematischen Gründen, aber auch mit Rücksicht auf die Gesellschaft für bedrohte Völker (zeitliche und finanzielle Planung, Dringlichkeit des Themas) bereiterklärt, mehrere Kapitel abzutrennen. Ich hoffe, daß sie später einmal – nachdem ich sie auf den neuesten Stand gebracht habe – als eigenständiges Werk veröffentlicht werden können, das den Titel „Die islamische Republik Iran – Krieg in Kurdistan und am Golf“ tragen soll.

Der zweite Band ist somit nicht mehr allumfassend, dafür aber vielleicht konzentrierter. Ich hoffe, daß ihn die deutschen Leser, die sich mit der Sache des kurdischen Volkes, einer geteilten Nation, befassen, mit Interesse lesen werden.



*Kurden aus Harran (Foto: G. Ulutunçok/laif)*

Dieser Band umfaßt zwei Einführungen unterschiedlichen Charakters, ein Kapitel über Türkisch-Kurdistan und ein weiteres über Irakis-Kurdistan, die im wesentlichen 1984 geschrieben worden sind und deshalb einige neuere Entwicklungen nicht beinhalten. Sie werden dann im folgenden Band zu finden sein.

Meine Freunde in Göttingen planen, einen dritten Band „Kurdistan und die Kurden“ herauszugeben, der mit Beiträgen über die anderen Gebiete Kurdistans die Reihe vervollständigen wird. Dieser letzte Band wird einen Augenzeugenbericht (meine Begegnung mit Ayatollah Khomeini in Ghom Anfang März 1979), eine ethnographische Einführung über die verschiedenen Ethnien im Iran und über Iranisch-Kurdistan, ein oder zwei Kapitel über die Ereignisse im Iran, in Iranisch-Kurdistan sowie die Auswirkungen des Golfkriegs auf die kurdische Bewegung und die neueste Entwicklung dieser Bewegung beinhalten. Ein weiteres Kapitel über die Kurden in Syrien, in der UdSSR und in der Diaspora ist bereits fertiggestellt. Sodann wird ein kurzer Exkurs über die Kultur und die klassische Literatur dieses Volkes unternommen und abschließend eine allgemeine Zusammen-

fassung über Politik und Strategie sowie ein Anhang mit Dokumenten folgen: Bereits geschrieben sind Auszüge aus Geheimdokumenten amerikanischer Diplomaten über die kurdische Bewegung, die 1979 in Washington oder in amerikanischen Botschaften verfaßt wurden und sich unter den Dokumenten befanden, die während der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 von den „Islamischen Studenten, Anhänger des Imam“ erbeutet wurden. Eine Auswahl daraus wurde 1980 in 32 Bänden, zwei davon über Kurdistan, in Teheran und in den Vereinigten Staaten veröffentlicht.

In der Einführung „A“ des vorliegenden Bandes wird man mir verzeihen, daß ich, ganz unwissenschaftlich, von mir selbst spreche, da es sich um Erinnerungen handelt, um Augenblicke, die ich durchlebt und mit meinen Landsleuten geteilt habe. Sie sollen einen Einblick in die Gemütsverfassung des kurdischen Volkes geben.

Mein Dank richtet sich an die Gesellschaft für bedrohte Völker insgesamt und an ihre einzelnen Mitarbeiter, die sich jenen widmen, „von denen keiner spricht“. Besonders danke ich meinem Freund Tilman Zülch, dem Gründer der Gesellschaft für bedrohte Völker sowie Françoise Geiger und Ulrike Woltschendorf, die geduldig und gewissenhaft das Manuskript des vorliegenden Werkes in die Sprache Goethes übersetzt haben. Ihr Einsatz ist groß gewesen; ich danke ihnen dafür.

*Ismet Chérif Vanly*  
*Lausanne, 30. 4. 1986*

Institut kurde de Paris



## Einführung A

### Momentaufnahmen aus dem kurdischen Leben

In der Pariser Wohnung eines jungen Paares aus Iranisch-Kurdistan feierten wir den Vorabend des Newroz 1983. „Newroz“, der „Neue Tag“, wird jedes Jahr am 21. März, dem Frühlingsanfang begangen. Es ist das Neujahrsfest der iranischen Völker und das Nationalfest der Kurden. Seit jeher wird es in Kurdistan mit der Vorstellung von der Erneuerung des Menschen und der Natur verbunden, aber auch mit dem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit. In den Bergen, auf öffentlichen Plätzen und zuhause zündet man große Feuer an. Öffentliche und private Vergnügungen, gemeinsame Tänze von Männern und Frauen, Bankette, Folkloredarbietungen und patriotische Reden krönen die Feierlichkeiten. Die Frauen ziehen ihre schönsten Kleider an, und die Männer, alle in der Nationaltracht, zeigen sich ebenso galant wie elegant; viele Heiratsversprechen werden gegeben. In Paris waren wir etwa fünfzig Gäste: Männer und Frauen, Junge und nicht mehr ganz so Junge, manche in der Nationaltracht, die meisten jedoch westlich angezogen. Das ganze Spektrum der politischen Parteien, der sozialen Klassen und der vier Teile Kurdistans war vertreten. Einige von uns hatten den türkischen, iranischen, irakischen oder syrischen Paß, mit dem wir nach Westeuropa gekommen waren, behalten; andere waren jetzt Bürger verschiedener europäischer Staaten, waren staatenlos, hatten Flüchtlingsstatus oder hatten zweifellos gefälschte Papiere. Aber was machte das schon! Von Beginn des Festes an einte uns ein tiefes, beinahe greifbares Gefühl: Kurden zu sein und einer einzigen Nation anzugehören; solidarisch zu sein mit einem Volk, das in seinem Land für seine Rechte kämpft oder sich gegen Unterdrückung wehrt. Die Umstände und unser Status als Exilierte geboten uns eine gewisse Zurückhaltung. Nach einem kurdischen Mahl, das in einem mit Teppichen und Sitzkissen auf orientalische Art ausgeschmückten Salon serviert wurde, begannen die Mutigsten, einen Kreis zu bilden und zu tanzen. Gesetzte Matronen und junge Mädchen, darunter eine Armenierin, die in Kurdistan geboren und aufgewachsen war, tanzten an der Seite der Männer. Eine Frau begann die Nationalhymne „Ey Reqib“ zu singen, und alle stimmten

ein. Zwei junge Männer, die sich, jeder an einem Ende des Salons, gegenüberstanden, betätigten sich zum Abschluß des Abends als improvisierende Troubadoure. Zwei Stunden lang lieferten sie sich einen dichterischen Wettbewerb wie im Mittelalter. Zum Klang ihrer „Tembü“ (Lauten) sangen sie auf Kurmandji. Frage-und-Antwort-Lieder, Heldengesänge und Liebeslieder wechselten einander ab. Die unterschiedlichen Pässe und Dialekte zählten nicht mehr, Staatsgrenzen und differierende politische Anschauungen waren wie weggeschwicht.

Dieses Gefühl, zu einer einzigen, unteilbaren Nation zu gehören, die allgemeine Freude, unter Landsleuten zu sein, all dies erfüllte uns bis ins Innerste. So ist es auch, wenn Freunde zusammen sind, bei Folkloredarbietungen, politischen Versammlungen, kulturellen Veranstaltungen in Sälen, wo die Menschen wie elektrisiert sind, sich Arbeiter, Studenten und Intellektuelle drängen, wo die Luft erfüllt ist von patriotischen Liedern und revolutionären Parolen und die Wände übersät sind von Plakaten. Wenn die Gedanken aller sich vereinen, wenn der Glaube an eine Schicksalsgemeinschaft seinen Ausdruck findet, in solchen Augenblicken finde ich meine Lebensfreude wieder.

\* \* \*

Gehen wir jedoch zurück nach Kurdistan: Unzählige Bilder von dort überstürzen sich in meinem Kopf; ich sehe ein Volk unter Waffen, schwer arbeitend, unterdrückt, aber immer würdevoll ...

\* \* \*

Irakisch-Kurdistan, irgendwann zwischen 1964 und 1966:

Die Revolution hatte eine riesige befreite Zone geschaffen. General Mustafa Barzani, der Oberbefehlshaber, und das ihn unterstützende Exekutivbüro – in dem die Mehrzahl der Mitglieder des Politbüros der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) sowie Unabhängige vertreten waren<sup>1</sup> – hatten ihren Sitz im Tal von Choman, zwischen Rowanduz und der iranischen Grenze. Sie waren in zwei Lagern untergebracht, deren Standort je nach Jahreszeit und Sicherheitsanforderungen wechselte. Ich war als Mitglied des Revolutionsrates mit der



*Kurdische Familie in Türkisch-Kurdistan (Foto: Anne Lax 1984)*

Wahrnehmung der Außenbeziehungen betraut und reiste viel ins Ausland. Um dem Präsidenten meine Berichte vorzulegen und mit dem Generalsekretär darüber zu diskutieren, kam ich immer wieder ins Tal zurück, oft für mehrere Wochen, zweimal sogar für einige Monate. Ich wurde auch mit Missionen im Innern beauftragt und hielt mich dann in anderen Teilen der befreiten Zone auf, reiste manchmal auch darüber hinaus, teilte das Leben der Peshmergas, der regulären kurdischen Truppen, die mich begleiteten, und kam mit tausenden anderer Kurden in Berührung.

Im Lager des Exekutivbüros, wo mir jedesmal bei meiner Ankunft ein Platz eingeräumt wurde, war das Leben ziemlich streng geordnet. Das beeinträchtigte aber weder die gute Stimmung, die dort herrschte, noch den Sinn der Südkurden für sehr scharfzüngigen Humor. Jedem der Verantwortlichen war ein nicht-kämpfender Peshmerga als Ordonnanz zugeteilt. Meine Ordonnanz war Ali, ein etwa 25jähriger junger Mann aus einem Dorf nahe Arbil. Im Zivilleben hatte er sich in mehreren Berufen versucht, unter anderem als Taxifahrer. Ali redete nicht viel, war eher schweigsam – was man bei Kurden selten findet – aber pünktlich, mir ergeben und zurückhaltend. Ich habe

mich oft gefragt, was ihn wohl dazu gebracht hatte, sich der Revolution anzuschließen – und zwar nicht, um als Kämpfer Ehre zu erlangen, sondern um sich dieser Aufgabe im Hintergrund zu widmen. Mein erster Gedanke gilt Ali und seinen Kollegen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, den „Chefs“ und ihren Gästen im Untergrund ein bißchen Bequemlichkeit zu bieten, die die Teller mit Essen beim Koch abholten, den ganzen Tag lang Tee kochten und beim ersten Frost Wasser zum Baden warmmachten. Ich achtete Ali wegen seines Pflichtbewußtseins, und ich glaube, er wußte es. Heute, nach 20 Jahren, sind seine Züge immer noch in mein Bewußtsein eingegraben; ich habe auch ein oder zwei Fotos von ihm – die einzigen Male, daß er sich fotografieren ließ, zweifellos aus Freundschaft zu mir.

Es war im Sommerlager. Ich lebte in einer Baumhütte, die in der Krone einer Eiche verankert war, unsichtbar für die Piloten der irakischen Luftwaffe. Lange Zeit durfte ich sie sogar mit Jean Pradier<sup>2</sup> teilen. Eines Tages sagte man mir, daß eine Gruppe von Peshmergas, die auf der Durchreise waren, mich sehen wolle. Es waren kräftige Kerle, bis an die Zähne bewaffnet. Sie waren etwa zwanzig, alle aus der Türkei, einige aus der Gegend um Van – dem Land meiner Vorfahren, das ich noch nie gesehen habe und wo ich nicht hinfahren darf. Alles an meinen Gästen, ihre Art zu sprechen und sich zu kleiden, zeigte, daß sie Bergbewohner aus dem Norden waren. Ich kannte ihre Namen nicht, hatte sie nie zuvor gesehen, aber das war nicht wichtig: Es waren Kämpfer. Für sie war ich einer von ihnen, ein Kurde aus dem Norden, fast so etwas wie ein „verlorener Sohn“. Die mir am nächsten standen, deuteten einen Handkuß an, Zeichen für eine gute bäuerliche Erziehung. Das konnte ich jedoch nicht zulassen. Sie waren lange unterwegs gewesen und hatten noch ein weite Strecke vor sich. Es war heiß; wir boten ihnen Tee an. Pater Paul Beidari, mein Nachbar im Lager, schickte mir – aufmerksam wie immer – zwei Flaschen Saft für sie. Wir unterhielten uns eine Weile. Ich beglückwünschte sie zu ihrer Teilnahme am Kampf in Irakisch-Kurdistan. „Wir sind doch alle Kurden“, sagten sie mit Nachdruck. Wie alle Nordkurden waren sie nicht gesprächig. Als der Abschied kam, hielt einer von ihnen, offenbar ihr Chef, lange meine Hände in den seinen, wie um dem Moment eine feierliche Note zu geben, mir ein Versprechen abzurufen. „Wenn wir in Nordkurdistan zu den Waffen greifen“, sagte er nach einer kurzen Pause, „werden Sie dann mit uns kämpfen?“

Unter den Platanen und den Eichen im Tal von Choman, zwischen



*Partisanen im HQ von Choman / Irakisich-Kurdistan  
(Foto: Gérard Klijn)*

den Birken, die an höhergelegenen Stellen wuchsen, am Ufer des Balek, dessen Wasser glitzerte und sich durch die Felsen schlängelte, habe ich andere Kurden aus der Türkei getroffen, auch aus Iranisch- und Syrisch-Kurdistan. Einige Kurden aus dem Iran, zum Beispiel Hajar, unser Nationaldichter und alter Gefährte Mustafa Barzani aus dessen Zeit in der UdSSR, lebten dort ständig. Auch ich selbst war ja nicht aus dem Irak. Mein syrischer Paß (mein Großvater war von Van nach Damaskus ausgewandert) war allerdings für ungültig erklärt worden, und ein außerordentliches Militärtribunal hatte mich in Abwesenheit zum Tode verurteilt – wegen eines „politischen Verbrechens“. Ich habe nie erfahren, was ich getan haben soll. Aber in dieser Hochburg der Revolution war das auch egal; welcher Staat uns für sich beanspruchte, war – zumindest in unserem Kreis – ohne Bedeutung. In unserem Innern waren wir Kurden: aus dem Süden oder aus dem Norden, aus dem Osten oder aus dem Westen, je nachdem, wo wir geboren waren, und das war normal. Aber wir waren weder „Iraker“ noch „Iraner“, „Türken“ oder „Syrer“.

Pater Paul Beidari war der Vertreter der christlichen assyro-chaldäischen Gemeinschaft im Revolutionsrat und in dem von ihm gebildeten Exekutivbüro. Er hatte schon 1926 eine „Kurdische Grammatik“ verfaßt, die in Paris veröffentlicht worden war. Mit 77 Jahren war er immer noch rüstig und im Vollbesitz seiner Kräfte. Er hielt sich durch tägliche einsame Spaziergänge in Form. Ab und zu begleitete ich ihn, denn er unterhielt sich gerne mit mir auf Französisch. Er stammte aus dem Badinân in Zentralkurdistan, war als Chaldäer aber Rom zugehörig und trug immer sein bestes Priestergewand. Für jeden, auch für Mustafa Barzani, war er „Abûna“, „unser Vater“. Alle respektierten und achteten ihn wegen seiner Stellung, seines Alters und seines Priesteramtes. Manchmal erhielt er Besuch von Peshmerga-Gruppen, die ihm kleine Geschenke brachten. Ein paar Mal rief er mich hinzu, um sie zu begrüßen. Sie waren Christen, aber sie unterschieden sich in nichts von den anderen.

„Unser Vater“ hat uns verlassen. Obwohl ich kein Christ bin, besitze ich immer noch – nach 20 Jahren – eine kleine Aluminium-Plakette mit Christus und dem Kreuz, die er mir einmal geschenkt hatte. Um nichts auf der Welt würde ich mich davon trennen.

Von den Peshmergas, die ich in Kurdistan kennengelernt habe, muß ich noch Marguerite George erwähnen, eine furchtlose junge Frau, eine Jakobitin (Assylerin).<sup>3</sup> Sie war die erste Frau in jener Bewegung, die Waffen trug, wie die Männer und gemeinsam mit ihnen kämpfte.

Vielleicht hielten deshalb Barzani und „Abûna“, die in sozialer Hinsicht sehr konservativ waren, nicht allzuviel von ihr. Um zu kämpfen, hatte sie ihren Mann verlassen. Aber was machte es schon, daß sie nicht wie eine Nonne lebte? Marguerite bezahlte ihre Liebe zum Vaterland mit dem Leben.

Einmal führte mich ein Auftrag weit in den Süden, an die Grenze der befreiten Zone. Drei Peshmergas, alle Barzani-Kurden, begleiteten mich. Eines Abends entwickelte sich in einem Dorf mit den dort lebenden Peshmergas ein Gespräch über die Zeit nach dem Krieg. Ich fragte sie, was sie dann machen würden. Einer antwortete: „Ich werde mich an den Fuß des Hamrin stellen, an die Straße von Bagdad, und keinen Araber durchlassen, der mir nicht seinen Paß mit dem Einreisevisum zeigt.“ Der Hamrin ist eine niedrige Bergkette. Er bildet die natürliche Grenze zwischen dem arabischen Irak und Kurdistan. Als ich ihm zu verstehen gab, daß es einen solchen Posten nicht geben würde, da die Revolution nur für eine Autonomie innerhalb des irakischen Staates kämpfe, grummelte er; „Ich habe geglaubt, wir würden für Kurdistan oder den Tod kämpfen, dafür, daß wir unsere eigene Fahne und unseren eigenen Paß hätten.“ Die Führung der Revolution und die Partei hatten tatsächlich die Parole „Kurdistan ya neman“ („Kurdistan oder nichts“) verbreitet, obwohl ihre Ziele sich – paradoxerweise – auf eine innere Autonomie beschränkten. Meine drei Barzani-Kurden blieben still. Für sie zählte nur eines: ihren Auftrag zu erfüllen und mich nach Beendigung der Reise sicher in das Tal von Choman zurückzubringen. Alles andere war erst einmal unwichtig. Diese Partisanen hatten eine beispielhafte Disziplin. Auch alte Haudegen beschwerten sich kaum, und wenn, dann nur unter sich. Sie kämpften bis zum bitteren Ende genauso diszipliniert wie die anderen, auch für diese Autonomie, die ihrer Meinung nach den Vorstellungen ihres Volkes so wenig entsprach, ja sogar ihres Vaterlandes und ihres Kampfes unwürdig war.

Als er schon über 50 Jahre alt und Oberst der irakischen Armee war, desertierte Abdul Rahman Qadhi und stellte sich in den Dienst der Revolution. Viele andere kurdische Berufsoffiziere, insbesondere alle, die der Polizei angehörten, hatten dasselbe gemacht. Qadhi war Mitglied des Militärates, der dem Exekutivbüro angegliedert war. Wäre er bei der Armee geblieben – und Araber gewesen – dann wäre er General geworden und vielleicht (in der Folge irgendeines Staatsstreiches) sogar Marschall. Seit meinem ersten Aufenthalt von August bis Oktober 1964 habe ich oft in Ranya, das damals Sitz der Gremien der Revolution war, ein Zimmer mit ihm geteilt, manchmal mehrere

Wochen lang. Qadhi war die Liebenswürdigkeit in Person. Er lieb mir seine schönste kurdische Tracht im Stil des Badinan, woher er stammte, und eine Pistole, die ich ab und zu trug. Nach der Niederlage vom März 1975 ging er mit den anderen in den Iran. Damals hielt ich mich glücklicherweise als Delegierter in Europa auf. Ich protestierte öffentlich gegen den Rückzug, den ich als Verrat empfand, und rief dazu auf, wieder zu den Waffen zu greifen.<sup>4</sup> Als ich dann im April 1982 in New York war, luden mich Flüchtlinge aus Irakisch-Kurdistan zu einem Essen ein, das bei einem von ihnen stattfand. Dort stellte man mir eine junge Frau vor, Mutter zweier kleiner Kinder, und ihren Mann, einen Ingenieur aus Sulaimani. Sie war die Tochter von Oberst Qadhi und wußte, daß ihr Vater und ich befreundet gewesen waren. „Wir leben jetzt in Kanada“, sagte sie würdevoll, „meine Schwester und ihr Mann in den Vereinigten Staaten“. Ich nahm die Hände der jungen Frau in die meinen und erinnerte mich an ihren Vater. Sie sagte nichts, aber ihre Augen blickten einen Moment lang ins Leere und füllten sich mit Tränen. Ich wußte, daß Oberst Qadhi zwei oder drei Jahre zuvor in seinem iranischen Exil vom Geheimdienst feige ermordet worden war. „Ich hoffe nur, daß wir eines Tages seinen Leichnam in den Badinan überführen können“, fügte sie hinzu und versuchte ihrer Stimme Festigkeit zu geben, während sie mich fragend anschaute.

\* \* \*

Am 2. März 1979 starb Mustafa Barzani desillusioniert und nach langer Krankheit in einem Krankenhaus in Washington. Einst war er der Oberkommandierende einer festen Volksarmee von 60.000 Peshmergas gewesen, der verehrte und gefürchtete Held einer unterdrückten Nation, die zu den Waffen gegriffen hatte. Er hatte versucht, Unterstützung von der Sowjetunion zu erhalten, aber die Umstände zwangen ihn, auf die Vereinigten Staaten zu setzen. Präsident Nixon und Außenminister Kissinger, Freunde und Alliierte des Schah, hatten ihm in geheimen Verhandlungen ihr Ehrenwort gegeben, daß die USA den Kurden helfen würden. Barzani hatte daran geglaubt. Doch in der Schicksalsstunde im März 1975, als der Schah die Kurden verriet, ließen ihn Kissinger und Präsident Ford schmählich im Stich; Nixon war damals wegen des Watergate-Skandals bereits zurückgetreten.<sup>5</sup> Zwei Tage nach seinem Tod wurde Barzani in kurdischer Erde beigesetzt, wie er es in seinem letzten Willen gewünscht hatte. Zwar konnte er nicht in Barzan bestattet werden, das die irakische Armee



besetzt hielt, aber er ruht jetzt in Ushnû in Iranisch-Kurdistan. Wie viele Abende habe ich mit ihm verbracht! Manchmal saß ich mit ihm allein in Ranya, im Tal von Choman oder im Tal von Doli-Shawer und hörte oft bis zum frühen Morgen seiner tiefen, getragenen Stimme zu. Aber ich kann unmöglich in einigen Zeilen aufzeigen, wie er war, seine Persönlichkeit auf einige wenige Sätze reduzieren.<sup>6</sup> Wenn er sprach oder wenn er zuhörte – und er war ein sehr guter Zuhörer, auch wenn er gegenteiliger Meinung war – hatte er die Angewohnheit, seine Hände zu beschäftigen, indem er aus kurdischem Tabak Zigaretten drehte; er war Kettenraucher. Ich konnte nicht drehen und rauchte wie die anderen amerikanische Zigaretten, die es überall in Hülle und Fülle gab. Barzani glaubte daran, daß die Unterstützung durch eine Großmacht notwendig sei, aber seine wirkliche Position war die eines Blockfreien. Eines Abends war ich mit ihm allein in seinem Zelt, das auf einem kleinen freien Platz im herrlichen Tal von Doli-Shawer aufgeschlagen war. Es war stockfinster, ein Gewitter lag in der Luft. Die Wachen, die einige Meter entfernt waren, konnten wir kaum sehen. Barzani war guter Laune. Er sprach stundenlang, erzählte Ereignisse aus seinem Leben, die einen Bezug zur Gegenwart hatten. Oft verwendete er Parabeln, lange Gleichnisse, die man aufmerksam bis zum Ende anhören mußte, um den Gedanken zu erfassen, der hinter ihnen stand. An diese Art von geistiger Anstrengung war ich nicht gewöhnt. Während ich zuhörte, folgten meine Augen den Bewegungen seiner Hände. Mit einem Federmesser schnitzte er, wie er das schon öfter getan hatte, Zigarettenspitzen aus dem Holz des Vogelkirschbaums. Im allgemeinen schenkte er sie seinen Gästen als Zeichen seiner Aufmerksamkeit. Kurz vor Sonnenaufgang war die Zeit der Parabeln beendet; ich war eigentlich erleichtert. Durch eine Öffnung im Zelt sah ich die letzten Sterne über der dunklen und mächtigen Silhouette des Berges Sharokh. Barzani sagte, wie um seine Ausführungen zusammenzufassen: „Wenn eine der beiden Großmächte, USA oder UdSSR, Sie auffordert, die andere zu bekämpfen, dann sagen Sie ihr, sie soll das selbst machen. Sagen Sie ihr, wir sind ein unterdrücktes Volk, wir verfügen nicht über die Mittel, uns in den Kampf der Giganten einzumischen.“ Diese Worte waren Ausdruck seiner Weisheit. Ich dachte darüber nach, als er mir die Zigarettenspitze hinhielt, die schon fertig und reich verziert war. „Sie gehört Ihnen“, sagte er nur.

\* \* \*



*Kurdische Nomadinnen (Foto: Gérard Klijn)*

Nach der Spaltung des Politbüros 1964 waren Jalal Talabani, Ibrahim Ahmed und ihre Anhänger in den Iran geflohen. Um Kontakt zur Außenwelt zu haben, hatten sie dem Regime in Teheran abgerungen, die Einreise von Journalisten und Parteienvertretern zu erleichtern. Von der Ankunft in Teheran bis zur Grenze wurde man „in Obhut genommen“. Das Arrangement war vom rebellierenden Politbüro der DPK ohne Wissen seines Vorsitzenden Barzani getroffen worden, der dem Schah zutiefst mißtraute. Nach erfolglosem Aufstand und militärischer Niederlage hatte sich das Politbüro in den Iran zurückgezogen, wo seine Mitglieder gebührend begrüßt wurden; allerdings behandelte Teheran Mustafa Barzanis Parteigänger ebenso. Barzani bereitete sich darauf vor, einen außerordentlichen Kongreß der DPK einzuberufen, um ein neues Zentralkomitee wählen zu lassen. Die Krise hatte die Kurden in allgemeine Niedergeschlagenheit gestürzt. Man bat mich, zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen. Ich sollte zwischen Teheran und Ranya hin- und herpendeln, die „Aufständischen Führer“ im Exil – Ibrahim Ahmed, Jalal Talabani, Ali Askari, Nuri Shawes, Hilmi Sharif, Oberst Aziz Shemzini – dazu bewegen, zu so ehrenhaften Bedingungen wie irgend möglich in das

befreite Gebiet zurückzukehren. Barzani sollte dem zustimmen und ihnen verzeihen. Ich hatte sie 1960, zu Zeiten des Generals Abdul Karim Kassem, in Bagdad kennengelernt, und wir standen seitdem in Kontakt.

Ich bereiste Iranisch-Kurdistan in einem Land-Rover, immer begleitet von einem iranischen Funktionär oder einem Militär in Zivil und gefolgt von einem weiteren. Mein Reisegefährte, ein Kurde aus dem Irak, deutete unaufhörlich auf Stellen, die sich für einen Partisanenkrieg – natürlich gegen das Schah-Regime – eigneten. Über unsere „Schutzengel“ sagte er: „Jetzt sind sie diskret und dienstbeflissen, aber morgen werden sie zu den Henkern des kurdischen Volkes gehören.“

Und wirklich, während meiner Reisen durch Iranisch-Kurdistan gab „man“ immer acht, daß ich nicht allein in Kontakt zur Bevölkerung kam, vor allem in den Städten, wo die Menschen politisch aktiv waren. Die Städter waren solche Besucher offenbar gewöhnt und taten, als ob sie uns nicht sähen, sogar mitten auf der Straße, wo wir wirklich hautnah mit ihnen in Berührung kamen. Vielleicht sahen sie die „hilfreiche Hand“, die eine von ihnen verabscheute Regierung den Brüdern aus Irakisch-Kurdistan reichte, als notwendiges Übel an. Dennoch fühlte ich, daß wir, die Gesandten der Revolution, nicht nur toleriert, sondern insgeheim bewundert wurden. Dieses Gefühl bestätigte sich, wenn wir ab und zu in Hotels übernachteten, oder wenn ich mich zu Pferd mitten im Winter allein auf den Hügeln des Zagros befand. Der Land-Rover war nicht zum vereinbarten Treffpunkt, einem Tal auf der iranischen Seite der Bergkette, gekommen, weil der Schnee die Straße unpassierbar gemacht hatte. Bei solchen Gelegenheiten, wo ich mitten im Nirgendwo, am Fuß der Berge, meinem Schicksal überlassen blieb, ging ich zu den Einheimischen. So entdeckte ich, daß zu beiden Seiten dieser absurden Grenze, die es ohnehin nur auf den Landkarten gibt, ein und dasselbe Volk lebt. In diesen gottverlassenen Tälern, für diese Bauernfamilien, die friedlich ihrer Arbeit nachgingen, waren diejenigen, die über die Berge, „von der anderen Seite“ kamen, Kämpfer für eine kurdische Sache, die auch die ihre war. „Peshmerga“ – ein Zauberwort, das man mit Bewunderung aussprach, ein Ruhmestitel, der einem die bescheidenen Hütten und die glühenden Herzen öffnete.

Eines Tages führte mich meine „zivile“ Eskorte in ein Haus in der Innenstadt von Sanandaj. Ein Freund von mir, Khorshid, lebte in dieser Stadt. Er hatte in Genf studiert. Warum sollte ich ihn nicht kurz

besuchen? Ich fragte meine Eskorte, ob sie ihn kannten, und betonte dabei, daß er seit vielen Jahren ein persönlicher Freund von mir sei. Nach einer Stunde teilte man mir mit, Khorshid sei „nicht auffindbar“. Zwei Monate später, wieder in Europa, sagte mir ein iranischer Kurde, Khorshid habe es sehr unklug gefunden, daß ich angesichts der Umstände auf ihn aufmerksam gemacht habe. Ich war unvorsichtig gewesen.

\* \* \*

Es schmerzt mich, die drei oder vier Wochen, die ich im August/September 1975 in Irakisch-Kurdistan und in Bagdad verbracht habe, in Gedanken noch einmal zu durchleben. Ich war von der regierenden, allmächtigen und alles beherrschenden Baath-Partei eingeladen worden, damit ich mit eigenen Augen sehen sollte, „daß mit den Kurden alles in Ordnung war“. Das war im Anschluß an das Abkommen von Algier, das uns allen in trauriger Erinnerung geblieben ist. Nur wenige Monate zuvor hatten Barzani und seine Peshmergas, sein Generalstab und seine Partei eine Entscheidung getroffen, die mir immer noch unverständlich ist. Nach einem vierzehnjährigen Krieg, in dem sie nicht zu besiegen gewesen waren, hatten sie das befreite Gebiet aufgegeben, hatten das kurdische Volk allein und ohne Schutz zurückgelassen. Es waren vier Wochen, in denen ich, von soviel Ungerechtigkeit, Feigheit und Unmenschlichkeit bis ins Mark getroffen, alles riskierte. Ich kämpfte allein gegen alle, gegen Gouverneure und Minister, gegen Funktionäre und Kollaborateure, gegen einen ganzen Staatsapparat. Wie könnte ich vergessen, obgleich ich, auch wenn ich alles erzähle, doch nur einen sehr unzureichenden Eindruck vermitteln kann? Wie könnte ich die Gesichter von Menschen wie Aziz Akrawi vergessen – ein alter Freund aus glücklicheren Zeiten, erst Oberst der irakischen Armee, dann Oberst der kurdischen Armee, dann Verräter der Revolution und schließlich „Staatsminister“ im Baath-Kabinet? An einem Morgen im August 1975 empfing er mich in seinem Büro in Bagdad, wo sich ungefähr zwanzig Personen versammelt hatten. Unter den aufmerksamen Augen von zwei Funktionären, die von Baath-Minister Tariq Aziz dazu bestimmt worden waren, mir „Gesellschaft zu leisten“, ließ Akrawi sich über „den Verräter Barzani“ aus. Am Nachmittag desselben Tages, als er mit mir allein in eben diesem Büro war, bezeichnete er sich selbst als „Verräter am kurdischen Volk“. Der selbstsichere Minister vom Vormittag, der



*Berg Ararat und kurdisches Gehöft  
(Foto: Gerhard Müller, „Türkei“, Bucher Verlag)*

mir in einem unbeobachteten Moment zugeflüstert hatte, daß er mit mir allein sprechen wolle, war nur noch ein niedergeschlagener Patriot, der sich seiner Fehlentscheidungen bewußt war. Er war der in Angst gehaltene Gefangene einer Regierung, die er nicht mehr zu verlassen wagte. Er hatte alle Fenster des Büros geschlossen, so daß kein kühler Luftzug die Hitze des irakischen Sommers milderte. Dann stellte er das Radio auf volle Lautstärke, so daß die Musik unsere Stimmen völlig übertönte. „Hier sind ganz sicher überall Mikrophone versteckt“, flüsterte er mir zu, als er mein Erstaunen bemerkte. Der kurdische Minister, der sich in der Höhle des Löwen häuslich niedergelassen hatte, hatte Grund zu der Annahme, daß ihm seine Kollegen hinterherspionierten. Ganz hinten in einem Schrank, dessen Schlüssel er stets bei sich trug, hatte er eine dicke Akte versteckt, die er jetzt auf den Tisch legte. Mit Tränen in den Augen und zitternden Händen blätterte er fieberhaft darin herum und sagte mir erregt: „Das ist unser geheimes Dossier über die Arabisierung, die jetzt in Kurdistan durchgeführt wird“.

Wie könnte ich die kurdischen Dörfer vergessen, deren Bewohner deportiert werden sollten, und wo die Kinder mich um Hilfe baten? Wie könnte ich die fürchterlichen strategischen Dörfer vergessen, die direkt neben Militärstützpunkten in tiefgelegenen Tälern errichtet

worden waren, wo die früher freien Bergbauern vor sich hin vegetierten? Was könnte ich von den modernen Dörfern erzählen, die damals gerade an den fruchtbarsten Stellen und an strategisch wichtigen Punkten in Kurdistan gebaut wurden und arabische Kolonien aufnehmen sollten? Was könnte ich von den Blicken erzählen, mit denen mich alle Leute in einem Saal in Arbil ansahen, die ich in meinem Rücken fühlte, und die so voller Hoffnungslosigkeit waren, daß ich nicht wagte mich umzudrehen? Soll ich schweigen, weil an einem Tag im Oktober 1976 zwei Agenten aus Bagdad mit Diplomatenpaß in mein Haus in Lausanne kamen und mir zwei Kugeln in den Kopf schossen, um mich für immer zum Schweigen zu bringen?

\* \* \*

Im April 1983 war ich auf Einladung des Orient-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. In einem Hörsaal fanden sich gut zwei Dutzend aus Kurdistan stammende Doktoranden der Akademie für kurdische Studien und ihre sechs sowjetischen Professoren zusammen. Letztere waren hervorragende Wissenschaftler und aufmerksame Gastgeber; ich denke hier insbesondere an Professor Hasratyan, einen Armenier, der mir das Privileg seiner Freundschaft gewährte. Sie gehörten verschiedenen Nationalitäten der Sowjetunion an. Sowohl für die Professoren wie auch für die Studenten war die Existenz einer einzigen und unteilbaren kurdischen Nation eine Selbstverständlichkeit. Wie oft haben wir in Restaurants Tischreden auf das Wohlergehen des kurdischen Volkes gehalten und darauf mit Wodka angestoßen! Im Orient-Institut der Akademie der Armenischen Wissenschaften gehörten Professoren und Studenten des kurdischen Fachbereichs beiden Nationalitäten an. Die Kurden aus Eriwan waren froh darüber, gleichzeitig Kurden, Sowjetbürger und Bürger der Republik Armenien zu sein. Sie waren solidarisch mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes und verfolgten die Entwicklung in Kurdistan mit großer Anteilnahme.

Im Hotel Akademijskaya in Moskau waren wir zwölf Kurden mit verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Zwei waren langjährige Freunde von mir: Den einen, einen irakischen Kurden, hatte ich 1960 in Bagdad beim Kongreß der Internationalen Studenten-Union kennengelernt, den anderen, einen Kurden aus der UdSSR und Autor mehrerer Bücher über die klassische kurdische Literatur, kannte ich von meinen Reisen in den sechziger Jahren. Ein weiterer Kurde aus dem

Irak, ein Dichter, hatte die russische Biographie eines heute verstorbenen Kurden, der als Held der Oktoberrevolution gilt, ins Kurdische übersetzt. Natürlich waren wir von unserer Erziehung, unserem Alter und vielleicht auch von unserer Ideologie her unterschiedlich, aber wir waren alle Kurden und sehnten uns danach, daß sich die nationale Befreiung und der Fortschritt unseres Volkes verwirklichten. Ich erinnere mich noch daran, wie die Augen meines sowjetischen Freundes strahlten, als er auf die Antrittsrede des inzwischen verstorbenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der UdSSR, Juri Andropow, vor dem Obersten Sowjet zu sprechen kam. Andropow hatte dort das kurdische Volk namentlich erwähnt. Warum soll ich es verschweigen: Ich freute mich genauso darüber wie mein sowjetischer Freund.

\* \* \*

*Diyarbakir – Tchai Khane (Foto: „The Middle East“, July 1986)*



Und was ist mit den elf Millionen Kurden in der Türkei? Sie machen die Hälfte aller Kurden aus. Ihnen wurde in Sèvres 1920 die Unabhängigkeit versprochen. Dann wurden sie seit Atatürk der Assimilierung und der Unterdrückung ausgesetzt und leiden seit September 1980 unter dem dritten Militärputsch in der Türkei.

Weil ich selbst leider nie in Türkisch-Kurdistan gewesen bin, es nur aus dem Flugzeug oder von einem Berg im Grenzgebiet aus gesehen habe, lasse ich zwei alte Freunde zu Wort kommen, Arjumand, einen Kurden aus Kirmanshah, und seine deutsche Frau Monika. Beide sind in den Fünfzigern, geistig unabhängig und offen und haben vage sozialistische Vorstellungen. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten sie für eine internationale Organisation und leben zur Zeit in Wien. 1982 verbrachten sie ihre Ferien in Istanbul und an der Küste der Ägäis. Bei ihnen war Mecit, ein gleichaltriger türkischer Freund und Arbeitskollege von Arjumand. Mecit lebt seit langem in Europa und ist ehrlich genug, die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei anzuerkennen. Dennoch ist unverkennbar, daß er in der kemalistischen Ideologie erzogen worden ist. Zwar erkannte er die Tatsache an, daß es Kurden gibt, während der Kemalismus sie „Bergtürken“ nennt; dennoch meinte er, daß „Kurden in der Türkei gleichberechtigt sind“. Arjumand teilte diese Auffassung nicht. Aber trotz ihrer unterschiedlichen Auffassungen in diesem Punkt vertrauten sich beide Männer voll und ganz. Deshalb wollten sie „Licht in die Sache bringen“ und sich alles an Ort und Stelle anschauen. So verbrachten die drei Freunde den Juni 1983 in Kurdistan. Es war ihre erste Reise in dieses Land. Sie fuhren mit dem Schiff nach Trapezunt und verbrachten einige Tage in Lazistan an der Schwarzmeerküste. In dieser walddreichen Gegend zwischen Rize und Georgien sprechen noch große Teile der Bevölkerung Lazisch, ihre ursprüngliche Sprache<sup>7</sup>, aber auch Türkisch. Ihre Reise durch Kurdistan führte sie dann nach Kars, in die Region um den Berg Ararat, wo Igdir und Bayezid liegen, an die Nordküste des Van-Sees mit dem Berg Sipan und Erdjesh (Ercis), nach Van an der Ostküste des Sees, nach Tatvan an der Südküste und dann weiter nach Bitlis, Silvan, Diyarbakir, Ergeni, Elaziğ, Malatya, Adiyaman, Samsat und Antep (Gaziantep).

Nach Wien zurückgekehrt riefen Arjumand und Monika mich an, um mir von ihrer Reise zu erzählen. Sie waren so begeistert und redeten durcheinander, daß ich kaum etwas verstehen konnte, nur, daß es „tatsächlich eine kurdische Nation gibt“, und daß sich Arjumand „ganz toll“ fühlte. Einige Tage später führte eine Reise das Paar zu



mir. Ich fasse im folgenden die Erzählung von Arjumand zusammen – ohne etwas zu beschönigen, eher spiele ich seine Begeisterung herunter – und arbeite die Präzisierungen von Monika ein:

„Vor der Reise neigte ich dazu, Aussagen über die Bedeutung der kurdischen Frage in der Türkei und über die Lage in Kurdistan auf einen gewissen intellektuellen, übertriebenen Eifer zurückzuführen. Aber das stimmt nicht! Was wir gesehen und gehört haben ist Ausdruck einer lebendigen Wirklichkeit, die ich nie erwartet hätte, einer Wirklichkeit, die in die Zukunft weist, die zu großen Erwartungen, zu den kühnsten Träumen Anlaß gibt. Ich hatte Angst davor, ein Volk zu finden, das von 60 Jahren Unterdrückung gebrochen wurde, das von der Maschinerie der militärischen Besatzung eingeschüchtert worden ist, ohne Stolz und ohne Würde, nur noch dienstbarer Geist für ausländische Touristen. Aber ich habe ein stolzes, furchtloses Volk gefunden, das seinen Charakter und seine natürliche Fröhlichkeit bewahrt hat, nur Verachtung und Spott für die türkische Militärpräsenz übrig hat, den Touristen gegenüber höflich ist und jedem, der es hören will, von seinem Kurdischsein erzählt. Ich habe ein arbeitsames Volk gefunden, das wirtschaftlich unabhängig ist und würdevoll, ja sogar ungezwungen von seiner Arbeit und den Erträgen seines Landes lebt. Ich habe die kurdische Nation meiner Kindheitsträume wiedergefunden. Es stimmt, ich bin enthusiastisch aus Kurdistan zurückgekommen, und ich werde wieder dorthin fahren.

In Kurdistan spricht jeder Kurdisch, auch wenn Soldaten dabei sind. Wegen Monika hielt man uns oft für Ausländer, für Deutsche oder Engländer. Aber sobald ich die Leute auf Kurdisch ansprach und mich als Kurde zu erkennen gab, waren die Gesichter nicht mehr verschlossen. Man lächelte, Hoteliers und Wirte weigerten sich, Rechnungen auszustellen. Nur Mecit, der die Landessprache nicht beherrschte, mußte leider in seiner Ecke sitzen bleiben, wie ein Ausländer, und niemand widmete ihm auch nur die geringste Aufmerksamkeit. Überall in Kurdistan war Mecit der „Ausländer“, er, der dachte, daß er in der Türkei sei.

Kars ist nur noch eine triste Kleinstadt, zweifellos wegen der gemischten Einwohnerschaft. Dort verläuft die Landesgrenze. Die Region um den Berg Ararat hingegen, wo alle Kurdisch sprechen, ist viel schöner und blühender. Die Allgegenwart der Armee, die sich besonders in dieser Region bemerkbar macht, beeindruckte die Einwohner überhaupt nicht. In Igdır, einer Stadt nördlich des Ararat und nahe der Grenze zu Sowjetisch-Armenien, sagte Mecit zu mir: „Siehst Du,



*Teppichknüpferin im Dorf Hatrant, 10 km von Siirt entfernt. – Jetzt heißt das Dorf Cinarlısu. Nahezu alle Dörfer Kurdistans sind umgetauft worden, um die kurdischen, aramäischen oder arabischen Namen auszulöschen. (Foto: G. Ulutunçok / laif)*

die Leute können Kurdisch sprechen, wenn sie wollen, sogar wenn Offiziere oder Soldaten dabei sind'. Daraufhin fragte ich Passanten und erhielt folgende Antwort: ‚Natürlich sprechen wir Kurdisch, das ist unsere Nationalsprache, und niemand kann uns daran hindern. Aber es ist uns verboten worden, irgendetwas auf Kurdisch zu drucken. Und nachdem die Militärs die Macht übernommen haben, sind alle unsere kurdischen Bücher beschlagnahmt worden.‘ Darauf konnte Mecit dann nichts mehr erwidern. In Bayezid (das heute offiziell Dogubayazit heißt), einer Stadt von 40.000 Einwohnern südlich des Ararat, besuchten wir eines der wenigen noch erhaltenen Schlösser der kurdischen Feudalzeit. Das im 17. Jahrhundert erbaute Schloß von Ishak Pasha umfaßt nicht weniger als 300 Zimmer und hat außerdem eine sehenswerte Moschee. Nachdem wir es besichtigt hatten, gingen wir zum Markt, wo es schönes Obst, Gemüse, Fleisch und Milchprodukte in Hülle und Fülle gab. Ich knüpfte auf Kurdisch mit Händlern und Passanten Gespräche an. Einer erklärte mir mit lauter Stimme: ‚Hier in Bayezid sind wir in Kurdistan, das sich ohne Unterbrechung von Maraş bis Antiochien erstreckt‘. Er war sehr stolz. Ich



*Teepause bei irakischen Kurden. In Tchai Khanes in der Türkei ist das Tragen der kurdischen Nationaltracht verboten.  
(Foto: Gérard Klijn)*

antwortete ihm: ‚Zwischen Bayezid und Kirmanshah, meiner Heimatstadt, liegen mehr als 1.000 Kilometer, und man ist immer noch in Kurdistan.‘ Die Leute wollten mich umarmen, uns in der Stadt zurückhalten, uns einladen, uns in Dörfer führen, aber Mecit hatte es auf einmal eilig.

Wir fahren dann in die Gegend um den Van-See, durch kleine Dörfer abseits der großen Straßen. Im Becken von Van – von dort stammen doch Deine Vorfahren! – kann man die Schönheit fast mit Händen greifen, es ist unvorstellbar, ich würde beinahe sagen, übernatürlich. In 1.800 Meter Höhe steht man auf einmal vor einem zartgrünen See, der sechsmal größer ist als der Genfer See und so ausgedehnt und weitverzweigt, daß man das andere Ufer gar nicht sehen kann. Fast überall um ihn herum erheben sich Berge vulkanischen Ursprungs über 4.000 Meter hoch, an der Nordküste der Sipan-Berg, im Westen der Nemrut-Dagh. Und über allem ein strahlender, wolkenloser Him-

mel. Die Luft ist ganz rein und klar, das Klima durch den See gemäßig. Die Ufer sind teilweise noch unberührt. An manchen Stellen finden sich kleine, gepflegte Städte oder Dörfer. Im Südwesten geht der See über in die Ebene um die Stadt Van, mit 60.000 Einwohnern das Zentrum der Region. Dort habe ich mich mit einem Dutzend Soldaten unterhalten, die Kurdisch miteinander sprachen; ihr Vorgesetzter, ein Unteroffizier, war allerdings Türke. Einer der Soldaten sagte zu mir: ‚Hier, in dem Land ringsherum, sind wir alle Kurden – außer diesem Schweinehund da‘. Der ‚Schweinehund‘, auf den er mit der Hand deutete, war der Unteroffizier. Er verstand Kurdisch, lachte aber nur über die Bemerkung, und wir lachten alle zusammen. Es war mehr ein Scherz gewesen. Und wir haben wirklich nie Feindseligkeiten zwischen Kurden und Türken feststellen können; die Türken waren nur als Beamte oder Soldaten nach Kurdistan gekommen. Sie verkehrten ohne Vorurteile miteinander. Haß und Rassismus, das predigen nur die Ideologen des Regimes.

In Bitlis, einer kleinen, zwischen zwei Bergen eingezwängten Stadt, waren wir in einem tchai-khaneh, einem Café, wo ich mich als Kurde zu erkennen gab. Einer der Gäste blickte mich herausfordernd an und sagte dann vorwurfsvoll: ‚Du bist ein Kurde und kommst als Tourist nach Kurdistan!‘ Er hatte immer nur Ausländer als Touristen gesehen. Dazu zählt er auch die Türken. Es wollte ihm nicht einleuchten, daß sich ein Kurde in Kurdistan als Tourist aufhielt. Für ihn war es ganz egal, daß ich ein Kurde aus dem Iran war: Türkisch-Kurdistan war gleichfalls ein Teil meines Heimatlandes.

Im 400.000 Einwohner zählenden Diyarbekir kam in einer Straße ein etwa 22jähriger junger Mann auf uns zu. Er hatte einige Zeit in Westdeutschland gearbeitet und ein bißchen Deutsch gelernt und redete uns nun in dieser Sprache an, weil er glaubte, daß wir Deutsche seien. Nachdem er sich vergewissert hatte, daß kein Soldat in der Nähe war, sagte er: ‚Wissen Sie, das hier ist nicht die Türkei, das ist Kurdistan‘. Als er merkte, daß wir für seine Worte empfänglich waren, ging er mit uns mit und redete weiter auf uns ein: ‚Überall ringsum, nach allen Seiten, gibt es nur Kurden. Das hier ist Kurdistan, und Diyarbekir ist seine Hauptstadt‘. Ich machte dann eine Bemerkung auf Kurdisch zu ihm, und als er wußte, wer ich war, fragte er uns, diesmal in seiner Muttersprache: ‚Spricht man in den europäischen Zeitungen von uns? Ist dort bekannt, wie man unsere politischen Gefangenen foltert und mordet?‘

Wir überquerten den Oberlauf des Euphrat zwischen Elazig und Ma-

latya und fuhren dann weiter in Richtung Süden nach Adiyaman. Überall bekamen wir zu hören: ‚Ihr seid hier in Kurdistan, das bis nach Antiochien und bis zum Kurd-Dagh in Syrien reicht‘. Nicht weit von Adiyaman besichtigten wir die riesigen Bauwerke, die der Seleuzide Antiochus hinterlassen hat, und gerieten dann zufällig in ein Dorf, dessen Einwohner Nachfahren von aus Griechenland repatriierten Türken sind. Zur Zeit Mustafa Kemals wurden sie in diesem kurdischen Gebiet angesiedelt, um die Kurden zu assimilieren und ‚die Zivilisation‘ nach Kurdistan zu bringen. Die Dorfbewohner hatten zwar ihr Türkisch nicht ganz vergessen, sich aber dennoch nach und nach den Kurden angepaßt. ‚Hier bei uns in Kurdistan ...‘, erzählten sie uns auf Kurdisch. Einer von ihnen meinte sogar: ‚Das ganze Land zwischen dem Hakkari und Antiochien wird doch von Kurden bewohnt.‘ Diese völlig ‚kurdisierten‘ Türken lebten in einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis und ohne Konflikte mit den Kurden zusammen.

In Samsat, einer kurdischen Kleinstadt weiter im Süden, stießen wir dann wieder auf den Euphrat. Westlich davon, in Antep, setzt sich die Bevölkerung schon aus Kurden und Türken zusammen. Im Café sprach uns der Kellner auf Türkisch an. Mecit fragte ihn, ob er Türke sei, und erhielt folgende Antwort: ‚Nein, ich bin Kurde, aber wenn ich hier Kurdisch sprechen würde, würde ich vielleicht meinen Arbeitsplatz verlieren, und ich habe sechs Kinder zu ernähren. Zuhause spreche ich natürlich Kurdisch.‘ Unser Tischnachbar, ein alter Mann, mischte sich in unser Gespräch ein und sagte auf Kurdisch: ‚Man wird nie Türken aus uns machen können. Keine Macht der Welt wird uns daran hindern können, unsere Sprache und unsere Kultur von Generation zu Generation an unsere Kinder und an unsere Enkel weiterzugeben.‘“

## Anmerkungen

- 1 Vgl. „Mise en place des institutions révolutionnaires“ in meinem Buch „Le Kurdistan irakien – Entité nationale ...“, Neuchâtel 1970, S. 218 – 255.
- 2 Der spätere Autor von „Révolution Silencieuse“, heute Professor an der Sorbonne.
- 3 Die Jakobiten bilden eine der fünf Kirchen der aramäisch-sprachigen Assyrer.
- 4 Zu den Ereignissen vom März 1975 siehe meinen Beitrag in „Kurdistan und die Kurden“, Band 1, Göttingen 1984.
- 5 Ebenda.
- 6 Ich habe ihn 1970 in „Le Kurdistan irakien ...“ zu beschreiben versucht, siehe insbesondere S. 110 – 115.
- 7 Das Lazische soll einer archaischen Sprachgruppe angehören, die man Kaukasisch oder Japhetisch nennt.

## Einführung B

### Kurdistan und die Kurden

Kurdistan, das Land der Kurden, ist ein zusammenhängendes Gebiet von fast 500.000 Quadratkilometern, in dem hauptsächlich Kurden leben. Es ist das Wasserreservoir des Nahen Ostens, ein riesiges Bergmassiv, das im Süden und Westen in die Steppen von Syrien und Nieder-Mesopotamien übergeht. Von Bakhtiyari, westlich von Isphahan, bis zur Grenze Sowjetisch-Armeniens und bis zum Kurd-Dagh, 40 Kilometer vom Golf von Alexandrette (Iskenderun) entfernt, reiht sich eine Bergkette an die andere. Die höchste Erhebung bildet mit 5.165 Metern Höhe der Berg Ararat (Agri-Dagh). Früher war das ganze Land dicht bewaldet. Heute findet man nur noch in den abgelegenen Hochtälern Wald, vor allem Eichen, nach Pater Thomas Bois die „Nationalbäume Kurdistans“. Das Land ist reich an Naturschätzen, die – abgesehen vom Erdöl – zum größten Teil nicht ausgebeutet werden. Es gibt viele Ebenen, auf denen Anbau möglich ist und auch betrieben wird. In den unendlich vielen grünen, wasserreichen Tälern wachsen Getreide, Tabak, Wein, Obstbäume und Pappeln. Das Klima ist rau, die Winter sehr kalt und schneereich (– 5 bis –35 Grad Celsius), die Sommer heiß (25 bis 30 Grad Celsius).

Kurdisch ist eine indoeuropäische Sprache. Sie gehört zur nordwestlichen Gruppe der iranischen Sprachfamilie, die außerdem Persisch (Farsi), Ossetisch (im sowjetischen Kaukasus), Baluchi und Pashtu (in Afghanistan und Nordpakistan) umfaßt. Die iranischen Sprachen ähneln einander, weisen aber doch so große Unterschiede auf, daß ihre Sprecher sich untereinander nicht verständigen können. Das Verhältnis zwischen Persisch und Kurdisch zum Beispiel ist vergleichbar mit dem zwischen Deutsch und Schwedisch in der germanischen Sprachfamilie oder zwischen Russisch und Polnisch in der slawischen Sprachfamilie. Die klassische kurdische Literatur hatte ihren Höhepunkt in der Feudalzeit zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert. Zwei Dichter sind hier besonders zu erwähnen: der Mystiker Melaye Ceziri (1417 – 1481) und der Romantiker Ahmedi Xani (1650 – 1709), der das kurdische Vaterland besang und dessen

Epos „Mem-û-Zîn“ immer noch populär ist. Xanis Grab in Bayezid, am Fuß des Ararat, ist zu einem Wallfahrtsort geworden.

Die Kurden sind ein seßhaftes Volk. 65% leben als Bauern oder Viehzüchter auf dem Lande, 35% in Städten. Wegen der allgegenwärtigen Landflucht wächst die Zahl der Städter. Die drei wichtigsten kurdischen Städte sind heute Kirmanshah (etwa 380.000 Einwohner), Diyarbekir (etwa 360.000 Einwohner) und Arbil (etwa 300.000 Einwohner).

Zwischen dem 10. und dem 15. Jahrhundert verlagerte sich das Siedlungsgebiet der Kurden um 100 bis 300 Kilometer nach Westen. Der Grund dafür waren Invasionen der Tataren und Turkmenen aus Zentralasien, die auch das byzantinische Reich zerstörten und so einen Grundstein für die heutige Türkei legten. Diese Verlagerung des Siedlungsgebietes habe ich in einem Beitrag zum 29. Internationalen Orientalistenkongreß im Juli 1973 in Paris unter Auswertung der klassischen arabisch-muslimischen Quellen nachvollzogen.<sup>1</sup>

Nach der Schlacht von Tchaldiran 1514 begaben sich die Mehrzahl der kurdischen Fürstentümer und Feudalherren unter den Schutz des Osmanischen Reiches, bewahrten aber ihre Erbdynastien, ihre innere Unabhängigkeit, ihre eigenen Institutionen und ihre Gesetze. Das östliche Kurdistan gehörte weiterhin zum persischen Safawidenreich. 1515 erkannte Sultan Selim I. die Rechte der „Kurd Hukumeti“, der kurdischen Regierungen an, die an seiner Seite gegen Schah Ismail gekämpft hatten. Aus jener Zeit datiert die erste Grenze, die Kurdistan teilte. Sie war allerdings mehr theoretischer Natur und änderte sich je nach den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden feindlichen Reichen und je nach den Präferenzen der regierenden kurdischen Aristokratie, die sich trotz dieser Lage und trotz der Zersplitterung in einzelne Stämme immer der Einheit des kurdischen Volkes bewußt war. Dem trug Sheref Khan, der Prinzregent von Bitlis, Rechnung, als er 1596 das „Şeref-name“ vollendete, die erste allgemeine Geschichte Kurdistans oder vielmehr der regierenden Aristokratie.

Die Sultane spielten die regierenden kurdischen Familien gegeneinander aus. So besiegten sie die Fürstentümer und unterstellten sie direkt der Verwaltung von Konstantinopel. Diese Mischung aus List und Gewalt wurde später auch im Iran verfolgt. Im 19. Jahrhundert waren die traditionellen kurdischen Adelsfamilien entmachtet, eine nationale Bourgeoisie war aber gerade erst am Entstehen. Das Jahrhundert war geprägt von Aufständen und Anarchie, vor allem im



osmanischen Kurdistan. Es gab Aufstände gegen die Zentralmacht, gegen die Besteuerung, gegen den Militärdienst und manchmal auch für die nationale Unabhängigkeit. Mehrere Aufstände fanden statt, als die Hohe Pforte (Regierung des Osmanischen Reiches) in großen Schwierigkeiten war: während des griechischen Unabhängigkeitskrieges, der Revolte von Mehmet Ali von Ägypten, der Kriege gegen Rußland, des Krimkriegs.

Es ist allgemein bekannt, was aus dem Vertrag von Sèvres (1920) geworden ist, der dem früheren Osmanisch-Kurdistan die Unabhängigkeit versprach, die Festlegung seiner Grenzen aber auf später verschob. Bei der Konferenz von Lausanne 1922/23 wurde an dieses Versprechen nicht mehr gedacht. Zugunsten wirtschaftlicher und strategischer Vorteile lieferten die damaligen Großmächte das kurdische Volk wehrlos den neuen Regierungen in Ankara, Bagdad und Damaskus aus. Einst zwischen der osmanischen Türkei und Persien aufgeteilt, war Kurdistan jetzt in vier Staaten zerstückelt und wachsender Unterdrückung ausgesetzt. Der Nationalstaat, ein in Westeuropa entstandenes Phänomen, hatte im Nahen Osten die Nation ersetzt. Die türkische Regierung, die den Völkermord an den Armeniern begangen hatte, erwies sich in der Verweigerung jeglicher Rechte für das kurdische Volk und der Unterdrückung seiner Nationalbewegung am brutalsten.

Die Schätzwerte für die Zahl der Kurden und die Ausdehnung ihres Landes sind zum Gegenstand von unwissenschaftlichen Auseinandersetzungen geworden, die den Kurden fast immer zum Nachteil gereichen. Das gilt vor allem, wenn die Unterdrücker der Kurden selbst Schätzungen vornehmen lassen, denn ihre Politik zielt ohne Ausnahme auf die letztendliche Assimilierung der Kurden und ihre Zerstörung als Nation, auch wenn die Mittel verschieden sind. Die internationale Lage, aus der der irakische Staat entstand, hat dazu geführt, daß zwar auch Bagdad dieses Ziel verfolgt, paradoxerweise aber gleichzeitig die Existenz einer kurdischen Nation anerkennt. Als Folge dieses langsamen Ethnozids bestreiten die betroffenen Staaten, daß die Kurden ein Anrecht auf nationale Befreiung haben, auf eine eigene Geschichte, Kultur und ein eigenes Vaterland – oder sie verneinen ganz einfach die Existenz eines kurdischen Volkes. Falls sie überhaupt Statistiken oder Schätzungen über die Kurden veröffentlichen, sind die Zahlen willkürlich gewählt und immer sehr viel geringer als in der Realität.

Da es keine korrekt erstellten und glaubwürdigen Statistiken gibt,



*Backen von hauchdünnem Fladenbrot (bei Maras)  
(Foto: Anne Lax)*

kann man nicht einmal die exakte Zahl der Kurden und die Ausdehnung ihres Landes genau angeben. Man kann nur Schätzungen vornehmen, die so gut wie möglich begründet sein müssen.

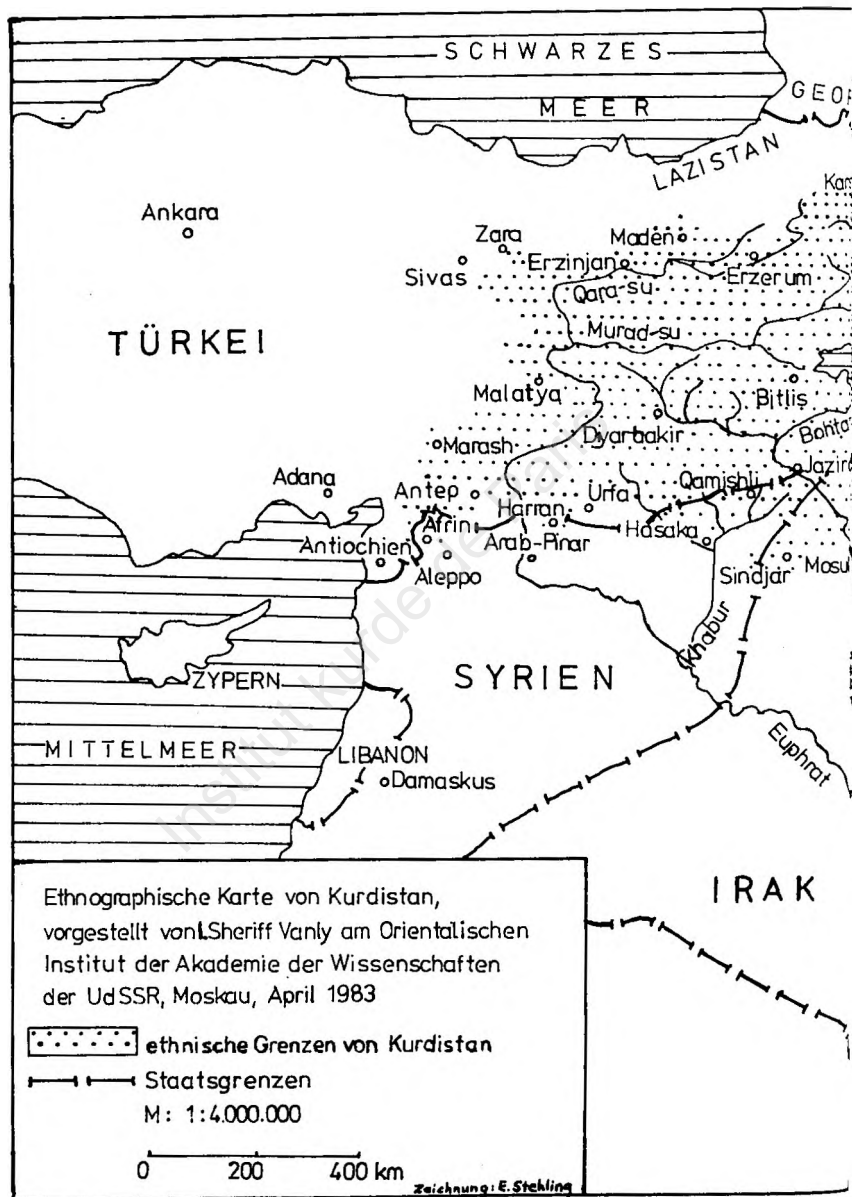
In Zeitungsartikeln findet man oft Phantasiekarten von Kurdistan, bei denen ganze Provinzen einfach weggelassen wurden, obwohl bis 1918 das Wort „Kurdistan“ auf den Landkarten an der richtigen Stelle eingetragen war. Die Karte in Band 1 von „Kurdistan und die Kurden“ enthält einige Irrtümer, die jedem Kurden, der sein Land kennt, ins Auge springen.<sup>2</sup>

Die Zahl der Kurden ist bei den „neutralen“ Autoren in den letzten Jahren stetig gewachsen; sie nähert sich mehr und mehr der 20-Millionen-Grenze. Auch Christiane More gibt diese Zahl in der Einleitung ihres Buches an.<sup>3</sup> Man kann sie als allgemein akzeptiert ansehen, vorausgesetzt, sie wird von Zeit zu Zeit auf den neuesten Stand gebracht und präzisiert.

Meine Methode ist die Rekonstruktion. Ich addiere nach den offiziellen staatlichen Statistiken (die einzigen, die zur Verfügung stehen) die Zahl der Einwohner der Provinzen und Verwaltungsbezirke, die

in Kurdistan liegen und in denen die Mehrzahl der Einwohner Kurden sind, und trage dabei sowohl den Minderheiten, die in Kurdistan leben, als auch den außerhalb Kurdistans lebenden Kurden Rechnung. Weil die entsprechenden Staaten ihre Volkszählungen nicht gleichzeitig durchführen und die Schätzungen sich nur auf ein bestimmtes Jahr beziehen können, verwende ich für die Gesamtbevölkerung dieser Staaten die Zahlen, die für das in Frage kommende Jahr von internationalen Organisationen (UNO, OECD, Weltbank) festgelegt worden sind und sich auf frühere statistische Erhebungen beziehen. Damit kommt man den wirklichen Zahlen so nahe wie irgend möglich – vorausgesetzt, die Regierungsstatistiken sind exakt und vollständig.

Im folgenden findet der Leser eine „Ethnographische Karte Kurdistans“, eine Tabelle „A“ über die Ausdehnung Kurdistans und seine Aufteilung unter die verschiedenen Staaten sowie eine Tabelle „B“ mit Angaben über die kurdische Bevölkerung. Diese Dokumente habe ich dem Orient-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR bei einem Besuch in Moskau im April 1983 vorgelegt. Die Tabelle „B“, die ich damals für 1981 erstellt hatte, habe ich jetzt für das Jahr 1983 umgearbeitet.<sup>4</sup>





## A) Ausdehnung Kurdistans in Quadratkilometern

Staat	Ausdehnung insgesamt	Ausdehnung Kurdistans	ungefährer prozentualer Anteil Kurdistans
Türkei	780.000	230.000	30
Iran	1.648.000	170.000	10
Irak	444.000	75.000	17
Syrien	185.000	15.000	8
<b>Kurdistan</b>		<b>490.000</b>	

## B) Kurden und Einwohner Kurdistans 1983

Staat	Einwohner insgesamt	Kurden insgesamt	Anteil der Kurden in Prozent
Türkei	47.200.000	11.400.000	24
Iran	41.000.000	6.600.000	16
Irak	14.500.000	3.900.000	27
Syrien	10.000.000	900.000	9
UdSSR	...	350.000	...

insgesamt 23.150.000

Staat	Einwohner Kurdistans	Kurden in Kurdistan	Nicht-Kurden in Kurdistan	Kurden außerhalb Kurdistans
Türkei	9.700.000	8.200.000	1.500.000	3.200.000
Iran	6.400.000	5.700.000	700.000	900.000
Irak	3.700.000	3.000.000	700.000	900.000
Syrien	800.000	700.000	100.000	200.000
UdSSR	...	...	...	350.000
<b>insgesamt</b>	<b>20.600.000</b>	<b>17.600.000</b>	<b>3.000.000</b>	<b>5.550.000</b>

Außerdem muß man noch die kurdische „Diaspora“, also Kurden, die außerhalb der vier Staaten, unter die Kurdistan aufgeteilt ist, leben, in Betracht ziehen. Dazu gibt es folgende Schätzungen: Zahl der Kurden in der „Diaspora“:

100.000	im Libanon
200.000	in anderen Staaten des Nahen Ostens (Golfstaaten, Libyen, Jordanien, Ägypten)
650.000	in Europa, insbesondere Westeuropa
100.000	in verschiedenen anderen Staaten (USA, Kanada, Australien, Pakistan, Indien)
1.050.000	insgesamt

Die letzte Ziffer bezeichnet überwiegend Arbeitsemigranten aus Türkisch-Kurdistan, die vor allem in Westeuropa und Libyen leben. Ein Teil der 1.050.000 Kurden in der „Diaspora“ ist also wahrscheinlich auch in der Spalte „Kurden außerhalb Kurdistans“ enthalten. Schätzt man sie auf etwa 600.000, dann bleiben immer noch 450.000 Kurden, die in Tabelle „B“ nicht erfaßt sind. Demzufolge gab es 1983 also etwa 23,6 Millionen Kurden, von den 17,6 Millionen, also 74,6 Prozent in Kurdistan lebten. Sechs Millionen, also 25,4 Prozent, lebten außerhalb ihrer Heimat. Ein Viertel aller Kurden lebt demnach nicht mehr in Kurdistan. In der „inneren Diaspora“ (innerhalb der Grenzen der fünf in Tabelle „B“ aufgeführten Staaten) leben 4,95 Millionen Kurden. Knapp die Hälfte von ihnen, etwa zwei Millionen, haben ihren Wohnsitz durch freiwillige Wanderungen oder Umsiedlungen an Orte außerhalb Kurdistans verlegt. Dies trifft insbesondere für die Kurden in der UdSSR, in der Zentraltürkei und im iranischen Khorassan zu; sie bilden die „historische Diaspora“. Die „moderne Diaspora“ – sowohl die „innere“ wie auch die „äußere“ – umfaßt vier Millionen Menschen; Kurden, die von 1925 an zwangsumgesiedelt oder ins Exil getrieben wurden. Ihrer Abwanderung waren Unterdrückungsmaßnahmen, Zwangsumsiedlungen oder eine geplante Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen in Kurdistan vorangegangen. Diese kolonialistische Politik wird am stärksten in der Türkei und im Irak betrieben.

## Kurdische „Diaspora“ 1983 – Schätzung:

2.000.000	„historische Diaspora“ (UdSSR, Iran, Türkei, Syrien)
2.950.000	moderne „innere Diaspora“ (innerhalb der Grenzen der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens)
1.050.000	moderne „äußere Diaspora“ (außerhalb der Grenzen dieser Staaten)
6.000.000	insgesamt

Die vorliegenden Zahlen belegen das Ausmaß der Ausblutung, die Kurdistan als Folge seiner Aufteilung unter vier von Chauvinismus und Rassismus regierte Nationalstaaten seit 1925 erleidet. Nach und nach soll das kurdische Volk in alle Winde zerstreut werden. Teile der Arbeiter- und Bauernschaft und viele Wissenschaftler und Studenten sind schon emigriert. Diese Ausblutung Kurdistans hält an. Aber auch in umgekehrter Richtung hat eine Bewegung eingesetzt: Viele Kurden, insbesondere Arbeiter, kehren aus der Diaspora zurück.

In Kurdistan selbst machen die Kurden 17,6 von 20,6 Millionen Einwohnern aus, bilden also mit 85,5% die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Das ist ein Durchschnittswert, der in den Randgebieten (von denen einige nur teilweise zu Kurdistan gehören) bis auf 70% sinken kann, im Zentrum des Landes aber auf bis zu 100% ansteigt. Das demographische Wachstum ist bei den „Kurden in Kurdistan“ mindestens genauso stark wie bei den Nachbarvölkern, wenn nicht stärker. Bei den Kurden gibt es zwar eine größere Kindersterblichkeit und eine ausgeprägtere Landflucht als bei ihren Nachbarn, aber ihre Geburtenrate ist viel höher, und die Erwachsenen erreichen für gewöhnlich ein höheres Alter. Außerdem wird die „Auswanderung“ der Kurden zumindest zu einem Teil durch die Rückkehrbewegung ins Land ausgeglichen. Die Landflucht führt zu einem gewissen Prozentsatz nicht aus Kurdistan hinaus: sie erhöht die Einwohnerzahlen der Städte in der Region zu Lasten der ländlichen Gebiete.

In der Tabelle „A“ entfallen von der Gesamtfläche Kurdistans (490.000 Quadratkilometer) 170.000 Quadratkilometer auf Iranisch-Kurdistan. In dieser Zahl sind die Gebiete enthalten, die von den Luren oder Luri-Kurden bewohnt werden. Sie sprechen einen kurdischen Dialekt. Die Luri leben in der Provinz Luristan, im gebirgigen Nord- und Ostteil der Provinz Khuzistan. Zum Gebiet der Luri-Kurden zählen auch die von den Bakhtiaren – früher „Groß-Luren“



genannt – besiedelten Gegenden. In allen klassischen arabisch-muslimischen Quellen<sup>5</sup> werden die Luren unter Einschluß der Bakhtiaren als Kurden bezeichnet, was aus historischem, geographischem und linguistischem Blickwinkel auch zutrifft. Meine Position in dieser Frage ist die eines Ethnologen. Sie hat nichts zu tun mit den Betrachtungen und politischen Hintergedanken, die von der ehemaligen iranischen Pahlevi-Dynastie propagiert wurden und darauf abzielten, diese wichtige Gruppe des kurdischen Volkes vom übrigen Kurdistan abzutrennen.<sup>6</sup>

## Anmerkungen

- 1 I. Chérif Vanly: „Le déplacement du pays kurde vers l'ouest (X<sup>e</sup> – XV<sup>e</sup> s.). Etude de géographie et de sociologie historiques“, in den Akten dieses Orientalisten-Kongresses, „Iran moderne“, Band 1.
- 2 Die wichtigsten Ungenauigkeiten jener Karte:  
Bei Iranisch-Kurdistan fehlen alle südlichen Provinzen, also Luristan, das Gebiet der Bakhtiari-Kurden, ein Teil von Ilam (Elam) und der nordwestliche, gebirgige Teil von Khuzistan, der ebenfalls von Luri-Kurden bewohnt wird. Südwestlich des Urmia-Sees fehlt das kurdische Gebiet östlich der Linie Mianduab-Sakkiz. Irakisches Kurdistan hingegen ist zu weit in westlicher Richtung ausgedehnt, dafür fehlt im Süden ein Stück entlang der iranischen Grenze. Bei Türkisch-Kurdistan sind die Gebiete im Norden nicht eingezeichnet, im einzelnen: der Dersim (Tunceli), Elazig, Erzindjan, der Bingöl und die kurdischen Teile der Provinzen Erzurum und Kars. Außerdem ist die Enklave mit arabischer Bevölkerung in Harran, nördlich der syrisch-türkischen Grenze, zu groß und umfaßt insbesondere den kurdischen Distrikt Urfa. Eine andere arabische Enklave nördlich derselben Grenze südlich von Antep (oder Gaziantep) taucht hingegen gar nicht auf. Der Karte zufolge gibt es außerdem nur zwei kurdische Gebiete in Nordsyrien, die zudem nicht richtig eingetragen sind, während es in Wirklichkeit drei, alle an Türkisch-Kurdistan angrenzend, sind: Auf der Karte ist die Gegend um Kurd-Dagh, nordwestlich von Aleppo, arabisch, während sie schon seit Urzeiten ganz und gar kurdisch ist.
- 3 „Les Kurdes aujourd'hui: Mouvement national et partis politiques“, Edition L'Harmattan, Paris 1984, 310 S.
- 4 Um möglichst präzise und aktuell zu sein, habe ich einige sehr kleine Änderungen an der Karte und an den Tabellen vorgenommen.

- 5 Siehe meinen Beitrag zum 29. Internationalen Orientalisten-Kongreß, a.a.O.
- 6 Mein Landsmann und Freund A.R. Ghassemlou, Führer der DPKI, sieht die Luri zurecht als Kurden an, ohne sie deshalb jedoch in seine Tabellen über die kurdische Bevölkerung und Kurdistan aufzunehmen. Hier vertritt er ganz offensichtlich eine politische Position, die eine Frage der Kräfteverhältnisse und somit per definitionem veränderlich ist.

*Herstellung von „savar“ (Weizengrütze“)  
(Foto: Gerhard Müller, „Türkei“, Bucher Verlag)*



## Türkisch-Kurdistan

### Von der Unterdrückung zum Widerstand

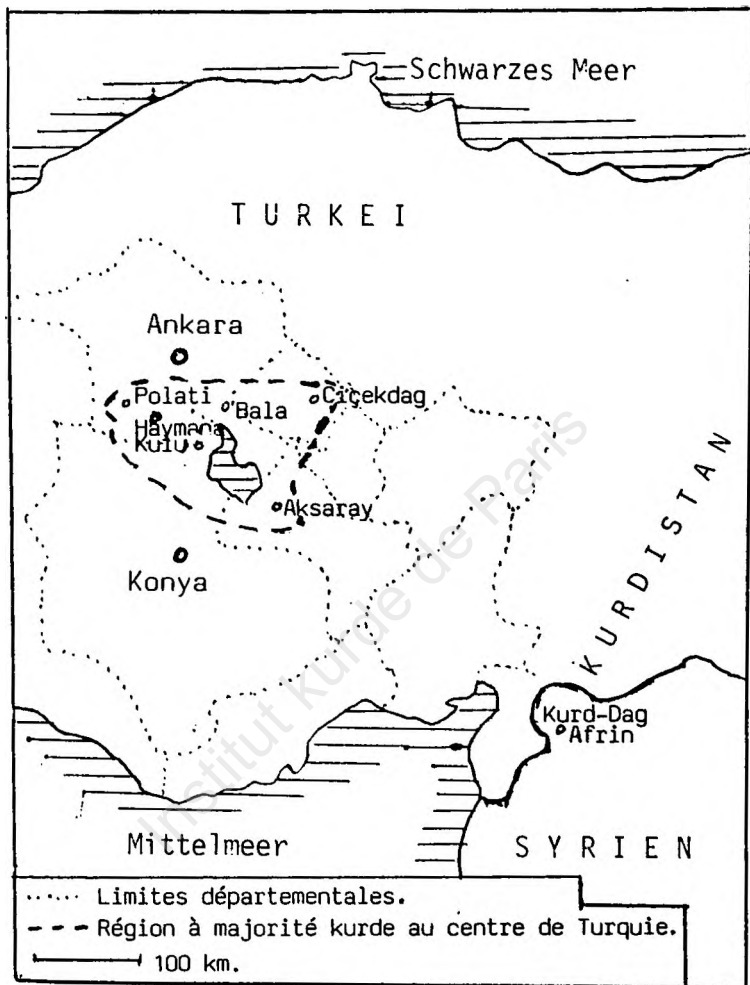
Grunddaten: Fast die Hälfte aller Kurden, ungefähr 49 Prozent, leben in der Türkei. Türkisch-Kurdistan liegt im Osten und Südosten der Türkei, nördlich der Grenzen zu Syrien und zum Irak. Es umfaßt 19 von insgesamt 67 Provinzen oder Verwaltungseinheiten (iller): Adiyaman, Agri (Ararat), Bingöl, Bitlis, Diyarbakir, Elazig, Erzincan, Erzurum, Gaziantep (Antep), Hakkari, Kars, Malatya, Maraş, Mardin, Muş, Siirt, Tunceli (Dersim), Urfa und Van. Auch in den Provinzen Sivas, Gümüşhane und Hatay (von Iskenderun, dem ehemaligen Alexandrette, bis zum syrischen Kurd-Dagh) leben Kurden. Im Norden der Provinzen Kars und Erzurum sind die Kurden in der Minderheit. Insgesamt umfaßt Türkisch-Kurdistan 230.000 Quadratkilometer.

Wie aus den Tabellen in der Einleitung hervorgeht, stellen die Kurden 24 Prozent der Gesamtbevölkerung der Türkei, also 11,4 von 47,2 Millionen Einwohnern im Jahr 1983. Von diesen 11,4 Millionen leben ungefähr 8,2 Millionen in Kurdistan. Sie bilden dort mit 84,5 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung. Infolge geschichtlicher Wanderungsbewegungen und Umsiedlungen unter Atatürk und Ismet İnönü sowie als Folge einer Landflucht, die durch eine Politik der absichtlichen Unterentwicklung verursacht worden ist, leben 3,2 Millionen Kurden außerhalb ihrer Heimat.

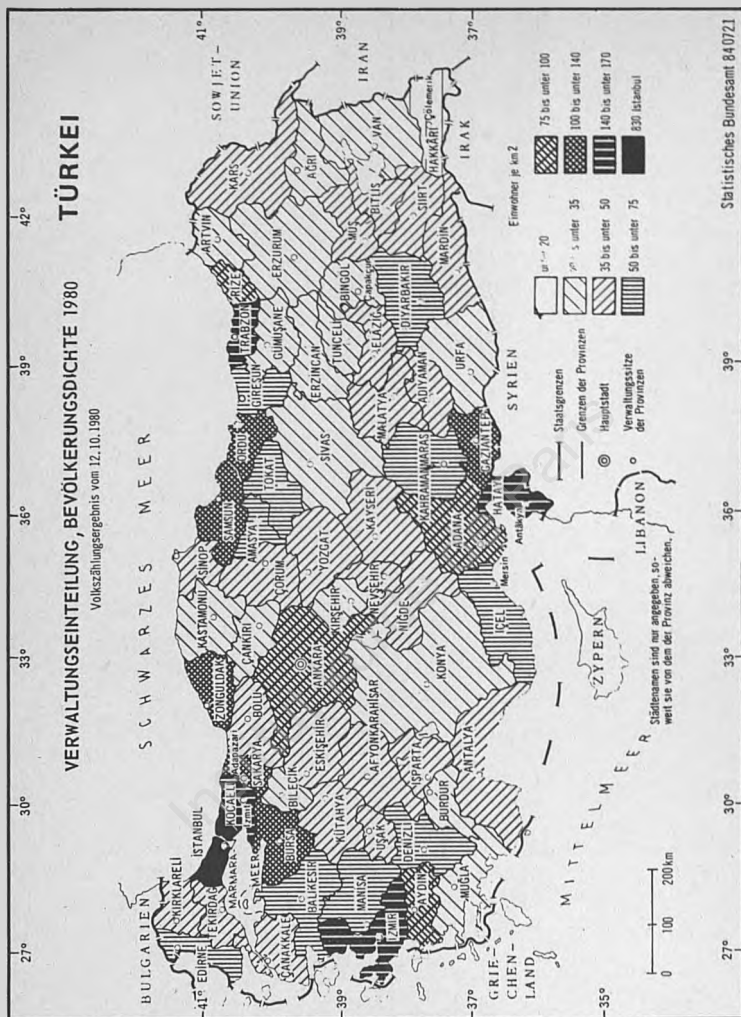
Von diesen sind etwa 700.000 Arbeiter, einschließlich Frauen und Kinder, in andere Länder ausgewandert, die meisten von ihnen nach Westeuropa, einige nach Libyen oder in die Staaten am Golf. Von den rund 2,5 Millionen, die im türkischen Teil der Türkei geblieben sind, gehören 1,8 Millionen zum „Lumpenproletariat“ der großen Städte, insbesondere in Istanbul, Izmir (Smyrna) und Adana. Die restlichen etwa 700.000 bilden eine geschlossene Gruppe in einer relativ großen Region zwischen Ankara und Konya, rund um den Salzsee Tuz Gölü in der Zentraltürkei. Sie stellen mit 70 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung in den Distrikten (kaza) Polatli, Haymana, Kulu, Bala, Çiçekdag, Aksaray und Yunak (siehe Karte S. 51). Vor

etwa 300 Jahren hat eine Wanderungsbewegung dorthin stattgefunden. Durch das normale Bevölkerungswachstum und Zuzug aus Kurdistan in neuerer Zeit ist die Gruppe immer größer geworden. Es sind hauptsächlich Bauern, die an dem Land, das sie bearbeiten, sehr hängen. Ursprünglich war es schlechtes Land, das brachgelegen hatte; sie haben es urbar gemacht und bewässert. Im Alltag sprechen sie weiterhin Kurdisch, können sich aber auf Türkisch verständigen. Sie leben im Herzen der Türkei, vor den Toren der Hauptstadt; Türken, die sich nach dem Kemalismus zurücksehnen, ist das ein Dorn im Auge.

Der Vertrag von Sèvres (Artikel 62 – 64) hatte die Schaffung eines kurdischen Staates vorgesehen. Der türkische Diktator Kemal Paşa Atatürk brachte dieses Vorhaben jedoch zu Fall. Mit einem Federstrich entschied er, daß die Türkei „europäisch“ sei und die Kurden „Bergtürken“. Seitdem haben die Kurden in drei nationalen Aufständen gegen die Unterdrückung durch die regierende türkische Bourgeoisie rebelliert. Alle wurden blutig niedergeschlagen: der Aufstand von Şeyh Said von Piran 1925 in der Gegend um Diyarbakir; der Aufstand von Agri Dag (Ararat) 1927 – 1930, der von „Xoybün“ organisiert und von „General“ Ihsan Nuri Pasha angeführt wurde; der Aufstand von Dersim 1937, der von Şeyh Riza geleitet wurde und sich vor allem gegen Umsiedlungen richtete. Kurdistan ist immer noch militärisch besetzt und wird wie eine innere Kolonie behandelt. Das Land hat noch nicht einmal das Recht, seinen eigenen Namen zu tragen.



*Provinzgrenzen  
 Region mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit in der Zentraltürkei*



Verwaltungsprovinzen (iləri) in der Türkei einschließlich Kurdistans

## Drei Putsche – Ein Motiv

Nach dem Militärputsch von General Gürsel vom 27. Mai 1960 und dem Putsch von General Tağmaç (zusammen mit Nihat Erim) vom 12. März 1971, ist der Putsch von General Evren im September 1980 bereits der dritte in der Geschichte von Atatürks Republik. Alle putschenden Generale verkündeten in ihren Erklärungen gleichbleibende Motive: Sie wollten „zu den Quellen des Kemalismus zurückkehren“, um dadurch besser „die separatistischen Umtriebe zu bekämpfen“ und „die Zersplitterung, die Aufspaltung des türkischen Vaterlandes zu verhindern“, was im Klartext heißen soll, das kurdische Volk im kolonisierten und unterentwickelten Zustand zu halten, die Mittel zu verstärken, die zu seiner Assimilierung oder seiner Zersplitterung beitragen und es durch Unterdrückung im Namen „der Prinzipien Atatürks“ daran zu hindern, seine nationale und soziale Befreiungsbewegung, seine eigene Kultur, seine Künste und seine Literatur zu entwickeln.

Alle drei Putsche ereigneten sich zu Zeiten, in denen das kurdische Volk sich einige kleine Freiheiten erstritten hatte (Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Veröffentlichungen in kurdischer Sprache), was gegen die „kemalistischen Prinzipien“ stand und folglich illegal war. Die jeweils an der Macht befindliche zivile Regierung hatte diese Freiheiten nicht ausreichend unterdrücken können. Zudem war die kurdische Nationalbewegung außerhalb der Türkei „gefährlich“ aktiv, was eine „potentielle Bedrohung“ der innenpolitischen Situation mit sich brachte. Der Militärputsch von 1960 ereignete sich, als Mustafa Barzani, der vorher als Flüchtling in der Sowjetunion gelebt hatte, gerade in seine Heimat zurückgekehrt war: in einen Irak, der eben den Bagdad-Pakt aufgekündigt und sich vom britischen Einfluß befreit hatte. General Kassem hatte dort eine Verfassung verkündet, die nicht nur – zum ersten Mal – das kurdische Volk und seine nationalen Rechte anerkannte, sondern es sogar zum Partner des arabischen Volkes in der neuen Republik erklärte. In der Türkei hatten die Jugend und einige kurdische Abgeordnete begonnen, die „Politik der Unterentwicklung, die gegenüber den *östlichen Provinzen* seit Be-

ginn der Republik praktiziert wird“, öffentlich anzuklagen. Die *östlichen Provinzen* bilden, wie man leicht erkennt, Kurdistan. Das Wort „Kurdistan“ ist in der republikanischen Türkei streng verboten, taucht aber auf allen Landkarten des Osmanischen Reiches bis 1918 auf – an der richtigen Stelle.

Zur Zeit des Militärputsches von 1971 tobte die Revolution in Irakis-Kurdistan, die von Mustafa Barzani und der *Demokratischen Partei Kurdistans des Irak (PDK / Irak)* geführt wurde, und an der sich zahlreiche Kurden aus der Türkei beteiligten. Die Revolution war zu einem politisch-militärischen Faktor geworden, mit dem man in der Region rechnen mußte. Zudem erfreute sie sich eines großen Interesses in der öffentlichen Meinung und in der Weltpresse. Die Auswirkungen der Revolution waren überall in Kurdistan groß, auch in der Türkei, wo die kurdische Jugend offen von ihrer „kurdischen Nation“ und ihrem Vaterland sprach. Schließlich hatte sich sogar die linke türkische Jugend angeschlossen und begonnen, von den „Völkern der Türkei“ zu sprechen. Die sozialistische *Arbeiterpartei der Türkei (TIP)* besaß sogar die Kühnheit, in einer Resolution anlässlich ihres IV. Kongresses im Oktober 1970 die „Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei“ anzuerkennen und „zur Einheit der türkischen und kurdischen Sozialisten gegen Faschismus und Diskriminierung“ aufzurufen.

*Kemalistischer Größen- und Rassenwahn,  
im Atatürk-Kitsch allgegenwärtig*





General Evren schließlich putschte in einer international für die kemalistische Türkei und ihren amerikanischen Verbündeten sehr gefährlichen Situation. Nach der iranischen Revolution und dem Sturz des Schah 1979 war der Iran für die Amerikaner kein Bündnispartner mehr. Daher mußten die USA Ankara um jeden Preis politisch und militärisch in ihrem Kielwasser halten. In Iranisch-Kurdistan hatte eine nationale Revolution stattgefunden; der Partisanenkrieg in Irakischn-Kurdistan gegen das Bagdader Regime hatte sich verstärkt; sowohl Bagdad wie auch Teheran aber waren traditionell Verbündete Ankaras. Innenpolitisch hatte die Zivilregierung sich unfähig gezeigt, zwei Bewegungen zu unterdrücken, die zum Teil die gleiche Basis hatten und nun miteinander in Verbindung traten: die Linke mit ihren sozialen Forderungen und die kurdische Bewegung mit ihren nationalen Forderungen.

Und tatsächlich beriefen sich die Putschisten des Jahres 1980 neben der „Separatismus-Gefahr“ auch auf die „kommunistische Gefährdung“. Damit waren die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die Forderungen der Bauern, einer großen Zahl von Angestellten, kleinen Händlern und Handwerkern, demokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Gruppierungen und einer rebellierenden Jugend gemeint. Alle diese Gruppen wurden ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit in ihren Interessen und in ihrer Freiheit durch die Politik des Regimes eingeschränkt.

Der Aufschwung einer linksorientierten kurdischen Nationalbewegung, der sowohl im Iran und im Irak als auch in der Türkei zu beobachten war, beunruhigte Washington. Da das „Bindeglied“ Iran gefallen war, beabsichtigte das Pentagon damals, 1980, die strategischen Basen der NATO in der Türkei, insbesondere in Kurdistan, auszubauen und die *Rapid Deployment Forces* (schnelle Eingreiftruppe) in Van und Batman, mitten im kurdischen Gebiet, zu stationieren. Wen wundert es da, daß der Putsch von Washington aus beschlossen wurde.

Während des Zweiten Weltkrieges blieb die Türkei neutral, obwohl das von Atatürk geschaffene Regime durchaus Ähnlichkeit hatte mit denen Mussolinis und Hitlers. Um sich mit dem Westen gutzustellen und von ihm erst finanzielle, dann auch militärische Hilfe zu erhalten, verzichtete Ankara auf das Einparteiensystem der von Kemal Atatürk gegründeten *Republikanischen Volkspartei (CHP)*. Seitdem haben sich die *CHP* und eine der anderen Parteien der städtischen

Bourgeoisie, die *Gerechtigkeitspartei (AP)* oder *Demokratische Partei (DP)* an der Macht abgewechselt. Alle haben sich jedoch immer strikt an die kemalistischen Prinzipien gehalten, wobei die *CHP* den Militärs näher stand als ihre Konkurrentinnen.

Im Westen vergißt man oft, daß Mustafa Kemal, im allgemeinen als „Reformator“ dargestellt, vor allem ein General und ein Diktator war.

Allen drei Militärputschen gemeinsam war, daß die Armee nur dann direkt intervenierte, wenn die *Republikanische Volkspartei (CHP)* nicht an der Macht war. 1960 wurde die *Demokratische Partei* von der Macht vertrieben und Premier Adnan Menderes gehenkt. 1971 und 1980 wurde jeweils Premierminister Süleyman Demirel gestürzt, der Vorsitzende der *Gerechtigkeitspartei* als Vertreterin des neuen Mittelstandes, die in etwa Nachfolgerin der *Demokratischen Partei Mendres'* ist.

Die türkische Armee betrachtet sich als „Hüterin der kemalistischen Grundsätze“ und verhält sich entsprechend gegenüber der zivilen Gewalt als „Tutor“. Jedesmal, wenn nach Meinung der Armee eine Zivilregierung allzuweit von dem durch Mustafa Kemal vorgezeichneten Weg abweicht, wird sie gestürzt; das geschah so etwa alle zehn Jahre, sobald die zivile Gewalt von der Welle nationaler und sozialer Forderungen überrollt zu werden drohte.

Seit den Wahlen von 1973 wechselten sich Bülent Ecevit, der Vorsitzende der *CHP* und Demirel (*AP*) an der Regierung ab. Sie waren politische Gegner, aber aus demselben Bürgertum hervorgegangen, und regierten jeweils mit Unterstützung kleiner Gruppierungen, die noch weiter rechts angesiedelt waren, als sie selbst: der *Nationalen Heilspartei (MSP)* von Professor Necmettin Erbakan, einer reaktionären, streng islamischen Partei, und der *Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)* des Oberst Alparslan Türkeş, einer faschistischen Organisation, die auf die heimliche Unterstützung des *Geheimdienstes der Armee (MIT)* zählen konnte und über die Schlägertruppen der sogenannten „Grauen Wölfe“ verfügt, vergleichbar den „Schwarzhemden“ Mussolinis.

Trotz der finanziellen und militärischen Unterstützung des Westens, und trotz des „punktuellen Eingreifens“ der „Grauen Wölfe“ oder der Anhänger Erbakans, gelang es weder Demirel noch Ecevit, Herr der Lage zu werden. Durch eine unangemessene Politik verschlimmerten sie die Wirtschaftskrise, das Elend der Arbeiter und die Mißstimmung des Mittelstandes. So kam es zu ausgedehnten Streiks – vor



*Türkisch-Kurdistan als militärisch besetzte Kolonie. „Terroristen“ und „kommunistische Bedrohung“ müssen für den Terror der fünftgrößten Armee der Welt gegen die gesamte kurdische Bevölkerung des Landes herhalten. (Foto: G. Ulutunçok/laif)*

allein unter den Arbeitern – in den Großstädten Istanbul, Izmir (Smyrna) und Adana. An diesen Streiks beteiligte sich an der Seite der türkischen Arbeiter auch das zugewanderte kurdische Proletariat mit Parolen für die „Befreiung Kurdistans“. Die Repression durch Polizei und Rechtsextreme behinderte zwar die politischen und kulturellen Aktivitäten der kurdischen Untergrundparteien und -gruppen; unterbinden konnte sie sie nicht – ganz im Gegenteil. Ein neues und besorgniserregendes Phänomen trat auf: Der rechtsextreme Terrorismus, ermutigt und unterstützt – ob mit oder ohne Wissen des Premierministers, spielt keine Rolle – von den staatlichen Geheimdiensten, erzeugte einen linksextremen Gegenterrorismus. Ein Teufelskreis von täglichen Gewalttaten begann, und eine wachsende Unsicherheit im ganzen Land forderte innerhalb weniger Jahre Tausende von Opfern.

Am 23. Dezember 1978 ermordeten die sunnitischen Anhänger Erbakans, diskret unterstützt von den Geheimdiensten, kaltblütig und ohne Vorwarnung in Maraş (Kahramanmaraş) 111 linke kurdische Einwohner, größtenteils Alewiten (Anhänger eines Zweiges des Schiitentums) in ihren Häusern<sup>1</sup>.

Einige Tage später, am 26. Dezember 1978, verhängte Ecevit, der wieder einmal Premier war, über dreizehn von 67 Provinzen das Kriegsrecht. Acht dieser Provinzen im Belagerungszustand lagen in Kurdistan (Gaziantep / Antep, Urfa, Malatya, Elazığ, Bingöl, Erzurum, Erzurum und Kars) und in der neunten (Kahramanmaraş/Maraş) stellten die Kurden die Mehrheit der Bevölkerung. Die anderen vier Provinzen waren Sivas mit türkischer Bevölkerungsmehrheit, Istanbul, Ankara und Adana, womit die Regierung zunächst die wichtigsten Zentren von Arbeiterstreiks unter Kontrolle zu bringen trachtete.

Am 25. April 1979 weitete Premier Ecevit den Belagerungszustand auf sechs weitere kurdische Provinzen aus: Tunceli / Dersim, Adiyaman, Diyarbakir, Mardin, Siirt und Hakkari. In einer Rede vor den Abgeordneten seiner Partei rechtfertigte Ecevit am nächsten Tag seine Entscheidung mit dem „Erstarken separatistischer Aktivitäten in den östlichen Provinzen“. Ihre Ursachen seien, so sagte er, „in ausländischen Provokationen und bei den imperialistischen Großmächten“ zu suchen<sup>2</sup>. Am gleichen Tag erklärte er dem Korrespondenten von „Le Monde“ in Ankara, daß die Regierung „sehr wachsam sein muß“, denn einerseits „sind militante Gruppen in die östlichen Provinzen der Türkei eingesickert“, andererseits „können die Ereignisse im Iran zweifellos neuen Aufruhr in der Region verursachen“<sup>3</sup>. Im April 1979 brachen die ersten Kämpfe zwischen Truppen Khomeinis und den revolutionären kurdischen Kräften in Iranisch-Kurdistan aus. Der Korrespondent von „Le Monde“ ließ sich von Ecevit jedoch nicht täuschen:

„Er“ (Ecevit) hat den „Provokationen der kapitalistischen Staaten“ und den „imperialistischen Mächten“ noch die „separatistische Offensive“ in den von Kurden bewohnten Provinzen hinzugefügt (...). In neueren Verhandlungen auf Generalstabsebene wurde eine türkisch-iranische Zusammenarbeit gegen die Kurden beschlossen (...). Es wäre wirklich nicht das erste Mal in diesem Teil der Welt, daß Risse in der nationalen Einheit dazu dienen, alle Kräfte gegen „separatistische Bewegungen“, die als Sündenböcke herhalten müssen, zu vereinigen.“<sup>4</sup>

Ohne Zweifel ist der von Atatürk geerbte Begriff der „nationalen Einheit“, der bekräftigte, daß „nur Türken im Vaterland Türkei leben“, eine legislative Fiktion. Diese Fiktion gründet sich auf zwei Ungerechtigkeiten, die ihrerseits jedoch Wirklichkeit sind: einerseits die Verneinung der bloßen Existenz der kurdischen Nation und ihre



Alman yöneticiler arasında jüde ayırtıcıları  
Terör yuvası PKK kapatılmıyor

*Lülya Lideri, bölücüleri destekledi, Türkiye'ye ürtülü tebdit savarda*

# Kaddafi, çizmeyi asma!



**Adilci neşepen herş  
heraldından ağız açtırdı  
Kaddafi Lülya Lideri. "On  
heraldında pek अच्छا. Bir  
adilci Lülya Lideri herş  
savadı ediyoram" dedi.**



**Dağda taşta hain avı**

**Eski Cumhurbaşkanı'na  
seram verildi...**



## Bayar hasta

Anlaşılması muhtemel olan  
Bayar hastasının durumu  
habis etmiş

*Auszug aus der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ mit dem Motto „Die Türkei der Türken“. – Auch gegen kurdische Aktivitäten in der Bundesrepublik wird immer wieder offiziell protestiert, und deutsche Behörden willfahren nur allzuoft den türkischen Wünschen.*

Unterdrückung durch die chauvinistische türkische Bourgeoisie; andererseits die ungehemmte Ausbeutung der Werktätigen in Stadt und Land – Türken wie Kurden – durch die besitzende Klasse, die an den Schalthebeln der Macht sitzt. Die Brüche in einer so fiktiven, aber „gesetzeskonformen“ „nationalen Einheit“ sind ihrerseits zweifellos „ungesetzlich“; aber sind sie nicht naturgegeben und unvermeidbar?

Bezeichnend war eine Begebenheit im türkischen Parlament, die diese Brüche offenlegte: Während der von Ecevit angeregten Debatte über seine Entscheidung, das Kriegsrecht auf die sechs oben erwähnten Provinzen auszudehnen, hatte sich ein türkischer Abgeordneter zunächst seines „Türkentums“ gebrüstet und dann schwere Beleidigungen gegen „alle, die sagen, sie seien keine Türken“ ausgestoßen. Daraufhin erhoben sich Abgeordnete der *östlichen Provinzen*, bekannten sich zu ihrer kurdischen Identität, antworteten auf die Beleidigungen und stürzten sich auf den Provokateur. Daraus entwickelte sich eine Schlägerei. Die Sitzung wurde aufgehoben. Die türkische Presse berichtete am nächsten Tag Einzelheiten und nannte Namen. Die Tageszeitung „Hürriyet“ (Freiheit), die (damals) als „liberal“ galt, berichtete in ihrer Ausgabe vom 27. April 1979 auf der ersten Seite über den Zwischenfall. Bezeichnenderweise heißt die

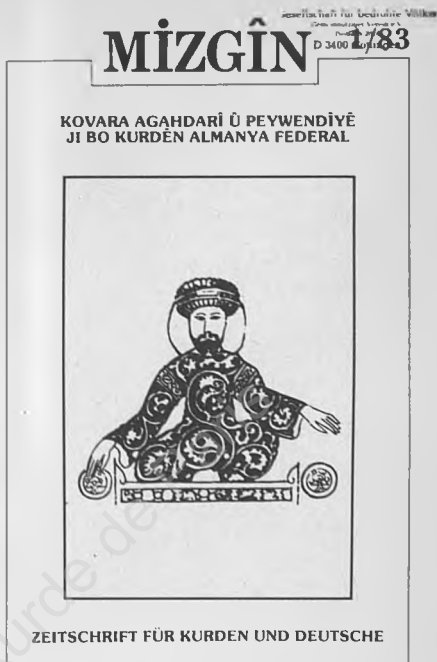


*Darstellung von „Mem-û-Zîn“ – aus einer Alphabetisierungsfibel für kurdische Frauen in der Bundesrepublik (publiziert vom Kurdischen Institut in Bonn)*

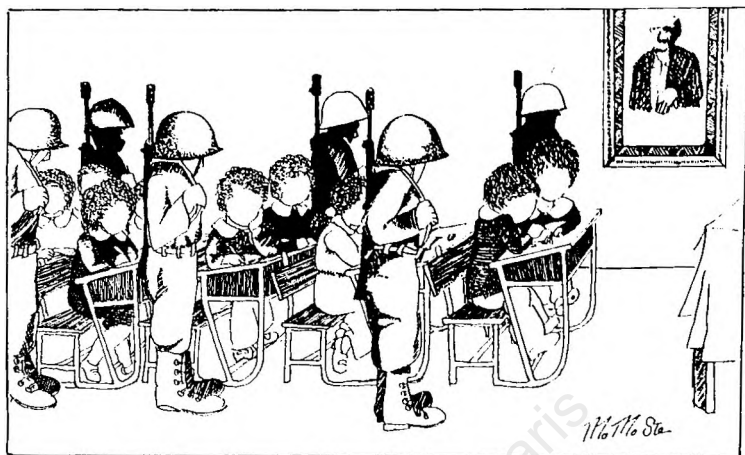
Kopfzeile des Titelblattes der Zeitung: „Türkiye Türklerinder“. Dieses Motto stammt aus der kemalistischen Zeit und bedeutet: „Die Türkei den Türken“. Aber die Zeiten haben sich seit Mustafa Kemal geändert.

Die kemalistische Assimilierungspolitik gegenüber den Kurden ist fehlgeschlagen. Die umgesiedelten oder aus wirtschaftlichen beziehungsweise politischen Gründen zur Emigration gezwungenen Kurden sind ihrer Identität und ihrer nationalen Kultur ebenso treu geblieben, wie ihre in Kurdistan lebenden Landsleute. Kurdischen Vereinigungen, Verlegern und Schriftstellern – unter ihnen Musa Anter, Mehmet Emin Bozarlan und Kemal Badilli – gelang es trotz aller

*Titelblatt der gemeinsam vom Deutschen Roten Kreuz und dem Kurdischen Institut in Kurdisch und Deutsch herausgegebenen Zeitschrift „Mizgîn“ (Frohe Botschaft). — Dargestellt ist der kurdische Sultan Saladin.*



Hindernisse und Verbote, die kulturellen Traditionen ihres Volkes wiederauflebenzulassen. Zwischen 1962 und 1980 wurden immer dann, wenn die Verbote kurzfristig umgangen werden konnten, zahlreiche Zeitschriften herausgegeben, oft zweisprachig Kurdisch-Türkisch. Auch einige bis dahin verbannte Werke wurden neu veröffentlicht, manche auch in Türkisch, um den Türken einen Zugang zum kulturellen Erbe der Kurden zu geben. Es erschienen kurdische Grammatiken und Fibeln, ein kurdisch-türkisches Wörterbuch sowie Bände klassischer und zeitgenössischer Poesie. Schallplatten und Kassetten mit kurdischer Musik überschwemmten zeitweise den semilegalen Markt. Nach Jahrzehnten wiederveröffentlicht wurden „Şeref-name“, die im 16. Jahrhundert geschriebene Geschichte der Kurden von Şeref Xan Bidlisi, die Reiseberichte Evliya Celebis, des türkischen Reisenden aus dem 17. Jahrhundert, der das feudalistische Kurdistan beschrieb, und das kurdische Nationalepos „Mem-û-Zin“ von Ehmedî



Karikatur von MaMoSte (aus „Berbang“ 2/84)  
 Die Tageszeitung „Hürriyet“ vom 14. Jan. 1986 schreibt:

**SOLDATEN ALS LEHRER  
 ZUR ENTWICKLUNG DER OSTPROVINZEN**

Ein Gesetzentwurf, der vorsieht Soldaten als Lehrer einzusetzen, wird wahrscheinlich nächste Woche vom Verteidigungsministerium an das Parlament überwiesen. Mit dieser Maßnahme soll vor allem in den „zu entwickelnden“ Provinzen der Lehrerfehlbedarf gedeckt werden. Außerdem sollen an 23 Internatsschulen in Ost- und Südostanatolien (Kurdistan) Offiziere im Dienstrang von Major und Oberstleutnant als Schulleiter versetzt werden. Wie ein Vertreter des Generalstabs erklärte, sei eine solche Regelung nach § 124 des Gesetzes No. 926 über das Personal der türkischen Streitkräfte möglich.



Xanî, einem Dichter des 17. Jahrhunderts. Im Ausland erschienene neue Werke über die Kurden wurden übersetzt und gedruckt, darunter „Les Kurdes et le droit“ von Lucien Rambout, „The Kurdish Republic of 1946“ von William Eagleton, oder auch mein Werk „Les Kurdes et le Kurdistan dans les relations d'anciens voyageurs occidentaux – XVIe-XVIIIe siècle“. Die Lagerbestände der veröffentlichten Werke wurden jedoch beschlagnahmt, sobald die Bücher auf den Markt kamen. Die Autoren, Übersetzer und Verleger wurden der Justiz übergeben und wegen „Angriffe auf die nationale Einheit“ zu Gefängnisstrafen verurteilt, selbst wenn es sich bei den beanstandeten Werken nur um eine Grammatik oder um eine Fibel handelte. Für die gemäß der kemalistischen Ideologie ausgebildeten Richter gibt es keine „kurdische Sprache“. In der Republik Türkei kann kein Richter, Professor, Offizier, Verwaltungsbeamter, Präfekt oder Bürgermeister einen Posten erhalten, dort bleiben und Karriere machen, ohne sich zu dieser faschistischen Ideologie zu bekennen, oder zumindest so zu tun, als ob er daran glaube. Der türkische Soziologe und Universitätsdozent Ismail Beşikçi, ein Kritiker des Staatskemalismus und Freund des kurdischen Volkes, mußte dies bitter erfahren, als er für seine Forschungen in diesem Themenbereich insgesamt mehr als 10 Jahre Gefängnis erhielt.

## **Die kurdische Bewegung in der Türkei und ihre Schwächen**

Die Revolution in Irakisch-Kurdistan beeinflußt schon seit Beginn der sechziger Jahre die Entwicklung des Nationalgefühls in den Städten und auf dem Land Türkisch-Kurdistans positiv. Die Parteien und politischen Gruppierungen, die sich seit 1965 im Untergrund bildeten, waren unterschiedlich stark von linkem und linksextremem Gedankengut beeinflußt, das ihre Mitglieder aus den türkischen Großstädten mitgebracht hatten. Heute weisen die kurdischen politischen Gruppierungen dieses Gedankengut zwar nicht zurück, betonen aber mehr und mehr ihre Unabhängigkeit von der türkischen Linken. Leider sind diese Gruppierungen sehr zahlreich und untereinander zerstritten und können so den Kampf für die nationale Befreiung, die das Ziel aller ist, nicht wirksam führen.

## Parteien und politische Gruppierungen Türkisch-Kurdistans

### Partî Demokrat Kurdistan – Tirkîyê (PDKT) – Demokratische Partei Kurdistans der Türkei:

Die *PDKT* ist 1965 parallel zur Revolution in Irakisch-Kurdistan entstanden. Sie ist die älteste politische Gruppierung der Kurden der Türkei in nachkemalistischer Zeit. Viele Jahre lang war sie die am besten strukturierte Partei. Die Ermordung ihrer beiden ersten Sekretäre (des Rechtsanwaltes Faik Bucak aus Urfa und Sait Elçiş aus Diyarbakir), und die Abspaltung der Gruppe um Dr. Şivan (1970) sowie der *KUK, der Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans*, (siehe unten) (1979) haben sie allerdings beträchtlich geschwächt. Auf ihrem Kongreß 1977 hat die *PDKT* die Forderung nach der Unabhängigkeit Kurdistans in ihr Programm aufgenommen. Gleichzeitig bekannte sie sich zum Marxismus-Leninismus. Die *PDKT* unterhält enge Beziehungen zur *Demokratischen Partei Kurdistans des Irak (PDK-Irak)* und ehrt das Andenken Mustafa Barzanis.

### Özgürlük Yolu – Partiya Sosyalista Kurdistanê Tirkîyê (PSKT) – Sozialistische Partei Kurdistans der Türkei:

Die *PSKT* war ursprünglich eine Gruppe kurdischer Intellektueller, von denen die meisten vorher Parteien und Organisationen der türkischen Linken angehört hatten. Sie hatten sich um ein gleichnamiges, 1974 in Ankara gegründetes Verlagshaus gesammelt. Ab 1975 gab die Gruppe eine zweisprachige Zeitschrift für Politik und Kultur unter dem kurdischen Titel „Riya Azadî“ (Weg der Freiheit) und dem türkischen „Özgürlük Yolu“ heraus, die von der Regierung genehmigt worden war. 1976 gründeten sie, ebenfalls legal, die Jugendorganisation *Revolutionäre Kulturvereinigung des Volkes (Devrimci Halk Kültür Derneği – DHKD)*, die auch in Kurdistan selbst Gruppen bildete. 1977 begann sie mit der Publikation einer zweiten, kurdisch-

sprachigen Zeitschrift mit dem Titel „Roja Welat“ (Sonne der Heimat).

*Özgürlük Yolu / Riya Azadî* war Teil der kulturellen und politischen Aufklärungsbewegung der Kurden in der Türkei. Die 1965 in der Bundesrepublik, also in der „Diaspora“, gegründete, gewerkschaftlich orientierte Organisation *Hevra* vertrat ab 1979 die politische Linie von *Özgürlük Yolu* hier. Ihr sind Veröffentlichungen und Neuauflagen zahlreicher alter und neuer Werke über die Kurden und Kurdistan (darunter zwei meiner Bücher<sup>5</sup> zu verdanken. Diese Veröffentlichungen zirkulierten in ganz Kurdistan. Durch ihre Jugendorganisation gelang *Özgürlük Yolu* der Zugang zu kurdischen Arbeiter- und Studentenkreisen, nicht aber zur ländlichen Bevölkerung.

Wie die Vorgängerorganisation *DDKO (Doğu Devrimci Kültür Ocakları — Revolutionäre Kulturzentren des Ostens)*, die ab 1969 die kurdische Jugend mobilisierte, leistete *Özgürlük Yolu* einen nicht wegzudenkenden Beitrag zum Bewußtseinsbildungsprozeß innerhalb der türkischen Linken in Bezug auf die kurdische Frage und die Zustände in Kurdistan. *Özgürlük Yolu* ist eine marxistisch-leninistische Organisation orthodoxer Tendenz (also prosovjetsch). Da sie aus der türkischen Linken hervorgegangen ist und viel in türkischer Sprache veröffentlicht hat, konnte sie mit der gesamten türkischen Linken, auch mit der orthodoxen *Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)*, deren Position zur nationalen Frage noch immer obskur und zweifelhaft ist, eng zusammenarbeiten. -- Leider stellte *Özgürlük Yolu* nach der Verhängung des Belagerungszustandes 1978 ihre legale Arbeit in der Türkei ein.

Viele ihrer Kader hatten den Staatsstreich vorhergesehen und waren vor 1980 nach Europa gegangen, um von dort aus den Kampf fortzusetzen. Im Februar 1981 formierte sich die Organisation unter dem Namen *Sozialistische Partei Kurdistans der Türkei (Partiya Sosyalista Kurdistanê Tirkiyê — PSKT)* neu. Die Zeitschrift „*Riya Azadî*“ wird seitdem, immer noch zweisprachig, als Zentralorgan der eigentlich seit 1975 formal existierenden Partei in Europa herausgegeben. *Hevra* ist in der Zwischenzeit zu *Komkar* mutiert.

Die *PSKT* ist dem klassischen Gedankengut der türkischen marxistischen Linken treu geblieben. Als einzige von allen Parteien und Organisationen in Türkisch-Kurdistan hat sie die Lösung der nationalen Frage zurückgestellt und strebt als erstes Ziel die Demokratisierung der Türkei und die Umwandlung der dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse zum Sozialismus an. Sie propagiert den gemeinsamen Kampf

# DENGÊ KOMKAR

Sal : 7  
Wext : 10.7.1986  
Hejmar : 87  
Baha : 1 DM

KOVARA FEDERASYONA KOMELÊN KARKERÊN KURDISTAN LI ELMANYA FEDERAL

*Denge Komkar headline*

der kurdischen und der türkischen Linken – allerdings bei organisatorischer Unabhängigkeit der Parteien – gegen den Faschismus, der in der Türkei an der Macht ist, gegen den Imperialismus, die nationale Unterdrückung und Unterentwicklung Kurdistans und auch gegen die kurdische Reaktion, allen voran die Großgrundbesitzer. Wenn die Türkei demokratisiert ist, und die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse zum Sozialismus geändert sind, so glaubt sie, wird auch die kurdische Frage gelöst werden, möglicherweise, im Rahmen einer Föderation zwischen Kurdistan und der türkischen Türkei. Eine ähnliche Lösung hatte ich 1971 in meiner Studie über die nationale Frage in Türkisch-Kurdistan vorgeschlagen. Seit 1979 erscheint sie mir allerdings nicht mehr den Bedingungen angemessen, ja utopisch. Die Position der kurdischen sozialistischen Partei wird aber auch von der *Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)* seit ihrem Kongreß vom November 1983 eingenommen. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien sind zur Zeit sehr eng.

**Komela Karkêrên Demokratên Kurdistanê (KKDK) –  
Verein der Demokratischen Arbeiter Kurdistans:**

Der Verein wurde 1974 unter dem Einfluß der *PPKK* gegründet. In ihm fanden sich vor allem frühere Freunde von Dr. Şivan, einem Dissidenten der *PDKT* zusammen, der während der Revolution in Irakis-Kurdistan unter mysteriösen Umständen verschwand. Dr.



*Siirt: Im Länderdreieck Türkei – Syrien – Irak ist die Überwachung total. Die Einwohner dürfen nur die allernötigsten Nahrungsmittel für einen Tag im Haus haben – vielleicht geben sie sonst nachts „Banditen“, „Separatisten“, „Terroristen“ zu essen? – Das Militär wacht darüber, daß Einwohner, auch Schulkinder, nur eine Straßenseite benutzen, „zur Sicherheit“.* (Foto: G. Ulutunçok / laif)

Şivan, Dr. Kirmizitoprak im Klarnamen, wurde beschuldigt, Sait Elçi, den Vorsitzenden der PDKT ermordet zu haben. 1972, nach einer Gerichtsverhandlung vor einem Revolutionsgericht, wurde er gehängt; d. Redaktion) Ihm gehörten viele junge Leute, Studenten, Schüler und Arbeiter an. Der Verein war ursprünglich legal und unterhielt Ortsgruppen in Kurdistan, wo er bis zur Verhängung des Kriegsrechts 1978 in der Öffentlichkeit sehr aktiv war. Er gab zwei Zeitschriften heraus: „Jîna Nu“ (Neues Leben) und „Tirêj“ (Sonnenschein), letztere im kurdischen Dialekt Dimli / Zazaki. KKDK wird weitgehend identifiziert mit der DDKD (unterschiedlich genannt: Doğu Devrimci Kültür Derneği, Revolutionäre Kulturvereinigungen des Ostens, oder Devrimci Demokratik Kültür Derneği, Revolutionäre Demokratische Kulturvereinigungen). Als marxistisch-leninistische Organisation orthodoxer Tendenz, die allerdings die linken türkischen Gruppen kritisiert, tritt KKDK für die Einheit ganz Kurdistans und seine nationale Unabhängigkeit ein. Über die Spaltungen und Fraktionierungen lese man unter den Punkten PPKK und KIP nach.



### **Kurdistan Ulusal Kurtuluşçulari (KUK) – Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans:**

*KUK* hat sich 1977 aus einer Abspaltung innerhalb der *Demokratischen Partei Kurdistans der Türkei (PDKT)* gebildet. Die Mutterpartei war den Gründern zu konservativ oder zu eng mit der Familie Barzani verbunden. Die Mitglieder der *KUK* sind erklärte Marxisten-Leninisten pro-sowjetischer Tendenz, kritisieren aber scharf die türkische Linke und das Werk Atatürks. Sie sprechen sich für die Unabhängigkeit Kurdistans aus. – Die *KUK* spaltete sich kürzlich in zwei Flügel. Ihr ursprünglicher kurdischer Name: *Rizgarvanen Neteweyên Kurdistan*.

### **Rizgari – Befreiung:**

Die Organisation wird von Intellektuellen getragen, die sich um eine gleichnamige Zeitschrift und den Verlag Komal scharten. Ihre Ideologie ist die eines unabhängigen Marxismus-Leninismus, der von jedem äußeren Einfluß frei sein will. Im Inneren bemüht sich *Rizgari*, die Person Mustafa Kmal Paşas „Atatürk“ und seine Reformen zu entmystifizieren, die Erniedrigung Kurdistans zu einer Kolonie öffentlich anzuprangern und gleichzeitig die Haltung der türkischen Linken zu kritisieren. Ihr programmatisches Ziel ist die Einigung und

nationale Unabhängigkeit Kurdistans. 1979 entstand durch eine Abspaltung die Gruppe *Ala Rizgari* (Banner der Befreiung), die in Stockholm ab Juli desselben Jahres eine Kurdisch-Türkische Zeitschrift namens „Rizgarîa Kurdistan“ (Befreiung Kurdistans) mit dem programmatischen Motto „Rizgari – Demokrasi – Sozializm“ herausgab. Die Zeitschrift gab 1981 ihr Erscheinen auf.

Durch Namensänderung und Erneuerung konstituierte sich am 21. März 1983 aus alten Mitgliedern von *Rizgari* ein Organisationsplenum, das sich die Aufgabe stellte, so schnell wie möglich eine Kommunistische Partei Kurdistans aufzubauen. Sie sollte das kurdische Proletariat im Hinblick auf die nationale und soziale Befreiung des Landes organisieren. So jedenfalls erklärte das Plenum seine Ziele in einem monatlich erscheinenden ideologischen Organ „Yekiti“ (das kurdische Wort für Union). In der ersten Ausgabe dieser dreisprachigen Zeitschrift, die in Kurdisch, Türkisch und Arabisch erscheint, behaupteten die Organisatoren vor allem, daß die *Kommunistische Partei der Türkei (TKP)*, die *Irakische Kommunistische Partei (IKP)* und die iranische *Tudeh-Partei* verspielt hätten, daß die *TKP* es in den sechzig Jahren ihrer Existenz nicht einmal geschafft habe, in den Arbeitervororten Fuß zu fassen, und daß nur das kurdische Proletariat den Befreiungskampf führen könne, vorausgesetzt, es organisiere sich. Ende 1984 löste sich die *Kommunistische Partei Kurdistans* auf.

### **Partiya Karkêrên Kurdistan (PKK) – Arbeiterpartei Kurdistans:**

1978 benannte sich eine bis dahin als *Apoci (Apocular)* bekannte kurdische Untergrundorganisation in *Partiya Karkêrên Kurdistan* um. Der unbestrittene, aber heftig umstrittene, Führer sowohl der *Apoci* als auch der *PKK* ist Abdullah Öcalan. Die *Apoci* galt als Aktionsgruppe, die sich zum Terrorismus bekannte und sowohl zur türkischen Linken als auch zu den meisten kurdischen Gruppierungen in Opposition stand.

*Apoci* und *PKK* sind letztlich ein und dieselbe Partei, und zwar die militanteste in Türkisch-Kurdistan. Daß sie noch nicht die Bedeutung der Demokratischen Parteien Iranisch- und Irakisch-Kurdistans oder der *Patriotischen Union Kurdistans* Talabanis erreicht hat, erklärt die *PKK* vor allem mit ihrer kurzen Geschichte und mit der be-



# SERXWEBÛN

JI SERXWEBÛN Û AZADIYÊ BI RÛMETTIR TIŞTEK NÎNE

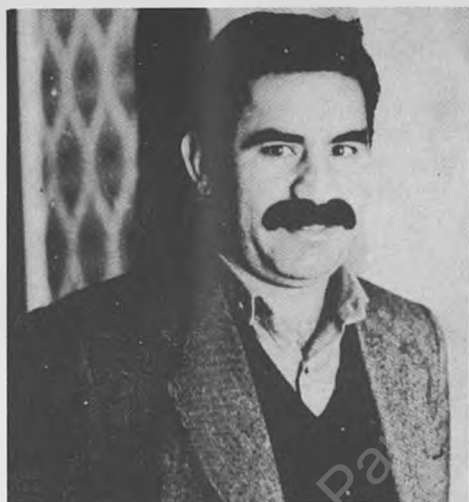
achtlichen Stärke der rassistischen türkischen Rechten und ihrer langen Tradition, andere zu unterdrücken. Die *PKK* befürwortet nicht nur, sondern praktiziert bereits den bewaffneten Kampf für die Einheit und die Unabhängigkeit Kurdistans. Sie rekrutiert ihre Partisanen unter jungen Arbeitern, Bauern, Kleinbürgern und Studenten. Seit den ersten Tagen ihrer Entstehung wird die *PKK* von anderen Organisationen und Parteien in Kurdistan und außerhalb heftig kritisiert. So auch von den Partisanen der *Nationalen Befreiung Kurdistans (KUK)*, die als ihre Rivalin betrachtet werden konnte. Unter anderem warf man der *PKK* vor, von den türkischen Geheimdiensten unterwandert zu sein; später wurde diese schwere Beschuldigung verdrängt durch die nicht minder schwere, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gleich welcher Couleur und mit Abtrünnigen der eigenen Partei politischen Mord zum System gemacht zu haben. — Neben der *KUK* ist die *PKK* die einzige kurdische Partei, die in der Türkei kleine Einheiten von Peshmerga oder Fedayin unterhält. Sie wurde von der türkischen Repression nach dem Putsch besser überstanden als alle anderen und ist vergleichsweise fest im Land verankert.

Das Programm der *PKK* wurde auf Türkisch, Kurdisch und im Februar 1983 auf Englisch unter dem Titel „Kurdistan Workers' Party — *PKK*; Programme“ veröffentlicht. Es besteht aus drei Teilen: Erstens — „Weltlage“; Zweitens — „Gesellschaft und Geschichte Kurdistans“; Drittens — „Die Revolution in Kurdistan und ihre Merkmale.“ — Das Programm wurde in deutscher Sprache in der Zeitschrift der *PKK* in der Bundesrepublik, „Kurdistan Report“, abgedruckt.

(Nach dem Staatsstreich General Evrens im September 1980 wurden tausende von Kurden mit dem Vorwurf verhaftet, Mitglieder und Sympathisanten der *PKK* zu sein. Die Zahl der unter dieser Anschuldigung Verhafteten überstieg um mehrere Tausend die Zahl der *PKK*-Mitglieder und -Freunde, die diese Partei in ihren besten Zeiten jemals hatte mobilisieren können. Nichtsdestotrotz wurden die Verhafteten schwer gefoltert und in zahlreichen Prozessen angeklagt.

Der zunächst in den Libanon dann nach Syrien geflohenen Führung der *PKK* gelang es jedoch nach einer Phase der Kritik und Selbstkri-





*Chef der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK): Abdullah Öcalan*

tik, in der *Demokratischen Partei Kurdistans des Irak* einen zeitweiligen Verbündeten zu finden, der es ihr ermöglichte, die Partei und die militärischen Einheiten (HRK) der Partei wieder aufzubauen und im Sommer 1984 erneut von syrischem und irakischem Territorium aus zahlreiche Partisanen-Aktionen bis nach Tunceli hinauf zu unternehmen. Der Dogmatismus der *PKK*-Doktrin und der Rigorismus des Führers der *PKK* führten, nach der Liquidierung der innerparteilichen Opponenten in Kurdistan und in Europa, zu einer ersten Krise der Beziehungen zwischen den beiden ungleichen Parteien, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist. Dazu auch die „Aktualisierung“ am Ende des Türkeiteils; d. Redaktion).

Wie einige andere kurdische Parteien auch, arbeitet die *PKK* mit Teilen der palästinensischen Befreiungsorganisation *PLO* zusammen, und hat als einzige ein zeitweiliges Bündnis mit der armenischen Befreiungsorganisation *ASALA* geschlossen. Dieses Bündnis ist eher deklamatorisch als praktisch geblieben. Das Zentralorgan der *PKK*, „Serxwebun“, erscheint in Europa, ebenso zahlreiche Publikationen, die von verschiedenen Frontorganisationen der *PKK* – ERNK (Enîya Rîztaîya Kurdistan – Nationale Befreiungsfront Kurdistans), HRK, diversen „Kurdistan-Komitees“, Arbeitervereinen, *FEYKA-Kurdistan*, und anderen – herausgegeben werden.



*Abzug von PKK-Partisanen von Beirut nach Tripoli*

#### **Kawa:**

Der Name dieser Gruppe leitet sich von dem Schmied Kawa her, einem mythischen Helden aus der Antike. Der Legende nach führte er an einem 21. März, dem Frühlingsanfang, einen siegreichen Volksaufstand gegen einen iranischen Tyrannen. Das „Newroz“ oder Neujahrsfest, das alle iranischen Völker am 21. März feiern, wird traditionell vielerorts auch außerhalb Kurdistans „kurdisches Fest“ genannt. Im 20. Jahrhundert wurde es zum kurdischen Nationalfest. Wie schon zu Zeiten des Zoroastrismus werden in den Bergen große Feuer entzündet, um den Kampfgeist des Schmiedes Kawa zu beschwören und so den Kampf gegen die Tyrannen weiterzuführen.

Dieser Symbolismus ist für *Kawa* (zweisprachiges Zentralorgan ist „Newroz“) zugleich Programm. Die Organisation will durch den bewaffneten Volkskampf ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Kurdistan errichten. Sie ist marxistisch-leninistisch, bezeichnet aber alle orthodoxen kommunistischen Parteien der Region als „opportunistisch“ und kritisiert die Außenpolitik der Sowjetunion.

Nach dem Mord an ihrem Führer, dem Ingenieur Ferit Uzun, im November 1978 hat sich *Kawa* in zwei rivalisierende Gruppen gespalten.



*Kurdische Schafzüchter in der Türkei: Leben am Rande des Existenzminimums*  
(Fotos: Anne Lax)

## Têkoşîn:

*Têkoşîn* bedeutet „Kampf“. Seit 1979 trägt eine kommunistische kurdische Gruppierung, die mit der türkischen Organisation *Kurtuluş* (Befreiung) gebrochen hat, diesen Namen. *Kurtuluş* selbst ist aus einer Abspaltung der *Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)* hervorgegangen. *Têkoşîn* strebt die Errichtung eines unabhängigen und sozialistischen Kurdistan an.

## Partiya Pêşenga Karkêrên Kurdistan (PPKK):

Die *Partei der Vorhut der Arbeiter Kurdistans* existiert seit 1975. Sie ist der Untergrundzweig der ursprünglich legalen Organisation *DDKD*. Die Partei hieß damals allerdings noch *Partiya Karkêrên Kurdistan (PKK)* beziehungsweise auf Türkisch *Kürdistan İşçi Partisi (KIP)*. Im Untergrund spaltete sie sich in zwei miteinander rivalisierende Fraktionen, deren eine von Abdullah Öcalan geführt wurde und, siehe oben, unter dem Namen *Apocular / Apoci*, und seit 1978 erneut als *PKK*, bekannt wurde. Auf dem zweiten Kongreß der ursprünglichen *PKK / KIP* im Juni 1983 erklärte sich die eine der Gruppen zur *PPKK*, indem sie das Wort „Peşeng“ (Kurdisch für Vorhut, Avantgarde) hinzufügte, um eine Verwechslung mit den *Apocis* und der *KIP*-Fraktion (siehe unten) zu vermeiden.

Im Bericht ihres Zentralkomitees vom Juni 1983, der in Europa auf Türkisch veröffentlicht wurde, erklärt die *PPKK/DDKD*, sie sei „die Partei der Arbeiterklasse Kurdistans, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus verpflichtet und integraler Bestandteil der weltweiten kommunistischen Bewegung“. Sie möchte die Vorhut der Arbeiterklasse im Kampf um die Nationale Befreiung Kurdistans sein. Im Augenblick versteht sie sich als Teilnehmer am gemeinsamen Kampf des kurdischen und türkischen Proletariats für den Sturz des Faschismus „in Kurdistan und in der Türkei“.

Obwohl sie sich als ideologisch links von der *PSKT* (also der Sozialistischen Partei Kurdistans der Türkei) betrachtet, befindet sich die *PPKK* als orthodoxe marxistisch-leninistische Partei (Prosovjatisch) im selben politischen Lager wie diese, also indirekt an der Seite der *Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)*. Ihr in Europa herausgegebenes Zentralorgan heißt „Peşeng bo Şoreş“ (Vorhut für die Revolution / Avantgarde der Revolution).

### **Kürdistan İşçi Partisi (KIP):**

Die *Arbeiterpartei Kurdistans* war von 1975 an – wie die *PPKK* – der im Untergrund arbeitende Arm der *DDKD/KKDK*, damals noch unter dem Namen *PKK*. Nach der Spaltung in *PPKK* und *PKK/Apoci* beschloß die *KIP*-Fraktion, den türkischen Namen beizubehalten, um sich deutlich abzugrenzen.

Die *KIP* ist eine marxistisch-leninistische Arbeiterpartei, deren Programm auf die nationale und soziale Befreiung Kurdistans abzielt. Sie unterscheidet sich von der *PPKK*, die in gewisser Weise ihre „feindliche Zwillingschwester“ ist, dadurch, daß sie auf politischer Ebene nicht „bedingungslos prosovietisch“ sein will. Dieses Verhalten kritisiert sie sowohl an der *PPKK* als auch an der *PSKT*. Sie ist dem Geist der Mutterpartei, der *DDKD/KKDK* wohl am nächsten geblieben.

### **Partiya Gelên Kurdistan (PGK) – Volkspartei Kurdistans:**

Die *Volkspartei*, die zur Zeit im Untergrund ist, ging aus einer Abspaltung innerhalb der *Sozialistischen Partei (PSKT)* in Europa um den Jahreswechsel 1980 / 81 hervor. Zur selben Zeit und aus den gleichen Gründen gab es auch eine Abspaltung innerhalb der kurdischen Organisation *Komkar* in der Bundesrepublik, die zur Gründung der Organisation *Mala Gelî Kurd* (Haus des Kurdischen Volkes) führte. Die politische Linie von *Mala Gelî Kurd* ist die der *PGK*, so wie die Linie von *Komkar* der der *PSKT* entspricht.

\*\*\*

In einem wenige Tage vor dem Putsch von 1980 erschienenen Artikel über die kurdische Bewegung in der Türkei bedauert Chris Kutschera „die extreme Zersplitterung der kurdischen Organisationen, die nicht davor zurückschrecken, ihre Konflikte mit Waffengewalt auszutragen“. Er schreibt, daß „alle Organisationen der kurdischen Linken, mit Ausnahme der *PKK*, sich an die klassischen marxistischen Kategorien halten“ und „der Meinung sind, daß die kurdische Arbeiterklasse die revolutionäre Bewegung anführen muß“, obwohl es nach Kutschera – der ein wenig verallgemeinert –, „in Türkisch-Kurdistan praktisch keine Arbeiterklasse gibt. 99 Prozent der Industrie befindet

sich im türkischen Teil des Staates: Falls es ein kurdisches Proletariat gibt, findet man es im Umkreis der Großstädte wie Ankara, Istanbul, Izmir, Izmit (...). Von allen Teilen Kurdistans ist Türkisch-Kurdistan mit Abstand am meisten unterentwickelt. Es ist im wesentlichen ein Agrarland. Wenn es nicht gelingt, die Bauern und Landarbeiter zu mobilisieren, ist es um die Zukunft der Bewegung in diesem Teil Kurdistans schlecht bestellt.“<sup>6</sup>

Bis 1980 haben die kurdischen Gruppen und Parteien dazu beigetragen, das nationale Erwachen des kurdischen Volkes in der Türkei und seinen Wunsch nach Befreiung zu stärken. Sie haben auch die türkische Linke dazu gebracht, sich der Wichtigkeit der kurdischen Frage bewußt zu werden. Eben dies hat dann zum Staatsstreich geführt. Nach dem Putsch mußten die Kader der meisten erwähnten Parteien nach Europa fliehen, wenn sie nicht vorher schon verhaftet wurden. Hier sind sie von ihrer Basis abgeschnitten. Dies gilt für die gesamte kurdische wie türkische Linke mit Ausnahme der *PKK*, der es gelang – allerdings nur von Basen im benachbarten Ausland aus und nur mit ihrem militärischen Arm, der *HRK*, der Befreiungseinheit Kurdistans –, im kurdischen Teil der Türkei wieder wirksam zu operieren.

Die linke türkische Organisation *Devrimci Yol (DEV YOL)*, die härteste Kritikerin der *PKK* übrigens, ist die zweite Ausnahme: Trotz der Repression ist sie weiterhin im Untergrund der Türkei aktiv. Unter ihren Mitgliedern sind bemerkenswert viele Kurden.

Eine Gruppierung mit neuen, eigenständigen, alle Teile Kurdistans anvisierende Gruppierung ist *Yekbûn (Einheit)*, die seit 1979 auf die patriotischen kurdischen Kreise Einfluß zu nehmen sucht. – Ihr Programm basiert auf dem Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung und deren Durchsetzung. Erreicht werden soll dies durch einen nationalen Befreiungskampf in einer vereinigten Front mit den verschiedensten, jeweils angemessenen Mitteln. (Ich werde im 3. Band von ‚Kurdistan und die Kurden‘ auf *Yekbûn* zurückkommen, denn es ist schwierig, diese Partei, die eine nationale Partei aller Kurden sein will und die gegenwärtigen Grenzen nicht akzeptiert, einem bestimmten Teil Kurdistans zuzuordnen.)



*Für die zu lokalen Preisen verkauften Produkte können sich kurdische Viehzüchter keine Waren kaufen, die zu Weltmarktpreisen auch bei ihnen angeboten werden: Medikamente, Eisenwaren, Werkzeuge, Stoffe ...*  
(Foto: Anne Lax)

## Die Ökonomie der Unterentwicklung

Die Unterentwicklung Kurdistans ist durch den Bankrott der Wirtschaftspolitik unter den Regierungen Ecevit und Demirel noch verstärkt worden. Der Wirtschaftsminister im Kabinett Demirel und jetzige Ministerpräsident der Türkei, Turgut Özal, ist Vorkämpfer einer liberalistischen Wirtschaftspolitik, die zwar den Geschäftsleuten nutzt, den Arbeitern – und sogar der Mittelschicht – aber schadet. In der internationalen Presse waren 1979/80 oft Artikel über die Krise in der Türkei zu finden<sup>7</sup>. Die Auslandsverschuldung der Türkei stieg von 3,5 Milliarden US-Dollar auf 18 Milliarden US-Dollar Anfang 1980. Die Arbeitslosigkeit, die 1979 bei 20 Prozent lag, erhöhte sich im Januar 1980 auf 25 Prozent. Mit dem Fehlen von Grundnahrungsmitteln auf dem Markt ging eine galoppierende Inflation einher – 1975: 10 Prozent, 1977: 50 Prozent, 1979: 70 Prozent und 1980 schließlich 100 Prozent. Drei- oder viermal wurde das Türkische Pfund abgewertet, was aber genauso wenig Abhilfe schuf wie die „Finanzhilfe“ der westlichen Staaten<sup>8</sup>: des Internationalen Währungsfonds, der USA, der EG. In Westeuropa inszenierte der damalige Bonner Finanzminister Hans Matthöfer die Aktion „Türkeihilfe“. Ihr einziges Ergebnis war aber, daß sowohl die Auslandsverschuldung der Türkei als auch die Armut ihrer Bevölkerung weiter wuchsen. Der Grund für die Krise liegt in der Struktur des Staates und darin, daß die herrschenden Klassen – vor allem die Befehlshaber der Armee – Regierung und Verwaltung kontrollieren. Die finanzielle Hilfe des Westens landete, direkt oder indirekt, in den Taschen der Geschäftsleute oder bei einer Armee, die zu groß und zu kostspielig ausgerüstet ist: 566.000 Soldaten, davon 470.000 bei den Landstreitkräften, außerdem 120.000 schwerbewaffnete Gendarmerie-Angehörige<sup>9</sup> – nicht gerechnet die öffentlichen und geheimen Sicherheitskräfte. Die Industrie ist zum größten Teil Montage-Industrie (wie im Iran zu Zeiten des Schah), abhängig vom Import teurer Halbfertig-Produkte und mit einem Überangebot billiger Arbeitskräfte, deren Lohn gerade zum Überleben reicht: kurz, eine Kolonie. Wie Mustafa Kemal es gewollt hatte, besitzt die türkische Armee über ihre Wirt-





Karikatur: MaMoSte (aus „Berbang“ 4/84)

schaftsholdinggesellschaft OYAK eigene Firmen. Aber die Unternehmen der Armee sind chronisch unrentabel und benötigen ständig öffentliche Subventionen, die aus Staatsmitteln, also aus der Tasche der Steuerzahler, fließen. Dank der OYAK erhalten Generale und Oberste, die die Altersgrenze erreicht haben, eine stattliche Pension aus dem von OYAK akkumulierten Kapital, viele außerdem einen gut bezahlten Posten als „Aufsichtsrat“ in irgendeiner Firma, an der OYAK beteiligt ist – wenn sie es nicht vorziehen, Senator oder gar Staatspräsident zu werden. Die Landflucht, die in der gesamten Türkei, vor allem aber in Kurdistan, beobachtet werden kann, ist eine Katastrophe für die ländlichen Gebiete und führt zu einer Überlastung der Städte, die sowieso schon unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Die doppelte Unterentwicklung Kurdistan oder, wie ein Schweizer Journalist es nannte, „die offensichtliche Ausbeutung des Ostens durch den Westen“ in der Türkei<sup>10</sup>, ist ein Übel, unter dem in erster

Linie die Kurden zu leiden haben. Es wirkt sich aber auch in der gesamten Türkei schädlich aus. Denn wenn man Kurdistan schadet, zieht man die gesamte Türkei in Mitleidenschaft.

Die Strategen des Kemalismus aber dachten nur an die Aufrechterhaltung der „kemalistischen Ordnung“, das heißt an die Unterdrückung der kurdischen Bewegung, aber auch aller demokratischen Kreise, der gesamten türkischen Linken, der Arbeiterstreiks und der Gewerkschaftsbewegung; Unterdrückung besonders der großen sozialistischen Gewerkschaft *DISK*. Indes sahen sich wegen der Wirtschaftskrise etwa zwei Millionen Arbeiter gezwungen, die Türkei zu verlassen, um in Europa Arbeit zu finden. Sie brachten dem türkischen Staat Devisen.

Die Verkündung des Ausnahmezustandes für Kurdistan und die industriellen Zentren der Türkei, die Verhaftung von tausenden Patrioten und Gewerkschaftern, die massive militärische Präsenz in den kurdischen Provinzen und die großzügige Hilfe des Westens – dies alles half nicht gegen die Krise, die Streikbewegungen, die blutigen Zusammenstöße zwischen rechtsextremen und linken Gruppen und gegen die wachsende Verbreitung revolutionärer kurdischer Zeitschriften im Untergrund. Eine beunruhigende Erscheinung für die Verfechter des Kemalismus ist die Unterstützung der kurdischen Sache durch linke türkische Gruppierungen (trotz der immer noch ambivalenten Haltung der *Kommunistischen Partei der Türkei*). *Kurtulus* gibt öffentlich die Existenz einer kurdischen Nation und deren Recht auf einen unabhängigen Staat zu. Die Gruppe *İşçinin Sesi* (Stimme der Arbeiter), eine Abspaltung der *TKP*, die „den Opportunismus der augenblicklichen Führung der *TKP*“ kritisiert, gibt in London eine Zeitschrift heraus, die gleichfalls „*İşçinin Sesi*“ heißt, in der sie sich oft mit der kurdischen Frage auseinandersetzt. In der Ausgabe vom 7. Juli 1980 ist ein langer Artikel von mir abgedruckt, in dem ich vor allem das Grundrecht der kurdischen Nation, selbst über ihr Schicksal und die Zukunft Kurdistans zu entscheiden, bekräftige. *İşçinin Sesi* hat diesen Artikel vor dem Staatsstreich auch in einem Buch zur kurdischen nationalen Frage in Türkisch herausgegeben<sup>11</sup>.

Im Oktober 1979 wurde Dr. İsmail Beşikçi zu drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, vor allem, weil er ein Buch mit dem Titel „Abhandlung über die türkische Geschichte und die kurdische Frage“ veröffentlicht hatte. In diesem Buch klagt er die Unterdrückung an, die gegen das kurdische Volk von den „Verfechtern der faschistischen Ideologie des Kemalismus“ ausgeübt wird. Seine Haft hinderte



*Tunceli (Dersim): Die türkische Zeitschrift „Yeni Gündem“ vom Febr. / März 1986 berichtet von einem Besuch einer Delegation von Ankarer Parlamentariern in Dersim. Diese hätten festgestellt, die Stadt habe 19.000 Einwohner; jedoch seien in ihr 55.000 Soldaten und Feldjäger stationiert, – fast drei Militärs auf einen Einwohner. (Foto: G. Ulutunçok/laif)*

ihn nicht daran, ohne Wissen seiner Kerkermeister im Gefängnis weiterzuschreiben.

Die Zeit war also reif für ein erneutes Eingreifen der Armee – unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherzustellen und das Land aus Gefahr zu retten. Die Repression einer Militärdiktatur ist jedoch zweifellos das ungeeignetste Mittel zur Lösung der wirklichen Probleme der Türkei. Sie schiebt den Tag der Bilanz nur hinaus, verschärft die Auseinandersetzungen. Doch daran denken weder die Befehlshaber der Armee noch die Verantwortlichen der amerikanischen und bundesdeutschen Politik, die diese Armee mit Waffen ausrüsten. Die „internen“ Probleme Ankaras interessieren Washington und Bonn nicht, auch wenn es sich dabei um die Menschenrechte oder die Rechte von Völkern handelt. Allerdings hat das Beispiel Iran gezeigt, daß Washington einen Fehler macht, wenn es solche Probleme einfach ignoriert.

Ab 1979 richtete General Kenan Evren, Stabschef der Armee, mehrere „Warnungen“ an die zivile Regierung. Er wiederholte sie in einer Erklärung vom 1. Januar 1980 und noch einmal in einem Interview mit der Tageszeitung „Günaydin“ vom 17. Februar 1980.

## Die Legalität der Putschisten und der Terror

Im Morgengrauen des 12. September 1980 putschte dann das Militär. Wie „Le Monde“ konstatierte<sup>12</sup>, hatte man in Washington schon Kenntnis von dem Staatsstreich, ehe er überhaupt stattgefunden hatte. Die „International Herald Tribune“ schrieb: „Ein Militärputsch trägt in der Regel nicht zur internationalen Stabilität bei; die Türkei könnte hier aber eine Ausnahme bilden.“<sup>13</sup>

Noch am selben Tag stattete die Militärjunta, der außer ihrem Vorsitzenden General Evren noch drei andere Generale und ein Admiral angehörten (die Befehlshaber der Landstreitkräfte, der Luftwaffe, der Gendarmerie und der Marine), dem Mausoleum Atatürks („Vater der Türken“) einen Besuch ab. Dann hielt Evren, der sich zum Staatsef erklärte, im Radio eine Rede. Er verkündete: „Die Streitkräfte haben die Kontrolle über das Land übernommen, um seine territoriale Unversehrtheit und die nationale Einheit zu retten.“ Nachdem er die „Streitigkeiten innerhalb der zivilen Regierung“ angeprangert und die „angeblichen Divergenzen unter den Türken“ beklagt hatte, gab der General und Präsident den Streitkräften den Befehl, „gegen die Anarchie zu kämpfen, gegen separatistische Umtriebe, gegen den Terror“ und auch „gegen Kommunismus, religiösen Fanatismus und Faschismus“.

Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst und die Regierung Demirel wie auch Staatsef Caglayangil abgesetzt. Der Belagerungszustand wurde auf das ganze Land ausgeweitet. Man suspendierte die politischen Parteien und verhaftete ihre Vorsitzenden, unter ihnen auch Ecevit, Demirel, Erbakan und, um das Gesicht zu wahren, Oberst Türkeş, den Anführer der „Grauen Wölfe“. Die faschistische Junta übernahm die Exekutive und die Legislative. Sie gab tatsächlich vor, den nationalen Willen (welcher Nation?) zu verkörpern und von Rechts- und Linksextremen gleichweit entfernt zu sein. Sie versprach „die Rückkehr zum zivilen Leben“, sobald sie eine neue Verfassung, ein neues Wahlrecht und ein neues Gesetz über die politischen Parteien vorbereitet habe. Admiral Bülent Ulusu wurde von der Junta, die sich den Namen *Nationaler Sicherheitsrat (CNS)* gab, zum Premierminister ernannt. Vize-Premier und Wirtschaftsminister blieb Turgut Özal, ein Freund Demirels und der Geschäftswelt.

\*\*\*



*Türkisch-Kurdistan: Ein ganzes Volk von 10 Millionen zu „Terroristen“ gestempelt und entsprechend behandelt. — Solche „Razzien“ finden in zwei- bis sechswöchigen Abständen in allen Dörfern der sogenannten Sicherheitszonen“ statt. In diesen Zonen darf auf jeden scharf geschossen werden, von dem auch nur vermutet wird, er sei ein „Terrorist“. Dies betrifft die Provinzen und die Städte Kars, Agri, Van, Hakkari, Siirt, Mardin, Urfa, Gaziantep, Hatay, Tunceli. Als sogenannte Pufferzone 1 (in denen verschärftes Ausnahmerecht herrscht) wurden erklärt: Trabzon, Erzurum, Elazığ, Diyarbakir, als Pufferzone 2: Samsun, Amasya, Tokat, Sivas, Kayseri und Adana. Bingöl gilt seit langem als „Krisengebiet“ mit Sondergesetzen. Seit 5. August 1986 finden in den Grenzgebieten bis nach Van tägliche „Razzien“ statt.*



Am 16. Oktober 1981 benennt der *Nationale Sicherheitsrat* die 160 Mitglieder einer *Beratenden Versammlung*, die er unter Generalen, Diplomaten und pensionierten, hohen Funktionären ausgewählt hat. Sie soll bei der „Reform der Institutionen“ mit der Junta zusammenarbeiten. Am folgenden Tag werden die politischen Parteien dann formell aufgelöst und verboten. Die *Verfassungsgebende Kommission* unter Professor Aldikaçti, die aus Mitgliedern der Beratenden Versammlung besteht, bereitet eine auf die Junta zugeschnittene Verfassung vor (deutscher Text in „Beiträge zur Konfliktforschung“, Heft 1 / 83). Auffällig ist, daß demokratische Regeln, und seien sie auch nur formal, vollkommen fehlen. (Zwei für das kurdische Volk gravierende Verschärfungen gegenüber der vorangegangenen Verfassung wurden vorgenommen. Hieß es in der Verfassung von 1961 noch: „Die Amtssprache ist Türkisch“, so heißt es nun: „Ihre (der Türkischen Republik) Sprache ist Türkisch.“ – Und in Artikel 26: „Bei der Äußerung oder Verbreitung von Meinungen darf keine durch das Gesetz verbotene Sprache verwendet werden. Gegen dieses Verbot verstoßende, geschriebene oder gedruckte Papiere, Schallplatten, Ton- oder Videobänder sowie andere Ausdrucksmittel werden auf (...) Anordnung einer durch das Gesetz ermächtigten Behörde eingesammelt. (...).“ Letztlich bedeutet diese Vorschrift, daß nunmehr selbst in Kurdisch geschriebene Privatbriefe verboten sind, ebenso die als Briefersatz von den vielen kurdischen Analphabeten gerne benutzten Kassetten! – d. Redaktion).

Der *Nationale Sicherheitsrat* billigt die Verfassung und läßt sie dann am 7. November 1982 von 91 Prozent aller Bürger annehmen. Die Kampagne für dieses Referendum wird von der Junta mit großer Eile im ganzen Land durchgeführt. Die Parteien können an ihr nicht teilnehmen. Die Bürger haben nur die Wahl zwischen den Gesetzen der Putschisten und der Junta selbst; in beiden Fällen behält die Junta die legislative Macht. Nach der neuen Verfassung wird der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, General Evren, automatisch für sieben Jahre Präsident der Republik. Die vier anderen Mitglieder der Junta (die Generale Haydar, Saltik, Tahsin Şahinkaya und Sedat Celasun, sowie der Admiral Nejat Tümer) bilden den *Rat des Präsidenten*. Der Präsident und sein Rat – mit anderen Worten die Junta – haben das Vetorecht und können jedes Gesetz, das von der *Großen Nationalversammlung* (dem Parlament) verabschiedet wird, zurückweisen oder ändern. Die Angehörigen der verbotenen politischen Parteien können zehn Jahre lang, andere Abgeordnete des



*Ehrenbürger von Istanbul: Richard von Weizsäcker, Juntachef Evren, Özal, Genscher. — Der Bundespräsident vergaß seine spektakuläre Bundestagsrede und akzeptierte die Ehrenbürgerwürde Istanbuls, trotz Holocausts an Millionen von Armeniern, trotz andauernder Christenverfolgungen in der Türkei, trotz ständig sich verstärkender militärischer Besatzung und Besetzung Kurdistans.*



*Türkeireisender in Sachen Rüstungsindustrie:  
Lothar Späth, Baden-Württembergs Ministerpräsident, bei seiner  
letzten Türkeireise. – Die Verhandlungen über den Aufbau gemein-  
samer Rüstungsfabriken „wurden erfreulich gefördert“.  
(Foto: „Hürriyet“, 4.9.1986)*

aufgelösten Parlamentes fünf Jahre lang nicht gewählt werden. Den Beamten, die in der Türkei einen großen Teil der Arbeitnehmerschaft bilden, wird jede politische Betätigung verboten. So sichert die Armee ihre Diktatur ab. Dem Präsidenten ist es nota bene freigestellt, jeden Artikel der Verfassung auszusetzen und Gesetze per Dekret zu erlassen. – Im Juli 1982 tritt Vize-Premier Turgut Özal zurück; zweifellos weniger aus Treue zu seinem ehemaligen Chef Demirel oder aus Sorge um die Demokratie, sondern eher, weil seine Wirtschafts- und Finanzpolitik gescheitert ist.

Ein von der Junta verkündetes neues Gesetz verdient besondere Beachtung: Demnach kann die Junta jede Person deportieren, die verdächtigt wird, gegen die Interessen der öffentlichen Ordnung und der nationalen Einheit zu arbeiten. Diese „legale“ Waffe der Exekutive zielt besonders auf die Kurden (vgl. Anhang, „Aktualisierung“). Die Drohung der Massendeportation, die sie schon unter Atatürk und İnönü erdulden mußten, steht wieder im Raum.

Die konservative Presse im Westen freut sich, daß der Terror, der jede Woche über 50 Opfer forderte, dank der Junta „beseitigt“ wurde<sup>14</sup>. Sie vergißt dabei, daß er das Werk der rechten und rechtsextre-





*Batman: Erdölförderung in Türkisch-Kurdistan (Foto: Aşkar)*

men politischen Parteien, die fast immer im Parlament vertreten gewesen waren, und der militärischen Geheimdienste MGT war.

Außerparlamentarische, linke und linksextreme Gruppen haben mit Gegen-Terror geantwortet und dadurch den Generalstab der Armee beunruhigt. Mit dem Putsch hat der Staat nun selbst zu Mitteln des Terrorismus gegriffen. Er ist zum organisierten Terror im Namen des Gesetzes geworden.

In der konservativen westlichen Presse freut man sich auch darüber, daß dank der Sparmaßnahmen, die der Türkei vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den OECD-Ländern vorgeschlagen worden waren, die Inflationsrate von 100 Prozent auf 30 Prozent pro Jahr gesunken ist. Das stimmt zwar, aber welcher Preis mußte dafür bezahlt werden?

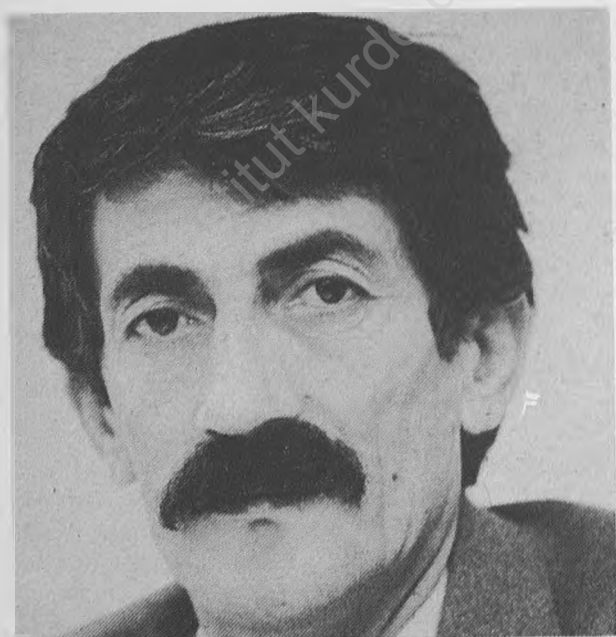


*Bettler südlich von Batman  
(Foto: A. Sternberg-Spohr)*

Nachdem die engagierten Gewerkschaften zerschlagen waren, ließ die Junta – und die hinter ihr stehende türkische und internationale Geschäftswelt – die Arbeiter in Stadt und Land für die Senkung der Inflationsrate bezahlen. Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt: Augenblicklich sind sechs bis sieben Millionen Menschen ohne Arbeit. Sie leben im tiefsten Elend. Die Millionen Menschen, die noch Arbeit haben, mußten enorme Kaufkraftverluste hinnehmen. 1983 mußte man für ein Kilogramm Fleisch 17 Stunden, für ein Kilogramm Brot sechs Stunden und für ein Paar Schuhe sogar 80 Stunden arbeiten. Und die Zahl der Arbeitslosen steigt jährlich um 200.000. Außerdem wächst die Auslandsverschuldung, obwohl der iranisch-irakische Krieg der Türkei enorme Vorteile bringt: Gegen Konsumgüter handelt sie von beiden kriegführenden Parteien vor allem Erdöl ein. Im Einklang mit den Vereinigten Staaten legt die Junta sehr viel Wert darauf, die einzelnen Teilstreitkräfte der Armee zu stärken, ihre Ausrüstung zu modernisieren und die Wirksamkeit der Polizei zu erhöhen. Während es Millionen Arbeitern und Angestellten immer schwerer fällt, ihre Familien mit dem Notwendigsten zu versorgen, erreicht das türkische Militärbudget nie gekannte Ausmaße – zum Wohle der amerikanischen Waffenproduzenten.

Seit dem Putsch hat sich die Repression beträchtlich verschärft. Sie richtet sich gegen die sozialistische Linke – ganz zu schweigen von den Linksextremen –, gegen die Gewerkschaftsbewegung, gegen die demokratischen Kreise, die für die Menschenrechte eintreten, und ganz besonders gegen die Kurden und die kurdische Nationalbewegung. Die Anzahl der Festgenommenen und der politischen Gefangenen, die zum größten Teil nur wegen ihrer politischen Anschauung verhaftet worden sind, stieg von 20.000 unter der Regierung Demirel auf 45.000 nach dem Putsch; dies sind optimistische Schätzungen. Andere gehen von 70.000 Gefangenen aus, fast die Hälfte von ihnen Kurden. Sie werden vor allem in den Militärgefängnissen systematisch gefoltert; viele sterben daran. Die Außenwelt weiß davon nichts. Nur wenige Fälle wurden bekannt. „Kommando-Unternehmen“ von „Spezial-Einheiten“, die dem Innenminister unterstellt sind, überfallen kurdische Dörfer. Der Regierungsterror, der seit den sechziger Jahren gegen Kurden praktiziert wird, verstärkt sich. Universitäten, Fabriken und Gewerkschaften werden von Andersdenkenden gesäubert. Vor Militärgerichten finden politische Massenprozesse statt. Sie verhelfen der Türkei zu trauriger Berühmtheit.

Von September 1980 bis Juli 1982 entsendet die *Fédération Internationale des Droits de l'Homme* eine französische Menschenrechtsorganisation, sechs Untersuchungskommissionen nach Istanbul und Ankara. Obwohl ihre Arbeit von den Kriegsrechtsbehörden außerordentlich erschwert wird (direkte Kontakte zu Festgenommenen und Gefangenen sind verboten), können die Kommissionen erschreckende Berichte vorlegen. Im 400.000 Einwohner zählenden Diyarbekir, der wichtigsten Stadt Türkisch-Kurdistan, bricht das Militärgefängnis alle Rekorde. Es gelangt international zu grausiger Berühmtheit. Tausende Kurden sind dort eingesperrt. Sie werden beschimpft, gefoltert und mit Stockschlägen, Fußtritten oder anderen, ausgeklügelten Methoden umgebracht. *amnesty international* weiß von über 100 Kurden, die in diesem Gefängnis von ihren Folterern verstümmelt worden sind oder an schweren Krankheiten leiden. Unter ihnen sind auch Mehdi Zana, ein Bürgermeister, der Rechtsanwalt Mümtaz Kotan und Pasha Uzun, der ehemalige Leiter einer kurdischen Kulturvereinigung. *amnesty international* fordert daraufhin am 27.5. 1982 in einem Brief an den türkischen Botschafter in London die Erlaubnis, eine Delegation zu der auch ein Ärzte-Team gehören soll, ins Gefängnis von Diyarbekir zu schicken. Die Anfrage bleibt ohne Antwort.



Vor dem Militärgericht von Diyarbekir wird Anfang April 1981 der Prozeß gegen 447 Kurden, alle Mitglieder der *PKK*, eröffnet. Sie werden subversiver Aktivitäten angeklagt. Der Oberstaatsanwalt, ein Offizier, fordert für 97 von ihnen die Todesstrafe. Die Tageszeitung „Le Monde“ schreibt hierzu: „Für das Ausmaß des kurdischen Kampfgeistes spricht die Tatsache, daß dieser Prozeß der erste einer ganzen Serie ist. Insgesamt werden 2.231 Gefangene der Zugehörigkeit zur *PKK* angeklagt.“<sup>15</sup>

Im Dezember 1981 wird vor dem Kriegsgericht in Istanbul der Prozeß gegen 52 führende Mitglieder der progressiven Gewerkschaft *DISK* eröffnet. Diese Gewerkschaft war unter der Regierung Ecevit noch zugelassen, wurde aber unter der Militärdiktatur der Verletzung der Artikel 141 und 142 des Strafgesetzbuches angeklagt und verboten.<sup>16</sup> Ungefähr 1.000 Kader und Mitglieder von *DISK* befinden sich in Haft.<sup>17</sup>

Am 24. Februar 1982 erläßt das Kriegsgericht in Istanbul Haftbefehl gegen 44 Intellektuelle. Unter ihnen sind der Rechtsanwalt Orhan Apaydin, Vorsitzender der Anwaltskammer, und die Mitglieder des *Vereins für Frieden*.<sup>18</sup> Kurz darauf beginnt der Prozeß. Anfang Mai werden neun von ihnen zum Tode verurteilt.

Am 18. Oktober 1982 wird vor dem Militärgericht in Mamak, nahe Ankara, der Prozeß gegen 574 Kämpfer von *DEV-YOL* (Revolutionärer Weg) eröffnet, die wegen subversiver Aktivitäten angeklagt werden. Ähnliche Prozesse finden auch in anderen Städten statt: in Amasya gegen 687 Angeklagte; in Adana gegen 311 Angeklagte; in Erzurum (Kurdistan) gegen 880 Angeklagte. Am 21. Oktober 1982 beginnt in Izmir der Prozeß gegen 178 Mitglieder von *DEV-YOL*.<sup>19</sup>

Am 12. Januar 1983 wird vor dem Militärgericht in Amasya ein weiterer, sonderbarer Prozeß eröffnet: 759 Frauen und Männer, mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung einer türkischen Stadt an der Schwarzmeer-Küste, sind angeklagt, *DEV-YOL* anzugehören. Ihr Verbrechen ist, daß sie einen linken Stadtrat gewählt und unterstützt haben, was der Regierung Demirel mißfiel. Im Juli 1980 hatte Demirel daher eine Polizeiaktion gegen die Stadt und ihren Stadtrat veranlaßt und sie festnehmen lassen.<sup>20</sup>

Zu den „Heldentaten“ der türkischen Militärjustiz zählt auch die Verurteilung von zwei französischen Ärzten. Sie waren vom Gericht in Diyarbekir am 21. Juli 1981 zu fünf Monaten Haft verurteilt worden, weil sie von Van aus der Bevölkerung Iranisch-Kurdistans medi-



*Dr. Ismail Beykçi: ein türkischer Wissenschaftler für Arbeiten über die Kurden im Gefängnis.*





*Yilmaz Güney: Kurdistans bedeutendster Filmmacher in einem türkischen Gefängnis. Im Gespräch mit dem kurdischen Schriftsteller Mahmut Baksi.*

zinische Hilfe bringen wollten.<sup>21</sup> Prozesse werden geführt gegen Mehdi Zana, den kurdischen Bürgermeister von Diyarbakir, der in Ausübung seines Amtes festgenommen und im Gefängnis dieser Stadt furchtbar gefoltert wurde<sup>22</sup>, gegen den ehemaligen Premierminister Ecevit und gegen Serafettin Elçi, der am 25. März 1981 zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt wird. Der ehemalige Minister für Bauwesen wird offiziell „wegen Propaganda, die dem Nationalgefühl schaden sollte“, verurteilt, tatsächlich aber, weil er noch als Minister im Juli 1980 gegenüber der Presse und im Parlament erklärt hat, er sei Kurde, und weil er die wirtschaftliche Unterentwicklung der östlichen Provinzen angeprangert hat<sup>23</sup>.

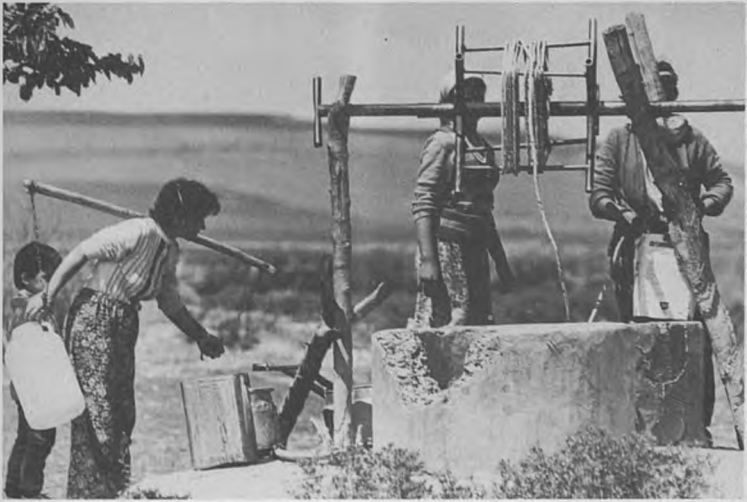
Viele Kurden hat die Folter im Gefängnis für immer gezeichnet: Mehdi Zana brach man die Wirbelsäule, der Bürgermeister von Agri, einer Stadt in der Nähe des Berges Ararat, und Orhan Alpaslan wurden gefoltert, das Gesicht des Gewerkschaftsführers Nazif Kaleli wurde im Gefängnis von Diyarbakir entstellt und auch der Lehrer Metin Aksoy wurde Opfer der Folter. Sie sind ein Symbol für die Leiden des kurdischen Volkes.

Dennoch ist es ein Türke, der Soziologe Ismail Beşikçi, der das Martyrium der Kurden vielleicht am Besten verdeutlicht. Nach Protesten von Schriftstellervereinigungen aus der Schweiz und aus skandinavischen Ländern sowie von *amnesty international* an die Adresse von Staatspräsident Korotürk wird er im April 1981 aus dem Gefängnis entlassen, schon im Juni des gleichen Jahres jedoch erneut verhaftet. Man beschuldigt ihn, der schweizer Schriftstellervereinigung einen Dankesbrief geschickt zu haben. Dies sei eine Beleidigung für den Kemalismus und die nationale Einheit. Das Militärgericht verurteilt ihn zu zehn Jahren Haft mit anschließender fünfjähriger Verbannung nach Edirne. Diese Stadt liegt in dem zum Balkan gehörenden Teil der Türkei, weit entfernt von Kurdistan, für das Beşikçi sich einsetzt.

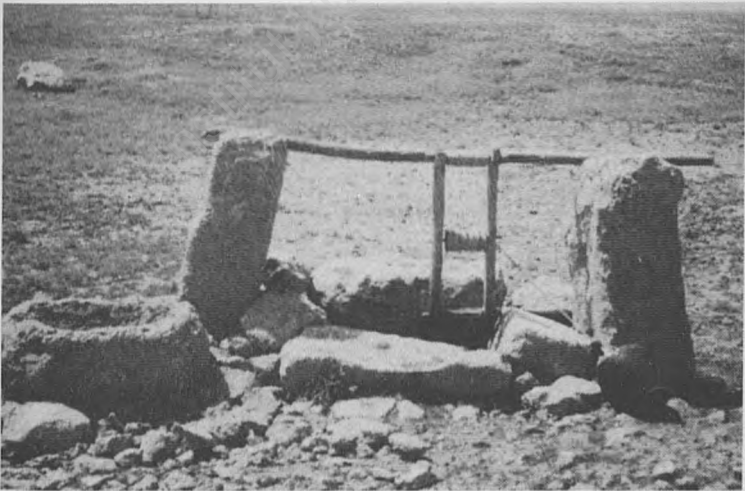
Kurz vor dem Putsch, der sich bereits durch die aufeinanderfolgenden Warnungen General Evrens ankündigt, und kurz danach gehen tausende Kurden und demokratisch gesinnte Türken in den Untergrund oder suchen Zuflucht in westeuropäischen Ländern, Behice Boran zum Beispiel, Präsidentin der *Arbeiterpartei der Türkei (TIP)*, flüchtet nach Belgien. Ihr – wie auch G. Gazioglu, dem Präsidenten der Lehrgewerkschaft *TÖB-DER* – wird durch Beschluß des Ministerrats vom 5. Juni 1981 die türkische Staatsbürgerschaft entzogen. Der kurdische Filmemacher und Regisseur Yilmaz Güney läßt sich trotz allem nicht einschüchtern. Er ist wegen eines konstruierten Verbrechens zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden und sitzt in Ankara im Gefängnis. Im Oktober 1981 gelingt ihm die Flucht durch Bestechung seiner Wärter. 1982 wird er durch das Festival von Cannes international bekannt; dort gewinnt er die „Goldene Palme“ für seinen Film „Yol“ („Der Weg“). Im Oktober des gleichen Jahres wird Güney seine „türkische“ Staatsbürgerschaft aberkannt; am 7. November wird er vom Kriegsgericht in Ankara in Abwesenheit zu sieben Jahren Gefängnis „wegen kommunistischer Propaganda“ verurteilt. Bei einer Feier anläßlich der Eröffnung des „Institut Kurde de Paris“ (Kurdisches Institut Paris) im Februar 1983 spricht er sich öffentlich für die nationale Befreiung und die Einigung Kurdistans aus. – Yilmaz Güney stirbt bald darauf in Paris.

In der Türkei werden auch die wenigen religiösen Minderheiten, die sich dort noch halten konnten, heimlich unterdrückt; dies gilt vor allem für christliche Minderheiten, die zudem noch eine andere Kultur haben. Darunter fallen vor allem die Armenier, von denen noch etwa 100.000 in der Türkei leben, zum größten Teil in Istanbul und





*Harran: heutiger Brunnen. (Foto: G. Ulutunçok / laif, 1986)*



*Harran: der biblische „Abraham-Brunnen“*



Izmir (Smyrna) (in Kurdistan leben etwa 10 – 15.000 Armenier), und die Assyro-Chaldäer, die je zur Hälfte in Kurdistan und in den türkischen Großstädten leben. Ich kann hier nicht weiter auf den Völkermord an den Armeniern eingehen, möchte aber ausdrücklich auf die systematische Zerstörung des kulturellen Erbes dieses Volkes (alte Kirchen, Klöster, alte Handschriften) hinweisen. Auch die kulturelle Unterdrückung der Lazen darf nicht verschwiegen werden. Dieses eine Million Menschen zählende Volk lebt an der Schwarzmeer-Küste zwischen Trabzon (Trapezunt) und Georgien und ist einer grausamen Assimilationspolitik unterworfen. Die lazische Sprache, die zur kaukasischen Sprachgruppe gehört, wird nur noch in entlegenen Tälern und Waldgebieten gesprochen, wo die bäuerliche Bevölkerung von der Malaria dezimiert wird.

Am 16. Mai 1983 wird das Verbot der politischen Parteien aufgehoben. Dies gilt allerdings nicht für die alten Parteien und noch weniger für die Gruppen, deren sozialistische Ideen als dem Kemalismus entgegenstehend angesehen werden. Die „Liberalisierung“ rehabilitiert auch die „illegalen“ Parteien, die die Existenz und die Rechte des kurdischen Volkes verteidigen, nicht. Die Junta gibt vor, eine gewisse Form parlamentarischen Lebens wieder einzurichten. Die bleibt allerdings den Rechtsgerichteten und den Vertretern eines großtürkischen Nationalismus, die der Armee nahestehen, vorbehalten. Die alte Garde der Politiker, auch die Konservativen, bleibt ausgeschlossen, so

auch jene, die verdächtig sind, der ehemaligen *Gerechtigkeitspartei* Demirels treu geblieben zu sein.

Ebenfalls am 16. Mai 1983 wird in Ankara die Gründung einer *Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP)* verkündet. Unter ihren 41 Gründungsmitgliedern, die alle der Junta nahestehen, sind mehrere pensionierte Generale. Einer von ihnen ist General Sunalp, der zum Präsidenten gewählt wird. Er erklärt: „Unser Nationalismus geht auf Atatürk zurück.“ General Evren läßt seinerseits wissen: „Die neuen Parteien dürfen nicht in der Nachfolge der alten stehen.“<sup>24</sup>

Am 20. Mai gibt es schon fünf „neue Parteien“: Die *MDP*, eine weitere Partei des rechten Spektrums, die von Turgut Özal gegründet wurde – Özal wird nun nicht mehr verdächtig, mit Demirel zu sympathisieren – und eine dritte, rechtsgerichtete Partei, die den Namen *Partei der Großen Türkei (BTP)* trägt. Sie wurde von Personen gegründet, die ihre Verbindung zur ehemaligen *Gerechtigkeitspartei* aufrechterhalten haben. Ihr Präsident ist der pensionierte General Eberner. Die anderen beiden Parteien geben vor, „sozialdemokratisch“ und „progressiv“ zu sein. Ihre Mitglieder stehen der ehemaligen *Republikanischen Volkspartei*, die von Atatürk gegründet wurde, nahe, befinden sich damit auf der von der Junta vorgegebenen Linie. Die eine, die *Populistische Volkspartei (HP)*, wird von Calp angeführt, der früher Kabinetts-Chef unter Ismet İnönü, dann Staatssekretär im Kabinett von Evrens Junta war. Der Vorsitzende der anderen Partei ist Erdal İnönü, der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten. Er ist umgeben von pensionierten Militärs und rechten Gewerkschaftern der Gewerkschaft *TÜRK-İS*, der Gegenspielerin der Gewerkschaft *DISK*, deren Anführer im Gefängnis sind. Am 18. Mai 1983 erklärt Erdal İnönü: „Sobald wir in unserem Land eine funktionierende Demokratie haben, werde ich es als meine Aufgabe betrachten, zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei beizutragen.“<sup>25</sup> Was für eine Demokratie soll das sein?

Am 31. Mai wird die *Partei der Großen Türkei* aufgelöst; ihre führenden Köpfe werden unter Hausarrest gestellt. Außerdem droht die Junta, die für November 1983 vorgesehenen Parlamentswahlen – also die „Rückkehr zur Demokratie“ – auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Noch einmal: Was für eine Demokratie soll das sein? Wenig später wird sogar der „Progressive“ Erdal İnönü gebeten, sich zurückzuziehen und vorerst auf seine Partei zu verzichten. Dies veranlaßt den Londoner „Economist“, der den Putschisten relativ wohlgesinnt ist, zu der Aussage: „Nach den Erfolgen, die das Militärregime popu-

lär gemacht haben, ... beginnt es jetzt, unsicher zu werden“ (Ausgabe vom 9. – 15. Juli 1983).

Fast überall auf der Welt wird das Militärregime in Ankara von der Presse stark kritisiert und von internationalen Menschenrechtsorganisationen verurteilt: So zum Beispiel von *amnesty international* (London), der *International League For Human Rights* (New York) und der *Fédération Internationale des Droits de l'Homme* (FIDH) (Paris). Anfang März 1981 verurteilt die *International Labour Organisation* (ILO) der UNO in Genf ebenfalls die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei. Im Mai des gleichen Jahres beschließt der *Europarat*, den Ausschluß der türkischen Abgeordneten. Eine ähnliche Entscheidung trifft das *Europäische Parlament* in Bezug auf die parlamentarische Vertretung der Türkei, die der EG assoziiert ist.

Ich selbst konnte mich im Namen der *FIDH* mündlich und schriftlich bei der 35. Sitzung der *Unterkommission für Menschenrechte* der Vereinten Nationen im August 1982 in Genf äußern, desgleichen bei der 39. Sitzung dieser Kommission im Februar 1983. In beiden Sitzungen konnte sich das kurdische Volk – dank des Zuvorkommens und des Status' der *FIDH*<sup>26</sup> vor einem Organ der Vereinten Nationen Gehör verschaffen. Die nationale Unterdrückung in allen Teilen Kurdistans und die ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen in der Türkei konnten angeprangert werden. Die Delegierten der betroffenen Regierungen, insbesondere der Türkei und des Irak, protestierten<sup>27</sup>, aber das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde uns dieses eine Mal nicht verwehrt. Meine schriftliche Aussage vom 9. Februar 1983, die der Kommission im Namen der *FIDH* vorgelegt worden war, wurde von den Vereinten Nationen veröffentlicht<sup>28</sup>. In diesem Dokument wird die Einheit der kurdischen Nation trotz der kolonialistischen Aufteilung ihres Landes unter mehrere Staaten nachdrücklich betont und das unveräußerliche Recht dieser Nation, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, proklamiert.

Dennoch bleiben die Staaten Mitglied der *UNO*, die selbst nicht aktiv wird, – und auch wenn der *Europarat* und das *Europäische Parlament* die parlamentarische Vertretung der Türkei ausgeschlossen haben, darf man nicht vergessen, daß die westlichen Regierungen die Militärjunta weiterhin finanziell unterstützen. Die USA gewähren zudem Militärhilfe, die ausschließlich gegen die Völker der Türkei verwendet wird – und dazu, die Republik Zypern zu terrorisieren oder Griechenland in der Ägäis zu bedrohen. Mehr als die Hälfte der türki-



*Nach dem Erdbeben von Erzurum am 30. Oktober 1983. Wie bei den Erdbeben von Van 1976, und diesen Mai bei Malatya, wurde keine wirkliche Wiederaufbauhilfe geleistet. Internationale Hilfsgüter wurden veruntreut, oder von Ankara aus mit Militärtransporten direkt nach Zypern geflogen.*

schen Streitkräfte sind in Kurdistan stationiert.

Bulgarien empfing sogar General Kenan Evren im Frühjahr 1982 zu einem offiziellen Besuch in Sofia. Ist es nicht allzu bequem, wenn man im Namen der sogenannten „Realpolitik“ Prinzipien verleugnet, die vorschreiben, Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker zu unterstützen?

In einer Resolution „zur Lage der Kurden in der Türkei“ vom 7. März 1983 erklärte das Europäische Parlament:

„Das Europäische Parlament, ... in der Erwägung, daß das kurdische Volk in vier verschiedenen Staaten lebt, und zwar in der Türkei (sechs Millionen), im Iran (vier Millionen), im Irak (zweieinhalb Millionen) sowie in Syrien (600.000); in der Erwägung, daß die Lage des kurdischen Volkes in der Türkei besonders besorgniserregend ist: so

beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung nur 40 Jahre, liegt die Kindersterblichkeit bei 20 Prozent und das durchschnittliche Einkommen unter 100 US-Dollar im Jahr. Ferner besitzen die Kurden in keinem einzigen Bereich ein Mitbestimmungsrecht: weder auf kultureller Ebene noch auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet; vielmehr herrscht dort eine starke Unterdrückung: 2 / 3 der türkischen Armee sind in Kurdistan stationiert;

- 1) ist der Auffassung, daß jegliche Unterstützung der Gemeinschaft für die Türkei solange ausgesetzt werden muß, bis die Demokratie in diesem Land wiederhergestellt ist;
- 2) bekräftigt seinen Standpunkt vom 10. Februar 1983 (Dok. 1 – 1237 / 82 / rev.) bezüglich der Nichtauslieferung von politischen Gefangenen an die Türkei;
- 3) fordert die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammen tretenden Außenminister auf, bei der türkischen Regierung vorstellig zu werden, um diese zu veranlassen, die fortdauernde Unterdrückung des kurdischen Volkes zu beenden und in der Türkei die ethnischen Realitäten in bezug auf die Kurden anzuerkennen, ...<sup>29</sup>.

Diese Entscheidung des Europäischen Parlaments ist gewiß verdienstvoll. Sie ändert jedoch absolut nichts an der Lage in der Türkei. Die Junta erhält nach wie vor finanzielle und militärische Unterstützung von den westlichen Regierungen, sogar in wachsendem Ausmaß.

Weder die Proteste internationaler humanitärer Organisationen oder Massenmedien, noch die Mißstimmung, die in den europäischen Parlamenten und sogar bei den skandinavischen Regierungen sichtbar wird, können die Junta davon abbringen, an der Repression festzuhalten.

Im April 1983 wird vor dem Militärgericht in Diyarbekir wieder einmal ein Prozeß eröffnet; diesmal gegen 574 „Separatisten“, die angeklagt sind, „bewaffnete Banden gebildet zu haben, mit der Absicht, einen Teil des nationalen Territoriums abzutrennen“. Der Prozeß endet, wie „Le Monde“ vermerkt, am Dienstag, dem 24. Mai 1983, „mit einem dieser Urteile mit schwindelerregenden Zahlen, die der türkischen Militärjustiz vertraut sind, an die man sich aber einfach nicht gewöhnen kann“. Von den 574 Angeklagten werden 35 zum Tode verurteilt, 28 erhalten lebenslängliche Haftstrafen (darunter zehn Jugendliche, die aufgrund ihres Alters „nur“ 24 Jahre im Gefängnis bleiben sollen) und 333 erhalten Haftstrafen zwischen drei und 36 Jahren. 178 Angeklagte werden freigesprochen. Die



Nach dem Erdbeben. — In der „tageszeitung“ vom 6. Juli 1986 berichtet Leila Rangel: „Dogansehir war das Zentrum des Bebens. (...) So haben (ihre) Bewohner die Zelte, die ihnen der Rote Halbmond (...) zur Verfügung gestellt hat, vor ihren Häusern aufgeschlagen. Sie schauen die Häuser an, können aber nicht rein. Ein paar Tage lang haben sie von den Behörden Brot bekommen und Lebensmittel, die die Einwohner von Malatya gespendet haben. Seitdem müssen sie selbst sehen, wie sie zurecht kommen. Wer die Reparatur ihrer Häuser bezahlen wird, weiß keiner. Und wann sie zurückkehren können auch nicht.“ — Nach jedem Beben werden Angebote gemacht, die Bewohner in weit entlegenen Landesteilen, meist im besetzten Teil Zyperns wieder anzusiedeln. Erdbebenreparatur als Deportationsvehikel.



*Türkisch-Kurdistan: Land im Kriegszustand. Seit Jahren ununterbrochene Überfälle („Razzien“) auf die Bevölkerung.*

Pariser Tageszeitung, die diesem Ereignis einen Leitartikel mit dem Titel „Den kurdischen Nationalismus liquidieren?“ widmet<sup>30</sup>, fügt hinzu:

„Das Urteil von Diyarbekir läßt im Ausland mehr zurück als nur tiefes Unbehagen. Um so mehr, als es nur die offiziell zugegebene Unterdrückung des kurdischen Separatismus wiedergibt. Nach verschiedenen Zeugenaussagen, die nicht angezweifelt werden können, nimmt die Unterdrückung in Kurdistan selbst noch viel schrecklichere Formen an. Überfälle auf die Dörfer dieser ‚Bevölkerung im Osten‘ (die staatlicherseits nur sehr ungern bei ihrem wirklichen Namen genannt wird), werden verübt, und es gibt unzählige Übergriffe in der Abgeschiedenheit der Kerker und Verhörzimmer in dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Gefängnis von Diyarbekir, das in der Welt der türkischen Gefängnisse in punkto Gewaltanwendung alle Rekorde bricht – und in dieser Welt ist die Konkurrenz sehr hart.“

Der Leitartikel spiegelt eine Situation wider, die mehr als beunruhigend ist, eine Barbarei, unwürdig einer Menschheit, die zivilisiert sein will, oder zumindest vorgibt, es zu sein.



Am 27. Mai 1983, nur drei Tage nach dem Urteil von Diyarbekir, erfährt die Weltöffentlichkeit fassungslos, „daß 4.000 Mann der Sondereinheit der türkischen Gendarmerie“ seit dem 26. Mai militärische Operationen gegen die Guerilla in Irakisch-Kurdistan durchführen, 30 Kilometer südlich der irakisch-türkischen Grenze und nicht weit entfernt von Syrien (in der Gegend von Sakho). Die türkischen „Sondereinheiten“, spezialisiert auf das Durchkämmen kurdischer Dörfer, haben ihr Hauptquartier in der Provinz Bolu, nordwestlich von Ankara. Sie sind für blitzartige Überfälle in „Feindesland“ – innerhalb oder außerhalb des sogenannten „nationalen Territoriums“ – ausgerüstet. Die Männer werden in Hubschraubern eingeflogen und springen über dem Zielgebiet ab, das ein Dorf oder sogar eine Kleinstadt sein kann. Eine Art Überfallkommando. Ihnen folgen Kampfwagen und Artillerie.

Diesmal findet der Überfall auf irakischem Territorium statt. Er soll die Armee Saddam Husseins entlasten, die durch den Krieg gegen den Iran zu sehr in Anspruch genommen ist, um den Vormarsch der Peshmerga und die schnelle Ausbreitung des Partisanenkrieges in Irakisch-Kurdistan stoppen zu können. Die Genehmigung Bagdads für das Eindringen der türkischen Armee in irakisches Territorium, „um bewaffnete Gruppen zu bekämpfen“ (die Peshmerga), taucht in den offiziellen Kommuniqués des türkischen Außenministeriums auf, die am 27. Mai den Beginn und am 2. Juni das Ende der Intervention bekanntgeben. Das zweite Kommuniqué kündigt an, daß „die türkisch-irakische Zusammenarbeit auch in Zukunft fortgesetzt wird, um die Sicherheit der Region zu garantieren“.

Die konzertierte Aktion zwischen Ankara und Bagdad wird von der internationalen Presse hervorgehoben. „Säuberungsaktion auf irakischem Territorium mit Zustimmung Bagdads“ schreibt am 4. Juni „Le Monde“. Die Zeitung veröffentlicht eine Erklärung aus irakischen diplomatischen Kreisen, wonach „kein irakischer Soldat an der Operation beteiligt war, aber einige irakische Offiziere mit dem Generalstab in Ankara bei der Koordinierung der türkischen Truppenbewegungen im Kampfgebiet zusammengearbeitet haben“. Außerdem schreibt der britische „Guardian“ am 28. Mai, „daß die iranischen Diplomaten über die Nachrichten von der türkischen Invasion nicht erfreut sein werden, denn, abgesehen von den Motiven, die ihr zugrundeliegen, hat sie es der irakischen Regierung erspart, Truppen aus dem Golfkrieg gegen den Iran abzuziehen zu müssen“. In ihrem Leitartikel: „Hetzjagd auf die Kurden“ meint die „Tribune de Genève“ am 2. Juni:



„Von den ausgedehnten Operationen der türkischen Armee, die mit Zustimmung des Irak gegen die kurdische Bevölkerung im Dreieck Cizre-Zako-Cilo durchgeführt werden, weiß man hier nur, was offiziell gesagt wird. Alles deutet darauf hin, daß es sich zumindest um eine gnadenlose Säuberungsaktion handelt. Die fragliche Zone liegt beiderseits der Grenze, die den Südosten der Türkei vom Norden des Irak trennt. Sie bietet sich sowohl für die Guerilla als auch für illegale Grenzübertritte an, und auch für den Schmuggel mit Alkohol, Zigaretten oder Waffen. Sie ist also von größter Bedeutung für die Kurden, und bewaffnete kurdische Einheiten haben dort schon oft Armee-Einheiten angegriffen und auf beiden Seiten der Grenze Brücken gesprengt.“



*Ein kurdisches Dorf an der irakisch-türkischen Grenze wird von Spezialeinheiten durchkämmt (hier auf türkischer Seite).*

Zakho liegt in Irakisch-Kurdistan, Cilo (Provinz Hakkari) und Cizre (Provinz Bohtan) gehören beide zu Türkisch-Kurdistan. Die türkische Armee greift also die Kurden auf beiden Seiten der Grenze an. Diese Auffassung kristallisiert sich auch bei der Lektüre der gesamten internationalen Presse heraus. Der „Guardian“ vom 31. Mai hebt beispielsweise hervor: „Die türkischen Spezialeinheiten, die auf beiden Seiten der türkisch-irakischen Grenze kämpfen, haben gestern die Operationen gegen kurdische Separatisten, die vergangene Woche begonnen haben, fortgesetzt.“ Wie stark sind diese Truppen? Nach der Londo-

ner „Times“ vom 28. Mai 1983 handelt es sich „um Elite-Truppen, eine Kommando-Brigade, die in Bolu stationiert ist, ... und eine Luftlandebrigade aus Kayseri ... ; manche Quellen sprechen von 40.000 Mann“. Am 30. Mai 1983 schreibt der „Guardian“: „Im Hakkari, östlich von Siirt, scheinen die Kämpfe am schwersten gewesen zu sein.“ Am folgenden Tag fügt er hinzu: „Aus den Garnisonen der Städte Elazig (Kurdistan), Kayseri und Sivas ist auf dem Luftweg Verstärkung für die ohnehin schon starken türkischen Truppen zur Grenze gekommen.“ Am 28. Mai berichtet der „Guardian“, gestützt auf Aussagen türkischer Journalisten in Hakkari, „daß die türkische Luftwaffe die Stadt überflogen hat und die Verluste auf beiden Seiten hoch sind“.

Dieser Feldzug türkischer Elite-Truppen, die insgesamt mindestens 45.000 Mann umfaßten (die Luftwaffe ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt), von denen 15.000 Mann die Grenze überschritten haben, hat zwei offensichtliche Aspekte: Türkisch- und Irakisch-Kurdistan. Die zugrundeliegende Problematik ist aber gleich: Der kurdische Widerstand und die Notwendigkeit für beide Diktaturen, in Ankara und Bagdad, ihn zu brechen. Auf die Hintergründe der Intervention in Irakisch-Kurdistan soll im folgenden näher eingegangen werden. Sie diene vor allem dazu, das Ausmaß der militärischen Operationen gegen die Kurden in der Türkei selbst zu verschleiern, obwohl auch die Intervention als solche schon sehr schlimm ist. Alle bewaffneten kurdischen Gruppen in der Türkei werden von der Polizei oder der „Justiz“ der Junta verfolgt. Vermutlich gehören diese Gruppen zum größten Teil zur *PKK* und unterhalten enge Verbindungen zur *PDK* der Brüder Barzani. Einige von ihnen sollen bei den Einheiten der *PDK* im Badinan (Irakisch-Kurdistan) und sogar im Iran vertreten sein.

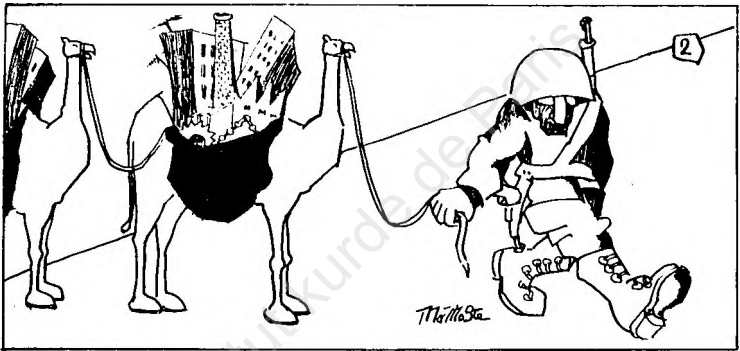
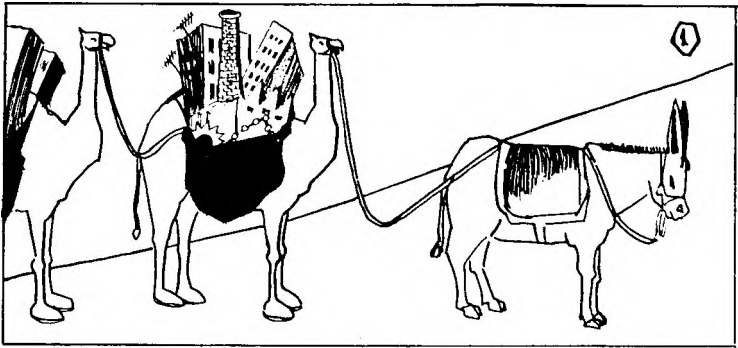
## Zum Hintergrund der Invasion

Die Operation war gegen Zentral-Kurdistan gerichtet, das in der Türkei das Gebiet zwischen Tigris, Bohtan und der Grenze zum Iran, aber auch den Badinan in Irakisch-Kurdistan umfaßt (siehe Karte S. 104). Der Badinan wurde zwar nur im Westen von der Operation berührt. Der größere, zu Türkisch-Kurdistan gehörende Teil Kurdistans hingegen ist fast überall betroffen worden. Die *PDK* benutzt diese Region, vor allem Hakkari, oft als Verbindung zwischen ihrem Stützpunkt in Zewa, Iranisch-Kurdistan, und ihrem Stützpunkt im Badinan.

Am 28. Mai erschien in „Le Monde“ ein Artikel mit der Überschrift: „Die Unterdrückung der Kurden: Eine Nation ohne Staat“. In diesem Artikel wurde festgestellt: „Die Kurden ... sind das einzige große Volk — ihre Anzahl wird nach seriösen Schätzungen auf 20 Millionen beziffert —, das weder seine Unabhängigkeit noch seine Autonomie und noch nicht einmal ansatzweise die Anerkennung seiner kulturellen Identität erhalten hat.“ Die Londoner „Times“ schätzt in einem Leitartikel vom 28. Mai 1983, der mit „Nobody's Kurds“ überschrieben ist, „daß die Schaffung eines vereinten Kurdistans im Moment undenkbar ist“, und fährt dann fort:

„Die Machthaber in der Türkei wenden sich nicht nur gegen die Unabhängigkeit, sondern auch gegen jede Form von Autonomie und sogar gegen die kurdische Sprache: ihre Benutzung ist zu einer strafbaren Handlung geworden. Den Separatismus zu entmutigen, ist eine Sache, einem Volk von acht Millionen Menschen jedes nationale Streben zu verweigern, eine andere. Eine Zeitlang — solange die Bevölkerung rückständig, unwissend und in Sippen organisiert ist — kann man dies mit Gewalt durchsetzen; aber in einem Land, das als europäische Demokratie angesehen werden möchte, kann man ein solches Verfahren nicht unbegrenzt fortsetzen.“

Die „Rückkehr zur Demokratie“, von der Junta in Ankara so oft versprochen, vom Westen so oft gefordert, ist nur Heuchelei. Natürlich gibt es einen gewissen Unterschied zwischen einer Regierung Demirel und dem Regime Evrens, aber dieser kann eher an dem Ausmaß und



(Karikatur: MaMoSte. Aus: „Berbung“, Stockholm)

„Das einzige große Bauvorhaben in der östlichen Türkei wird von der Regierung aus militärischen oder politischen Gründen durchgeführt. Kürzlich noch war Hakkari nicht viel mehr als ein Dorf. Jetzt werden 10-stöckige Appartementshäuser von der Armee und der Verwaltung gebaut, um ihr Personal unterzubringen. Die hohen Betonblocks stehen in krassem Kontrast zu den alten Lehm- und Strohhäusern nebenan.“ (Aus: „The Middle East“, April 1986)

Die türkische Tageszeitung „Milliyet“ berichtete im August stolz, Hakkari haben seinen ersten Fahrstuhl erhalten, elektrisch natürlich. Er verbinde die beiden Stockwerke der ersten Ladenpassage „des Ostens“! Nicht gesagt wird, daß die Passage ausschließlich der Versorgung türkischer und amerikanischer Offiziere dient, die auf den neu gebauten militärischen Stützpunkten bei Van und Hakkari (größter Hubschrauberlandeplatz des Mittleren Ostens und des Nato-Gebiets) stationiert sind.



*Berge um Hakkari*

der Art und Weise der Unterdrückung festgemacht werden. Die Türkei war niemals demokratisch – es sei denn, Demokratie ist allein für die Herrschenden, die gegen das Volk regieren, reserviert. „Legalität“, auch im Namen einer „Republik“, ist nicht zwangsläufig ein Synonym für Demokratie und kann auch nichts weiter als eine Ausdrucksform von Faschismus und Rassismus sein. Alle Diktatoren der Welt regierten und regieren im Namen des Gesetzes – ihres Gesetzes; dafür gibt es viele, allzu viele Beispiele. Alle Diktaturen von heute sind auch in der *UNO* vertreten, einige sogar in der *Menschenrechtskommission*! Somoza, Idi Amin, „Papa Doc“ Duvalier und andere mehr haben ihre blutigen Diktaturen hinter einer „republikanischen Verfassung“ versteckt. Mustafa Kemal machte das so, und auch General Pinochet beruft sich darauf.

Die türkische Militärintervention in Irakisch-Kurdistan vom Frühjahr 1983 ist nicht die erste Aktion der Junta außerhalb der Grenzen der Türkei. Schon im Dezember 1980, drei Monate nach dem Staatsstreich, war ein türkisches Kommando in Qamishli, einer kurdischen Grenzstadt in der syrischen Jazira, eingedrungen, wo drei oder vier Kurden aus der Türkei, Mitglieder von *Kawa*, mit ihren Familien Zuflucht gesucht hatten. Das Kommando kam mitten in der Nacht und

ermordete alle Flüchtlinge – ungefähr zwanzig Männer, Frauen und Kinder – im Schlaf.

Der *Rat des Präsidenten* General Evren ließ nur drei neu gegründete Parteien zu den Wahlen am 6. November 1983 zu. In der Reihenfolge, die der Präsident bevorzugt, waren es: die *Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP)* von General Sunalp, die Lieblingspartei des Regimes; die *Vaterlandspartei (ANAP)* von Turgut Özal, dem Vertreter eines Liberalismus zugunsten der Geschäftswelt; die *Volkspartei (Halkçı Partisi)* von Necdet Calp, die als die „Partei in Opposition zu den Generalen“ angesehen wurde und dem Ganzen einen Anschein von Demokratie geben sollte<sup>31</sup>. Zwei neue Parteien wurden, obwohl die Junta sie anerkannt hatte, nicht zu den Wahlen zugelassen, die sogenannte *Sozialdemokratische Partei (Sodem)* von Erdal İnönü, dem Sohn des früheren Präsidenten, und die *Partei des Richtigen Weges*. Die Kandidaten der drei zugelassenen Parteien wurden akribisch überprüft, ehe der der Junta unterstehende „Oberste Wahlrat“ seine Zustimmung gab. Die *Politische Kommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates* erklärte dann auch am 17. September 1983, daß unter diesen Bedingungen „das Parlament, das am 6. November in der Türkei gewählt werden wird, nicht als demokratische Vertretung des türkischen Volkes angesehen werden kann“<sup>32</sup>. Das stimmt zweifellos und ist dennoch heuchlerisch, denn: Wer wird das kurdische Volk vertreten, wer die Arbeiter, wer die ethnischen und religiösen Minderheiten? Nach der neuen Verfassung besteht Wahlpflicht unter Strafandrohung. Doch wie soll man wählen, wenn die Auswahl der Kandidaten derart eingeschränkt ist?

Das Ergebnis der Wahlen war eine Warnung an die Adresse der Junta: Turgut Özals Partei erhielt die absolute Mehrheit der Stimmen und 212 von 400 Sitzen. Die *Volkspartei* stellt immerhin noch 117 Abgeordnete, der Favorit der Generale, die *MDP*, hingegen nur 71. Turgut Özal kehrte als Premierminister an die Macht zurück. General Evren kann damit leben, mehr noch, die beiden bilden ein ideales Gespann, um den Faschismus zu kaschieren: Özal ist die zivile Seite der Diktatur, um beim Westen um Geld zu betteln, während Evren, der Mann des Pentagon, sich auf „nationaler“ und regionaler Ebene um Sicherheit und Ordnung kümmert, Waffen erhält und versucht, mit den „separatistischen Rebellen“ und den ungehorsamen Arbeitern fertigzuwerden.

In den Militärgefängnissen in Kurdistan, wo die politischen Gefangenen wie Kriminelle behandelt werden – und das auf gesetzlicher





Grundlage —, wo Folter und Erniedrigung herrschen, dort wird man zu passivem Widerstand übergehen. Von dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Gefängnis in Diyarbekir aus wird ein Signal dazu gegeben werden.

Im März 1982 wurden Mitglieder des Zentralkomitees der *PKK*, darunter Mazlum Dogan und Ferhat Kurtay, und das *PKK*-Mitglied Esref Anyak im Gefängnis von Diyarbekir von ihren Wärtern erwürgt, beziehungsweise bei lebendigem Leib verbrannt. Am 14. Juli 1982 begannen die Mitglieder der *PKK* im Gefängnis einen zunächst unbegrenzten Hungerstreik, den sie bis in den September hinein fortsetzten. Zwei weitere Mitglieder des Zentralkomitees und ein Parteimitglied verhungerten: Hayri Durmus, Kemal Pir und Akif Yilmaz.

Am 1. September 1983 erklärten die Angeklagten der *PKK* im Militärgericht von Diyarbekir vor allen Zuhörern, daß sie vom nächsten Tag an wieder in den Hungerstreik treten würden, „um unsere Forderungen und die Lage des kurdischen Volkes in der ganzen Welt be-

kannt zu machen“. Diesmal beteiligten sich alle politischen Gefangenen in Diyarbekir – etwa 2.500, die Hälfte davon *PKK*-Mitglieder – am Hungerstreik. Folter, Schläge mit Gewehrkolben und andere Formen der Gewaltanwendung sollten die Hungerstreikenden zwingen, aufzugeben, zu kapitulieren. Aber sie hielten stand. Die Militärverwaltung mußte nachgeben, auch weil die Kurden in Europa, gemeinsam mit Solidaritätsgruppen und Freunden aus Westeuropa und dem Nahen Osten, vom 22. September 1983 an die Hungerstreikenden durch Kundgebungen in ganz Europa, vor allem in Skandinavien, Deutschland, Frankreich, der Schweiz und den Benelux-Ländern, unterstützten. Den Gefangenen wurde zugesagt, sie müßten nicht länger die Anstaltskleidung der Kriminellen tragen, sie hätten das Recht auf ärztliche Behandlung bei Schlägen, Verletzungen und Krankheiten sowie das Recht, Besuch von ihren Familien und ihren Anwälten zu empfangen. Das Beispiel von Diyarbekir fand in anderen Gefängnissen Nachahmer, so in den Militärgefängnissen von Elazig und Erzurum, beide in Kurdistan gelegen, und in den Gefängnissen von Ankara, Adana, Istanbul und Mamak.

Die Militärverwaltung aber hielt ihre Versprechen nicht ein. Vom 25. Dezember 1983 bis zum 27. Januar 1984 traten die mittlerweile über 3.500 politischen Gefangenen in Diyarbekir erneut in den Hungerstreik. Der Streik griff auf andere Militärgefängnisse über und führte zu denselben Solidaritätsbekundungen im Ausland wie der vorherige. Ein Beispiel unter hunderten anderer war eine Schlagzeile der Tageszeitung „Le Monde“: „Das Gefängnis von Diyarbekir: zutiefst verabscheuungswürdig“<sup>33</sup>.

Sechzehn kurdische politische Gefangene sind dieser „Demokratie“ zum Opfer gefallen: Sie verhungerten, um gegen das Schicksal ihres Volkes und gegen ihre unmenschliche Behandlung zu protestieren.

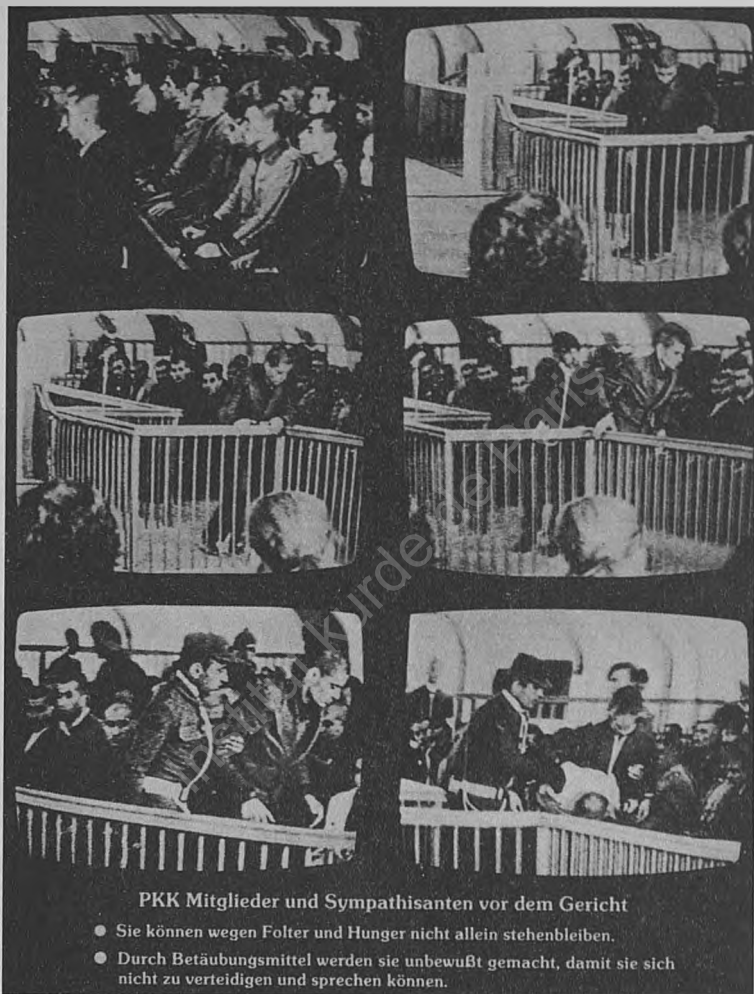
Kurdische Rechtsanwälte, die die kurdischen Gefangenen vor den Militärgerichten verteidigten und sich dabei an die vom Regime festgelegten Verfahrensweisen hielten, wurden festgenommen, ihrerseits im Gefängnis gefoltert und mit allen Mitteln daran gehindert, die Verteidigung ihrer Klienten fortzusetzen. Beispiele dafür sind Şerafettin Kaya und Hüsseyin Yildirim, die schließlich nach Europa fliehen mußten. Auf ihren Reisen legen sie jetzt vor den zuständigen Gremien und vor ihren europäischen Kollegen Zeugnis ab von dem, was sie in den Gefängnissen, im Apparat der Militär-„Justiz“, gesehen und erlebt haben. Um Hüsseyin Yildirim, der Hunderte von *PKK*-



*Der Hauptprozeß gegen die PKK in Diyarbakir.*

*Zitat aus der türkischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ vom 19. April 1986:*

*„Wie vom Großen Generalstab erklärt wurde, fanden nach dem 12. September 1980 8183 bewaffnete Auseinandersetzungen statt, bei denen 1014 Menschen getötet und 994 verletzt wurden. — In der Erklärung wurde bekanntgegeben, daß im gleichen Zeitraum insgesamt 885.087 Waffen von verschiedener Art, sowie 3.854.963 Schußmunition beschlagnahmt wurden. (Anm. Red.: bei Razzien in Türkisch-Kurdistan werden auch Küchenmesser als Waffen angesehen und beschlagnahmt, ebenso Sichel). — Laut Erklärung wurden im Zeitraum zwischen dem 26. Dez. 1978, als das Kriegsrecht verhängt wurde, und dem März 1986 insgesamt 46.196 Prozeßakten an die Militärgerichte weitergeleitet, über 45.383 ist beschlossen worden. Seit der Verhängung des Kriegsrechtes seien 47.988 Freiheitsstrafen von den Militärgerichten verhängt worden: für 25.025 Personen zwischen 0 bis 1 Jahr, für 11.472 Menschen zwischen 1 — 5 Jahre, für 6.843 zwischen 5 und 10 Jahre, für 2.502 zwischen 10 und 20 Jahre, für 973 über 20 Jahre, für 693 lebenslänglich. 480 Menschen wurden zum Tode verurteilt. Seit der Verhängung des Kriegsrechtes bis zum 1. März 1986 seien insgesamt 76.316 Personen festgenommen worden.“*



**PKK Mitglieder und Sympathisanten vor dem Gericht**

- Sie können wegen Folter und Hunger nicht allein stehenbleiben.
- Durch Betäubungsmittel werden sie unbewußt gemacht, damit sie sich nicht zu verteidigen und sprechen können.

*Aus „Kurdistan Report“ Nr. 2*

Eine Zukunft für  
Türkisch-Kurdistan?  
(Foto: G. Ulutun-  
çok / laif)



Mitgliedern verteidigt hatte, zum Verlassen des Landes zu zwingen, wurde auf ihn nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe ein Mordversuch verübt, der allerdings scheiterte<sup>34</sup>.

Die skandinavischen Regierungen protestierten energisch und wiederholt gegen die vom Militärregime in der Türkei verübten Menschenrechtsverletzungen. Als die Schweizer Bundesregierung zum ersten Mal Protest einlegte, wurde im Juli 1983 der türkische Botschafter in Bern, Dogan Türkmen, ins Außenministerium zitiert, um sich die Beschwerde der Helvetischen Konföderation anzuhören. Das zweite Mal intervenierte der Schweizer Außenminister Pierre Aubert im November 1983 beim Ministerrat des Europarats. Am 14. März 1984 wurde der Botschafter Dogan Türkmen wieder ins Außenministerium gerufen und mußte sich sagen lassen, die Schweiz sei „besorgt angesichts dieser ernststen Situation“, nämlich der unmenschlichen Behandlung der kurdischen und türkischen politischen Gefangenen<sup>35</sup>.

Und dennoch ist die türkische Parlamentarier-Delegation, die seit April 1981 von der *Parlamentarischen Versammlung des Europarates* in Straßburg ausgeschlossen war, dort mit Beschluß vom 8. Mai 1984 wieder zugelassen worden. 91 Europaparlamentarier stimmten dafür, 50 dagegen und 10 enthielten sich der Stimme<sup>36</sup>.

Am selben Tag verurteilte *amnesty international* in Paris und Bern die Menschenrechtsverletzungen und die Folter in der Türkei, „Tausende Männer und Frauen in der Türkei, die unter dem Kriegsrecht festgenommen worden sind, werden systematisch gefoltert und geschlagen, oder es werden ihnen an den empfindlichsten Stellen ihrer Körper Elektroschocks verabreicht“<sup>37</sup>.

Am 15. August 1984 begann die *PKK* erneut Guerilla-Aktivitäten in der Türkei.

## Anmerkungen

- 1 Siehe „Tribune Dimanche“, Lausanne, vom 7.1.1979 und „24 Heures“, Lausanne, vom 27.1.1979.
- 23 und 4 siehe „Le Monde“ vom 26. und 28. 4. und vom 10. 10. 1979.
- 5 *Özgürlük Yolu* veröffentlichte 1977 in Ankara auf Türkisch eine neue Auflage meines schon zitierten, zuerst auf Französisch erschienenen Buches über Kurdistan in den Berichten westlicher Reisender. *Hevra* gab 1971 meinen „Survey of the National Question of Turkish-Kurdistan, with Historical Background“ heraus, den *Komkar* dann 1980 auf Deutsch veröffentlichte: „Die nationale Frage Türkisch-Kurdistans, eine Übersicht mit historischem Hintergrund“.
- 6 Chris Kutschera: „La pudrière kurde: faiblesse d'une résistance divisée“, in: „Le Monde diplomatique“, September 1980.
- 7 Vgl. „Le Monde“ vom 28.6. und 22.11.1979, vom 26.1., 13., 15., 19.2. und vom 3., 25., 26. und 27.7.1980; „Journal de Genève“ vom 5. und 7.5. 1979.
- 8 Vgl. den Leitartikel „Le devoir d'assistance“ in: „Le Monde“ vom 19.2. 1980.
- 9 Vgl. „The Military Balance 1979 — 1980“ vom Internationalen Institut für strategische Studien, London.
- 10 Blaise Lempen: „Les Kurdes n'existent pas ...“, in: „Tribune Le Matin“, Lausanne, vom 18.11.1979.
- 11 Der Artikel wurde auch auf Englisch veröffentlicht, in: „Turkey Today“, London, Nr. 1, Juli 1980.
- 12 Leitartikel vom 15.9.1980.
- 13 Leitartikel vom 13./14.9.1980.
- 14 Siehe „The Economist“, London, vom 9. — 15.7.1983.
- 15 „Le Monde“ vom 15.4.1981.
- 16 Bericht von K.N. Dahl von der *Internationalen Konföderation Freier Gewerkschaften*. Zitiert in: „Turkey Today“ vom Mai 1982, London.
- 17 Siehe „La Turquie sur la voie d'une 'démocratie autoritaire'“, in: „Le Monde“ vom 29. und 30.12.1981.
- 18 „Le Monde“ vom 27.2.1982.
- 19 „Le Monde“ vom 20.10.1982.
- 20 „Le Monde“ vom 14.1.1983.
- 21 „Tribune Le Matin“, Lausanne, vom 12.7.1981.
- 22 „Le Monde“ vom 19.2.1982.
- 23 „Le Monde“ vom 28.3.1981.
- 24 „Le Monde“ vom 19.5.1983.
- 25 „Le Monde“ vom 21.5.1983.



(Foto: Anne Lax)

- 26 Die *FIDH* hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der *Vereinten Nationen* und dessen Menschenrechtskommission.
- 27 Der Wortlaut dieser Äußerungen kann beim Sitz der *FIDH* in Paris und bei ihrer ständigen Vertretung bei den *Vereinten Nationen* eingesehen werden. Meine Rede vor der Unterkommision wurde in Englisch von „Turkey Today“ (London, Januar 1983) auszugsweise in Arabisch von „Saut al Ittihad“ (Stimme der Union), dem Organ der *Patriotischen Union Kurdistans (des Irak)*, Sektion Europa, Nr. 6 vom Januar 1983, veröffentlicht.
- 28 Diese Aussage wurde von den *Vereinten Nationen* unter dem Aktenzeichen E / CN.4 / 1983 / NGO / 16 vom 10. Februar 1983 herausgegeben und verteilt.
- 29 Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1982 – 1983, Dokument 1 – 1377/82 (7. März 1983), „Zur Lage der Kurden in der Türkei“.
- 30 Leitartikel vom 26.5.1983.
- 31 „Le Monde“ vom 8.11.1983.
- 32 „Le Monde“ vom 21.9.1983.
- 33 „Le Monde“ vom 7.3.1984.
- 34 Siehe dazu seinen Artikel „Le Kurdistan, après trois ans de dictature“, in „Le Monde Diplomatique“, Dezember 1983.
- 35 „24 Heures“, Lausanne, vom 15.3.1984.
- 36 Vgl. „Journal de Genève“ vom 9.5.1984.
- 37 Ebd. und „Le Monde“ vom 11.5.1984.



*(Foto: Gérard Klijn)*



## Türkei von 1984 – 1986

(Anmerkung der Redaktion: Wie die Fotos, Karikaturen und ihre Begleittexte, sind die wenigen Bemerkungen und Zitate zur Aktualisierung des Türkei- und des Irakteils eine Auswahl des zuständigen Redakteurs. Sie liegen außerhalb der Verantwortung des Autors Ismet Cherif Vanly.)

Vanly schließt den Türkeiteil mit der Wiederaufnahme der bewaffneten Aktivitäten der PKK am 15. August 1984. In der Tat gelang es den bewaffneten Einheiten der Arbeiterpartei Kurdistans und einiger Partisanen anderer kurdischer Gruppen in den folgenden zwei Jahren, militärische Aktionen nicht nur im Grenzgebiet zum Irak und zu Syrien durchzuführen, sondern auch im Zentrum Nordkurdistans, in Tunceli/Dersim, in Bingöl, vereinzelt auch noch weiter nördlich. Die Bevölkerung dieser Gebiete geriet zwischen Hammer und Amboß.

Als schließlich die PKK auch im europäischen Ausland dazu überging, Kritiker aus dem eigenen Führungsgremium zu liquidieren (Schweden, Dänemark, Schweiz, Bundesrepublik ...) oder einzuschüchtern, die auf die oft fatalen Folgen für die Zivilbevölkerung der von Kämpfen betroffenen kurdischen Gebiete hinwiesen, entzog die *Demokratische Partei Kurdistans-Irak* und die von ihr angeführte *JUD* (siehe Irakteil) der *PKK* die bislang gewährte Unterstützung und untersagte der in Syrien in Sicherheit lebenden Führung der *PKK*, das heißt Abdullah Öcalan, weiterhin von den befreiten Gebieten des irakischen Kurdistan aus nicht-autorisierte Aktionen in der Türkei zu unternehmen. Zahlreiche Stützpunkte der *PKK* im Badinan mußten aufgelöst werden, die durch eine Verlagerung nach Syrien nicht ersetzt werden konnten. Die Verbindungen zu *PKK*-Kommandos in der Türkei, auch und vor allem in Bingöl, Dersim und Kars wurden unterbrochen. Nachschub gelangte nicht mehr zu ihnen. Viele dieser Kommandos wurden aufgerieben. Als die *PKK* versuchte, erneut Stützpunkte südlich des Hazil-Grenzflusses aufzubauen, und entlang des Khabour-Flusses sowie in der Gegend von Zakho und Dohuk



*An Selbstbewußtsein scheint es der PKK dennoch nicht zu mangeln. Hier ein buchstabengetreues Zitat aus einer Erklärung der „PKK-Europavertretung“ vom August 1986, abgedruckt im „Organ der Europavertretung der nationalen Befreiungsfront Kurdistans“, dem in Köln erscheinenden „Kurdistan Report“ (Nr. 17, September 1986): „Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die PKK in der Tat im politischen Mittelpunkt der Welt steht.“*

*(Foto aus: Kurdistan Report Nr. 16, Juni 1986) – Abdullah Öcalan mit Partisanen.*

Fuß zu fassen, Gebiete, die als strategische Aufmarschbasen der *PDK*- und *JUD*-Partisanen zur Bedrohung der ebenso strategischen Straße von Kirkuk und Mosul über die Türkei nach Europa und der irakisch-türkischen Pipeline Kirkuk-Dortyol gelten, statuierten *PDK* und *JUD* ein Exempel. Eine aus Peshmerga aller in der *JUD* vertretenen Parteien bestehende Einheit stellte eine Einheit von *PKK*-Partisanen auf irakischem Gebiet, und erschoss sie. Die *JUD* wollte sich den Zeitpunkt des Einsatzes ihrer beiden wichtigsten Drohpotentiale in diesem Gebiet, die Straße und die Pipeline, nicht durch einen „größensinnigen Schaumschläger“ (so Mas'ud Barzani zu einem italienischen Journalisten) vorschreiben lassen (vgl. auch Anhang zum Irakteil).

Statt dessen begann die *PDK-Irak* erneut, die stark angeschlagenen kurdischen Gruppen in der Türkei, die in der Vergangenheit Bereitschaft zur militärischen Auseinandersetzung in Kooperation mit der *PDK* gezeigt hatten, zu „betreuen“, namentlich die *KUK*. Es scheint



*„Man schafft keinen Staat mit 2 Tausend Personen, erklärt Mas'ud Barzani, der Führer der Demokratischen Partei Kurdistans des Irak den Leuten der PKK, die er einlädt, statt dessen mit ihm gemeinsam gegen den Irak zu kämpfen ...“  
(Tercüman, 3. April 1986)*

zum jetzigen Zeitpunkt gelungen zu sein, damit wieder eine Alternative zur undisziplinierbaren *PKK* als Druckmittel in der Türkei aufzubauen.

Die wichtigsten Entwicklungen seit der ersten Intervention der türkischen Streitkräfte in Irakisch-Kurdistan 1983 und der Wiederaufnahme der *PKK*-Aktivitäten im Sommer 1964 sind:

- Die verstärkte Aufrüstung und Militarisierung in Türkisch-Kurdistan, in dem jetzt zwei komplette türkische Armeen stationiert sind; Aufbau einer militärischen Infrastruktur (vier militärische Flughäfen, strategische Straßen, Sondertraining der Offiziere für Einsatz in Kurdistan, zunehmende NATO-isierung der Streitkräfte in Kurdistan mit dem Näherrücken des „Golfkrieges“ und seiner Fronten, Stationierung der „Rapid Deployment Force“ im Gebiet Hakkari/Van);



*Kurdische Nomaden im Grenzgebiet. (Foto: Gérard Klijn)*

- Verstärkung der Gendarmerie-Einheiten mit modernsten Anti-Partisanen-Waffen; Einsatz von Spezialeinsatzkommandos mit NATO-konformer Antiterroristen-Ausbildung;
- Aufbau sogenannter „Dorfbeschützer“-Milizen, die jetzt 25.000 Mann zählen;
- Sondermaßnahmen nicht nur in den Grenzgebieten zu Syrien, Iran und Irak, sondern auch in Dersim / Tunceli, Bingöl, Kars; Ausbau eines Grenzzaunes entlang der syrischen Grenze; Deportationen und Auslöschung ganzer Dörfer; „Sicherheits- und Krisenzonen“ mit Sondergesetzgebung; Verbannung; Änderung des Landrechtes usw.
- Vorläufiger Kulminationspunkt: die Intervention in Irakisch-Kurdistan vom 5. August 1986, die die NATO-Partner gefährlich nahe zu Kriegsbündeten des Irak im irakisch-iranischen Krieg aufrücken läßt.

## Zur Intervention in Irakisch-Kurdistan und im „Golf“-Krieg:

Nach Informationen der *Gesellschaft für bedrohte Völker* wurden bei der Intervention die folgenden Dörfer und Gegenden bombardiert, teilweise mit Napalm, teilweise mit Streubomben – auf irakischem Staatsgebiet: Sinad, Alaniş, Zawita, Kisan, Haftanin, Nazbur, Ikmala, Bazat, die Gegend um Amadia, Ura, Yekmala, Nazdur, Zive, Artuş, Beyzanor, Kivu, Biri, Seituni, Sat Yunis (ein christliches Dorf), die Gegend um Barzan, Hayat, Lolan und Umgebung, Kani Raş, Qiadi, Mezin, Mezis, Dörfer in der Umgebung von Zakhö. Im Iran: Ortschaften bei Zeva / Derik, Silvana und Umgebung, einige nicht namentlich genannte Dörfer direkt an der Grenze. Entgegen türkischen Presseberichten handelte es sich nicht um Basen der PKK, die in diesem Gebiet schon lange nicht mehr präsent sind.

„Der Angriff erfolgte nach der Veröffentlichung eines Regierungserlasses Donnerstag Nacht, der Bestimmungen des Kriegs- und Ausnahmegesetzes änderte, um die Verfolgung von Rebellen in die Nachbarstaaten zu legalisieren. (...)

Die Türkei hat ein Abkommen mit Irak, das gemeinsame Aktionen gegen Rebellen in den Grenzgebieten erlaubt ...

Der Donnerstag Nacht verkündete Erlaß nahm Bezug auf in flagrante Verfolgung mit dem Ziel Aktivisten gefangenzunehmen oder zu neutralisieren.

Der Erlaß war offenbar notwendig, um einen Konflikt mit einer Verfassungsbestimmung zu vermeiden, die vorschreibt, daß das Parlament konsultiert werden muß, ehe Streitkräfte im Ausland operieren. Das Parlament ist augenblicklich in seiner Sommerpause ...“ (Aus International Herald Tribune, 16.8.1986)

*Flugblatt und Aufruf Göttinger Kurden aus allen Ländern, in denen sie zuhause sind. Erstmals wurden parteipolitische Gegensätze hinter die Betroffenheit aller gestellt.*

**DIE TÜRKEI FÜHRT KRIEG ZUR VERNICHTUNG  
DES KURDISCHEN VOLKES  
BITTE HELFEN SIE UNS KURDEN**

Am 15. August griffen Einheiten der türkischen Luftwaffe und Bodentruppen kurdische Ortschaften im Irak an. Nach offiziellen Angaben, die vor einer später verkündeten Nachrichtensperre gegenüber der Öffentlichkeit gemacht wurden, bombardierten Kampfhubschrauber und Flugzeuge rund 30 Ortschaften und deren Umgebung auf irakischem Staatsgebiet. Hierbei wurde Napalm verwendet, ebenso Streubomben. Nach offiziellen Behauptungen starben zwischen 250 und 350 Menschen bei den Angriffen; die Presse berichtete von tausenden von Gefangenen. Mehrere Dörfer auf iranischem Gebiet waren ebenfalls betroffen. — Parallel erreichten militärische Operationen und Razzien durch Spezialeinheiten und Landgendarmarie in kurdischen Dörfern der Provinz Hakkari und in Teilen der Provinz Siirt ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. Mehrere Tausend Kurden wurden verhaftet. Das Dorf Balli an der irakischen Grenze wurde seiner gesamten männlichen Bevölkerung beraubt, die deportiert worden ist; die Vorräte und Ernten des Dorfes wurden, wie anderswo auch, vernichtet.

Die Operation im türkischen, irakischen und iranischen Teil Kurdistans ist die konsequente Fortführung anti-kurdischer Maßnahmen der Regierung Ankaras, die auf die Vernichtung der Identität des kurdischen Volkes abzielen. Diese Politik, rassistisch und unmenschlich wird seit Jahrzehnten im Namen der kemalistischen Staatsideologie durchgeführt. Seit dem Militärputsch 1980 ist sie intensiviert worden. Um die Verbindung zu den Kurden in den Nachbarstaaten Syrien, Irak und Iran zu unterbrechen, plant die Regierung in Ankara die Schaffung einer 17 km breiten Zone entlang der Grenzen, in der keine Kurden mehr leben sollen. Elf Dörfer an der türkisch-irakischen Grenze wurden bereits evakuiert — die Bewohner ins Landesinnere zerstreut, das Gebiet zur Sperrzone erklärt. Entlang der syrischen und türkischen Grenze

wurden neun Grenzstädte (Landkreise) zu „gefährdeten“ Gebieten, zehn weitere Städte wurden zum „Risikogebiet“ erklärt. Das Innenministerium schreibt für diese Zonen eine lückenlose Überwachung und verschärfte Sicherheitsmaßnahmen vor (Tercüman, 19.2.86). Im Bereich Tunceli im Landesinneren sind mehrere Dörfer deportiert worden. Eine Parlamentarierdelegation aus Ankara stellte fest: „Auf einen Einwohner in Tuncelis kommen 3 Soldaten.“

Seit August 1984 beteiligen sich 300.000 Armee-Angehörige, also rund ein Drittel der gesamten türkischen Streitkräfte, sowie Sondereinheiten zur Guerillabekämpfung an der „Operation Sonne“, die sogenannte „Säuberungs- und Befriedungsaktionen“ in Kurdistan durchführen. Mit dem Einverständnis der betreffenden Regierungen wurden diese Operationen mehrfach auch auf irakisches und iranisches Territorium ausgedehnt. Das Sonderkriegsamt hat im kurdischen Gebiet fünf Zonen eingerichtet, die auch über ausgebildete Folterspezialisten verfügen. Seit 1980 laufen im ganzen kurdischen Gebiet Massenprozesse gegen Kurden, die ihr Recht auf Selbstbestimmung und kulturelle Identität vertreten haben. Dutzende von Todesstrafen sind bereits gegen Kurden wegen angeblichen Separatismusses ausgesprochen worden.

Der jetzige Angriff auf die kurdischen Gebiete der Türkei soll die völkermordartige türkische Politik gegen die Kurden auf dem eigenen Gebiet absichern. Sie soll mit Einverständnis der irakischen Regierung, mit der seit 1979 ein diesbezügliches Abkommen besteht, den Rückhalt, den die in die Verzweiflung und in den Ruin getriebenen türkischen Kurden bei ihren irakischen Brüdern haben, unterbinden.

Über die Kurdenpolitik des gegenwärtigen Regimes, das auf militärische Liquidierung der „kurdischen Frage“ setzt, ist bereits in der deutschen Öffentlichkeit viel geschrieben worden. Nichts jedoch darüber, daß der Angriff der Türkei auf die Kurden des Irak, die türkischen Streitkräfte bis auf wenige Kilometer an die iranisch-irakische Front bei Haji-Omran heranbringt, was vom Iran als die direkte Unterstützung eines NATO-Partners der Bundesrepublik für den Irak im Golf-Krieg verstanden werden muß. Deutsche Waffen sind bereits bei einer ähnlichen Aktion 1983 eingesetzt worden. Heute werden sie es wieder. Nicht nur gegen das

Territorium anderer Staaten, sondern zur Vernichtung des Lebenswillens eines ganzen Volkes: der Kurden. Die Bundesrepublik läuft so Gefahr von ihrem Bündnispartner in einen Völkermord und in ein militärisches und politisches Abenteuer hineingezogen zu werden, dessen Konsequenzen nicht kalkulierbar sind.

Wir bitten die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen und Verbände als Kurden um ihre Bereitschaft zu einem Gespräch, einem Dialog; einem Dialog auch über das Schicksal vieler Kurden, die unter anderem vor der mörderischen Politik dreier Staaten hier Zuflucht gesucht haben, und jener Kurden, die sich hier in der Ausbildung befinden und sich die Möglichkeit zu schaffen suchen, ihre Identität als Mitglieder einer eigenständigen Nation zu bewahren. Wir bitten Sie um Ihr Mithandeln und Mitreden beim Versuch, die schlimmsten Auswirkungen der gegenwärtigen türkischen Pläne für unser Volk zu mildern und beizutragen, den beiden Kriegen in der Region, den gegen unser Volk, und den zwischen den Nachbarvölkern im Irak und Iran, ein Ende zu bereiten. Wir bitten Sie, deutlich zu machen, daß Sie keine Politik der Bundesrepublik unterstützen, die noch mehr Waffen in dieses Gebiet bringt und Handelsbeziehungen erweitert zu Gunsten von Kriegen, die für die beteiligten Völker mörderisch sind.

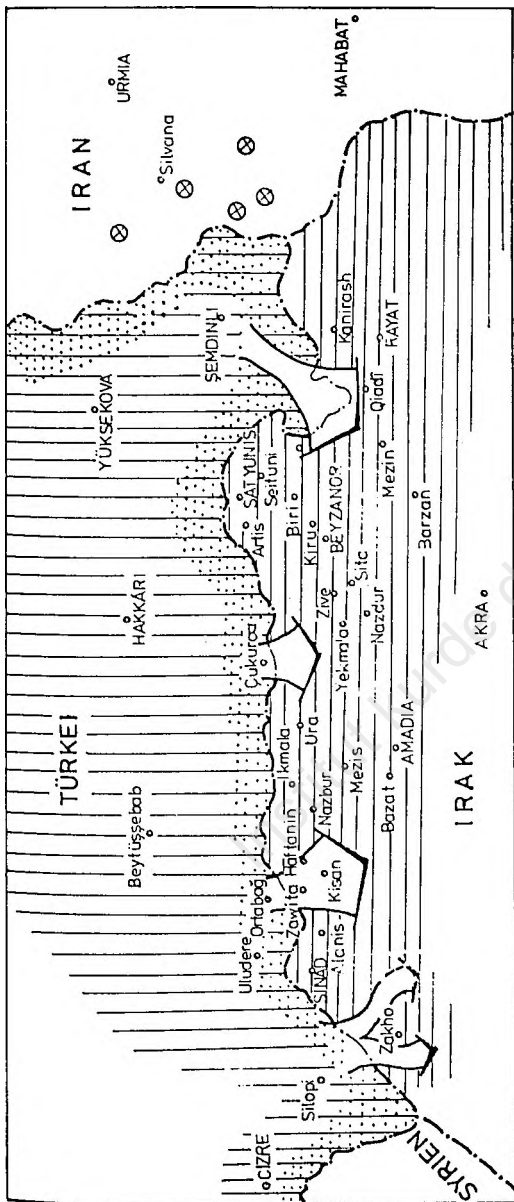
Wir Kurden in Göttingen bitten Sie um Gehör.

Die Kurden in Göttingen  
28.8.1986

#### Weitere Maßnahmen:




„Um Einflüsse separatistischer und kommunistischer Gruppen auszumerzen, sollen elf Dörfer im Grenzgebiet Iran-Irak-Türkei geräumt werden. Nach der Räumung wird dieses Gebiet von den militärischen Kräften und dem türkischen Geheimdienst *MIT* kontrolliert werden. Die Namen der elf Dörfer: folgende: Meselik, Ayranlı, Kandil, Karasu, Yukari, Pirinceken, Ünlüce, Genisdere, Cayirli, Sarp, Üzümkiran und Vargelim.“ (Tercüman, 11. Febr. 1986)







**TÜRKISCHE MILITÄRISCHE INTERVENTION IM KURDISTAN DES IRAK und OPERATIONEN GEGEN DIE ZIVILBEVÖLKERUNG**

**IM KURDISTAN DER TÜRKEI ab 15. AUGUST 1986**

-  Zone der Bombardements im Kurdistan des Irak (auch Nappalm) gegen hauptsächlich zivile Ziele
-  Zone intensiver militärischer Operationen und Razzien in Dörfern des Kurdistan der Türkei
-  Zone projektierter Deportation im Kurdistan der Türkei

 Hauptangriffsrichtung türkischer Luftwaffe und Bodeneinheiten  
 Einzelangriffe der türkischen Luftwaffe auf kurdische Ortschaften im Iran

Quelle: offizielle türkische Angaben, ehe eine Nachrichtensperre in Kraft trat  
 Autor: A. STERNBERG Zeichnung: E. Stehling



*Türkisches Operationsgebiet im Irak: Der Khabur nördlich von Zakho  
(Foto: A. Sternberg-Spohr)*

### **Verbannung als Strafe in Tunceli**

In der kurdischen Provinz Tunceli (Dersim) hat der Gouverneur neun Personen wegen „schädigenden Verhaltens“ aus ihrer Heimat vertrieben und angeordnet, daß sie sich in verschiedenen anderen Provinzen (die bis zu 1.000 km entfernt liegen) ansiedeln müssen.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß 49 gewählte Dorfvorsteher (muhtar) ihres Amtes enthoben und an ihrer Stelle vom Militärgouverneur der Provinz Tunceli andere Personen eingesetzt wurden.

Zu diesen Verbannungen befragt, antwortete der stellvertretende Gouverneur von Tunceli, daß das Wort „Verbannung“ sehr häßlich



*Vorgehen der Türken auf eigenem Staatsgebiet mit Şemdinli  
(Foto: T. Bengin, Milliyet, 3. Sept. 1986)*

sei und man doch besser „Provinzausweisungs-Strafe“ sagen solle. Einen Gerichtsbeschluß sehe er hierfür nicht als notwendig an, er (der Gouverneur) hätte seine Kompetenzen genutzt, ansonsten solle man sich beim Kommandanten der 8. Armee-Einheit in Elazığ erkundigen.

Wie der SHP-Abgeordnete für Tunceli, Kamer Genc, bekanntgab, sind bereits früher 25 Landsleute ohne einen Gerichtsbeschluß der Provinz verwiesen worden. Innenminister Akbulut antwortete, zu diesen Vorfällen befragt, daß sein Ministerium mit diesen Maßnahmen nichts zu tun habe, sondern diese in die Kompetenz der Kriegsrechtskommandantur fallen, die nach dem Kriegsrechtsgesetz die Möglichkeit habe, Personen, gegen deren Anwesenheit sie Bedenken habe, aus der Provinz auszuweisen. (nach Cumhuriyet, 18. und 30. Jan. 1986)

# Dorf deportiert

*Türkische Armee deportiert alle männlichen Bewohner eines kurdischen Dorfes in der Ost-Türkei*

## **Aus Istanbul Ömer Seven**

Alle 400 männlichen Bewohner des kurdischen Dorfes Balli in der Ost-Türkei sind vor zwei Wochen von türkischen Armee-Einheiten deportiert worden. Sie werden vermutlich in der Stadt Siirt festgehalten. Über 60 Männer, neun Jungen im Grundschulalter und ein 12jähriges Mädchen gehören zu den Deportierten. Die Ernte wurde vom Militär verbrannt. „Ist es denn unsere Schuld, daß wir Kurdisch sprechen können?“, sagte der 63jährige M. Varis, einer der wenigen, die nicht festgenommen wurden. Auf die Frage, wie sie den Winter ohne Ernte überleben können, antwortete er: „Wir werden die Frauen sammeln

und zu Kenan Evren gehen. 'Gib Brot, sonst verhungern wir', werden wir sagen.“

Die Massendeportation war die Vergeltung für einen Anschlag der 'Kurdischen Arbeiterpartei' (PKK) in der Nähe des Dorfes, bei dem zwölf Militärs umkamen. Darauf hatte die türkische Luftwaffe kurdische Gebiete im Irak bombardiert, wobei rund 200 „separatistische Räuber“, so der amtliche Jargon, getötet wurden. Dies bestätigte jetzt der türkische Innenminister, der weitere Aktionen ankündigte.

Die Massendeportation wurde erst durch einen Besuch einer Delegation der Sozialdemokratischen Volkspartei in dem Gebiet bekannt.

*(die tageszeitung, 27.8.1986)*

## **„Spezialteams“ beginnen mit der Arbeit**

Diese Einheiten gegen separatistische Organisationen und terroristische Kräfte im Südosten wurden mit modernen Waffen ausgerüstet.

Nach Informationen zuständiger Stellen beginnen die aus Offizieren, und Unteroffizieren zusammengesetzten Teams ihren Dienst in kritischen Gebieten und an strategisch wichtigen Stellen wie Flugplätzen, Häfen und Raffinerien.“ (Tercüman und Hürriyet, 28. Jan. 1986)

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**  
**— Drucksache 10/3684 —**

**Menschenrechte in der Türkei**

*Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 5. September 1985 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Lebensbedingungen
  - a) der kurdischen und
  - b) der armenischen Minderheit in der Türkei?

Seit Atatürk sind Zentralismus und Nationalismus Grundprinzipien der modernen Türkei. Türkisches Staatsverständnis schließt die Existenz nationaler Minderheiten auf türkischem Boden aus; ausgenommen werden nur die im Lausanner Vertrag von 1923 erwähnten „nicht-islamischen Minderheiten“. Es gibt nach der türkischen Verfassung und nach der türkischen Rechtsordnung keine Minderheitsrechte für die kurdischen Türken. Nach allem, was wir wissen, werden aber Kurden nicht diskriminiert, wenn sie sich als türkische Staatsangehörige bekennen. Wer sich öffentlich als Kurde bezeichnet, wird nicht verfolgt; im April 1984 hat das Militärstrafgericht Diyarbakir den früheren türkischen Minister Elci, einen der prominentesten Kurden, die sich öffentlich zu ihrem Kurdentum bekannten, vom Vorwurf des Separatismus (Artikel 125 TStGB) freigesprochen. Im Osten und Südosten der Türkei, den Hauptsiedlungsgebieten der kurdischen Türken, wird auf der Straße kurdisch gesprochen. Der private Gebrauch dieser Sprache ist nicht verboten und wird nicht verfolgt.

Die Lebensbedingungen der kurdischen Türken werden mitbestimmt von dem wirtschaftlichen und sozialen West-Ost-Gefälle in der Türkei. Ost- und Südostanatolien stellen die unterentwickelt-

sten Gebiete der Türkei dar. Alle einschlägigen Wirtschafts- und Sozialindikatoren belegen eine bedrückende Realität. Dabei handelt es sich um einen Zustand, dessen Wurzeln weit in die Geschichte zurückreichen. Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Özal scheint sich der durch diese Lage der Türkei gestellten Aufgabe bewußt zu sein. Bei der Förderung benachteiligter Provinzen sollen die Provinzen der Osttürkei besonders gefördert werden. Die der Regierung für diese regionalpolitische Aufgabe zur Verfügung stehenden Mittel sind allerdings durch die allgemeine Wirtschaftslage des Landes begrenzt. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei sucht der Unterentwicklung Ostanatoliens in gewissem Umfang ebenfalls Rechnung zu tragen.

Nach neuesten Schätzungen sollen etwa 50 000 armenisch-orthodoxe Christen in der Türkei, davon etwa 40 000 in Istanbul, leben. Als „nicht-islamische Minderheit“ besitzen sie einen in den Artikeln 39 bis 42 des Lausanner Vertrages von 1923 definierten vertragsvölkerrechtlichen Minderheitsstatus.

Armenier sind in allen Berufen und Gesellschaftsschichten der Türkei vertreten, ausgenommen im Staatsdienst und Militär. Größtenteils sind sie Kaufleute und Handwerker. Ihre allgemeinen Lebensbedingungen unterscheiden sich kaum von denen der moslemischen Mehrheit. Sie werden rechtlich nicht diskriminiert, sind jedoch tatsächlich bisweilen gesellschaftlichen und administrativen Schwierigkeiten ausgesetzt. Terroranschläge armenischer Extremisten fördern ein Klima der Ablehnung.

Die armenische Glaubensgemeinschaft besitzt in Istanbul 33 Kirchen und 20 Schulen. Alle christlichen Gemeinden in der Türkei leiden allgemein unter einer gewissen Rechtsunsicherheit, insbesondere bezüglich ihrer Vermögenswerte und Einrichtungen. Der armenische Patriarch Kalustyan von Istanbul äußerte in einem Gespräch mit Staatsminister Dr. Mertes im November 1984, die Lage der armenischen Kirche in der Türkei habe sich gebessert. Vor dem 12. September 1980 habe es viele Probleme gegeben. Armenische Einrichtungen werden heute besser vor Übergriffen geschützt.

- 2 Werden nach Auffassung der Bundesregierung die in den UN-Menschenrechtsdokumenten definierten Minderheitenrechte (insbesondere Sprache, Religion, kulturelle Identität) von der türkischen Regierung gegenüber den Minderheiten in der Türkei respektiert?

Die Türkei ist dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966 nicht beigetreten. Als vertragliche Verpflichtung kann Artikel 27 dieses Pakts, in dem die Rechte der Angehörigen von Minderheiten verankert sind, der Türkei daher nicht entgegengehalten werden.

Im übrigen ist festzustellen, daß zwar die Lage von Minderheiten in der Türkei nach den vorliegenden Informationen, insbesondere

nach unseren Kriterien, noch nicht als befriedigend bezeichnet werden kann. Im Zuge des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses zeichnet sich jedoch eine zunehmende Verbesserung der allgemeinen menschenrechtlichen Lage in der Türkei ab.

3. Liegen der Bundesregierung aus den letzten drei Jahren Informationen vor über verstärkte militärische Aktivitäten gegenüber der kurdischen Volksgruppe in und außerhalb der Türkei?

In neuerer Zeit gab es keine militärischen Aktionen gegen die türkischen Kurden.

Nach einer längeren Pause überfielen im August 1984 kurdische Separatisten wieder Patrouillen und militärische Einrichtungen, vor allem im türkisch-irakischen Grenzgebiet. Hinter diesen terroristischen Anschlägen steht die linksradikale „Partei der Arbeiter Kurdistans“ (PKK-APOCU-LAR). Die Überfälle und Feuergefechte forderten zahlreiche Tote und Verletzte unter den Sicherheitskräften und unter den Angreifern. Aber auch Zivilpersonen wurden Opfer von Mordanschlägen. Die türkischen Sicherheitskräfte leiteten umfangreiche Verfolgungs- und Suchaktionen im Südosten des Landes ein. Ende November 1984 befanden sich in Zusammenhang mit den Zwischenfällen ca. 380 Personen in Untersuchungshaft bei den Militärjustizbehörden und ca. 420 Personen bei den zivilen Justizbehörden. Inzwischen liegen erste Urteile vor, die von Freilassungen bis zu Todesstrafen reichen.

Nach der Schneeschmelze setzten die gewalttätigen Zwischenfälle wieder ein. Ende Mai d. J. bezeichnete Innenminister Akbulut die angewachsenen Auseinandersetzungen als eine Art Guerillakrieg.

Die separatistischen, stark bewaffneten Gruppen sichern vor allem über die irakische Grenze ein. Sicher wäre es falsch, diese kleinen, extremistischen Gruppen mit den türkischen Kurden gleichzusetzen. Obwohl sie zahlenmäßig klein sind, erschwert aber die Unwegsamkeit des Geländes ihre Bekämpfung.

Nach dem Oktober vergangenen Jahres sollen türkische Sicherheitskräfte zwei kleinere Verfolgungsaktionen über die türkisch-irakische Grenze hinaus in Einklang mit einer Absprache zwischen Ankara und Bagdad durchgeführt haben; diese Absprache gestattet solche Maßnahmen bis zu einer Tiefe von 5 km. Seit Spätherbst 1984 haben nach unserer Kenntnis Aktionen dieser Art nicht mehr stattgefunden. Meldungen über solche Aktionen auf iranischem Gebiet, die die Londoner „Times“ und die BBC im Juni verbreitet haben, können nicht bestätigt werden.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den letzten zwei Jahren eine verstärkte Umsiedlung von kurdischen und armenischen Bürgern in der Türkei stattgefunden hat?

Der türkische Staat hat zuletzt türkische Kurden nach den Aufständen in den 20er und 30er Jahren in nennenswertem Umfang umgesiedelt.

Zwar tauchten im Herbst vergangenen Jahres Berichte über angebliche Umsiedlungen von Kurden aus dem türkisch-irakischen Grenzgebiet auf. Ihre Ursachen sind nicht bekannt. Jedenfalls sind der Bundesregierung keine Umsiedlungen zur Kenntnis gelangt. Dem Auswärtigen Amt sind auch keine Maßnahmen gegen die heute in der Türkei lebenden Armenier bekannt.

5. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um den Minderheitenschutz für Kurden und Armenier

- a) in der Türkei und
  - b) in der Bundesrepublik Deutschland
- zu gewährleisten?

Alle türkischen Regierungen seit Gründung der türkischen Republik, gleichgültig ob sie in jüngerer Zeit konservativ oder sozialdemokratisch geführt wurden, gehen von der gefährlichen Explosivität eines kurdischen Nationalismus und Separatismus aus. Sie sehen darin eine Gefahr für die territoriale Integrität der Türkei. Akte des politischen Terrorismus, begangen von kurdischen Extremisten, bestärken die türkische Regierung in dieser Sicht.

Die Türkei bestreitet eine Rechtsgrundlage für einen besonderen Schutz von Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen mit Ausnahme der Vorschriften des Lausanner Vertrages über die „nicht-moslemischen Minderheiten“. Sie ist dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 wie ausgeführt nicht beigetreten. Damit fehlt gegenüber der Türkei eine vertragliche Grundlage für die Einforderung des allgemeinen Minderheitenschutzes in der Türkei.

Die Bundesregierung tritt für einen weltweiten, umfassenden Schutz der Menschenrechte ein. Die einschlägigen Gremien der VN sind für diese Politik die am besten geeigneten Foren. Gegenüber der Türkei hat die Bundesregierung wiederholt verdeutlicht, welche Bedeutung sie der Achtung der Menschenrechte beimißt.

Unter den gegebenen Umständen sind die Erfolgsaussichten einer Einflußnahme von außen – auch von seiten befreundeter Staaten – zugunsten einer Sonderstellung für die kurdischen Türken nicht günstig.

Die Bundesregierung garantiert und respektiert den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern im Rahmen unserer Rechtsordnung das Recht, sich zu betätigen, und vertritt dieses Recht auch gegenüber Dritten. Dies gilt auch für diejenigen, die sich als Kurden oder Armenier fühlen, ebenso wie für viele andere Gruppen. Im Rahmen unserer Verfassung haben alle ausländischen Gruppen die Möglichkeit, ihre kulturelle Eigenart zu pflegen.

Im übrigen fördert die Bundesregierung die Aktivitäten kurdischer oder armenischer Gruppen nicht mit Bundesmitteln.

Es gibt im Bundesgebiet und in Berlin (West) namentlich eine beträchtliche Zahl von Kurden aus verschiedenen Ländern, insbesondere aus der Türkei. Viele ihrer Organisationen verstehen sich



jedoch als politische Kampfverbände. Der Verfassungsschutzbericht 1984 stuft die beiden größten Vereinigungen von Kurden, FEYKA-Kurdistan (die in der Öffentlichkeit die Interessen der teilweise konspirativ arbeitenden Partei der Arbeiter Kurdistans – PKK – vertritt) und KOMKAR (Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.) als orthodox-kommunistisch ein.

Jede Förderung auch angeblich rein kultureller Aktivitäten durch die Bundesregierung von Ausländergruppen würde schwierige Fragen der Beurteilung und der Auswahl aufwerfen. Häufig dürfte durch eine solche Förderung der Eindruck der Bevorzugung einer bestimmten Gruppe gegenüber einer anderen nicht ausgeschlossen werden können. Dadurch können der soziale Frieden zwischen bei uns lebenden Ausländern beeinträchtigt und die zwischen einzelnen Gruppierungen bestehenden Spannungen verstärkt werden.



*Türkische Bodentruppen als Besatzungsmacht*

# Tornados für die Türkei

Bundesbürgschaft beantragt / Im Gegenzug soll ein NATO-Luftwaffenstützpunkt in der Südost-Türkei für Tiefflugübungen gebaut werden

München/Bonn (dpa) — Die Türkei führt „konkrete Gespräche“ über die Lieferung von 40 Kampfflugzeugen des Typs Tornado auf Regierungs- und Industrieebene. Die deutsch-britisch-italienische Tornado-Dachgesellschaft Panavia Aircraft GmbH, München, rechnet nach Auskunft vom Dienstag mit einer Vorentscheidung über das Geschäft im Wert von zwei bis vier Milliarden DM im kommenden Frühjahr. Zur Finanzierung des deutschen Anteils von etwa 40 Prozent hat Panavia laut Bundeswirtschaftsmini-

sterium eine staatliche Garantie in Form einer Hermes-Bürgschaft beantragt. Eine Entscheidung gebe es noch nicht.

Im Gegenzug wird laut Panavia weiter über einen möglichen NATO-Luftwaffenstützpunkt im Südosten des NATO-Mitglieds Türkei verhandelt. Die Bundeswehr könnte einen Teil der lauten Übungsflüge dorthin verlagern. Mögliche Größenordnung des Stützpunkts: Investitionen von etwa einer Milliarde DM und etwa 1.000 bis 2.000 Arbeitsplätze. Hier könnten die Tornados unter

türkischer Regie gewartet und repariert werden. Möglich sei auch eine türkische Beteiligung an der Produktion, etwa der Tornado Flugzeugzelle und der Triebwerke.

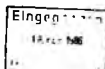
Die drei Konsortialmitglieder der Panavia, die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (42,5 Prozent), British Aerospace (42,5 Prozent) und Aeritalia (15 Prozent) könnten nach Angaben von Panavia 40 Tornados innerhalb von zwei bis vier Jahren liefern. Jährlich werden etwa 110 Tornados produziert.

Noch ein Ignorant? —  
Pressemeldung (taz/  
dpa 8. 1. 1986)  
— Schreiben des  
Verteidigungs-  
ministers

Der Bundesminister der Verteidigung  
PO 5 111 1 - dr 14-10-16/PO 33/4

5330 Bonn L, 2. Februar 1986  
Telefon 0228 10 58 13

Gesellschaft für bedrohte Völker  
- Herrn Tilman Bösch -  
Postfach 20 34  
1400 Göttingen



Sehr geehrter Herr Bösch,

der Bundesminister der Verteidigung, Herr Dr. Mörser, hat mich beauftragt, Ihnen sein Verständnis und Respekt für Ihre Bemühungen um Bewölkungsänderungen in der Türkei zu übermitteln.

Sollte es zu einer deutsch-türkischen Vereinbarung über die Nutzung türkischen Luftraums für die Tiefflugausbildung der Luftwaffe kommen, wird es nur um die Gebiete gehen, die weitgehend menschenleer und ohne belastende politische Bedeutung sind.

Es ist die erklärte Absicht der Luftwaffe, einerseits durch Ausbildungsstand und Einsatzbereitschaft den Anforderungen des von Gesetzgeber erteilten Verteidigungsauftrages zu genügen und andererseits die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wirksam um intensiven Fluglärm zu entlasten. Dies wird jedoch nicht zu unerträglichen Belastungen anderer Bevölkerungsgruppen führen, sondern die Luftwaffe bemüht sich lediglich um Nutzung weitgehend menschenleerer Gebiete im gesamten befreundeten Ausland für die Tiefflugausbildung der fliegenden Verbände.

Infolge dieser geplanten Maßnahmen werden daher nicht neue unerträgliche Lärmerschwerpunkte im Ausland entstehen, sondern die großflächige Verteilung des Tiefflugaufkommens wird insgesamt eine deutliche spätere Lärmverringerung erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rudolf  
Rudolf

Postfach 10 15 000 Bonn 1  
Telefon 0228 10 58 13  
Telefax 0228 10 58 14  
Telex 2 200 000  
Postfach 10 15 000 Bonn 1

# Kurdisches Bauernopfer

## Ankara setzt weiter auf Repression gegen Kurden

**D**ummheit ist offenbar ein unausrottbares Privileg der Macht — anders sind so manche Aktionen der Herrschenden auf diesem Globus kaum noch zu interpretieren. In diese Kategorie scheinen auch die jüngsten Stafexpeditionen der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung im Ostendes Landes zu gehören.

**S**eit Jahrzehnten orientiert sich die Politik der Zentralregierung in Ankara gegenüber den knapp zehn Millionen Kurden innerhalb der eigenen Landesgrenzen an einer unveränderten Maxime: entweder totale Assimilation oder brutale Repression. Egal, ob in Ankara Demirel oder Ecevit regierte, das Militär putschte oder die Rückkehr zur Demokratie beschworen wird, die Politik gegenüber den Kurden unterschied sich allenfalls in Nuancen. Dasselbe gilt für das Ergebnis dieser Politik: Keiner türkischen Regierung ist es in den letzten 20 Jahren gelungen, die kurdischen Provinzen des Landes zu befrieden.

**W**er jedoch annimmt, daß daraus irgendwann einmal Konsequenzen gezogen werden, sah sich gerade in der letzten Woche wieder herbeentäuscht. Luftangriffe auf Stellungen der kurdischen Guerilla jenseits der türkisch/irakischen Grenze, Massenverhaftungen in kurdischen Dörfern und Evakuierungen sogenannter sensibler Zonen — Dummheit gepaart mit einem immer wieder erschreckenden Maß an Brutalität — alles wie gehabt. Sukzessive wird die Präsenz der Armee in Kurdistan erhöht, mittlerweile sind bereits zwei der vier türkischen Armeen vollständig im Osten eingesetzt. Das Kriegsrecht bleibt in den kurdischen Provinzen unverändert bestehen, der Charakter eines besetzten Landes ist immer unübersehbarer.

**D**aß diese Politik der permanenten Konfrontation die Entstehung von Befreiungsbewegungen geradezu zwangsläufig nach sich zieht, kann auch den Machthabern in Ankara über die Jahre nicht entgangen sein. Das läßt eigentlich nur eine mögliche Alternative zu: entweder die Dummheit ist grenzenlos, oder die Methode hat System. Im Rückblick drängt sich immer mehr der Schluß auf, daß der Krieg im eigenen Land den türkischen Generälen mitsamt ihrer völlig überdimensionalen Armee die schönste Legitimationsgrundlage liefert, die sie sich wünschen können. Da in der türkischen Politik gegen den Wunsch des Militärs nur wenig läuft, steht zu befürchten, daß die kurdischen Bauern dem Machttrieb der Militärs noch auf unabsehbare Zeit geopfert werden.

*Kurt Ullusch*

*Kommentar in „die tageszeitung“, 27.8.1986*

## „Zehntausend neue Milizen“

Es wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der von Regierungsseite aufgestellten und bewaffneten „Dorfmilizen“ von 15.000 auf 25.000 aufgestockt werden soll.“ (Milliyet, 15. Januar 1986)

„Gegen den Terror der strategischen Siedlungen: Die Durchführung des Umsiedlungsplanes der Bevölkerung des Süd-Ostens hat begonnen. Die erste dieser Sicherheitssiedlungen wird Dereleer im Distrikt von Şirnak, sein, wo die Bevölkerung von rund zwanzig verstreuten Dörfern zusammengefaßt wird ...“ (Milliyet, 3. April 1986)

„Umsiedlung von 10 Dörfern und 30 Weilern in der Region von Munzurdag. Wir werden Gewalt gegen die widerspenstigen Bauern gebrauchen, versichert der Gouverneur von Tunceli.“ (Tercüman, 3. Mai 1986)

Neue Namen für die Dörfer: 12.861 der 34.957 Dörfer der Türkei haben auf Anordnung des Innenministers, den Namen geändert. Seit dem 1. November 1985 haben 30,76 Prozent der Dörfer des Landes so eine neue Bezeichnung bekommen. Den Rekord in Sachen Namensänderung hält mit 80,65 Prozent Süd-Ost-Anatolien (Türkisch-Kurdistan), während in der Region von Ankara nur 13,39 Prozent der Dörfer von dieser Maßnahmen betroffen sind.“ (Milliyet, 25. Mai 1986)

„Ausgangssperre von den türkischen Behörden verhängt, um die Volkszählung durchführen zu können: Eine der Fragen (auf den Zählformularen) betraf den Gebrauch der kurdischen Sprache. Da diese aber offiziell verboten ist, wurde durch den Staatssicherheitsgerichtshof eine Untersuchung eingeleitet.“ (Libération, 21.10.1985)

„Wie konnte das Kurdische in das Volkszählungshandbuch kommen? Die früheren und die neuen Führungskräfte des Nationalen Statistischen Instituts wurden vom Staatssicherheitsgerichtshof wegen kurdischem Separatismus angeklagt.“ (Hürriyet, 19.6.1986)

In dem von Hürriyet zitierten Beispiel sind neun hohe Beamte des Nationalen Statistischen Institutes (DIE) angeklagt. Der Staatsanwalt klagt sie wegen „kurdischem Separatismus“ an; er wirft ihnen in der



*Kurdische Bauern (Foto: Erikson / Institut Kurde de Paris)*

Anklageschrift vor, sie hätten „versucht, die nationale Einheit zu untergraben“, indem sie das Wort „Kurdisch“ für das 1985er Handbuch zuließen. Tatsächlich findet man das Wort „Kurdisch“ nur an einer einzigen Stelle: Unter 15 möglichen Antworten auf die Frage „Außer dem Türkischen, sprechen Sie eine andere Sprache?“, hatten die Redakteure das Kurdische erwähnt. Der Prozeß, der seit November 1985 läuft, wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben – zur Vervollständigung der Untersuchung.

Tercüman vom 27. Juni 1986 berichtet von einer weiteren „anti-separatistischen Maßnahme“. Das Landrecht wurde von der Regierung in Ankara geändert. Die Änderung wird zunächst in der Ebene von Harran und in der gesamten Provinz Urfa (früher Edessa, neuerdings Sanliurfa) angewandt. In dieser Region wird ein Großstaudamm gebaut, der das Zentrum des türkischen „Projektes zur Entwicklung des Süd-Ostens“ (GAP) ist. Im Rahmen dieses Projektes wird eine Landreform durchgeführt, die mit Umsiedlungen verbunden ist. Von 1992 an „erhalten Bauern ohne Land oder mit wenig Land 200 donum (1 donum etwa 1.000 Quadratmeter) unbewässertes oder 60 donum bewässertes Land pro Familie. Ausgeschlossen von dieser



*Opfer eines „Entwicklungsprojektes für den „Süd-Osten“. Ein Staudamm, ein Bewässerungssystem, eine „Landreform“. Leute, die Kurdisch in der Öffentlichkeit sprechen, oder mit ihren Verwandten Briefe in Kurdisch wechseln und dabei erwischt werden, sind von der Reform ausgeschlossen. Sie müssen ihre Dörfer verlassen und wissen nicht wohin. — Hier im Dorf Korköy, Provinz Urfa.  
(Foto: G. Ulutunçok/laif)*

Verteilt sind Personen, die wegen des Versuchs, die Verfassung zu ändern oder wegen Separatismus verurteilt worden sind. Darüber hinaus verliert jede Person alle Rechte aus der Reform, wenn sie für diese Verbrechen verurteilt werden.“

Die Tageszeitung „Cumhuriyet“ berichtet, daß nach einer Anordnung des Innenministeriums die Vorsteher von 35.268 Dörfern der Türkei begonnen haben, alle Einwohner ihrer Ortschaft aktenmäßig zu erfassen. Unter anderem enthalten diese Akten Informationen über die politische Tendenz und die ideologische Neigung jedes Einwohners. Die Vorsteher sind angewiesen worden, die betreffende Person jeweils ihre Akte unterschreiben zu lassen, und diese Akte der Gendarmerie des Dorfes zu schicken. Die zweite Kopie bleibt im Büro des Vorstehers.

# „Natürliche Verfolgungsmethoden“

**Die Frau eines flüchtigen PKK-Mitglieds wurde in Türkisch-Kurdistan auf Geschlechtsverkehr untersucht**

**Aus Istanbul Ömer Seven**

Die Ehefrau des seit zwei Jahren flüchtigen PKK-Mitglieds Mehmet Yüce, Necla Yüce, ist unter der „Anschuldigung“, sie treffe sich heimlich mit ihrem Mann, aus dem Haus ihres Schwiegervaters abgeführt und dem staatlichen Krankenhaus von Tunceli in der Türkei übergeben worden. Das berichtete die türkische Tageszeitung 'Cumhuriyet'.

Nachdem das ärztliche Gutachten festgestellt hatte, Frau Yüce habe „seit geraumer Zeit keinen Sexualkontakt gehabt“, wurde sie wieder freigelassen.

„Wie hätten wir denn anders feststellen können, ob sie ihrem Mann Unterschlupf gewährt“, rechtfertigte sich der Gouverneur Güven von Tunceli. Seiner Meinung nach sind das „natürliche Verfolgungsmethoden, die nicht außergewöhnlich sind“ — eine „Selbstverständlichkeit“ eben. Er erinnerte daran, daß bereits nach dem Anschlag der Guerillagruppe „Partizan“ am 1. August im Kreis Tunceli, bei dem neun Rebellen umgekommen waren, solche „natürlichen Verfolgungsmethoden“ ange-

wandt worden seien: „Zwei Mädchen aus einem Haus, über welches wir den Hinweis erhalten hatten, daß sie den Attentätern Unterschlupf gewähren, wurden auch kontrolliert. Ein Mädchen stellte sich als verdorben heraus.“

Der Gouverneur von Tunceli ist ein besonders herausragendes Beispiel für die türkische Arroganz gegenüber den kurdischen Bewohnern des Südostens der Türkei. Nach seiner Amtsübernahme nach dem Militärputsch 1980 hatte er den Einwohnern von Tunceli gleich gezeigt, woher nunder Wind wehte. Er organisierte sonntägliche Volksläufe, um den Tunceliern die Beschäftigung mit der Politik auszutreiben und zwang die alevitischen Moslems, für ihre Begräbnisriten einen sunnitischen Imam zu engagieren. Um die traditionell aufmüpfigen Bewohner von Tunceli unter die Fuchtel zu kriegen, verfügte der Gouverneur eine indirekte nächtliche Ausgangssperre, die dazu führt, daß jeder, der abends nach elf noch draußen „herumstreicht“, festgenommen und erst einmal auf der Gendarmerie traktiert wird.

die tageszeitung, 4.9.1986



*„Dorfbeschützer“ oder „Dorfwehren“ – 25.000 mit „gesetzlicher Unangreifbarkeit“: bestimmte Männer eines Dorfes bekommen eine Waffe und werden für ihre Morde nicht bestraft (vgl. Artikelauszüge aus AK) – Foto: „Turkish Newsletter“.*

„Aus Augenzeugenberichten, die allerdings bis heute noch nicht in dieser Form an die türkische Öffentlichkeit gelangen konnten, wird deutlich, daß das „ruhmreiche türkische Heer“ in getreuer Pflichterfüllung nicht nur den „letzten Terroristen“, sondern auch den letzten kurdischen Bauern auszulöschen gedenkt. Beim Einsatz gegen die kurdische Guerilla handelt das Heer nach der Strategie der verbrannten Erde. Wenn sich in einem Dorf ein Terrorist befinden könnte, so ist das Grund genug, das gesamte Dorf auszulöschen. Die





... den einen auf den anderen hetzen.  
(Karikatur: MaMoSte, aus: Berbang)

„Antiguerillaoperation“ ist sowohl Einsatz gegen die Guerilla selbst als auch ein Großangriff auf das kurdische Volk. (...)

In beiderlei Hinsicht hat das türkische Heer in den letzten zwei Jahren erheblich dazugelernt. Um die Bevölkerung besser unter Druck und Kontrolle zu halten, nutzen sie neben ihren eigenen Waffen auch die traditionellen Strukturen und Widersprüche Kurdistans. Dafür ist die Einführung der „Dorfschützer“ das beste Beispiel: Durch eine Änderung im türkischen Dorfgesetz wurde ab 4. April 85 bewirkt, daß „wenn es zu ernsthaften Anzeichen für einen gewaltsamen Angriff auf das Dorf kommt, vorübergehend Dorfschützer ernannt und bewaffnet werden können.“ Jemanden zum Dorfschützer zu

ernennen heißt allerdings in der Praxis, ausgesuchte Männer des Dorfes mit einer Waffe und gesetzlicher Unangreifbarkeit zu versehen. Im Klartext: Bestimmte Männer bekommen eine Waffe und werden für ihre Morde nicht bestraft. Wer diese Männer sind, bestimmt die Kreiskommandatur in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Aga (Großgrundbesitzer) des Dorfes. So wurde in einem Dorf der Provinz Siirt ein Mann zum Schützer ernannt, der wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft gesucht wurde. Er erfreute sich jedoch der Protektion eines Aga und erfüllt heute eine zweifache Funktion: Für die türkische Regierung hält er aufmüpfige Dorfbewohner im Zaum, für „seinen“ Aga trägt er dessen Privatfehden aus. Seit Ernennung der Dorfschützer sind schon sechs fortschrittliche Bürgermeister kurdischer Dörfer „zurückgetreten“ worden. Diese Methode, die Bevölkerung des Ostens der türkischen Republik auf sich selbst zu hetzen, findet ihre Fortsetzung in der Ausschreibung hoher Prämien für die Mitarbeit bei der „Terroristenfahndung“ und in der Verteilung von Propagandaflugblättern.

Hinzu kommt, daß in den östlichen Provinzen der Parteipolitik oder auch dem, was für die restliche Türkei mit „Scheindemokratie“ zu bezeichnen ist, nicht der geringste Raum gegeben wird. Schon Mitglieder der offiziellen Oppositionspartei *SHP* werden bedroht oder, z.B. während des Wahlkampfes, ganz einfach festgenommen. Das geht sogar so weit, daß Überfälle inszeniert werden, um sie dann bestimmten Politikern in die Schuhe zu schieben und so die sozialdemokratischen Parteibüros schließen lassen zu können. Auch die Behörden sind keine Anlaufstellen für die Bürger sondern reine Institutionen des Drucks und der Kontrolle. Gesuche und Anfragen der Dorfbevölkerung landen im Papierkorb der Kreisverwaltung. Der Siirter Bürger Abdullah Yardim schrieb einmal einen Brief an Kenan Evren, in dem er einen Mann aus seinem Dorf als Mörder bezichtigte. Der Brief erhielt nie eine Antwort und der beschuldigte Mann ist heute Dorfschützer.

Es gibt also keinen Raum für Politik im türkischen Teil Kurdistans. (...) Keine genauen Nachrichten gibt es z.B. auch über die Verluste des Heeres bei der Frühjahrsoffensive der Guerilla im März dieses Jahres. Um so mehr häuften sich die Nachrichten über die Frühjahrs-offensive des Heeres, das mittlerweile, was die Guerillabekämpfung angeht, eines der bestgerüstetsten Heere sein dürfte. Darf man den Meldungen der Tageszeitungen glauben, so werden bei der Suche nach den Stützpunkten der Guerilla (wahrscheinlich aus den USA)

importierte Detektoren verwendet. Eine neu eingerichtete Schnelle Einsatztruppe aus Elazig leitet die Einsätze.

Der Trumpf der türkischen Regierung sind allerdings die anfangs erwähnten, „löwenstarken“ Sondereinsatzkommandos. Zur Zeit werden diese Einheiten mit dem Namen „Schwarze Käfer“ in der Nähe von Ankara ausgebildet. Etwa 600 Mann werden mit den M16 und A2 Maschinengewehren versehen, die sowohl Patronen als auch Handbomben verschießen und von der Presse stolz – und vielleicht gar nicht unzutreffend – als „Rambo-Waffen“ bezeichnet werden. Die Ausbilder dieser Einheiten, so die Tageszeitung GÜNES, waren zur Vervollständigung ihrer Fähigkeiten in Amerika – und der BRD, wo sie zusammen mit den „Spezialisten der GSG 9 ausgebildet wurden.“ Ein großer Teil der „Käfer“ kommt aus dem Osten und beherrscht kurdisch. „Wir lernen alles“, erklärt einer der Soldaten, „was zur Kunst gnadenlosen Tötens gehört!“

Dem steht, nachdem sich die Türkei zumindest vom Irak offiziell die Erlaubnis zum Grenzübertritt eingeholt hat, nichts mehr im Weg. Nach allgemeinen Vermutungen werden die Sondereinsatzkommandos wohl in diesen Tagen an ihre Einsatzorte geschickt, wo sie – diese Vermutung liegt nahe – auch von den Verfechtern der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus interessiert beobachtet werden. Können doch hier die deutschen und amerikanischen Terrorspezialisten die Wirksamkeit ihrer Methoden in der Praxis überprüfen. (...)

Was für Schlußfolgerungen ergeben sich aus dieser Ansammlung von Details?

Die türkische Regierung führt eine Großoffensive in allen Bereichen, die kurdische Bevölkerung ist von den verschiedensten Seiten einem ungeheuren Druck ausgesetzt, die PKK ist – daran ist nicht zu rütteln – die Kraft, die den bewaffneten Angriff auf das türkische Militär fortsetzt, wird aber von vielen Seiten kritisiert, da sie keine sorgfältige Einschätzung der Situation vornimmt und die momentane Hilflosigkeit des Volkes nicht in ihre Rechnung einbezieht. Die großen westlichen Brüder der Türkei unterstützen die Aktionen des Heeres auf den verschiedensten Ebenen. Wohin führt das alles?

Kurdistan ist die Region in der türkischen Republik, in der die großangelegte Gleichschaltung der Bevölkerung seit 1980 nicht greifen konnte. Auf den ersten Blick mag die Situation anders erscheinen. Der größte Teil der Bevölkerung ist nicht aufständisch, viele sagen sogar: „Gut, wir sind türkische Bürger, dann soll uns die türkische

Regierung aber auch helfen.“ Das beste Beispiel für eine solche Haltung ist eine alte Frau, die ihrem Sohn, der überzeugt für die kurdische Unabhängigkeit eintritt, sagt: „Was sollen wir machen, mein Sohn, wir sind jetzt eben Türken.“ Das Beispiel ist deshalb typisch, weil diese alte Frau diesen Satz auf kurdisch sagt, sie kann kein türkisch. Ihre Traditionen und ihre Lebensweise sind in der Landbevölkerung so fest verankert, daß sie eine Art natürliche Opposition gegen die türkische Regierung, die ihnen all dieses verbieten will, darstellen. Die Bevölkerung ist zwar mit Druck zum Schweigen gebracht worden, aber es ist, trotz allem, ein gespanntes Schweigen, das jederzeit wieder in Unruhen ausbrechen kann. Bis jetzt war Kurdistan eine arme, unterentwickelte Region, in der dieser Ausbruch nackter Gewalt verhindert werden konnte. Dazu kam, daß die – äußerst dünne – kurdische feudale Oberschicht sich mit dem türkischen Staat verbündet hatte und das Volk in beider Interesse unterdrückte. (...)

Weiterhin hat es in Kurdistan in den letzten Jahren einen Bauboom auf militärischem Gebiet gegeben. In den Protokollen der Kongreßdebatten 1979 – 80 über „military constructions“ wird immer wieder die strategische Wichtigkeit Kurdistans betont. Vier Militärflughäfen sind, wie bekannt ist, bereits aus- oder neugebaut, und alles spricht dafür, daß es dabei nicht bleiben wird. Nach der Unterzeichnung des türkischen *Host Nation Support Programmes* ist auch in Kurdistan, wie zuvor schon z.B. in Italien, ein enormer Ausbau von Straßen und anderen Infrastrukturen zu erwarten (z.B. Verbindungen der US-Basen am Mittelmeer und den Flughäfen in Kurdistan).

In Kurdistan steht also eine Modernisierung in allen Bereichen an. Das völlig vernachlässigte „Armenhaus der Türkei“, in dem es immer noch Dörfer ohne Strom und Straßen gibt, wird so weltvergessen nicht mehr lange bleiben können. Dann ist es auch nicht mehr möglich, das kurdische Volk einfach in der „Barbarei“ zu vergessen und mit Soldateneinsätzen zum Schweigen zu bringen. Mit einem Wort, die gesamte Region wird sensibler gegen Angriffe. Das legt den Gedanken nahe, daß die Lösung des Kurdenproblems diesmal endgültiger sein muß, als bei der bisherigen Aufstandsbekämpfung.“ (Auszüge, E., in AK 30. Juni 1986)

## Irakisch-Kurdistan Widerstand und interner Streit

Nach Artikel 64 des Vertrages von Sèvres (1920) sollte das südliche Kurdistan, das wir heute als Irakisch-Kurdistan bezeichnen und das ungefähr dem früheren osmanischen *vilayet* Mosul entspricht, Teil des kurdischen Staates werden, der in Artikel 62 und 63 dieses Vertrages vorgesehen war (vgl. pogrom Taschenbuch 105/106, Kurdistan und die Kurden, Band I). Nach Angaben des Völkerbundes waren sieben von acht Einwohnern dieses Gebietes Kurden. Dennoch wurde es 1925 entsprechend den Wünschen der britischen Mandatsherren dem „arabischen Königreich Irak“ zugeschlagen. Die Kurden erhielten lediglich einige internationale Garantien, die eine Art von innerer Autonomie („self-government“) insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Justiz und Sprache vorsahen. Juristisch gesehen besaß Irakisch-Kurdistan damit als einziger Teil Kurdistans einen gesetzlichen Landanspruch: ein Zugeständnis Großbritanniens für das nicht eingelöste Unabhängigkeitsversprechen – oder auch der Preis, den London zu zahlen bereit war, um das Erdöl Kirkuks ausbeuten zu können. Die Garantien für Kurdistan waren in Bagdad aber schon bald vergessen, und die Kurden des Irak müssen bis heute um eine wirkliche Autonomie kämpfen.

Die kurdische Revolution unter General Mustafa Barzani (1961 bis 1975), dem Präsidenten der *Demokratischen Partei Kurdistans (PDK-Irak)*, war die bislang wichtigste und längste der neueren kurdischen Geschichte. Ihr Ende kam plötzlich und unerwartet; doch hat sie wesentlichen Anteil am Wiederaufleben der kurdischen Frage in allen angrenzenden Teilen Kurdistans.

3,9 Millionen der 14,5 Millionen Einwohner des Irak (1983) sind Kurden, also 27 Prozent. Etwa 900.000 von ihnen leben im arabischen Teil des Irak oder im Ausland. Wieviele der seit 1975 oder – sogar schon seit 1972 – in den arabischen Irak zwangsumgesiedelten Kurden wieder nach Kurdistan zurückkehren konnten, läßt sich nicht genau feststellen.

## Die Opposition gegen das Baathregime im Irak: Ursachen

Mit dem Abkommen von Algier (6. März 1975) brach der kurdische Widerstand zusammen. Im Mai 1976 wurde der Partisanenkrieg im irakischen Kurdistan jedoch wiederaufgenommen. Verglichen mit der vorangegangenen Phase des Widerstandes hörte man im Ausland überraschend wenig davon. Nur anlässlich der Reise eines Journalisten oder der Geiselnahme von Ausländern, die für das Regime in Bagdad arbeiteten, wurde gelegentlich über Irakisch-Kurdistan berichtet.

Zur Zeit gibt es im Irak sechs kurdische Parteien (die Reihenfolge ihrer Aufzählung entspricht nicht unbedingt ihrer Wichtigkeit):

1.) *Patriotische Union Kurdistans (PUK) – Yekitî Nîstîmanî Kurdistan (YNK)*; ihr Generalsekretär ist der Jurist Jalal Talabani;

2.) *Demokratische Partei Kurdistans-Irak (PDK-Irak) – Partî Dêmo-kratî Kurdistan-Irak*; ihr Präsident ist Mas'ud Barzani – ein Sohn General Barzanis –, Generalsekretär ist Ali Abdullah, Ingenieur;

3.) *Sozialistische Partei Kurdistans (PSK-Irak) – Partî Sosyaliştî Kurdistan-Irak*; ihr Generalsekretär ist das frühere PUK-Mitglied Resul Mamend;

4.) *Kurdische Sozialistische Partei (PASOK) – Partî Sosyaliştî Kurd (nicht zu verwechseln mit der PSK)*;

5.) *Demokratische Volkspartei Kurdistans – Partî Gelî Dêmo-kratî Kurdistan (PGDK)*; Generalsekretär ist der Ingenieur Mohamed Mahmud Abdul Rahman, auch unter dem Kriegsnamen Sami (Rahmani) bekannt. Nach dem Abkommen vom 11. März 1970 war er Minister „für Angelegenheiten des Nordens“ im Bagdader Kabinett;

6.) *Demokratische Union Kurdistans (DUK)*; Generalsekretär ist der Fernmeldetechniker Ali Sinjari.

*Sozialistische Partei (PSK) und Demokratische Volkspartei (PGDK)* wurden erst nach 1978 gegründet. Alle obengenannten Parteiführer haben zur Zeit der Präsidentschaft General Barzanis einmal der Lei-



Die Familie des Partisanen hat Zuflucht in einer Höhle gefunden.  
(Foto: KSSE)

tung der *Demokratischen Partei Kurdistans* angehört.

Den vorgenannten Gruppierungen muß eine siebente hinzugefügt werden:

7.) *Irakische Kommunistische Partei (IKP) — al-Hizb al-Shiû'î al-Iraqî*; eine ethnisch gemischte Gruppierung, die im ganzen Irak arbeitet und eine *Sektion Kurdistan* hat; ihr Generalsekretär ist Aziz Mohamed, ein Kurde.

Der bewaffnete Widerstand gegen das Regime in Bagdad ist im wesentlichen auf Kurdistan beschränkt geblieben. Nur in einigen Sumpfgebieten des arabischen Irak gab es, meist von seiten der Kommunistischen Partei, Versuche, Widerstand zu leisten, die aber nicht sehr langlebig waren. Ab 1979 verübten meist schiitische Gruppen gelegentlich Sabotageakte im Süden des Landes.

Die politische Opposition gegen das Regime in Bagdad, die in Kurdistan zusammen mit dem bewaffneten Widerstand begann, war auch im arabischen Irak und bei den ethnischen und religiösen Minderheiten (Turkmenen und Assyrer) durch diesen angefacht worden. Seit der Wende, die der iranisch-irakische Krieg seit 1982 genommen hat, versuchte das Regime jedoch, sich mit großem Werbeaufwand im arabischen Teil des Landes wieder politisch glaubwürdig zu machen.

Kurdistan bleibt das Zentrum sowohl des bewaffneten Widerstandes wie der politischen Opposition. Im Schutz seines schwer zugänglichen Buschwaldes und seiner befreiten Zonen treffen sich regelmäßig alle Richtungen der irakischen Opposition, Araber und Kurden, repräsentiert jeweils durch ihre Führungsgremien und hochrangige Delegationen. Darunter befindet sich auch die regionale, irakische – aber prosyrische – Führung der *Baathpartei*. Einige dieser Gruppen haben ihr Hauptquartier in Kurdistan, so zum Beispiel die *Irakische Nationale (Patriotische) Sammlung (al-Tajamu al-qawmi (al-watani) al-iraqi)*, das Koordinationskomitee der verschiedenen Oppositionsbewegungen (von Zeit zu Zeit wird dieses Hauptquartier auch nach Damaskus oder *Lybien* verlegt, wo das Komitee ständige Vertreter unterhält). Nur die schiitische Opposition, die hauptsächlich durch die zu Khomeini neigende Bewegung *al-Da'wa (al-Hizb al-Da'wa al-Islamiyah)* repräsentiert wird, ist in Kurdistan nicht vertreten, da die demokratischen und sozialistischen Ziele und der laizistische Charakter der anderen, in Kurdistan militärisch oder nur politisch vertretenen Parteien im Gegensatz zum theokratischen Fundamentalismus der Republik Khomeinis und des Bekenntnisses von *Da'wa* stehen.

Von 1976 bis 1979 stand die Bevölkerung Irakisch-Kurdistans faktisch allein in ihrem Widerstand – ohne ausländische Unterstützung, ohne Verbündete im Irak selbst –, um den schrecklichen Schlägen, die ihr das Regime versetzte, ein Ende zu bereiten. Man muß also die direkten Ursachen, die das kurdische Volk in seiner unmittelbaren Existenz berühren und die Wurzeln seines Widerstands bilden, von den mehr allgemeinen unterscheiden, die zur Isolierung des *Baath*-Regimes innerhalb der irakisch-arabischen Bevölkerung und auf gesamtarabischer Ebene führten. Hierzu gehören der Wechsel der *IKP* und der *Arabischen Sozialistischen Bewegung* zur Opposition, die Unzufriedenheit der Schiiten im Süden, die in eine Revolte umschlug, der Zorn des syrischen Präsidenten Assad und die Enttäuschung von Oberst Ghaddafi – vom Grimm des Imam Khomeini ganz zu schweigen.

Die *IKP* hatte der *Progressiven Nationalen Front (PNF)*, die unter der offiziellen Vorherrschaft der *Baath-Partei* am 17. Juli 1973 gegründet worden war, nur unter besonderen Bedingungen und widerwillig angehört: Die *PNF* war nur eine „pluralistische“ Fassade „unter der Führung der *Baath-Partei*“. Der *Kommandorat der Revolution (RCC)*, eine kleine geschlossene Gruppe, die sich ausschließlich





*Peshmerga-Einheit in Irakisch-Kurdistan (Foto: Gérard Klijn)*

aus Führern der *Baath-Partei* zusammensetzte – die meisten von ihnen stammten aus demselben Ort, nämlich Tikrit –, hatte die legislative und exekutive Macht. Sogar die Justiz hatte ihre Unabhängigkeit verloren. Die *IKP* hatte nicht einmal das Recht, ihr Organ „Tariq al-sha’ab“ (Weg des Volkes) herauszugeben. Ein vom *RCC* verkündetes „Dekret“ der *Baath-Partei* verbot jeder Partei außer ihr selbst – der „führenden Partei“ – unter Androhung der Todesstrafe, innerhalb der Streitkräfte politische Aktivitäten zu entwickeln. Im Mai 1978 wurden acht Mitglieder der *IKP* der Zellenbildung innerhalb der Armee angeklagt und durch Erschießung hingerichtet. Hunderte wurden festgenommen und in den Gefängnissen gefoltert. Am 13. Mai 1979 beschlagnahmte die Polizei die Druckpressen und das übrige Eigentum der Partei. Im August 1979 ging die *IKP*, nachdem sie ihren Rücktritt aus der *PNF* erklärt hatte, in den Untergrund. Schon seit Anfang 1979 war eine große Zahl Kommunisten, darunter die Führung der Partei, zum Widerstand in Kurdistan gestoßen. Dort wurde ihnen vor allem von der *PUK* Jalal Talabanis Gastfreundschaft gewährt.

Schon Anfang 1979 spielte General Mohamed Hassan Al Bakr, Präsident der Republik und des *RCC*, wegen seines schlechten Gesundheitszustandes mit dem Gedanken, zurückzutreten und seinem „gei-



„Al-Qadisiya al-Asqari“, die ideologische Zeitschrift der irakischen Streitkräfte, zitiert am 24. Oktober 1985 Präsident Saddam Hussein. Er habe Hitler zitiert:

„Der Führer, der Territorium verliert aber nicht das Volk, kann sich erheben und siegreich sein. Doch der Führer, der Territorium gewinnt und nicht das Volk, kann unter keinen Umständen siegreich sein.“  
(Das vermeintliche Hitlerzitat ist aus dem Arabischen übersetzt, der R. konnte das Original nicht finden.)

stigen Sohn“, Saddam Hussein, die Macht zu übertragen. Saddam Hussein stammt wie Bakr aus Tikrit und war damals nur Vizepräsident, jedoch auf die Präsidentschaft eifrig erpicht. Bakr wollte als „krönenden Abschluß“ seiner Herrschaft eine spektakuläre Versöhnung mit Syrien, der feindlichen *Baath*-Schwester, erreichen. Im Juni 1979 empfing Präsident Bakr, für die Öffentlichkeit unerwartet, seinen syrischen Kollegen General Assad zu einem offiziellen Besuch in Bagdad. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 19. Juni kündig-

ten die beiden Generale den baldigen Zusammenschluß der beiden Staaten, Armeen und Parteien an. Bakr hatte sein Werk also noch nicht ganz vollendet. Wurde er von seinem „geistigen Sohn“ gezwungen, als er am 16. Juli 1979 dennoch seine Demission und die Designierung Saddam Husseins als seinen Nachfolger ankündigte? Tatsache ist, daß General Bakr am folgenden Tag, dem 17. Juli, bei der Feier des 11. Jahrestages der „Glorreichen Revolution“ (also der Machtübernahme der Tikrit-Gruppe) durch Abwesenheit glänzte. Den Vorsitz führte Saddam Hussein in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik, Präsident des *RCC*, Premierminister und Oberkommandierender der Streitkräfte. Obwohl – oder vielleicht gerade weil – Saddam Hussein Zivilist ist und der Ex-Präsident als Berufssoldat den Rang eines Generals erreicht hatte, ernannte sich der neue Präsident zum Marschall. Diese Machtübernahme kam einem geistigen Vatermord nahe.

Am 28. Juli 1979 ließ Präsident Saddam Hussein unter dem Vorwand, ein pro-syrisches „Komplott“ innerhalb der irakischen *Baath*-Partei aufgedeckt zu haben, 21 führende Mitglieder seiner eigenen Partei festnehmen: den gesamten sogenannten „gemäßigten“ Flügel, Parteigänger des Ex-Präsidenten und Befürworter der Wiederannäherung an Syrien. Am 7. August wurden sieben von ihnen hingerichtet, darunter Vizepremier Adnan Hussein und Abdel Khaliq Sammarrai, einer der historischen Führer der Partei. Tariq Aziz, Saddam Hussein treu ergeben, wurde zum Vizepremier ernannt; ein Schwager (Adnan Khairallah) und ein Bruder des neuen Präsidenten (Barzan Takriti) wurden Verteidigungsminister beziehungsweise Chef des Staatssicherheitsdienstes. Seitdem wird um Saddam Hussein systematisch ein Personenkult aufgebaut. In Presse, Radio, Fernsehen und Kinosälen werden Loblieder auf den „Kämpfer“, „unseren vielgeliebten Präsidenten“, gesungen<sup>1</sup>. Die Diktatur der Tikrit-Gruppe ist in die Diktatur Saddams übergegangen, was nicht heißt, daß die Tikrit-Gruppe in der Umgebung des Präsidenten nicht noch immer sehr stark vertreten wäre.

Damit der Name „Takriti“ nicht von zu vielen Ministern, Generalen und Diplomaten getragen wurde, verbot man kurzerhand den Irakern, Familiennamen zu benutzen, die sich von Ortsnamen, geographischen Bezeichnungen, Sippen oder Stämmen ableiteten. Da aber nur wenige Iraker ihre Familiennamen nicht von solchen Quellen herleiteten, benutzen sie seitdem Namen, die sich auf eine Reihe alltäglicher Vornamen beziehen und einander ähneln. Diese Vornamen sind

alle islamisch, also arabischen Ursprungs, und es ist aus ihnen nicht ersichtlich, ob ihr Träger arabischer, kurdischer, turkmenischer oder assyrischer Abstammung ist. Der Vorteil dieser Maßnahme liegt für das Regime in der Aussicht, daß die verschiedenen ethnischen Gruppen über kurz oder lang arabisiert werden. Mustafa Kemal war auf umgekehrtem Weg zum gleichen Ergebnis gelangt: er hatte alle islamischen Namen verboten, und allen Bürgern, ob Türken, Kurden oder Angehörige anderer Nationalitäten, neue, türkische Namen aufgezwungen. Sie leiteten sich von Wörtern ab, in denen sehr oft die Qualitäten der türkischen Rasse, wenn nicht sogar der Name des Landes selbst vorkamen.

Das imaginäre Komplott vom 28. Juli 1979, die Hinrichtungen und die kaum verschleierte öffentlichen Anschuldigungen gegen Syrien wurden von Präsident Assad schlecht aufgenommen. So machte sich also nach der *Irakischen Kommunistischen Partei* auch derjenige Teil der Führung der irakischen *Baath*-Partei, der als links oder pro-syrisch galt, auf den Weg in den kurdischen Untergrund. Bald folgte ihm die Führung der *Arabischen Sozialistischen Bewegung*. Dank der Vermittlung ihrer arabisch-irakischen Freunde konnten die Untergrundkämpfer in Kurdistan Unterstützung aus Syrien erhalten. Diese gelangte via Teheran oder — heimlich — durch Türkisch-Kurdistan in den kurdischen Teil des Irak.

Sowohl die kurdische wie auch die arabische Opposition schätzten das Regime als faschistisch ein und kritisierten das Fehlen jeglicher Form von Demokratie, insbesondere das Nichtvorhandensein eines gewählten Parlaments. Diese Kritik wurde von Zeit zu Zeit auch in der westlichen Presse laut. Daraufhin verabschiedete der RCC 1979 ein *Gesetz über die Nationalversammlung*, das die Wahl eines *Madjilis watani*, also eines irakischen Parlaments, betraf, und ein *Gesetz über die gesetzgebende Versammlung für die Wahl eines Parlaments in der Autonomen Region Kurdistan*. Vorher waren dessen ungefähr 80 Mitglieder direkt vom RCC der *Baath*-Partei bestimmt worden.

Die „Gesetze“ sind fast identisch und legen vor allem gleiche Bedingungen für das passive Wahlrecht fest. Diese Organe sollten nach dem Korporativ-System — das in Italien unter dem Faschismus praktiziert wurde — „gewählt“ werden. Jede Berufsvereinigung, jede Gewerkschaft — jede einzelne von ihnen von der *Baath*-Partei beherrscht — sollte Kandidaten aufstellen, die dann auf einer einzigen Liste pro Departement von einem Kontrollkomitee dieses Departements, das aus Repräsentanten des Regimes bestand, geprüft, bestätigt oder

abgelehnt werden sollten. Die übriggebliebenen Kandidaten sollten dann einen Treue-Eid auf die *Baathistische Revolution* ablegen, ehe sie am „Wahlkampf“ teilnehmen konnten. In dem Artikel: „Die Maskerade des Wahlspiels entlarvt“ schrieb die linke Untergrund-Zeitschrift „Al Assas“ (Die Basis) zu diesem Thema:

„Ein Abgeordneter der *Gesetzgebenden Versammlung* (für die „Autonome Region Kurdistan“, d.Ü.) muß, auch wenn er Kurde ist, den gleichen Eid ablegen wie ein Mitglied der Nationalversammlung, sich also auf die Ziele der *Baath-Partei* verpflichten. Das heißt in der Praxis, daß ein kurdischer Abgeordneter aufgrund der herrschenden Gesetze nur der *Baath-Partei* angehören darf.“<sup>2</sup>

Damit nicht genug: Der *RCC* der *Baath-Partei* blieb das oberste legislative und exekutive Organ des Staates und hat zudem ein Vetorecht gegen alle Entscheidungen der Nationalversammlung. Außerdem ist der Präsident des *RCC* faktisch Präsident der Republik und Premierminister. In seiner Ausgabe von Mitte Januar 1980 schreibt dazu „Tariq al sha'b“, das Organ der *IKP*:

„Laut Gesetz verbleibt die oberste Autorität im Staat beim *RCC*, der weder selbst gewählt noch irgendeinem vom Volk gewählten Organ verantwortlich ist! Abgesehen davon ratifiziert der *RCC* die Entscheidungen der Nationalversammlung und kann diese nach Gutdünken auflösen (...). Jedwede Form von Demokratie würde als erstes die Abschaffung dieses nichtgewählten Rates erfordern, dessen Zusammensetzung von dem Willen einer Handvoll Leute, wenn nicht sogar von einem Einzelnen abhängig ist, und der die schlimmste Diktatur verkörpert, die der Irak in neuerer Zeit gekannt hat.“

Am 20. Juni 1980 fanden die „Wahlen“ für die beiden Gremien statt. Ein Sprecher der *Baath-Partei* erklärte bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Korrespondenten einer westeuropäischen Zeitung: „Wir streben keine Demokratie nach westlichem Muster an (...). Im Irak gibt es keinen Platz für eine parlamentarische Opposition, und es wird ihn auch niemals geben. Wer sich der Linie der *Baath-Partei* entgegenstellt, wird unbarmherzig beseitigt werden.“<sup>3</sup>

Oberst Aziz Akrawi, Staatsminister und Präsident einer zur Karikatur gewordenen, dissidenten *Demokratischen Partei Kurdistans*, die Mitglied der *Progressiven Nationalen Front* war, floh kurz nach den Wahlen aus Bagdad. Am 26. August 1980 veröffentlichte er in Damaskus eine lange Anklageschrift, in der er vor allem „die Eitelkeit und den außergewöhnlichen Macchiavellismus“ Saddam Husseins anprangerte, „den hemmungslosen Ausrottungskrieg, den er gegen

## German deal helps Iraq

The German-Iraqi economic commission has agreed to postpone the payment of DM280mn (\$106.8mn) in Iraqi debts to West German companies due on 1 October.

At a recent meeting in Baghdad headed by West German economy minister Martin Bangemann and Iraq's industry minister Subhi Yasin, the commission decided that payment will be made in three instalments.

This year, DM50mn will be paid in the form of oil, with another DM115mn in oil supplies payable in 1986. The balance of DM115mn will be paid in cash in 1987.

The German side was keen to stress that the Bonn government will not be involved directly in the oil deal. "We will

merely try to locate buyers in Germany for Iraqi oil supplies," said a German delegate.

According to one senior German official, the commission had done no more than create a "framework of goodwill". It will be up to the Iraqis and the German companies concerned to thrash out the price and other conditions of the oil supplies.

There are some worries on the German side that the relatively high level of sulphur in Iraqi oil could lead to marketing difficulties. "It is all a question of price," commented a German delegate.

This is not the first time that Germany has rejigged Iraq's debts. In 1983 the major part of debts maturing in 1983 and 1984 for projects underwritten by the German export credit agency Hermes was extended by two years, payable in four instalments.

Japan and Yugoslavia have agreed to a postponement of Iraqi payments due in the spring, and France has agreed to take 80,000 barrels a day (b/d) of oil in settlement of its debts.

The saga of Iraqi payments to West German companies is by no means over. Next year two more instalments dating from 1983 and 1984 will mature: the amount involved is at least DM1bn. Germany expects another Iraqi request for refinancing.

Iraq is optimistic that its foreign exchange problems will have eased by next year. Following the start of experimental pumping through the new export pipeline across Saudi Arabia to Yanbu, the first cargo of Iraqi oil was loaded at Yanbu at the end of September.

The new pipeline has a capacity of 500,000 b/d, which will be increased to 1.6mn b/d when the second phase of the project is completed.

Taking into account the 500,000 b/d second pipeline through Turkey, Iraq's pipeline capacity through Saudi Arabia and Turkey will total 3.1mn b/d by the end of 1987 or early 1988.



Bangemann: negotiations smoothed Iraq's payments problems

*Deutsches Engegenkommen hilft Irak. Artikel aus „The Middle East“, Nov. 1985)*

das kurdische Volk begonnen hat“ und „die Ermordung unserer schiitischen Brüder“. Er klagte auch Saddam Husseins Wirtschaftspolitik an, die für den Irak und seine arbeitende Bevölkerung verheerende Auswirkungen habe, und „seinen Verrat an der arabischen und palästinensischen Sache“.

Die schiitischen Araber im Süden des Irak machen knapp 60 Prozent der Gesamtbevölkerung der Republik aus. Sie fühlen sich von der Hauptstadt, wo die Macht immer in den Händen sunnitischer Araber gelegen hat, unterdrückt und ausgebeutet. Sie sind es, die den größten Teil der Soldaten, das Kanonenfutter, stellen. Seit es im Iran eine islamische Regierung gibt, sind die irakischen Schiiten verdächtigt und schikaniert worden. Ayatollah Sayyid Mohamed Baqr Sadr, ihr geistiger Führer und ein persönlicher Freund Ayatollah Khomeinis, wurde am 11. Juni 1979 in Najef, einer heiligen Stadt der Schiiten, unter Hausarrest gestellt. Die Demonstrationen seiner Anhänger wurden von den Sicherheitskräften aufgelöst. Hunderte wurden festgenommen. Im April 1980 erklärte *amnesty international* in einem in London veröffentlichten Report, daß „die Identität von 66 irakischen Schiiten, die zwischen Juli 1979 und Februar 1980 hingerichtet worden sind“, bekannt sei, und fügt hinzu: „Die wirkliche Anzahl der Hinrichtungen dürfte sehr viel höher sein“. Die Opfer seien vor allem religiöse Führer, Universitätsprofessoren und Studenten gewesen. Am 5. April 1980 verschwanden der greise Ayatollah Baqr Sadr und seine Schwester. Sie wurden später ermordet aufgefunden; die Umstände ihres Todes blieben ungeklärt. Khomeini gab die Schuld „an diesem feigen Mord dem *Baath-Regime* in Bagdad“ und rief im Iran eine dreitägige Staatstrauer aus.

Anfang April 1980 begann Bagdad, „die iranischen Ausländer“, die im Irak lebten, mit Hilfe der Armee aus dem Land zu weisen. Jeden Tag mußten 2.000 von ihnen das Land verlassen. Das Regime nutzte diese Gelegenheit, um gleichzeitig 60.000 Faili-Kurden auszuweisen. Die schiitischen Faili-Kurden stammen ursprünglich aus der Provinz Ilam, Iranisch-Kurdistan, leben aber schon seit Generationen unter den Arabern, hauptsächlich in Bagdad und entlang der Grenze östlich der Hauptstadt. Ihre wohlhabende, zweisprachige Gemeinde umfaßte 1960 allein in Bagdad mehr als 150.000 Personen. Die Faili-Kurden waren meist Getreidehändler; wegen ihrer Rechtschaffenheit in Geschäftsdingen wurden sie sehr geschätzt. Schon einmal, im September 1971, waren 40.000 Faili-Kurden ausgewiesen worden. Wie dann auch 1980 wurden sie ohne Vorwarnung in Lastwagen ver-

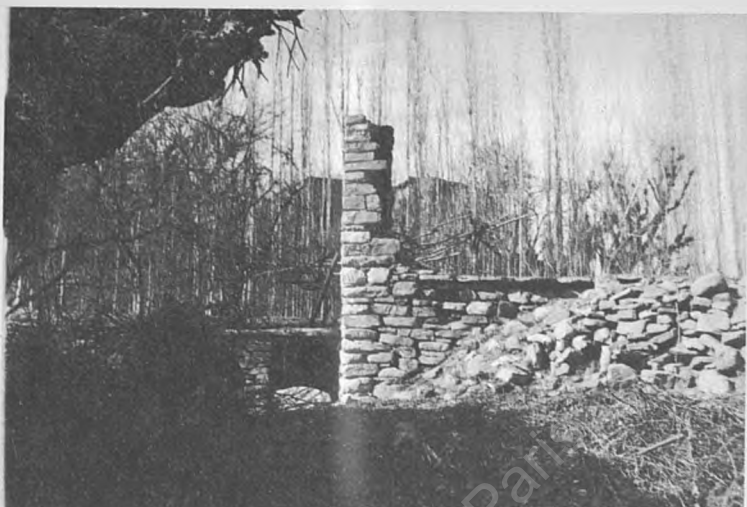
frachtet und an der iranischen Grenze ausgesetzt. Sie konnten nur das mitnehmen, was sie am Leibe trugen; ihr gesamtes Eigentum, das sie im Irak zurücklassen mußten, wurde ihnen genommen.

In einer im Fernsehen übertragenen Rede kündigte Saddam Hussein am 17. September 1980 den iranisch-irakischen Vertrag über Grenzprobleme und die Gewässer im Shatt-al-Arab auf, den er zuvor höchstpersönlich unterzeichnet hatte. Gleich darauf erklärte er einen Aggressionskrieg gegen den Iran. Seine Kriegsziele: die Regierung der Islamischen Republik stürzen und gleichzeitig die irakischen Schiiten unter Kontrolle halten; die iranische Provinz Khuzistan annekieren, in der es große Erdölvorkommen gibt, aber nur im südlichen Teil Araber leben; den Grenzverlauf auch in der Provinz Ilam „korrigieren“, – auf Kosten Iranisch-Kurdistan –, und schließlich die Rolle des „Gendarms am Golf“ übernehmen, die früher der Schah innehatte. Dadurch hoffte er, sein Regime stabilisieren und die Führungsposition in der arabischen Welt beanspruchen zu können.

Saddam Hussein hatte beachtliche Mengen Waffen – sowjetischen und westlichen Ursprungs – angesammelt und umfangreiche Verträge mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik und Großbritannien über die Lieferung hochentwickelter, neuer Waffensysteme abgeschlossen. Aber der Präsident und Stratege hatte sich verkalkuliert: Er wollte einen Blitzkrieg führen, doch die Kämpfe zogen sich in die Länge. In ihrem Verlauf wurden die irakischen Truppen in die Defensive gezwungen und mußten sich an die Grenze des Irak zurückziehen.

Für die Bevölkerung der beiden kriegführenden Staaten hat dieser Krieg wahrhaft katastrophale Folgen. Von Tag zu Tag verschlimmert sich die Bilanz: die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte, eine von Tag zu Tag drückender werdende politische Diktatur und unglaublich hohe Verluste auf beiden Seiten. Der Irak ist nicht mehr in der Lage, seine Schulden bei den westlichen Staaten zu bezahlen (unter anderem mehrere Milliarden US-Dollar für militärische Ausrüstungen aus Frankreich), obwohl Saudi-Arabien und die arabischen Emirate am Golf ihm allein bis Januar 1983 insgesamt etwa 40 Milliarden US-Dollar haben zukommen lassen und er seine Devisenreserven von 28 auf sechs Milliarden US-Dollar dezimiert hat. Die irakische Rohölproduktion ist von sechs auf 0,3 Millionen Barrel täglich gefallen, die Inflationsrate auf über 40 Prozent jährlich gestiegen, wohingegen die Löhne der Angestellten im Staatsdienst um 20 Prozent gesenkt wurden. Die meisten Entwicklungsprojekte





*Das Dorf Musaka im Badinan. Was fünf Kriege von 1961 bis 1975 nicht zerstörten, schafften der „friedliche Wiederaufbau“ und die „Restrukturierung und Modernisierung des ‚Nordens‘“ nach 1975. Zerstörung in der „Todeszone“ und außerhalb.*

*(Fotos A. Sternberg-Spohr)*



mußten unterbrochen werden – mit der bemerkenswerten Ausnahme, daß völlig unproduktive Prestigeobjekte Bagdads weitergeführt werden.

Dieser Krieg zwischen zwei Staaten ist kein Krieg des kurdischen Volkes, das sich also auch nicht daran beteiligt, sondern seinen eigenen Kampf auf beiden Seiten der Grenze weiterführt. Es ist wichtig hervorzuheben, daß das kurdische Volk schon vor der irakischen Invasion in den Iran vom September 1980 einen zweifachen revolutionären Krieg geführt hat – gegen Diktatur und nationale Unterdrückung, für Freiheit und Demokratie: Die irakischen Kurden kämpfen seit 1976 gegen das Regime in Bagdad, die iranischen Kurden seit Frühjahr 1979 gegen das Khomeini-Regime. Weder die einen noch die anderen hatten den geringsten Grund, ihre militärischen Operationen auszusetzen, nur um ihren jeweiligen Unterdrückern zu Hilfe zu kommen. Für die iranischen Kurden war die Situation allerdings zugegebenermaßen sehr schwierig: 1980/81 war der Iran, in den Augen der großen Mehrheit seiner Bürger „das Vaterland“, „in Gefahr“. Für die irakischen Kurden hingegen war der Krieg Präsident Saddam Husseins gegen den Iran ein Grund mehr, ihn zu bekämpfen. Dank der Beteiligung der *IKP* und der Unterstützung der demokratischen arabisch-irakischen Opposition, die sich in dem Maße festigte, wie die Schwierigkeiten des Präsidenten wuchsen und die Auswirkungen seines Krieges immer schlimmer wurden, hatten die Kurden größere Mittel zur Verfügung. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang der Zorn Syriens und Libyens auf das Bagdader Regime. Sowohl in Damaskus wie auch in Tripolis ist man der Meinung, daß Saddam Hussein Verrat begangen hat, als er einen islamischen Nachbarstaat angriff, der noch dazu von Anfang an seine Unterstützung für die Sache des palästinensischen Volkes erklärt hatte, anstatt Syrien bei der Verteidigung eben dieses Anliegens militärisch zu unterstützen. Zwar würde Saddam Hussein von König Hussein von Jordanien wirksame Hilfe gewährt, aber König Husseins Haltung wird in der Diplomatensprache als „gemäßigt“ bezeichnet, das heißt: für die große Mehrheit der Araber ist er ein Reaktionär. Seine Hilfe kann die Unzufriedenheit Syriens und Libyens nicht ausgleichen – zumindest nicht auf politischer Ebene. Um seinem Zorn Ausdruck zu verleihen ließ der syrische Präsident Assad die transsyrische Pipeline sperren, die das Erdöl aus Kirkuk zum Mittelmeerhafen Banias transportiert.

## Die unmittelbaren Ursachen des Widerstands in Kurdistan und seine Erfolge

Die irakischen Kurden sind in der Verfassung des Irak als Volk und Nationalität anerkannt. Der RCC hat im Gesetz vom 11. März 1974 eine „Autonome Region Kurdistan“ begründet, ein Status, den keiner der Nachbarstaaten den in seinen Grenzen lebenden Kurden zuerkannt hat, was Bagdad auch immer wieder betont. Es trifft zu, daß innerhalb dieser „Autonomen Region“ in den Schulen – neben Arabisch – auch Kurdisch Unterrichtssprache ist; auch dies wird den Kurden in anderen Ländern verweigert. Allerdings weiß man, daß diese Autonomie, für die das kurdische Volk hart gekämpft hat, einseitig nur von der *Baath-Partei* gestaltet worden ist. Das, was in Bagdad „die Region“ genannt wird, umfaßt nur ungefähr 45.000 km<sup>2</sup>. Irakisch-Kurdistan, das insgesamt etwa 75.000 km<sup>2</sup> groß ist; in den restlichen 30.000 km<sup>2</sup> werden Arabisierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Deportationen von Kurden betreffen sogar die „Region“ (es gibt Deportationen sowohl in die Region hinein als auch aus ihr heraus). Die Anzahl der Kurden kann dort für 1983 auf nur noch höchstens 2,2 Millionen geschätzt werden, wohingegen – wenn man Ausweisungen und Emigration nicht mitrechnet – die Anzahl der Kurden im gesamten Irak ungefähr 3,9 Millionen betragen dürfte. Zudem setzen sich die exekutiven und legislativen Organe der angeblich autonomen Regierung aus Personen zusammen, die völlig unter der Vormundschaft der *Baath-Partei* stehen und von deren Anweisungen abhängig sind. Sie sind weder autonom in ihren Entscheidungen, noch verfügen sie über ein Budget, das aus den Ressourcen des Landes finanziert wird und für seine Entwicklung bestimmt ist.

### Der strategische „Grenzgürtel“ (Todeszone):

Aus allen Gebieten der „Autonomen Region“, die an den Iran, an die Türkei und an Syrien angrenzen, ist die Bevölkerung in einer Tiefe von 20 Kilometern zwangsweise evakuiert worden. Im Innern dieses Gürtels, der mehr als 20.000 km<sup>2</sup> umfaßt, sind alle Spuren menschlichen Lebens zerstört worden: Mehr als 1.300 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Obstbäume gefällt und die Brunnen mit Beton versiegelt. Auf allen höher gelegenen Punkten befinden sich kleine Stützpunkte der irakischen Armee. Diese Maßnahmen sol-



*Kurdische Flüchtlingsfrau aus dem Irak im Lager Zive im Iran. Das Lager wurde kürzlich von türkischen Flugzeugen angegriffen.  
(Foto: A. Sternberg-Spohr)*

len die Peshmerga daran hindern, die Grenzen zu überschreiten oder ihnen zumindest das Überleben in diesem „Gürtel“ der Verwüstung und des Todes unmöglich machen.

#### **„Entkurdisierung“ außerhalb der „Region“:**

Die Deportation der Kurden aus Gebieten, die nicht in die sogenannte „Autonome Region“ einbezogen wurden, wird mit verschiedenen Mitteln fortgesetzt. In manchen Gegenden gibt es praktisch keine Kurden mehr. Die Maßnahmen betreffen vor allem die Gebiete, in denen es Erdölvorkommen gibt, also Kirkuk, Khanaqin und Ain-Zalah, aber auch den Sheikhan und das Sinjar-Gebirge. Die Stadt Kirkuk zählt zur Zeit 500.000 Einwohner, von denen 50 Prozent Turkmenen, 25 Prozent Kurden und 25 Prozent Araber sind; noch 1960 lebten dort, abgesehen von einigen Funktionären, keine Araber.

## Strategische Dörfer:

Ein großer Teil der kurdischen Bauern in den Bergen ist gezwungen worden, seine tausend Jahre alten Dörfer und seine Felder zu verlassen. Sie wurden gegen ihren Willen in Fertigbau-Dörfern in den Niederungen und Ebenen entlang der Hauptverkehrsstraßen angesiedelt und stehen somit unter direkter Kontrolle der *Baath-Partei* und ihrer Armee. Den entwurzelten Bauern wurde kein Land zur Verfügung gestellt; sie sind ohne Beschäftigung und der Willkür der Behörden ausgeliefert. Diese Maßnahme wird vor allem innerhalb der „Autonomen Region“ angewandt. Sie fügt der Landwirtschaft des Landes schweren Schaden zu, ganz zu schweigen von der Mißachtung der Menschenrechte und den Folgen für die Umwelt.

## Massendeportationen:

Bis 1981 sind, damaligen Angaben Jalal Talabanis zufolge, ungefähr 700.000 Kurden – Männer, Frauen und Kinder – deportiert worden. Sie lebten entweder im „strategischen Gürtel“, also in Dörfern (und sogar Städten), die innerhalb der „Autonomen Region“ liegen, oder in Bezirken außerhalb der „Autonomen Region“, in denen aber die Mehrzahl der Einwohner Kurden sind. Die Maßnahmen betrafen vor allem die Gebiete, in denen es Erdölvorkommen gibt. Von den 700.000 deportierten Kurden sind höchstens 300.000 in der „Autonomen Region“ wiederangesiedelt worden (in dieser Zahl sind die strategischen Dörfer schon mit inbegriffen). Mindestens 400.000 wurden in den arabischen Irak deportiert, in die Umgebung von Habbaniyah, an den Mittellauf des Euphrat und östlich des Unterlaufs des Tigris, wo die Landschaft wüstenähnlichen Charakter hat<sup>4</sup>. Sie leben dort in einer abgeschlossenen und überwachten Welt, in Konzentrationslagern, wo sie keinerlei Kontakt mit der Außenwelt, nicht einmal mit ihren arabischen Nachbarn haben, und wo Armut, Beschäftigungslosigkeit, Krankheit und Hoffnungslosigkeit herrschen.

Aus strategisch bedeutsamen Gebieten wie dem „Gürtel“ oder aus den kurdischen Dörfern rund um Kirkuk wurden die Kurden offen und mit Gewalt deportiert; ansonsten dienten „Arbeitslosigkeit“ und andere wirtschaftliche Gründe als Vorwand. Mir liegt das *Dekret Nr. 1391* vom 2. November 1981 vor, das *Saddam Hussein, Präsi-*

dent des RCC, unterzeichnet hat<sup>5</sup> und das im Amtsblatt der Republik veröffentlicht wurde. In diesem Dekret ordnet der Präsident an, daß die Kurden und die Arbeitslosen in der Provinz Sulaimaniya (dem Zentrum der „Autonomen Region“) nach und nach in den arabischen Süden „umgesiedelt“ werden sollten. Der erste Abschnitt umfaßte im Süden die Errichtung von „20.000 Wohneinheiten“, die Grundlage für die „Umsiedlung“ der ersten Welle dieser „Kurden und Arbeitslosen“. Im selben Dekret, das hier als Faksimile abgedruckt ist, beauftragt Saddam Hussein eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Hashim Akrawi, damals Präsident des „Exekutivrates“ der „Autonomen Regierung“, mit der Durchführung seiner Anordnung. Hier erübrigt sich jeder Kommentar. Es bleibt nur anzumerken, daß „20.000 Wohneinheiten“ 20.000 kurdische Familien bedeuten, also insgesamt etwa 140.000 Personen (wenn man von einer durchschnittlichen Familiengröße von sieben Personen ausgeht), die allein in der ersten Phase deportiert werden sollten – unter dem Deckmantel „sozialer Maßnahmen“.

Wenn es in Kurdistan Arbeitslosigkeit gibt, so ist dies nur auf eine gezielte Politik zurückzuführen. Die unglaubliche „Umwälzung“ der kurdischen Bevölkerung, Maßnahmen wie der „Grenzgürtel“, die „strategischen Dörfer“ und viele andere mußten in diesem unglücklichen Land, das früher so reich und wirtschaftlich autonom war, natürlich zu Arbeitslosigkeit führen; das nimmt man jetzt zum Vorwand für die Deportationen. Diese Situation hat auch zu einem Wachstum der städtischen Zentren in der „Autonomen Region“ geführt, die militärisch leichter zu überwachen sind. Die ländlichen Gebiete hingegen, die immer weniger kontrollierbar sind, werden benachteiligt. Die Bevölkerung von Arbil, der Hauptstadt der „Region“, ist von 160.000 (1975) auf knapp 300.000 (1983) angewachsen, die Einwohnerzahl Sulaimanias ist in derselben Zeit auf über 200.000 gestiegen.

*Offizielle Mitteilung der irakischen Regierung, unterzeichnet von Präsident Saddam Hussein (2. November 1981) und veröffentlicht in „al-waq'i al-Iraqia“ 1390*

*Sie sieht die „Umsiedlung“ „arbeitsloser“ Kurden aus der Gegend um Sulamania (dem Zentrum Irakisch-Kurdistans) in den arabischen Süden des Irak vor und legitimiert damit die Massendeportationen von Kurden aus ihrem eigenen Land, um sie durch Araber zu ersetzen.*

# الجمهورية العراقية

## قرارات مجلس قيادة الثورة

- ٧ - تمثيل المصالح العامة للثورة بالانجازات والاصحاب الثروة في الامم ومن ضمن ذلك سنة ١٩٧٢ لتسوية ديون الدولة وحل المعضلة العراقية العراقية من خلال التفاوض الطرقي التي تراعى فيها.
- ٨ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ٩ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٠ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١١ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٢ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٣ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٤ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٥ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٦ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٧ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٨ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ١٩ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.
- ٢٠ - تعديل الميزانية العامة للثورة على حسابها بما يخص الامم والاقتصاد والرفاهية والعدالة.

صدام حسين  
رئيس مجلس قيادة الثورة

- رقم ١٣٩١
- استناداً الى اعطاء الصيغة ١٠١ من المادة الثانية والاربعين من الدستور القوم.
- قررت مجلس قيادة الثورة حلقة المصداق طرح ٢٠٠١-١٩٨١ ما يلي:
- ١ - شقلي كية لخدمة الانجازات على ماء المصداق والتمتع بالثروة في المصداق الوسط والجنوبي وما عدا بغداد - ديالى - صلاح الدين - التي هي في حيا المناطق في سلطة الحكم الذاتي وعلى النمو القومي.
  - ١ - وزير النفط الحالي - ورئيساً.
  - ٢ - وزير وزارة النفط الحالي - مسؤولاً.
  - ٣ - رئيس اللجنة الخاصة للاسكان في وزارة الاسكان والعمارة - مسؤولاً.
  - ٤ - رئيس هيئة التخطيط الاقتصادي والمداق في وزارة التخطيط - مسؤولاً.
  - ٥ - تمثيل اللجنة التنفيذية لجانا فرعية ليشارة في المصداق التي سيشكلها ماء المصداق التنفيذية برئاسة المحافظين وعضوية اصحاب المصداق للانجازات على نمو التنمية واليات انمويا منس لاصحابها.
  - ٦ - يحدد كند اتمنى في المرحلة الاولى بناد ( ٢٠٠١ ) التي وعده كمشية.
  - ٧ - تمديد المصداق الحالية بقيادة لينا. ارمه صداق التنفيذية الفرعية التي يوجع حل وصين المصداق فيها:
  - ١ - محافظة الناصرية.
  - ٢ - محافظة القامشلي.
  - ٣ - محافظة ديالى.
  - ٤ - محافظة اربيل.
  - ٥ - صوم القبلان العربية بتدبير التوامر القومية لاصحابها من ماطها وحسب التدوير ورفعا لقتلاد القادق مع مراعاة التوسع في الامم الى صواب المصداق اداوية وحده في كل محافظة حاية الى اذرة من ذلك.
  - ٦ - صوم اصحاب العربية بتدبير مواقع البنية صاقت السدة التي ستمس على ان يكون صوم صوامع صلبة وانه في مراكز المدن والاصحية والرواسي.

١٩٨١/١١/٢      ١٠٤٨      ٢٨٥٦ العدد

Official statement of the Iraqi Government signed by President Saddam Hussein (2 Nov. 1981) published in al-waq'i al-Iraqia (# 1390).

It provides for the „resettlement“ of „unemployed“ Kurds from the Suleymania area (the heart of Kurdistan of Iraq) to Southern Arab Iraq, thus legitimating the mass deportation of Kurds from their own lands to be replaced by Arabs.

### **Ausweisung und Fahnenflucht:**

Die Zahl der Kurden, die aus dem Irak ausgewiesen wurden oder ins Exil gehen mußten, wird auf ungefähr 160.000 geschätzt (in dieser Zahl sind die kurdischen Studenten im Ausland nicht enthalten). Unter ihnen sind auch die rund 100.000 ausgewiesenen Faily-Kurden, von denen ich bereits berichtet habe (sie sind in Bagdad mittlerweile durch andere Kurden „ersetzt“ worden, die mehr oder weniger freiwillig in die Hauptstadt abgewandert sind). Inbegriffen sind auch die ungefähr 40.000 (30.000 im Iran und 10.000 in der ganzen Welt verstreut lebenden) Kurden, die im März 1975 mit Barzani den Irak verlassen mußten und nicht wieder zurückgekehrt sind. Hinzugechnet werden müssen wahrscheinlich noch zwischen 100.000 und 200.000 Kurden, die 1981/82 von der irakischen Armee desertierten oder aus den Umsiedlungslagern im Süden des Irak flüchteten. Einige von ihnen gingen nach Europa, aber die meisten kehrten nach Kurdistan zurück, wo sie sich in den befreiten Gebieten, vor allem im verbotenen „Grenzgürtel“ niedergelassen haben.

### **Arabisierung:**

Überall in Kurdistan, wo die kurdische Bevölkerung deportiert worden ist (außer im „strategischen Grenzgürtel“), hat man Araber auf ihrem Land angesiedelt, insbesondere in den Erdölgebieten um Kirkuk und Khanaqin.

### **Arabisierung durch Akkulturation:**

Unterricht in kurdischer Sprache gibt es nur innerhalb der „Autonomen Region“, aber auch dort ist er, vor allem in den weiterführenden Schulen, eingeschränkt worden. Die zweisprachige (kurdisch-arabische) Universität von Sulaimani, ein permanenter Unruheherd, ist geschlossen worden; die einzelnen Fachbereiche wurden auf verschiedene andere Universitäten verteilt. Einige wurden unter dem Namen „Saladin-Universität“ nach Arbil verlegt, das leichter zu überwachen ist, weil es in einer Ebene liegt. Der Fachbereich für kurdische Studien existiert nicht mehr, auch einige Verlagshäuser mußten schließen. Die Kurdische Akademie in Bagdad wurde 1978 geschlossen.





*Im September 1985 schloß die irakische Regierung weitere 560 Dorfschulen in den Provinzen Sulaimaniya und Arbil. Einem Geheimbericht der Volksbildungsabteilung der Provinz Sulaimaniya zufolge wurde Anfang September ein Beschluß über die Schließung von 360 Dorfschulen gefaßt. Alle ihre Lehrer und Angestellten sind in andere Gebiete versetzt worden. Nach den Anordnungen des „Sicherheitskomitees der Provinz Arbil“ (Nr. 1321, 1368, 1451 vom 18., 20. und 25.8.1985) beschloß die Volksbildungsabteilung von Arbil 200 Dorfschulen zu schließen, einige von ihnen nur zwei Kilometer von der Stadt entfernt.*

*Das Foto zeigt eine Schule in den befreiten Gebieten. Gwynne Roberts berichtete in einer ITN-Rundfunkserie am 6., 7. und 8. Januar 1986, nach einem dreimonatigen Aufenthalt mit den kurdischen Partisanen im Irak, daß bei einem Bombenangriff auf die Schule 50 Kinder getötet worden seien.*

Geschichte und Geographie Kurdistans sind gar nicht erst in die Lehrpläne aufgenommen worden; in beiden Fächern richtet sich der Unterricht nach dem arabischen Weltbild beziehungsweise dem der Baath-Partei. Die *Union Kurdischer Schriftsteller* ist aufgelöst und der *Union Irakischer Schriftsteller* angegliedert worden.

### Erzwungene „Baathisierung“:

Die „Baathisierung“, die den Kurden aufgezwungen wird, betrifft gleichzeitig Kultur (Richtlinien für den Schulunterricht), Verwaltung und Politik. Wie überall im Irak muß auch in Kurdistan ein angehender Funktionär ein „Führungszeugnis“ vorweisen, das von der *Baath-Partei* oder Stellen, die direkt von ihr abhängen, ausgestellt wird. Denn diese arabische Partei, deren Philosophie „auf Faschismus und Rassismus beruht“ – Zitat aus der Moskauer „Isvestia“ von 1963<sup>6</sup> –, ist ja bekanntlich die „führende Partei“. Ihre Büros und ihre Funktionäre, die in Kurdistan als Agenten des Regimes fungieren, werden vom Staat, also aus den Taschen der Steuerzahler, finanziert.

### Militärische Besetzung:

Die *Baath-Partei* bemüht sich, die militärische Besetzung Kurdistans aufrechtzuerhalten. In den Städten, an den meisten Hauptstraßen und an den wichtigsten Grenzübergängen ist immer noch Militär stationiert.

### Wirtschaftliche Ausbeutung:

Irakisch-Kurdistan ist, selbst wenn man das Erdöl außer acht läßt, ein reiches Land. Nach dem Bericht des Völkerbundes vom 16. Juli 1925 sollte es dem arabischen Irak angegliedert werden, um dessen wirtschaftliches Überleben zu sichern. Die Bevölkerung Kurdistans ist arbeitsam, aber sie wird ausgebeutet. Die Erzeugnisse Kurdistans, unter anderem Getreide, Tabak, Holz, Wolle und Fleisch, sind zu einem Großteil für den Konsum Bagdads bestimmt – zu Spottpreisen. Die grünen Täler des Landes – soweit sie nicht von Peshmerga gehalten werden – sind nach Meinung der *Baath-Partei* nur dafür gut, der Oberschicht der Hauptstadt als Sommerfrische zu dienen. Die allergrößte Geißel dieses Landes aber ist sein Erdöl, dessen Erlös für den Kauf derjenigen Waffen verwandt wird, die das Land anschließend zerstören.



*Geiseln statt des Vaters: Er ist Peshmerga der PDK. Der kleine Junge wurde im Gefängnis von Mosul geboren. Man hatte seine schwangere Mutter (Bildmitte) und seinen Bruder verhaftet, um den Vater zu zwingen, sich zu stellen. (Foto: A. Sternberg-Spohr)*

### **Verhaftungen, Folterungen und politische Morde:**

Nie zuvor hat im Irak ein Regime so offen und systematisch seine Bürger terrorisiert. Verwandte von Peshmerga, auch Frauen und Säuglinge, werden von den Sicherheitskräften regelmäßig als Geiseln genommen und des Landes verwiesen, was die Peshmerga dazu zwingt, ebenfalls Geiseln zu nehmen – vor allem ausländische Ingenieure, die für Bagdad arbeiten –, um damit die Freilassung ihrer Angehörigen

zu erreichen. Wer verdächtigt wird, mit den Partisanen oder der politischen Opposition zu sympathisieren, wird verhaftet und gefoltert. Den Berichten von *amnesty international* zufolge gab es 1979 mehr als 60.000 politische Gefangene kurdischer Nationalität im Irak; 360 von ihnen wurden an einem einzigen Tag hingerichtet. In einer Presseerklärung vom Februar 1983 wies Omar Sheikhmus, Mitglied des Politbüros der *Patriotischen Union Kurdistan*s, in London darauf hin, daß vom November 1976 bis zum Tag der Presseerklärung „1.400 Mitglieder der *Patriotischen Union Kurdistan*s in den Gefängnissen von Kirkuk, Mosul und Abu-Graib hingerichtet worden sind. Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß andere Gruppierungen der nationalen Opposition eine ähnlich hohe Anzahl von Hinrichtungen unter ihren Mitgliedern zu verzeichnen haben“. Nach einem Bericht von *amnesty international*, der am 19. Oktober 1983 in London veröffentlicht wurde, sind „im Irak zwischen 1978 und 1982 500 politische Gefangene ermordet“ worden, 114 weitere, namentlich bekannte, „sind seit ihrer Festnahme zwischen 1979 und 1982 spurlos verschwunden“.

Seit Anfang 1979 trifft der staatliche Terror neben den Kurden auch die Kommunisten und die gesamte arabische Opposition, insbesondere Sozialisten, Schiiten und Demokraten. Am 11. Juli 1982 schlug in der kleinen arabischen Stadt Al-Dujail ein Anschlag auf Saddam Hussein fehl, der vermutlich von einer schiitischen Gruppe ausgeführt worden war. Als Vergeltungsmaßnahme machte das Regime Al-Dujail dem Erdboden gleich, richtete unter den Einwohnern ein Massaker an und deportierte die Überlebenden<sup>7</sup>. Ebenso erging es der kurdischen Kleinstadt Sharistan, nachdem in ihrer Nähe die Regierungstruppen eine Niederlage gegen die Partisanen erlitten hatten.

Nach dem Abkommen von Algier (6. März 1975) hatte der Generalstab der irakischen Armee die Höhe seiner Verluste im „fünften kurdischen Krieg“ (also in den militärischen Operationen gegen die von Mustafa Barzani geführte Revolution 1974/75) mit nur 1.640 Toten und 7.903 Verwundeten angegeben. Diese Zahlen waren damals von kurdischer Seite angezweifelt worden. In seiner Rede vom 17. September 1980, in der er die Invasion in den Iran ankündigte, berichtete Saddam Hussein nun selbst die früheren Angaben und enthüllte, „daß die irakischen Streitkräfte im Verlauf der Kämpfe 1974/75 mehr als 60.000 Tote und Verwundete zu verzeichnen hatten“.

Ich will hier nicht wieder auf die damaligen kurdischen Verluste, vor allem unter der Zivilbevölkerung, zurückkommen; aber können die

Botschaft  
Deutschland  
Bagdad

RK 530  
Ber. Nr. 141/85

Bagdad, 18.02.85  
Dr.A/Kn/H1

An das  
Auswärtige Amt  
B o n n  
Federführung: Referat 510

Betr.: Amnestie für politische Vergehen

Bezug: Drahterlaß Nr. 30 vom 13.02.1985 - 311-500.00 IRK/SB -

2 Doppel

1 Doppel an Länderreferat 311 unmittelbar

I.

Im folgenden wird die amtliche Bekanntmachung über den Erlaß einer Amnestie durch den irakischen Revolutionsführungsrat mitsamt dem Gesetzestext in hier gefertigter Gefälligkeit-Übersetzung aus dem Arabischen angezeigt. Da die Amnestie-Regelung auch von Interesse für schwebende Asylverfahren sein könnte, wird Unterrichtung der entsprechenden deutschen Behörden anheingestellt.

II.

"Aus einer Position der Stärke und des Optimismus für Gegenwart und Zukunft:

Generalamnestie für die von der Justiz wegen staats- und revolutionsfeindlicher Aktivitäten Gesuchten.

Der Revolutionsführungsrat (RR) gab gestern einen Beschluß bekannt, nach dem alle von der Justiz gesuchten Iraker inner- und außerhalb des Landes, die staats- und revolutionsfeindliche Aktivitäten entwickelt haben, in den Genuß einer Amnestie kommen. Betroffen sind die Angehörigen aller illegalen Parteien und politischen Bewegungen.

Das Dekret umfaßt die Angehörigen der Da'wa-Partei und ähnlicher Vereine und Organisationen, die für Iran und mit ihm verbündete Systeme gearbeitet haben. Das Dekret hebt alle Strafen auf, die den von ihm Erfassten drohen, und verordnet das Ruhen gesetzlicher Maßnahmen bezüglich begangener Straftaten. Das Dekret erfaßt nicht diejenigen, die bereits vor seinem Erlaßdatum wegen der oben erwähnten Straftaten festgenommen oder inhaftiert sind.

Folgt der Text des Dekrets des RR:

Revolutionseführungsrat  
Dekret Nr. 210  
vom 11.02.1985

Im Lichte der Überwältigenden Siege des Irak über den iranischen Feind, des Fehlschlagens der Pläne und Verschwörungen, die auf Staat und Volk zielen, aus einer Position der Stärke und des Optimismus für Gegenwart und Zukunft, verschont die Führung von Partei und Revolution jeden Iraker vor der Verfolgung, auch wenn er in der Vergangenheit gefehlt hat oder vom rechten Wege abgewichen ist. Sie möchte ihm damit Gelegenheit geben, seine Loyalität zum Staat und seine Bereitschaft, ihm zu dienen, zu bekräftigen. Denn uns hat sich gezeigt, daß diejenigen, die, beeinflusst durch Betrüger und Verschwörer gegen Staat und Volk, in der Vergangenheit getäuscht worden und vom rechten Weg abgewichen sind, die Wahrheit erkannt, sich ihrer Verfehlungen gegen ihre Heimat bewußt geworden und deswegen von Reue erfüllt worden sind.

Gemäß § 42 Abs. 1 der Verfassung hat der Revolutionseführungsrat während seiner Sitzung am 11.02.1985 folgendes beschlossen:

1. Alle von der Justiz gesuchten Iraker inner- und außerhalb des Landes, die staats- und revolutionsfeindliche Aktivitäten entwickelt haben, kommen in den Genuß einer Generalamnestie. Betroffen sind die Angehörigen aller illegalen politischen Parteien und Bewegungen, einschließlich der Da'wa-Partei und ähnlicher Vereine und Organisationen, die für Iran und mit ihm verbündete Systeme gearbeitet haben.

Alle Strafen, die ihnen drohen, werden niedergeschlagen, und die gesetzlichen Maßnahmen zum Stillstand gebracht, die sich auf die von ihnen begangenen Straftaten beziehen. Nicht erfaßt sind diejenigen, die aufgrund der erwähnten Straftaten bereits vor dem Erlaßdatum dieses Dekrets festgenommen oder inhaftiert worden sind.

2. Es obliegt denjenigen, die von diesem Dekret erfaßt sind und sich innerhalb des Landes befinden, sich innerhalb 30 Tage nach Erlaß des Dekrets bei der nächstgelegenen militärischen oder zivilen Behörde zu melden. Denjenigen, die von dem Dekret erfaßt sind und sich außerhalb des Landes befinden, obliegt es, sich innerhalb 60 Tage nach Erlaß des Dekrets bei der zuständigen irakischen Botschaft zu melden. Die Botschaft ist damit betraut, ihre Rückkehr in den Irak zu gewährleisten.
3. Die in diesem Dekret verordnete Amnestie gilt nicht für diejenigen, die nach Erlaß des Dekrets eine der unter seine Bestimmungen fallenden Straftaten begehen.
4. Dieses Dekret wird im Regierungsblatt veröffentlicht. Nach ihm wird verfahren vom Datum seiner Veröffentlichung an.

Saddam Hussein  
Präsident des Revolutionsführungsrats."

### III.

Das Dekret bezieht sich nicht ausdrücklich auf Angehörige der verbotenen kommunistischen Partei Iraks, der Wortlaut läßt jedoch die Anwendung zu. Beobachter hier vertreten die Auffassung, daß das Dekret einen weiteren Versuch bildet, Angehörige der irakischen Opposition im Ausland eine Möglichkeit zur Rückkehr zu bieten, an der die Regierung ein Interesse hat.

gez. Dr. Arndt

irakischen Verluste, so schwer sie auch waren, eine Politik rechtfertigen, die auf die endgültige Vernichtung des kurdischen Volkes hinzielt? Dieses Volk ist schließlich in der Verfassung als „eine der beiden Hauptnationalitäten des Irak“ anerkannt worden: – eine Heuchelei mehr. Kann man die kurdische Frage wirklich nur mit Gewalt lösen? Gab es keine Alternative zu Rache und Unterdrückung? Was eine – zumindest teilweise – „Endlösung“ werden sollte, hat sich gegen diejenigen gekehrt, die es gewagt haben, sich solche Pläne auszu-denken.

### **Die Parteien des Widerstands – ähnlich lautende Programme, aber zerstritten**

Der kurdische Widerstand beschränkte sich zunächst auf die Defensive, ging dann aber nach und nach wieder zur Offensive über. Er konnte sich dabei auf die lebendige, sich immer wieder erneuernde Kraft eines Volkes stützen, das an seiner Identität und an seiner Würde festhielt. 1979 erhielt der Widerstand politische Verstärkung durch die Ankunft der Kommunisten und die Unterstützung einer wachsenden arabischen Opposition, die freundschaftliche Verbindungen ins Ausland hatte. Saddam Hussein hatte inzwischen die Hälfte seiner Streitkräfte als Besatzungsarmee nach Kurdistan entsandt, mußte dann aber 1981, und wiederum 1982, einige Divisionen zurückbeordern, um sie an die iranische Front zu werfen. Sie wurden durch Divisionen der sogenannten „Volksarmee“ ersetzt, die aber die Peshmerga nicht daran hindern konnten, die befreiten Zonen in Kurdistan beträchtlich zu vergrößern und praktisch ganz Kurdistan in Besitz zu nehmen mit Ausnahme der Städte, der Hauptstraßen und einiger befestigter Stützpunkte. In den Städten faßte eine im Untergrund arbeitende Stadtguerilla Fuß, die bei den Einwohnern auf breite Unterstützung zählen konnte. Die Peshmerga fielen wiederholt in Sulaimani ein und griffen die dortige Garnison an. Ihr Aktionsfeld erstreckt sich mittlerweile auf ganz Kurdistan, auch auf die Erdölgebiete und den „strategischen Gürtel“ zwischen Zakho und Khanaqin. Ab Januar 1982 hat es in allen Städten Kurdistans große Demonstrationen gegeben.

Da sie nicht für das Regime Saddam Husseins im Krieg gegen den Iran kämpfen wollten, desertierten die zum Kriegsdienst einberufenen Kurden und setzten sich zu den Partisanen oder einfach in die



befreiten Zonen ab; dies nahm so große Ausmaße an, daß Saddam Hussein sich gezwungen sah, sie von vornherein vom gesamten Dienst in der Armee freizustellen. Eine solche Entscheidung ist in einem Staat, der in einen gnadenlosen Krieg mit einem anderen Staat verwickelt ist und in dem alle Bürger theoretisch die gleichen Rechte und Pflichten haben, kaum vorstellbar. Tatsächlich entschied der Präsident zum einen, daß kurdische Deserteure nicht verfolgt werden sollten, sondern unbehelligt nach Hause beziehungsweise in ihre früheren Zivilberufe zurückkehren konnten: Dies ist die „Amnestie“ (etwa die zwanzigste seit Beginn der Kriege in Kurdistan), die vom RCC der Baath-Partei in seiner Entscheidung Nr. 1534 vom 8. Dezember 1982 erlassen wurde. Zum anderen wurden nach der Entscheidung Nr. 1555 vom 11. Dezember 1982 alle kurdischen Wehrpflichtigen, die das dreißigste Lebensjahr überschritten oder zwei Monate an der Front gekämpft hatten, definitiv vom Kriegsdienst freigestellt. Alle anderen konnten, wenn sie mindestens 25 Jahre alt waren, wählen:

- a) sie quittierten endgültig den Dienst und bezahlten dafür 500 Dinar,
- b) sie ließen sich zur Ersten Armee verlegen, die in der „Autonomen Region“ stationiert ist und im Krieg gegen den Iran nicht zum Einsatz kommt, oder
- c) sie arbeiteten bis zum Ende ihrer Dienstzeit in der zivilen Verwaltung.

In den beiden letzten Fällen wurde ihnen vom Staat eine monatliche Zulage von 20 Dinar zum normalen Sold gewährt. Ende Januar 1983, nur wenige Wochen nach diesen Neuerungen, ließ Saddam Hussein die wenigen kurdischen Soldaten und Offiziere, die noch an der iranischen Front kämpften, nach Bagdad kommen, verlieh ihnen eigenhändig die „Tapferkeitsmedaille“ und hielt vor der versammelten Presse eine lange Rede, in der er sich rühmte, daß seines Wissens die Zahl der kurdischen Deserteure, die von der Amnestie Gebrauch gemacht hätten und nach Hause zurückgekehrt seien, „allein in der Autonomen Region schon 48.000“ betrage<sup>8</sup>.

Der kurdische Widerstand, der Bagdad de facto die Kontrolle über Kurdistan entrissen hat, ist von den Parteien politisiert und strukturiert worden. Jede Partei hat ihre eigene politische Führung, ihre eigenen Partisanen-Einheiten, die nach Regionen aufgeteilt sind, ihren Generalstab, ihre Sektionen und ihre Operationsgebiete, ihr Zentralorgan und ihre Druckpressen, ihre Informationsdienste, ihre Logistik,



*Kurdische Flugabwehr machtlos. (Foto: aus Hennerbichler, „Die Kurden“)*

ihre Schulen, ihre Krankenhäuser, ihre Freunde und Feinde und oft auch ihren eigenen Rundfunksender (zumindest verfügt jede Koalition mehrerer Parteien über einen solchen)<sup>9</sup>. Jede Partei hat auch einen Ausschuß für Auslandsbeziehungen und eine Sektion in Europa, die durch Zeitschriften, Bulletins und Broschüren informieren und sich mit den Problemen der Arbeiter und Studenten in der kurdischen „Diaspora“ befassen soll. Im Land selbst stehen die Parteien in Verbindung mit der Bevölkerung; sie verbreiten ihr Gedankengut durch Gewerkschaften und Massenorganisationen, Vereinigungen kurdischer Bauern, Frauen, Studenten, Jugendlicher, Lehrer, Schriftsteller oder Künstler: politisierte, volksnahe Berufsvereinigungen mit eigenen Zeitschriften, deren Sitz in den befreiten Zonen liegt, die aber auch und gerade in den besetzten Städten im Untergrund aktiv sind.

Zum Schaden des kurdischen Volkes wurden Koalitionen zu oft geschlossen und wieder aufgekündigt. Die kurdische Widerstandsbewegung ist nachhaltig zersplittert, und Streitigkeiten werden zuweilen



*General Mustafa Barzani (Alle Fotos: A. Sternberg-Spohr)*

auch mit Waffengewalt ausgetragen. Allerdings merkt man, wenn man ihre Veröffentlichungen liest, daß alle betroffenen Parteien das selbe „progressive“ Vokabular benutzen und die gleichen Ziele verfolgen. Alle wollen das Regime Saddam Husseins stürzen und es durch die „demokratische Alternative“<sup>10</sup> ersetzen, das heißt durch eine Regierung der nationalen Einheit, in der alle politischen Strömungen, alle demokratischen Parteien, alle Nationalitäten – Araber, Kurden und natürlich auch die ethnischen und religiösen Minderheiten vertreten sind. Diese Regierung würde dem Volk den Entwurf einer neuen Verfassung zur Abstimmung vorlegen, die den Sozialismus anstrebt und sich auf die Respektierung der öffentlichen und individuellen Freiheiten sowie auf die Anerkennung „einer wirklichen Autonomie Kurdistans“, der das kurdische Volk in freier Entscheidung zustimmen soll, gründet.

Natürlich gibt es zwischen den Parteien in der Formulierung und in der Argumentation kleine Unterschiede, aber alle sind sich einig, in welcher Reihenfolge die Ziele erreicht werden sollten: Sturz der Diktatur, Wiederherstellung der Demokratie im Irak, seine Befreiung aus den Fesseln des Imperialismus, Schaffung einer wirklichen Autonomie für Kurdistan und garantierte Rechte für die ethnischen und religiösen Minderheiten, insbesondere für Turkmenen und Assyrer.

Die Streitigkeiten erklären sich nicht nur aus abgehobenen Diskussionen, sondern zum einen aus alten Fehden, die die politisch aktiven Kurden, deren Führungsebene sich nach 1975 kaum erneuert hat, spalten, und zum anderen aus den unterschiedlichen Positionen in punkto Außenpolitik und Auslandsbeziehungen.

Das Debakel vom März 1975 war groteskerweise zum Teil vorsätzlich herbeigeführt worden, denn die Führung der Bewegung – also General Barzani und das Zentralkomitee der *PDK* – hatte sich selbst dazu „entschlossen“, wenn auch unter internationalen Bedingungen, die ihr kaum eine andere Wahl ließen. Die damaligen Vorfälle sind von allen kurdischen Parteien – genau zu jenem Zeitpunkt begann die Zersplitterung – wiederholt kritisch analysiert worden. Die *PDK*, die bis 1975 praktisch allein an der Spitze der Bewegung stand, hat Selbstkritik geübt; die *PUK* stellte sich in ihrem Gründungsprogramm, das im Juni 1975 erschien, als ein breiter Zusammenschluß der revolutionären Kräfte des kurdischen Volkes dar, der eigentlich den Platz der *DPK* einnehmen müßte, aber anstelle der „barzanistischer Führung“, die sie als reaktionär, feudalistisch und tribal ansieht, eine moderne und kollegiale Führung habe. Solche Kriterien waren angesichts der

*Jalal Talabani.  
Führer der Patriotischen Front  
Kurdistans (PUK).  
(Foto: Hella Schlumberger)*



Situation nach der Niederlage unvermeidlich und, abgesehen von einigen sprachlichen Exzessen, im wesentlichen auch gerechtfertigt. Außerdem zeigen sie, daß die kurdische Nationalbewegung und der Wunsch nach Erneuerung auch unter schwierigsten Umständen fortbestanden. Trotzdem ist es der *PUK*, so groß auch der Platz ist, den sie heute in der kurdischen Nationalbewegung einnimmt, nicht gelungen, die Zersplitterung der Bewegung zu verhindern. Die *PDK* hat sich reorganisiert, und auch sie spielt, neben anderen Gruppierungen, wieder eine gewichtige Rolle.

Dieser Pluralismus ist an sich eine gute Sache, solange er die Möglichkeit für gemeinsame Aktionen offen läßt und durch kritische Auseinandersetzung der Parteien untereinander garantiert, daß sich ein Fehler wie jener im Jahr 1975 nicht wiederholen wird. Leider hat die Kritik am Vorgehen von 1975, zusammen mit allen Streitigkeiten, die noch aus den 60er Jahren stammen, zwischen *PUK* und *PDK* einerseits und zwischen *PDK* und der *PDK-I* Iranisch-Kurdistans andererseits eine Feindschaft entstehen lassen, die nur schwer abzubauen ist. Wenn die Führer der kurdischen Parteien sich gegenseitig anklagen und beleidigen, so daß man nicht mehr weiß, wem man eigentlich glauben soll, arbeiten sie, ob sie wollen oder nicht, den Unterdrückern des kurdischen Volkes in die Hände und schaden seinen lebenswichtigen Interessen, wie hoch auch immer ihre jeweiligen Verdienste oder Opfer sein mögen.

Auch die Person General Mustafa Barzani wurde von den Kritikern nicht verschont. Natürlich wäre es nicht richtig gewesen, der Nachwelt ein idealisiertes Bild des mittlerweile verstorbenen kurdischen Führers zu überliefern; das wäre zu Lasten der Kritikfähigkeit und des Lernens aus der Geschichte gegangen. Kritik ist durchaus gerechtfertigt, sofern sie konstruktiv ist und der sozialen Wirklichkeit sowie den regionalen und internationalen politischen Zusammenhängen Rechnung trägt; das ist aber nicht immer der Fall gewesen. Davon abgesehen: Keiner der heutigen politischen Führer hat das Format eines Helden und nationalen Führers, wie es Mustafa Barzani gewesen ist. Er vermochte es, alle Kräfte dieses Volkes zu einen und Unstimmigkeiten in seinem Innern – im Guten oder mit Gewalt – zum Verstummen zu bringen. Je nachdem, welche Beziehungen die einzelnen Parteien zueinander haben, kann eine solche Situation Vorteile oder Nachteile mit sich bringen. Im Augenblick ist zu befürchten, daß die Nachteile überwiegen werden. Es stellt sich außerdem die Frage, ob einige der jetzigen kurdischen Führer – im Irak und im Iran – nicht dabei sind, ähnliche Fehler erneut zu begehen, wie sie sie Mustafa Barzani und der damaligen Führung vorwerfen: Hilfe aus dem Ausland anzunehmen und dabei das Risiko einzugehen, daß sie jederzeit wieder eingestellt werden kann. Für eine Antwort auf diese Frage ist es aber noch zu früh.

Das kurdische Volk verehrt seine verstorbenen Nationalhelden fast wie Heilige. Mustafa Barzani ist einer von ihnen, der bisher letzte einer langen Reihe. Nachdem er ein halbes Jahrhundert lang für sein Volk gekämpft hatte, starb er am 2. März 1979 in der Bitterkeit des Exils. Am 5. März wurde sein Leichnam mit der Zustimmung der Islamischen Republik Iran – wie er es sich gewünscht hatte –, in kurdischer Erde in Ushnu beigesetzt, einer kleinen Stadt in Iranisch-Kurdistan, ungefähr 100 km von Barzan entfernt, seiner Heimat, die von der irakischen Armee besetzt und deren Bevölkerung deportiert worden ist. Ungefähr 10.000 bis an die Zähne bewaffnete Kurden aus verschiedenen Teilen Kurdistans erwiesen ihm die letzte Ehre<sup>11</sup>. Im Herzen des kurdischen Volkes nimmt er neben den anderen großen Märtyrern wie Şeyh Said aus Diyarbakir, Şeyh Mahmud aus Sulaimani, General Ihsan Nuri aus Ararat, Şeyh Riza aus Dersim und Qazi Mohamed aus Mahabad einen Ehrenplatz ein.

Alle diese Männer gehören schon lange der Vergangenheit an, aber die Kurden werden ihre Namen stets in Ehren halten. Und dennoch: Wenn man ihre Taten mit unseren heutigen Maßstäben messen wür-



*Hauptquartier „Tal der Parteien“ im Irak (aus: Hennerbichler)*

de, wieviele Fehler würde man entdecken! Es wäre absurd und ungerecht. Unterdrückte Völker brauchen Symbolgestalten, die ihnen Kraft zum Überleben und zum Widerstand geben. Warum sollten wir die unseren mit eigenen Händen zerstören? Soll der Hang zur Selbstzerstörung einer der beherrschenden Züge unseres Charakters bleiben? Wenn dem so wäre, so wäre der Mut, ein anderer Zug des kurdischen Charakters, nur ein Zeichen von Blindheit. Das aber wäre dann nicht ein Fehler des Volkes, sondern jener, die ihm eigentlich den Weg weisen sollten, nämlich der politischen Führer.

Wenn alle politischen Führer übereinkommen könnten, Mustafa Barzani in Frieden im Herzen der Kurden ruhen zu lassen, werden ihre Konflikte bald beigelegt sein, auch wenn sie verschiedener Meinung bleiben und sich – mit Worten, nicht mit Waffen – über wirklich wichtige und aktuelle Fragen streiten werden.

Das kurdische Volk hegt Hochachtung für die politischen Parteien, die aus seinen Reihen hervorgegangen sind, vor allem für diejenigen,

die bewaffneten Widerstand leisten. Den Partisanen aller dieser großen und kleinen Parteien zeigt es Hochachtung, ob sie nun der *PUK*, der *PDK*, der *PSK* oder der *Pasok* angehören – oder auch der *IKP*, in deren Reihen auch Araber mit beispielhaftem Mut kämpfen. Aber es mißbilligt – und das tun auch die Araber im Irak – mehr und mehr den Brudermord der Parteien des Widerstands untereinander.

Wer sich näher für die Parteien in Irakisch-Kurdistan – von denen die *Demokratische Partei* und die *Patriotische Union* nach wie vor die weitaus wichtigsten sind – interessiert, sei hier auf die sehr nützliche Arbeit von Christiane More verwiesen. Ich möchte an dieser Stelle nur einen kurzen Blick auf das Innere dieser Parteien und auf die Entwicklung ihrer Beziehungen zueinander werfen.

Die *Patriotische Union Kurdistans (PUK)*: Die meisten ihrer führenden Mitglieder haben vor ihrer Gründung am 1. Juni 1975 der *Demokratischen Partei (PDK)* angehört. – In ihr sind heute drei Hauptströmungen vereint: Die „Hauptlinie“, die von Kemal Khoshnaw, Dr. Fuad Mas'um, Dr. Kemal Fuad und vor allem Jalal Talabani vertreten wird. Talabani ist der Generalsekretär und die zentrale Figur der Vereinigung, ein Führer mit charismatischer Ausstrahlung; – die *Liga der Arbeiter Kurdistans (Komeley Randjberani Kurdistan/KRK)*, die marxistisch-leninistisch orientiert ist und schon 1970 gegründet wurde; an ihrer Spitze steht der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Nawshirwan; – die *Sozialistische Bewegung Kurdistans*, die von Ali Askari, Omar Dababa (Mustafa), Taher Ali Wali, Resul Mamend und Dr. Khaled Said gegründet wurde.

Die „Gründungserklärung der *PUK*“ vom 1. Juni 1975 entspricht in etwa dem oben erwähnten Programm; die *PUK* vertritt dieselben Ziele wie die anderen Gruppierungen des Widerstands. In der Erklärung werden die Deportationen und die Unterdrückung in Kurdistan angeklagt, auch „diese verunstaltete und kümmerliche Autonomie, die im März 1974 verkündet wurde, um den furchtbaren Vernichtungskrieg zu verschleiern, den die regierende Clique gegen das Volk von Kurdistan führt“. In der Erklärung wird auf der Notwendigkeit einer radikalen Agrarreform bestanden und auf der Industrialisierung des Irak im Hinblick auf den „Übergang zum Sozialismus“ (Punkt 5). Die *PUK* erklärt ihren „Willen, den organisierten revolutionären Volkskampf wiederaufzunehmen und mit den nationalen und fortschrittlichen arabischen Kräften im Irak zusammenzuarbeiten“ und weist innerhalb der kurdischen Bewegung „die nationalistischen, isolationistischen und rechtsgerichteten Tendenzen“ sowie „tribale und





*Kurdischer Arzt und Parteiführer: Dr. Mahmud Osman  
(Foto: Gérard Klijn)*

bürgerlich-reaktionäre Methoden“ zurück.

Die *PUK* legte ihren Generalstab, ihren Hauptstützpunkt, ihren Radiosender, ihre Kadenschule und ihre Reserve in das Tal von Nawzang in der Provinz Sulaimani. Dieser Ort an der iranischen Grenze ist unter dem Namen „Tal der Parteien“ bekannt, den er zu Recht trägt, denn die *PUK* erlaubt auch anderen Gruppierungen, sich in diesem Tal niederzulassen, allerdings in einigem Abstand von ihren eigenen Anlagen. Am anderen Ende des Tals, schon in Iranisch-Kurdistan, liegt der Stützpunkt der *PDK-Iran* Dr. Ghassemlous. Bagdad weiß zwar, wo das „Tal der Parteien“ liegt, kann es aber nie erreichen, um die dortigen Anlagen zu beschädigen, da sie von Felsen und Flugabwehr-Kanonen vor Bombardierungen geschützt werden. Nur in dem nahegelegenen Dorf Zeli sind einige Häuser durch Bombenabwürfe zerstört worden.

Auf dem Kongreß der *PUK* vom September 1977 erhielt Ali Askari, Mitglied des Polit-Büros und erfahrener Führer, das Kommando über die *Partisanen-Einheiten Kurdistans*. 1979 wurde Dr. Omar Sheikhus, der in London und Stockholm studiert hat, in das Politbüro gewählt, obwohl er aus Syrisch-Kurdistan stammt. Bis 1982 blieb er

– in Begleitung seiner schwedischen Frau – im „Tal der Parteien“ und ging dann wieder nach Europa zurück, um sich um die Auslandsbeziehungen der *PUK* zu kümmern. Dr. Kemal Fuad ist für Betreuung der Studenten und für kulturelle Angelegenheiten zuständig.

Die *PUK* war zeitweilig politisch und militärisch die vorherrschende – aber nicht die einzige – Kraft in etwa dem südlichen Drittel der aufständischen Regionen, besonders in Sulaimani, Kirkuk und einem Teil Arbils, also hauptsächlich im Soran, in dem mehr Kurden in Städten leben als im Norden, dem Badinan. Die *PUK* hat ihren eigenen Angaben zufolge etwa 8.000 Peshmerga unter Waffen (die *DPK-Iran* Dr. Ghassemious 12.000) (vgl. Karte).

Im Frühjahr 1978 entsandte die *PUK* einen starken Truppenverband in den Badinan, der bis dahin ausschließlich Operationsgebiet der *PDK* war; dies war 1977 dank der Vermittlung der arabisch-irakischen Opposition und der *DUK* Ali Sindjaris zwischen den beiden Parteien vereinbart worden. Die *PUK* rechtfertigte das Unternehmen mit der Notwendigkeit, ihre Nachschubwege zu entlasten, aber es wird doch die Tendenz der *PUK* deutlich, die Hegemonie innerhalb der kurdischen Bewegung zu erlangen. Der Bruderkrieg zwischen den beiden Parteien zog sich bis in den Sommer hin und dehnte sich bis in die Provinz Hakkari in Türkisch-Kurdistan aus. Bei dieser Gelegenheit besuchte der türkische Premierminister Ecevit die Provinz. Es war der erste Besuch eines türkischen Premierministers in dieser Provinz seit Bestehen der kemalistischen Republik. Ecevit versprach der Bevölkerung in einer Rede, die er am 18. Juni 1978 in Yüsekova hielt, „ihr die Wohltaten der Zivilisation zu bringen“<sup>12</sup>. So ein Ton ist angemessen, wenn der Kolonisator sich herabläßt, mit dem Kolonisierten zu sprechen.

Die *DPK* konnte – vielleicht durch die Hilfe ihres heimlichen Verbündeten, der *PDK-Türkei* – die Kämpfe mit der *PUK* für sich entscheiden. Die Einheiten der *PUK* wurden dezimiert, mehrere hundert Männer gefangengenommen. Die *PDK-Irak* ließ sie erst Ende 1979 nach Vermittlungen unparteiischer Kurden und der irakischen Linken frei. Viele wertvolle Männer ließen in den Kämpfen ihr Leben; darunter von der *PDK* Amin Barzani und von der *PUK* Ali Askari, der Kommandant des Truppenverbandes, und Dr. Khaled Said. Letztere gehörten zu den führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Strömung innerhalb der *PUK*.

Es ist nicht bekannt, ob das unglückliche Unternehmen zu Spannungen innerhalb der *PUK* geführt hat; Tatsache aber ist, daß einige an-

dere Führer der sozialistischen Strömung, wie Resul Mamend und Taher Ali Wali, einige Zeit später die *Patriotische Union Kurdistans* verlassen haben. Ein Teil ihrer Partisanen ging mit ihnen. Sie schlossen sich später mit der Gruppe um Dr. Mahmud Osman, einem früheren Mitglied des Politbüros der *PDK* unter Barzani, zusammen. Dr. Osman war bisher der Leiter einer „Vorbereitenden Kommission der *PDK*“ gewesen, die mit der „Provisorischen Führung“ der Partei gebrochen hatte. Die beiden Gruppen versammelten sich zu einem Kongreß und gründeten am 8. August 1979 die *Vereinigte Sozialistische Partei Kurdistans*, deren Generalsekretär Dr. Osman zu sein schien. Auch diese Partei schlug ihr Hauptquartier im „Tal der Parteien“ auf. Vom 13. bis 15. Mai 1981 hielt die *Vereinigte Partei* in den Bergen Kurdistans einen Kongreß ab, auf dem sie sich als *Sozialistische Partei Kurdistans (PSK)* neu konstituierte. Als Gründungsjahr der Partei gilt allerdings 1979. Zum Kongreß veröffentlichte die *PSK* die erste Ausgabe ihres Zentralorgans „Regay Azadi“ (auf Kurdisch), von dem es auch eine arabische Ausgabe, „Tariq al-hurriyeh“ (Weg zur Freiheit), gibt.

Am 25. Juni 1981 wurde Salih Yusefi ermordet. Erst nach seinem Tod wurde bekannt, daß er seit August 1979 Generalsekretär erst der *Vereinigten Sozialistischen Partei*, dann der *PSK* gewesen war. Er war ein integrierender Mensch, ein ehemaliger Richter und früheres Mitglied des Politbüros der *PDK* unter Barzani. Er war praktisch als einziger gegen die politische Allianz mit dem Schah gewesen, die er nur akzeptiert hatte, weil sie durch eine demokratische Mehrheitsentscheidung zustande gekommen war. Nach dem Debakel von 1975 hatte Salih Yusefi es vorgezogen, sich Bagdad auszuliefern, statt „den iranischen Rückzug“ auf kaiserliches Territorium mitzumachen. Seitdem wurde er vom irakischen Geheimdienst überwacht. Man verdächtigte ihn, eine wichtige Rolle im Widerstand zu spielen, und so fiel er am 25. Juni einem Bombenattentat in Bagdad zum Opfer. Unter dem Titel „Saddam oder die Todesdemokratie“ schrieb dazu die linke arabische Zeitung „Tishrin“ (Oktober): „Salih Yusefi, diese vertraute nationale Persönlichkeit, ist ermordet worden. Für seinen Tod ist Saddam Al-Takriti verantwortlich. Saddam Al-Takriti hat ihn mit einer Bombe, die sein Bruder Berzan Al-Takriti anfertigte, ermorden lassen.“<sup>13</sup>

Nach dem Tod Salih Yusefis übernahm Resul Mamend das Amt des Generalsekretärs. Dr. Mahmud Osman zog sich für den Moment zurück.



(Foto: A. Sternberg-Spohr)

Das Programm der *PSK*, dessen Grundzüge in der ersten Ausgabe von „Regay Azadi“ im Mai 1981 veröffentlicht wurden, unterscheidet sich kaum von dem anderer Parteien des Widerstands. Man kann hervorheben, daß die Partei ihren Glauben „an den wissenschaftlichen Sozialismus, die Dialektik, den nationalen und den Klassenkampf“ ausdrückt und daß sie davon ausgeht, „daß die treibende Kraft unserer Revolution die Werktätigen in den Städten und auf dem Land sind sowie die patriotischen und revolutionären Elemente im Kleinbürgertum“. „Die Überbleibsel des Feudalismus, die Großgrundbesitzer und das bürokratische und parasitäre Bürgertum“ sieht sie hingegen als „Feinde des Volkes“ an. Außerdem ruft die *PSK* dazu auf, „den Kampf zu verstärken, damit die kurdische Nation ihr natürliches Recht ausüben kann, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden und die Brüderlichkeit unter den Völkern der Region gestärkt wird“.

Die *PSK* wurde, nach *PDK* und *PUK*, die drittstärkste Partei des Widerstands. Der Leitartikel ihrer Zeitschrift vom November 1982 ist überschrieben: „Der Sturz des Saddam-Regimes, eine vordringliche nationale Aufgabe“. Dies sei ein Nahziel, da das besagte Regime „einer hemmungslosen Unterdrückung des irakischen Volkes im allgemeinen und unseres kurdischen Volkes im besonderen“ schuldig sei, vor allem „seit der Hysterie und Panik, von der die Diktatur nach den Niederlagen, die ihr die iranischen Streitkräfte zugefügt haben, ergriffen worden ist“. Angaben der *PSK* zufolge sind vom irakischen

Regime mehr als 2.000 kurdische Dörfer zerstört worden<sup>14</sup>. Durch den Tod des Kommandanten Ali Askari, seiner sozialistischen Freunde und einer großen Zahl ihrer Partisanen im Feldzug gegen die PDK im Badinan 1977/78 und das Ausscheiden Resul Mamends und Taher Ali Walis, die dann mit der Gruppe um Dr. Mahmoud Osman 1979 die *Vereinigte Sozialistische Partei* gründeten, verblieben nur wenige Vertreter der *Sozialistischen Bewegung Kurdistans* in den Reihen der PUK. In der Folge entschieden die verbliebenen Vertreter der sozialistischen Strömung und die Vertreter der Hauptlinie, die sich im Juli / August 1982 zu einem Kongreß versammelten, gemeinsam die *Union der Revolutionäre Kurdistans* (YSK; *Yeketi Yoresgeren Kurdistan*) zu gründen. So hat die PUK dann also nur noch zwei Flügel, deren anderer die *Liga der Arbeiter Kurdistans* (KRK / *Komeley*) Dr. Nawsirwans ist. Die KRK hielt Ende Juli 1982, also zur gleichen Zeit, ihre zweite Konferenz ab, und beide Flügel entschlossen sich unabhängig voneinander, ihre freundschaftlichen Beziehungen und den gemeinsamen Kampf unter dem Banner der PUK zu stärken, um ihre revolutionären Ziele verwirklichen zu können. Hier muß angemerkt werden, daß in der Struktur der PUK beide Flügel vertreten sind. So gibt es vor allem eine gemeinsame politische und militärische Führung, gemeinsame Streitkräfte, gemeinsame Publikationen und ein gemeinsames Programm. Unter den Zeitschriften ist vor allem das Zentralorgan „Rebazi Noy“ (Neue Stimme, auf Kurdisch) zu erwähnen. Es erscheint in drei Fremdsprachen: Englisch („The Spark“), Französisch („L'etincelle“) und Arabisch („Al-Sharara“). Vom Komitee für Auslandsbeziehungen werden „Yeketi“, „Al-Ittihad“ (Die Union) und „Saut al Ittihad“ herausgegeben. Trotzdem behält jeder Flügel eigene, autonome Strukturen. Die *Liga der Arbeiter Kurdistans*, deren Zentralorgan „Komeley“ in kurdischer Sprache erscheint, hält ganz besonders an ihrer Autonomie fest und unterstreicht sie bei jeder Gelegenheit, sei es in Bezug auf Organisation, Ideologie oder sogar Ziele. Die KRK ist eine marxistisch-leninistische Organisation, deren Ausrichtung man als orthodox bezeichnen kann. Ihre Ziele und ihre Strategie gehen über das Programm der PUK hinaus, das allerdings auch nur als Übergang gedacht ist. Seit 1970 ist das wesentliche Ziel der KRK die nationale Unabhängigkeit und die Einheit Kurdistans. Mittel zur Durchsetzung ist der bewaffnete Kampf unter Führung der kurdischen Arbeiterklasse. Im Schlußkommuniqué ihres ersten Kongresses, der im Mai 1981 stattfand, erklärte die KRK:

„Das kurdische Volk, eine geknechtete und geteilte Nation, deren Heimat besetzt, deren historische Bewegung aber vorwärtsgerichtet ist, sieht die Lösung nur in der nationalen Befreiung Kurdistans, in der Einheit der kurdischen Nation sowohl auf menschlicher als auch auf territorialer Ebene.

Der Kongreß besteht infolgedessen darauf, daß in Kurdistan eine Revolution der breiten Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse dieses Landes gegen die Besatzer, gegen den Imperialismus und seine Agenten, für die freie Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung und den Übergang der kurdischen Gesellschaft zum Sozialismus stattfindet. Die Revolution in Kurdistan stellt somit einen wichtigen Teil der Befreiungsbewegungen und des Fortschritts der Völker in der ganzen Welt dar, und auch einen Teil der sozialistischen Weltrevolution.

In Irakisch-Kurdistan findet dies seinen Ausdruck in der Beseitigung des Kapitalismus des bürgerlichen und bürokratischen Staates, der eine faschistische Politik gegenüber dem irakischen Volk und eine rassistische Politik der Besetzung gegenüber dem kurdischen Volk vertritt. Dieses Ziel kann zum einen durch die Stärkung der Solidarität und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kräften in Kurdistan im Rahmen einer gemeinsamen Strategie erreicht werden, zum andern durch die Festigung des gemeinsamen Kampfes der kurdischen und der fortschrittlichen arabischen, insbesondere irakischen Kräfte.“

Auf ihrer Konferenz im Juli 1982 äußert sich die *KRK* im gleichen Sinn. Auffallend ist, daß der letzte Absatz des obigen Zitats so etwas wie ein schweigendes Zugeständnis an das anfängliche Ziel der *PUK*, die „Autonomie“, darstellt, denn es ist von einem kurdisch-arabischen „gemeinsamen Kampf“ die Rede. Auch vom anderen Flügel der *PUK*, der *YSK* (*Union der Revolutionäre Kurdistans*), wird ein Zugeständnis gemacht; sie nennt auf ihrem Gründungskongreß als Fernziel das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung. Dennoch optierte die *PUK* in ihren Grundsatzartikeln für die „Autonomie“-Lösung. Sie erklärt, daß die Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung zu eben dieser Autonomie oder jedem anderen frei gewählten Status führen kann, und nicht zwangsläufig zur nationalen Unabhängigkeit.

Die *Demokratische Partei Kurdistans (PDK)* ist die einzige, die außerhalb des irakischen Territoriums Partisanen-Einheiten unterhält. Es soll sich um heimliche Versorgungs-Stützpunkte im gebirgigen



*Mas'ud und Idris Barzani (Foto: Gérard Klijn)*



*Idris Barzani  
(Foto: The Middle East)*

Südwesten Türkisch-Kurdistans handeln. Außerdem ist der *PDK*, die ja seit ihrem Rückzug 1975 auch im Iran präsent ist, von der Islamischen Republik erlaubt worden, wieder Waffen zu tragen, zweifellos mit der Absicht, dadurch das irakische Regime Saddam Husseins zu schwächen. Die Partei verfügt über einen Stützpunkt in Iranisch-Kurdistan, westlich des Urmia-Sees, nicht weit entfernt vom Dreiländereck zwischen Iran, Irak und der Türkei. Leider hat sich die *PDK* seit August 1981 oft dazu verleiten lassen, von diesem Stützpunkt aus gegen die *DPK-Iran* Dr. Ghassemious vorzugehen, die wichtigste Kraft in der Revolution Iranisch-Kurdistans, die sich im Krieg mit Teheran befindet.

Die *PDK* nahm erst im Frühjahr 1977, ungefähr ein Jahr nach der *PUK*, ihrer großen Rivalin, den Kampf in vollem Umfang wieder auf. Sie hatte nun eine „Provisorische Führung“ („Provisional Leadership“), die weniger Mitglieder zählte als das ehemalige Zentralkomitee und personell anders zusammengesetzt war. Zu ihr gehörten vor allem Mas'ud Barzani, ein Sohn des Generals, der nach dem Tod seines Vaters im Frühjahr 1979 die Präsidentschaft der Partei übernehmen sollte, der Generalsekretär Sami M. Abdul Rahman, Nuri Shaws und Ali Abdullah. Die drei letztgenannten hatten zu verschiedenen Zeiten dem Politbüro angehört. Idris Barzani, Mas'uds um einige Jahre älterer Bruder, gehört zwar formal nicht zur „Provisorischen Führung“, hat aber wie zu Lebzeiten des Generals das militärische Oberkommando über die Peshmerga-Einheiten inne. Er soll innerhalb der Partei große Autorität genießen, wenn nicht sogar, wie die *PUK* behauptet, die Entscheidungsgewalt besitzen. Die beiden Brüder verstehen sich jedenfalls gut und der Familienzusammenhalt bleibt bestehen. Aus diesem Grund brachen sie auch nicht völlig – zumindest was Familienangelegenheiten betrifft – mit ihrem älteren Bruder Obeidullah, der sich im Krieg 1974/75 auf die Seite Bagdads geschlagen hatte. Als Belohnung hatte er den Titel eines „Staatsministers“ im irakischen Kabinett erhalten. Obeidullah blieb Minister – sein Amt war rein nominal – bis er 1982 unter ungeklärten Umständen in Bagdad ermordet wurde. Zweifellos wurde er ein Opfer des Geheimdienstes des Regimes, wie auch Salih Yusefi und viele andere: Dara Tawfiq etwa, ein linksgerichteter Kurde, den Mustafa Barzani mit delikaten Missionen zur sowjetischen Kommunistischen Partei zu beauftragen pflegte. Auch er hatte den Fehler begangen, sich im März 1975 dem Regime in Bagdad auszuliefern.

Ist die Führung der *PDK*, um mit der *PUK* zu sprechen, „tribal und

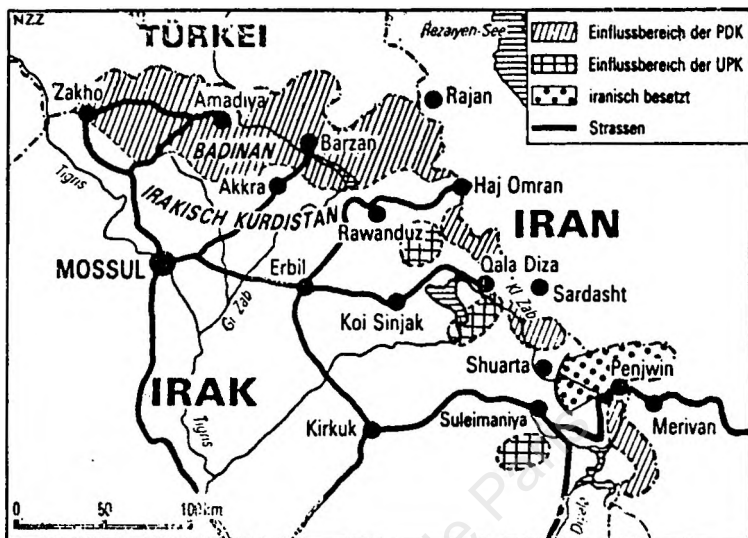


feudalistisch“? Unbestreitbar ist, daß die Familie Barzani, die im übrigen kein Stamm, sondern eher ein „Clan“ im schottischen Sinne ist, in der Partei und bei ihren Sympathisanten bedingungslose Autorität genießt. Wenn man überhaupt von Feudalismus sprechen kann, dann nur in diesem Sinne, weil die Familie niemals zu den Großgrundbesitzern gehört hat und heute gar kein Land mehr besitzt. Das Phänomen „Barzani“ hat auf sozialer Ebene einen traditionalistischen Aspekt, hat sich aber auf nationaler Ebene in gewisser Weise als wirksam erwiesen. Um das Volk von Unterdrückung zu befreien, schart man sich, ein wenig aus Tradition, um einen Namen, der zum Symbol geworden ist; auch Kameradschaft und gemeinsame Erinnerungen spielen hier eine Rolle. Die Mitglieder der *PDK*-Führung sind zu mehr als der Hälfte Intellektuelle, die nicht mit der Familie Barzani verwandt sind. Nuri Shawes und Ali Abdullah gehörten sogar in den 60er Jahren zusammen mit Ibrahim Ahmed und Jalal Talabani einer Gruppe an, die teils offen, teils insgeheim gegen die Autorität Mustafa Barzanis opponierte.

In der Sowjetunion hat Barzani immer noch viele Freunde; wer ihn dort kennengelernt hat, behält ihn in guter Erinnerung. Die Episode seiner „Allianz“ mit dem Schah und dem US-Präsidenten Nixon wird mit einer Handbewegung vom Tisch gefegt; diesen Eindruck machten jedenfalls einige sowjetische Kurdologen im April 1983 auf mich. Auch bei den Kurden in der Sowjetrepublik Armenien, seien sie nun Bauern oder Intellektuelle, wird der Name Mustafa Barzanis stets in Ehren gehalten.

Auf politischer Ebene konstituierte die *PDK* ihre „Provisorische Führung“ schon 1975. Ihre Konferenz vom August 1976 wurde unter dem Vorsitz von Sami Abdul Rahman heimlich in Europa abgehalten. Weder Idris noch Mas'ud Barzani waren anwesend. Die Diskussionen drehten sich vor allem um militärische Fragen, die Probleme der Flüchtlinge im Iran und der Kurden, die in der Heimat geblieben waren. Die Partei fuhr mit ihrer Selbstkritik fort, radikalisierte sich ideologisch und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus.

Der IX. Kongreß der Partei fand vom 4. – 11. November 1979 in Kurdistan statt (einer Erklärung der *PUK* vom 1. Februar 1980 zufolge in Iranisch-Kurdistan). Unter den eingeladenen befreundeten Parteien waren Delegationen der *IKP* und der *PDK-Türkei*. Verschiedene sozialistische Parteien in Westeuropa und der Dritten Welt schickten Grußadressen, darunter die Partei des ehemaligen österreichischen Kanzlers Kreisky und die Sozialistische Partei Chiles, die in



(Karte: Neue Zürcher Zeitung, 31. Mai 1986)

Opposition zum Pinochet-Regime steht. Die „Provisorische Führung“ wurde aufgelöst und durch ein neugewähltes Zentralkomitee ersetzt. Mas'ud Barzani wurde als Präsident bestätigt. Anstelle von Sami Abdul Rahman wurde Ali Abdullah neuer Generalsekretär. Sami Abdul Rahman und einige seiner Freunde unter den Mitgliedern der ehemaligen Führung waren auf dem Kongreß nicht anwesend; ihr Mandat wurde nicht erneuert. Trotzdem stimmte der Kongreß nicht nur dem organisatorischen und dem militärischen Bericht des Präsidenten, sondern auch dem politischen Bericht zu, den Sami der Konferenz vom August 1976 vorgelegt hatte.

Dieser über 100seitige Bericht wurde auch auf Englisch unter dem Titel „The Road of the Kurdish Liberation Movement“ herausgegeben. Die Selbstkritik und die Radikalisierung von 1976 wurden also festgeschrieben, ebenso die Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus (die es schon vor 1964 gegeben hatte), die Bestätigung des antiimperialistischen Charakters der Partei und ihres Willens, „die Überbleibsel des Feudalismus zu beseitigen“, da die PDK, in den Worten des Artikels 2 ihrer Statuten, „eine demokratische und revolutionäre Partei ist, die die Funktion der Vorhut übernimmt und

die Interessen der revolutionären Arbeiter, Bauern, Angestellten, Handwerker und Intellektuellen Kurdistans vertritt“.

In seiner Eröffnungsrede gab Mas'ud Barzani zu, „daß wir unter dem Druck der Ereignisse oder aus Unwissenheit viele Fehler begangen haben, besonders 1973 / 74. Wir dürfen uns nicht davor fürchten, das zuzugeben. Gleichzeitig dürfen wir unseren Feinden nicht erlauben, die Tatsachen zu verdrehen und den 50 Jahre währenden Kampf unseres verstorbenen Führers sowie den Kampf, den unsere Partei seit 33 Jahren führt, zu verleumden.“

Der IX. Kongreß verabschiedete Resolutionen, die den Faschismus des Takriti-Regimes in Bagdad und dessen Politik in Kurdistan verurteilen, den Ruhm der Peshmerga hervorheben, den verstorbenen Mustafa Barzani würdigen, zur Schaffung einer breiteren demokratischen Front für den Sturz der Diktatur in Bagdad aufrufen und eine Resolution, die das Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung in allen Teilen Kurdistans betont, zur Schaffung „einer Organisation für die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen kurdischen Parteien“ einlädt und fordert, „den gemeinsamen Kampf des kurdischen Volkes und der demokratischen Kräfte der Nachbarvölker zu stärken“. In der 12. Resolution drückt der Kongreß seine Unterstützung „für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO“ aus. Bemerkenswert jedoch ist die 11. Resolution, in der der Kongreß erklärt, daß er „die siegreiche Revolution der iranischen Völker unter der Führung des Imam Khomeini“ gegen den Imperialismus unterstützt und sich bereit erklärt, „die freundschaftlichen Bande mit der Islamischen Republik zu verstärken“. Denn in seiner 9. Resolution hatte der Kongreß zuvor erklärt, daß er „den Kampf des kurdischen Volkes in Iranisch-Kurdistan für seine legitimen nationalen Rechte unterstützt und die Islamische Republik Iran sowie die nationalen kurdischen Kräfte unter der Führung der *PDK-Iran* auffordert, alles zu unternehmen, um die militärischen Operationen zu beenden und zu einer friedlichen, gerechten und demokratischen Lösung zu kommen, die die Autonomie Iranisch-Kurdistans im Rahmen der Republik garantiert“. Außerdem „wendet sich der Kongreß an alle islamischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im Iran“ und bittet sie, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um eine solche Lösung zu erreichen: „in Übereinstimmung mit den Interessen der iranischen Völker und der Islamischen Revolution“. Die *PDK* gibt periodische Bulletins und Broschüren heraus sowie „Khebat“ (Der Kampf), „Welat“ (Das Land) und „Pesh Merga“.



*Sami Rahmani (M.M. Abdul Rahman)*

Die Partei von Mas'ud und Idris Barzani macht keine Angaben über ihre militärische Stärke; sie dürfte derjenigen der *PUK* überlegen sein. Auf gesamtkurdischer Ebene ist sie eine der drei „großen“ Parteien; die anderen beiden sind – leider als Rivalen – die *Demokratische Partei Kurdistan / Iran (PDK-Iran)* von Dr. Ghassemlou und Jalal Talabani's *Demokratische Union Kurdistan (PUK)*. Die viertgrößte ist die *PKK (Arbeiterpartei Kurdistan)* in Türkisch-Kurdistan, die ständig weiter wächst. Die *PDK* besetzt strategische Positionen in Zentral-kurdistan. Sie übt die militärische Kontrolle über so gut wie das gesamte Grenzgebiet zwischen dem Irak und der Türkei sowie im Badi-nan aus, hat Basen und Rückzugsgebiete im Iran und Stützpunkte in den Grenzgebieten Türkisch-Kurdistan. Im Irak, oder vielmehr in Irakisch-Kurdistan, konnte die *PDK* einen gewissen Hang der *PUK* zur Hegemonie für sich ausnutzen, um sich zur führenden Kraft einer Koalition aus *PSK*, *Pasok* und der *Irakischen Kommunistischen Partei* zu machen.

Die *Pasok* oder *Kurdische Sozialistische Partei* ist die vierte Widerstandsgruppe in Irakisch-Kurdistan; auch sie unterhält dort Peshmerga-Einheiten. Sie wurde nach dem Debakel der *PDK* im September 1976 gegründet und ist die direkte Nachfolgerin der *Kajyk (Komeley Azadî û Jiyaneke û Yeketiye Kurd / Vereinigung für die Freiheit, das Wiedererstehen und die Einheit des kurdischen Volkes)*, die 1959 auf

Anregung des Schriftstellers Abdullah Jawher (1982 verstorben) von Intellektuellen gegründet wurde.

Dem Beispiel der *Kajyk* folgend möchte die *Pasok* die kulturellen und moralischen Werte der kurdischen Gesellschaft erhalten oder wiederbeleben. Auf politischer Ebene will sie durch den bewaffneten Kampf die Kolonialherren aus Kurdistan vertreiben und die vier Teile des Landes in einem Staat vereinen, der von den Grundsätzen eines spezifisch kurdischen Sozialismus geleitet werden soll.

Die *PDK* ist also nicht die einzige, die vom Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung spricht. Selbst die *PUK* hat – zumindest seit 1982 – denselben Anspruch und ihre Arbeiterfraktion *KRK* bereits seit ihrer Gründung 1970. Alle kurdischen Parteien im Irak sprechen davon, aber in der Realität machen sie dieses Recht zu einer leeren Hülse, weil sie einer Autonomie im Rahmen der bestehenden Staaten den Vorzug geben und ihre Aktionen auf einen „gemeinsamen Kampf“ mit den fortschrittlichen arabischen Kräften und den Nachbarvölkern im allgemeinen beschränken. Außerdem versichern alle kurdischen Parteien im Irak die iranische Revolution ihrer Unterstützung, verwechseln diese aber manchmal mit der islamischen Revolution, so zumindest die *PUK* bis 1983, wie man an mehreren Glückwunschtelegrammen von Talabani an Ayatollah Khomeini merken kann.

Der Generalsekretär der *Demokratischen Union Kurdistans (DUK)*, Ali Sindjari, war unter Mustafa Barzani Mitglied des Zentralkomitees der *PDK*. Die *DUK* unterhält keine bewaffneten Einheiten, verübt aber, ihren Kommuniqués zufolge, von Zeit zu Zeit Anschläge gegen die Pipeline Kirkuk-Dortyol – sogar in Türkisch-Kurdistan. Diese kleine Gruppierung, die am 9. Juni 1977 gegründet wurde und ihr Programm in einer kritischen Studie über „Die kurdische Revolution vom 11. September 1961 bis zum 6. März 1975“ veröffentlichte, kann sich das Verdienst zuschreiben, auf eine Einigung der kurdischen Gruppierungen, vor allem auf die Beilegung der Differenzen zwischen *PDK* und *PUK* hinzuarbeiten. In ihrem Programm lädt die *DUK* insbesondere zur Gründung einer „breiten demokratischen irakischen Front“ ein, in der sich die arabischen und kurdischen Kräfte gegen die Macht der „faschistischen Takriti-Clique“ zusammenschließen sollen. Sie fordert zudem eine Einigung der demokratischen Kräfte im Iran und in der Türkei. In Artikel 8 ihres Programms ruft die *DUK* zur Schaffung einer „nationalen Kampffront ganz Kurdistans“ auf und lädt alle betroffenen Parteien und unabhängigen Persönlich-

keiten ein, gemeinsam einen „kurdischen Nationalkongreß“ vorzubereiten, um über alle Probleme der Nation zu beraten und eine nationale Kampfstrategie zu entwickeln, die die Schaffung eines gemeinsamen ständigen Gremiums (ein Koordinations- und Öffentlichkeitsbüro oder eine „Kurdische Liga“) beinhalten sollte.

Nachdem sie aus der *PDK* praktisch ausgeschlossen worden waren, fanden sich Sami Abdul Rahman und seine Freunde vom 26. – 30. Juli 1981 zum Gründungskongreß der *Demokratischen Volkspartei Kurdistans (PGDK)* zusammen – zu einer Zeit, da sich die Beziehungen zwischen der *PDK im Iran* und der *PDK im Irak* ernsthaft verschlechterten. Sami, der zum Generalsekretär der neuen Gruppierung gewählt wurde, legte zum Kongreß einen sehr präzisen politischen Bericht vor: „Die revolutionäre Alternative in der kurdischen Befreiungsbewegung“. Er wurde später auf Arabisch veröffentlicht und enthält sozio-politische Analysen der Situation in Kurdistan und der gesamten Region sowie Informationen über die verschiedenen kurdischen Parteien und Gruppierungen, ihre Beziehungen untereinander und zu den Parteien und Bewegungen der Nachbarvölker. Die Forderung nach Selbstbestimmung wird darin bekräftigt, im Vordergrund aber steht auch hier die Forderung nach Autonomie innerhalb der bestehenden Staaten – allerdings verbunden mit dem Appell, einen nationalen kurdischen Kongreß abzuhalten, der die damit verbundenen Probleme diskutieren sollte. Die Gründung der neuen Partei wird mit der feindlichen Haltung der *PDK-Irak* und ihrer Alliierten gegenüber der *PDK-Iran* gerechtfertigt.

Sami Abdul Rahmans *PGDK* nimmt in Kurdistan wenig Raum ein und ist militärisch schwach. Ihre Partisanen und Sympathisanten sind Intellektuelle und linke Studenten. Die *PGDK* ist eine marxistisch-leninistisch orientierte, aber auch kurdische Partei. Sie räumt Reflexion und Analyse einen hohen Stellenwert ein. Ihre Zeitschriften sind lesenswert: „Gel“ (kurdisches Wort für „Volk“), „Dengi Gel“ (Stimme des Volkes), „Peşan“ und die englisch-sprachige „New Pesh Merga“.

Seitdem sie sich Anfang 1979 von der *Baath-Partei* abgewandt hat, ist die *Irakische Kommunistische Partei (IKP)* zur fünfstärksten Kraft des Widerstands in Kurdistan geworden, allerdings – auf militärischer Ebene – mit weitem Abstand hinter den kurdischen Parteien. Sie hat ihr Hauptquartier und ihr Politbüro in den befreiten Distrikt Piştêşan (Region Sulaimani) verlegt, den sie sich mit verbündeten kurdischen Parteien teilt. Im arabischen Teil des Irak, wo es



(Foto: Gérard Klijn)

keine befreiten Gebiete gibt, ist der Widerstand der *IKP* nur sporadisch. Dennoch ist ihre politische Untergrund-Arbeit wichtig, um die arabischen Massen gegen das Regime zu mobilisieren; außerdem verfügt die *IKP* über sehr gute Kontakte zu kommunistischen Parteien im Ausland. Aus diesen Gründen ist sie für die kurdische Bewegung ein wertvoller Verbündeter. Die anderen arabischen Oppositionsparteien im Irak entfalten fast nur politische Aktivitäten, sind aber wegen ihrer freundschaftlichen Beziehungen innerhalb der arabischen Welt und wegen ihrer guten Finanzausstattung von Wichtigkeit. Insgesamt liegt die Last des militärischen Widerstands im wesentlichen, wenn nicht sogar völlig, bei den Kurden.

Obwohl ihr politischer Weg nicht geradlinig gewesen ist, bekennt sich die *Irakische Kommunistische Partei* auf theoretischer Ebene zu einer sehr fortschrittlichen Position in Bezug auf das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung als Nation. Schon seit ihrer 2. Konferenz 1956 räumt sie ein, daß „der Irak in seinen heutigen, vom Imperialismus festgelegten Grenzen einen Teil Kurdistans umfaßt“ (Artikel 2), „daraus folgt, daß der Irak sich aus zwei Hauptnationen zusammensetzt: den Arabern und den Kurden“ (Artikel 3, Absatz 1) und daß „das kurdische Volk im Irak Bestandteil der kurdischen Nation ist, die ihr eigenes Territorium, Kurdistan, besitzt,

welches zur Zeit zwischen der Türkei, dem Iran und dem Irak aufgeteilt ist (...)“ (Artikel 3, Absatz 2); weiterhin sei es „allgemein bekannt, daß der Imperialismus Kurdistan geteilt und nach dem 1. Weltkrieg die Schaffung eines Nationalstaats auf diesem Territorium verhindert hat“ (Artikel 3, Absatz 3). Diese Stellungnahme wurde im „Bericht des Zentralkomitees der *Irakischen Kommunistischen Partei* für eine gerechte Lösung des kurdischen Nationalproblems im Irak“ vom März 1962 wieder aufgenommen und bekräftigt. Dort heißt es: „Wie jede andere Nation, so müßten auch die Kurden von ihrem Recht Gebrauch machen können, selbst über ihre Lebensweise, ihre politischen Institutionen und die Beziehungen, die Kurdistan dann mit den benachbarten Staaten und Völkern haben würde, zu entscheiden.“<sup>15</sup>

Damit ist die *IKP* anderen orthodoxen kommunistischen Parteien der Region voraus, die – wie die *Tudeh-Partei* im Iran und die *TKP* in der Türkei – sogar prinzipiell vor einer eindeutigen Position in dieser Frage zurückschrecken. Diese Parteien sind allerdings ohnehin zu schwach, um die Rolle auszufüllen, die sie zu spielen vorgeben: die Vorhut der Arbeiterklasse zu sein. Es stimmt, daß die *IKP* das Recht auf Selbstbestimmung seines Inhalts beraubt, indem sie zuviele – internationale oder utopische – Bedingungen stellt, unter denen die Kurden dieses Recht ausüben könnten, und daß sie sich letztendlich für eine Lösung in Form einer „internen Autonomie und Demokratie“ ausspricht. Man kann ihr daraus allerdings keinen Vorwurf machen, weil die kurdischen Parteien im Irak ja dieselbe Linie verfolgen. Die *IKP*, in der bekanntlich Kurden und Araber gemeinsam organisiert sind, hat jedoch das Verdienst, heute mit der Waffe in der Hand für diese Autonomie zu kämpfen, wenn auch mit beschränkten Mitteln. Von den etwa 20.000 bewaffneten kurdischen Partisanen, die in Irakisch-Kurdistan kämpfen, werden einige hundert, davon die Hälfte Araber, der *IKP* angehören. Ihre Beteiligung am Kampf ist also eher symbolisch, muß aber dennoch gewürdigt werden. Auch die *Organisation der Volksbefreiungsarmee (OVBA)*, eine linke militante Gruppierung im Irak, die sich aus jungen arabischen Revolutionären zusammensetzt, ist in Kurdistan militärisch eher symbolisch präsent und Zeichen einer arabisch-kurdischen Solidarität. Die *OVBA* gesteht den Kurden das bedingungslose Recht auf Selbstbestimmung zu, aber sie hat nicht das politische Gewicht der *IKP*.

Auf militärischer Ebene unterscheiden sich die Positionen der ver-



schiedenen Widerstandsparteien in Irakisch-Kurdistan. Wie man weiß, dominiert die *PUK* in der Provinz Sulaimani und Teilen der Provinz Kirkuk, während im Badinan im Norden praktisch ausschließlich die *PDK* vertreten ist. Die verschiedenen Parteien treffen und überschneiden sich insbesondere in der zentral gelegenen Provinz Arbil. Seit 1982 haben die *PDK* und ihre Alliierten ihre Guerilla-Aktivitäten auf die Provinz Sulaimani ausgedehnt, nachdem sie mit der *PUK* ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit geschlossen hatten (vgl. Karte).

Auf politischer Ebene haben die Beziehungen zwischen beiden Parteien verschiedene Umwälzungen erfahren: Nach Vorgesprächen im „Tal der Parteien“, die sich über ein Jahr hingezogen hatten, wurde am 12. November 1980 von acht Gruppierungen der Opposition die Gründung einer *Nationalen Patriotischen und Demokratischen Front* verkündet, die unter dem Namen *JOQAD* (nach ihren arabischen Initialen) bekannt wurde. Zu den Unterzeichnern gehörten drei kurdische Widerstandsparteien, die *PUK*, die *IKP* und die *PSK* (damals noch als *Vereinigte Sozialisten* Dr. Mahmud Osmans). Die anderen Unterzeichner waren arabisch-irakische Parteien oder Bewegungen: der pro-syrisch orientierte Teil der *Baath-Partei*, die *Sozialistische Partei*, die *Arabische Sozialistische Bewegung*, die *Irakische Volksbefreiungsarmee* und die *Unabhängigen Demokraten*. Die fünf arabischen Gruppierungen waren in Kurdistan, wo die Front gegründet wurde, militärisch nicht vertreten; nur die *Sozialistische Partei* hatte versucht, sich am Kampf zu beteiligen, aber bald aufgegeben. Eine der Parolen der *PUK* war damals: „Die kurdische Revolution irakisieren!“ Weder *PUK* noch *PDK* waren zur Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Front bereit.

Nur wenige Tage nach der Gründung verließ die *PSK* (*Vereinigte Sozialisten*) überraschenderweise die *JOQAD* wieder und schloß sich mit der *PDK* und der *IKP* zur *Nationalen Demokratischen Front*, *JUD*, zusammen, deren Gründung am 28. November 1980 verkündet wurde. Am 10. Mai 1982 kam dann die *Pasok* hinzu. Die *IKP* blieb auch weiterhin Mitglied der *JOQAD*, weil sie hoffte, beide Fronten zu einer einzigen großen Bewegung zusammenschließen zu können, was ihr aber nicht gelang. Im Mai 1981 brach auch sie mit der *JOQAD*. Die Beziehungen zwischen den beiden Fronten – oder eher, zwischen der *PUK* und den Mitgliedern der *JUD* – wurden immer konfliktgeladener. Sie unterhielten unterschiedliche Auslandsbeziehungen (die *PUK* zu Damaskus und Tripolis, die *PDK* hauptsächlich zu



*Peshmerga beim Gebet. Sunnitische Kurden und shiitische Fundamentalisten. (Foto: Gérard Klijn)*

*„Mehrere Male haben die Iraner den Transport der Waffen, die die PDK sich in Syrien besorgen kann, verhindert. Die Beziehungen sind kompliziert durch die Existenz enger Beziehungen zwischen der PDK und der Irakischen Kommunistischen Partei, und durch die Weigerung der PDK, dem Obersten Rat der Islamischen Revolution beizutreten. Indem er uns daran erinnert, daß die PDK ‚freundschaftliche Beziehungen zur islamischen Bewegung allgemein‘ unterhält und im besonderen zur Da’wa Partei, deren Kämpfer den Irak über die ‚befreite Zone‘ erreichen können, wo sie über Ruhebasen verfügen, rechtfertigt Mas’ud Barzani seine Weigerung dem Obersten Rat beizutreten, wobei er betont, daß die PDK eine nationalistische und weltliche Partei sei, die nicht nur den Muslimen offenstünde, sondern der auch zahlreiche nationalistische kurdische Christen angehören.“*

*(Chris Kutschera, Le Monde, 3./4. Nov. 1985)*

Teheran, Damaskus und Tripolis), alle drei Länder aber standen in Opposition zu dem Regime in Bagdad. Nach den militärischen Niederlagen, die das irakische Regime ab Mai 1982 an der iranischen Front hinnehmen mußte, zeigte sich die PUK leicht beunruhigt über die Absichten Teherans gegenüber seinem irakischen Nachbarn; sie erklärte sich nicht einverstanden mit „dem Import der sogenannten

islamischen Revolution und ihrer Führung in den Irak“<sup>16</sup>. Seit 1982 haben sich ungefähr zehn Gruppierungen der *JOQAD* angeschlossen. Die *PUK* ist bei weitem die wichtigste, zumindest auf militärischem Gebiet. Außer ihr sind noch etwa acht arabisch-irakische Gruppierungen von unterschiedlicher Stärke vertreten. Keine von ihnen (abgesehen von der *OVBA*) ist in Kurdistan militärisch präsent, und keine ist besonders interessiert an den Streitigkeiten, die ihr kurdischer Partner *PUK* mit den Parteien der *JUD* ausficht. Im Gegenteil: Jedesmal, wenn zwischen den Kurden Streit ausbricht, bieten die arabischen Verbündeten der *PUK* ihre Dienste als Vermittler an.

Trotz ihrer Zersplitterung geben die schiitischen Araber aus dem Irak, die im Iran im Exil leben, eine arabische Monatszeitschrift namens „*Al-Shaheed*“ (Der Märtyrer), „die Stimme der islamischen Revolution“, heraus und kontrollieren insbesondere die Bewegung *Al Da'wa* (Die Anrufung) und deren politischen Arm *Nationale Islamische Befreiungsfront im Irak*. Ihr politisches Programm, das aus dem Jahr 1980 stammt, hat folgenden Wortlaut:

„(Wir wollen:)

1. Einen freien, starken und brüderlichen Irak aufbauen, der die öffentlichen Freiheiten seiner Bürger wieder gewährleisten und die kurdische Frage im Irak auf der Grundlage der Erklärung vom 11. März 1970 lösen wird;
2. die Sache unserer arabischen und islamischen Nation unterstützen, insbesondere die Sache der Palästinenser, und die *PLO* als einzigen Vertreter unseres Volkes in Palästina betrachten;
3. die islamischen und arabischen Befreiungsbewegungen, an ihrer Spitze die Islamische Revolution im Iran unter der Führung des Imam Khomeini, unterstützen;
4. den Widerstand der arabischen Staaten, an ihrer Spitze Syrien, gegen den zionistischen Feind unterstützen;
5. auf internationaler Ebene eine Politik des positiven Neutralismus verfolgen;
6. alle Formen des Imperialismus, den wirtschaftlichen, den politischen und den militärischen, sowie die imperialistische Durchdringung unseres Landes bekämpfen und den Imperialismus sowie den von Israel repräsentierten Zionismus als die beiden Hauptfeinde unserer Nation betrachten.“

Seit Anfang Januar 1983 finden in Kurdistan – hauptsächlich im Gebiet um Arbil und in der Ebene von Koysanjak – immer wieder Scharmützel zwischen Kommandos der *PUK* und Einheiten verschie-

dener Gruppierungen der *JUD* statt. In einer Fülle von Verlautbarungen geben sich beide Seiten gegenseitig die Schuld.

Anfang Februar 1983 fand in Tripolis / Libyen ein „Nationaler Kongreß der Oppositionsbewegungen, Volksorganisationen und Bewegungen des bewaffneten Kampfes im arabischen Vaterland“ statt. 18 Parteien oder Bewegungen der arabischen und kurdischen Opposition im Irak, vor allem die in der *JUD* und der *JOQAD* zusammengeschlossenen, nahmen auf Einladung der libyischen Regierung an diesem Kongreß teil. Am 6. Februar unterzeichneten sie den *Pakt von Tripolis* und veröffentlichten ein Kommuniqué, das ein vier Punkte umfassendes gemeinsames Programm ankündigte:

„I. Die unterzeichnenden Parteien, Kräfte und nationalen Persönlichkeiten haben die definitive Entscheidung getroffen, sich zu einer breiten nationalen Front zusammenzuschließen, die für den Beitritt islamischer revolutionärer Kräfte sowie nationaler Kräfte und Persönlichkeiten, die in Opposition zu Imperialismus, Zionismus, Reaktion und Amerika (Vereinigten Staaten) stehen, offen sein wird.

II. Sie haben sich für die Front auf ein politisches Programm geeinigt, das wie folgt festgehalten wurde:

- a) Sturz des faschistischen Regimes im Irak, das ein Agent (des Imperialismus) ist;
- b) Errichtung einer demokratischen Volksregierung der Einheit;
- c) freie Wahlen der Regierungsform für das irakische Volk nach dem Sturz des faschistischen und korrupten Regimes;
- d) Autonomie für Kurdistan, Garantie ihrer Rechte für Turkmenen und andere Minderheiten.

III. Am 25. dieses Monats werden bei einem Treffen das Programm der Front und ihre interne Satzung festgelegt.

IV. Einen Monat nach Unterzeichnung des vorliegenden Kommuniqués wird die Gründung der Front offiziell verkündet.

Außerdem haben die Unterzeichner beschlossen, daß sie von heute, dem 6. Februar 1983, an:

- a) keine Öffentlichkeitskampagnen mehr gegeneinander durchführen;
- b) die Konflikte und bewaffneten Zusammenstöße untereinander mit sofortiger Wirkung einstellen.“

Das Kommuniqué wurde in libyischen Zeitungen veröffentlicht. Es folgen die 18 Unterzeichner des *Pakts von Tripolis* (in Klammern die Namen der Personen, die für die Vertragsparteien unterzeichnet haben)<sup>17</sup>:

- 1) Arabische Sozialistische Bewegung (Jawad Darwish)
- 2) Sozialistische Partei – Irak (Dr. M. Alosi)
- 3) PSK (Abdul Khaleq Zangana)
- 4) Baath-Partei, irakische regionale Führung (Fawzi Al-Rawi)
- 5) Organisation der Volksbefreiungsarmee (Salah al-Rabi'i)
- 6) DPK (Idris Barzani)
- 7) Union der Sozialistischen Einheitsdemokraten (M. Al-Hububi)
- 8) DUK (Ali Sindjari)
- 9) Kongreß des Irakischen Volkes (Hamid Maqsud)
- 10) IKP (Naziha al-Dulaimi)
- 11) PGDK (Sami Abdul Rahman)
- 12) Bewegung der Demokratischen Vorhut (Ayad Al-Sai'idi)
- 13) Kongreß der Sozialistischen Nationalisten (Mohamed al-Dulaimi)
- 14) Einheiten der Irakischen Revolution (General Hassan al-Naqib)
- 15) Unabhängige Demokraten (Muzaffar al-Nawab)
- 16) PUK (Dr. Fuad Mas'um)
- 17) Bewegung der Freien Unionisten (Sarim Salih)
- 18) Arabische Sozialistische Arbeiterpartei (Mohamed al-Badri).

Einige der Unterzeichner vertreten nur schwache Kräfte oder kleine Gruppen von Intellektuellen. Aber die Hauptvertreter der Opposition – und vor allem des bewaffneten Widerstands – finden sich auf dieser Liste. War nun das Ende der internen Streitigkeiten, der Spaltungen und der brudermörderischen Fehden gekommen?

Nein – die Ernüchterung folgte auf dem Fuße: die Tinte auf dem Pakt von Tripolis war noch nicht trocken, als in Kurdistan die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppen wieder aufflammten, erst begrenzt, dann in immer größerem Umfang. Die in Tripolis beschlossene breite nationale Front wurde natürlich nicht, wie vorgesehen, verkündet. Die beiden streitenden Parteien beriefen sich weiter auf den *Pakt von Tripolis*, schoben aber die Schuld an seinem Scheitern jeweils der Gegenseite zu.

Am 1. April 1983 eröffnete im Dorf Gorgayar (Distrikt Shar-Bazher, Provinz Sulaimani) ein Posten der *PUK* das Feuer auf einen Wagen der *PDK*, der Peshmerga transportierte. Mehrere Personen wurden getötet, unter ihnen der örtliche Kommandant der *PDK* in diesem Sektor. Die *PUK* bezeichnete den Zwischenfall in einer Deklaration als „Fehlverhalten“ des Postens, versprach, den Hergang zu untersuchen, und entschuldigte sich. Die Kämpfe gingen weiter. Nach Erklärungen der *PDK* vom 22. April, der *JUD* vom 6. Mai und des Politbüros der *IKP* vom 8. Mai 1983 hatte die *PUK* am 17. und 18. April

die Stützpunkte der vier Parteien der *JUD* in der Region Sulaimani und dem Berg Asos angegriffen, nachdem sie dort starke Kräfte zusammengezogen hatte. Den Erklärungen zufolge waren dem Angriff „die Bombardierung dieser Stützpunkte durch die Artillerie der Regierungstreitkräfte und Aufklärungsflüge der Luftwaffe des Regimes“ vorausgegangen, „Massaker an Partisanen der *PDK* und der *PSK* sowie an Bauern, die mit ihnen sympathisierten“, folgten. Am 1. Mai wurde von der *PUK* ein weiterer großangelegter Angriff „mit beträchtlichem Aufwand“ gestartet. Er richtete sich gegen den befreiten Distrikt Pishteshan, wo sich der Hauptsitz und das Politbüro der *IKP* sowie ein Krankenhaus, eine Druckerei und eine Radiostation der vier Gruppierungen der *JUD* befinden. In dem „ungleichen Kampf“ verlor allein die *PCI* „120 Revolutionäre: 50 wurden getötet, die anderen waren verletzt, verschwunden oder gefangengenommen worden“. Unter den kommunistischen Gefangenen der *PUK* war auch der Kurde Karim Ahmed, Mitglied des Politbüros und Autor eines Artikels über die Befreiungsbewegung Kurdistans. Auch Araber, darunter junge Frauen, gerieten in die Gewalt der *PUK*. Die *Liga der demokratischen Schriftsteller, Journalisten und Künstler im Irak* beklagte in einer Erklärung vom 19. Mai den Tod des Filmemachers Abdul Rida Abu-Yahya als Folge des Angriffs, der „verletzt war und dann von den Angreifern getötet wurde“, des jungen Dichters Mohamed Salih Al-Sai'di, des jungen Romanautors Djaffar Abdul-A'imeh und „den Tod und die Verstümmelung vieler anderer Zivilisten, die Techniker oder Spezialisten in den Bereichen Medizin, Bauwesen oder Jura waren“, „andere unserer Kollegen müssen in den Gefängnissen der *PUK* dahinvegetieren“. Erklärungen der *JUD* und ihrer Mitgliedsparteien sowie Rundfunksendungen der *PDK*-Station „Deng-ê Kurdistan“ (Stimme Kurdistans) von Ende Mai/Anfang Juni zufolge hat die „faschistische und kriminelle Führung“ der *PUK* „Geheimverhandlungen mit dem Regime Saddam Husseins“ geführt und „diesen Krieg gegen die *JUD* in Abstimmung mit dem Regime und mit dessen militärischer Hilfe geführt, damit die *PUK* in ganz Kurdistan die Oberhand gewinnt und dann mit dem Regime einen Kuhhandel schließen kann“. Die Ausgabe der englischsprachigen Zeitschrift „Iraqi Letter“ von Mitte Mai 1983, die von der *IKP* herausgegeben wird, gibt einen Artikel der Londoner Tageszeitung „The Times“ vom 14. April 1983 wieder, in dem von „indirekten Verhandlungen“ die Rede ist, die im Dezember 1982 zwischen Saddam Hussein und dem Führer der *PUK* stattgefunden haben sollen, aber „wenn



(Foto: Kurdistan Info)

man die von der Opposition gebildete Front betrachtet, in der die Kurden die Mehrheit stellen und weite Gebiete im Norden des Irak militärisch beherrschen, scheint es, als ob für Talabani diese Periode beendet sei“.

Die *PUK* wies die Anschuldigungen ihrer Gegner empört zurück und beschuldigte ihrerseits die *PDK*, „der Söldner des Imperialismus und ein Kriegsfanatiker“ zu sein; die *PSK* sei „eine Gruppe von Revanchisten“. Die *IKP* wird von der *PUK* daran erinnert, daß diese ihr „geholfen hat, sich aus dem Sumpf zu ziehen“ (eine Anspielung auf die ehemalige Zugehörigkeit der *IKP* zur *Baath-Front* in Bagdad) und daß sie sie „mit offenen Armen in Kurdistan empfangen“ habe. Jetzt wolle die *IKP* über dieses Land „die Herrschaft gewinnen“, um es



(Foto: Gérard Klijn)

„dem faschistischen Regime auszuliefern“. Mit den Kampfhandlungen gingen publizistische Gefechte einher.

In einem Appell der *PUK* vom 18. April 1983 – dem Tag, an dem ihre Streitkräfte die Stellungen der *JUD* in der Provinz Sulaimani angriffen – an die Adresse „aller Parteien der irakischen nationalen Bewegung und der arabischen Befreiungsbewegungen in der Region“ konstatierte die *Patriotische Union* „Überraschung und Beunruhigung über iranische Truppenkonzentrationen in den Grenzdistrikten, die an die befreiten Zonen, in denen sich unser Politbüro befindet, angrenzen“. Die *PUK* bat die angesprochenen Bewegungen, „bei den iranischen Brüdern dafür einzutreten, daß sie die befreiten Zonen in Kurdistan nicht mehr direkt oder indirekt angreifen. Dies hätte nämlich die Schwächung der irakischen patriotischen Bewegung zur Folge und würde den Interessen des faschistischen Regimes im Irak, der Reaktion und des Imperialismus nützen“.

Wer hat in diesem publizistischen Kleinkrieg, in diesem Wust von Anschuldigungen und Beleidigungen nun recht? Und wer hat unrecht?



Wenn eine einzige Partei, die *PUK*, gegen vier andere kämpft, scheint das auf den ersten Blick zu bedeuten, daß sie wirklich eine politische und militärische Vormachtstellung anstrebt und so dem Pluralismus, dessen politischer Nutzen im Prinzip anerkannt worden ist, Schaden zufügt. Trotzdem kommt man nicht umhin zu denken, daß alle politisch aktiven Kurden – gewollt oder ungewollt – für den unnötigen Tod von Hunderten Partisanen, der den Feinden des kurdischen Volkes in die Hände spielt, verantwortlich sind. Es ist bedauerlich, daß sogar der Sitz der *IKP* in Kurdistan, wo im August 1982 durch Vermittlung der Kommunisten ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen *PDK* und *PUK* geschlossen worden war, angegriffen wurde. Es ist – gelinde gesagt – äußert traurig und steht im Gegensatz zur kurdischen Gastfreundschaft, daß arabische Frauen und Männer – ob Kommunisten oder nicht –, die in Kurdistan an der Seite des kurdischen Volkes kämpfen, von Kurden angegriffen, getötet oder gefangen genommen worden sind.

Doch auch in dieser verfahrenen Situation gab es noch einige schwache Hoffnungsschimmer. Die *PUK* erklärte, daß sie ihre kommunistischen Gefangenen freigelassen habe. Unter ihnen war auch Karim Ahmed, der tatsächlich zusammen mit der *PUK* einen Aufruf zur Beendigung der „brudermörderischen Kämpfe“ unterzeichnete. Einen ähnlichen Aufruf richteten am 1. Mai 1983 elf der achtzehn Unterzeichner des *Paktes von Tripolis*, darunter die arabischen Parteien, die *DUK* und die *PGDK*, an „die Führungen der *PDK*, der *PSK* und der *PUK*“. In der April-Ausgabe ihres Auslands-Organs „*Al-Ittihad*“ veröffentlichte die *PUK* einen Leitartikel mit der Überschrift: „Das falsche Spiel der Söldner und Kriegsfanatiker bei der Zerstörung des nationalen Kampfes“. Er richtete sich gegen die *PDK* und die *PSK* und warf der *IKP* vor, daß sie sich mit beiden verbündet habe, anstatt die *JOQAD* zu stärken. Die türkische Invasion im Badinan setzte den brudermörderischen Kämpfen ein Ende; Beleidigungen und Anschuldigungen wurden weiterhin ausgetauscht.

## Die türkische Intervention in Süd-Kurdistan

An der militärischen Intervention der Türkei in Irakisch-Kurdistan, die – mit Zustimmung Bagdads – vom 26. Mai bis zum 2. Juni 1983 stattfand, nahmen etwa 15.000 Elitesoldaten teil (wenn man nur jene zählt, die tatsächlich die Grenze überschritten haben). Es gab zwei oder drei Luftlandebrigaden mit Hubschraubern und Flugzeugen, die speziell für Kämpfe in schwierigem Gelände ausgerüstet waren. Sie führten Gebirgsartillerie und leichte Kampfpanzer mit sich und erhielten von der Luftwaffe Deckung. Die Intervention wurde möglich durch ein türkisch-irakisches Kooperationsabkommen von 1979 – übrigens nicht das erste seiner Art. Es war zwischen dem frischgebackenen Präsidenten Saddam Hussein und General Evren, damals Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, geschlossen worden und sah die Zusammenarbeit beider Staaten bei der Deportation der kurdischen Bevölkerung beiderseits der Grenze vor, um „bewaffnete Räuberbanden“ (die Peshmerga) und Waffenhandel zu unterbinden. Die Expedition war Teil eines größeren Feldzugs, an dem rund 45.000 gut ausgerüstete türkische Elitesoldaten beteiligt waren; 30.000 von ihnen griffen den Südosten Türkisch-Kurdistans (die Gebiete um Bohtan und Hakkari) an. Über die Aktionen gegen ihre „eigenen“ Kurden, von denen im vorhergehenden Kapitel die Rede ist, bewahrte die Türkei völliges Stillschweigen, ihre Intervention im Irak hingegen verkündete sie offiziell, schwieg sich aber auch hier über Einzelheiten aus. Saddam Hussein seinerseits gab keine Erklärung ab, was man verstehen kann: Die türkische Intervention auf irakischem Territorium war der beschämende Beweis seiner Machtlosigkeit hinsichtlich des Erstarkens des kurdischen revolutionären Krieges auf der irakischen Seite der Grenze.

Auch nach dem Ende der Intervention sind die Informationen in der internationalen Presse ungenau, kurdische Quellen widersprechen sich sogar. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß mehrere kurdische Gruppierungen nicht selbst am Ort des Geschehens waren. Sie mußten ihre Informationen aus anderen Quellen beziehen, die ebenfalls kein einheitliches Bild abgaben, und verbrämten sie dann mit Analysen oder gar mit Spekulationen. Auch innerkurdische Rivalitäten können zu den widersprüchlichen Aussagen geführt haben. Dennoch gibt es in den kurdischen Aussagen Übereinstimmungen, die von anderen Quellen bestätigt werden.

Am 27. Mai bestätigte der türkische Außenminister Türkmen in An-

kara offiziell, daß türkische Truppen südlich der Grenze zum Irak gegen „bewaffnete Gruppen“ eingesetzt würden. Außerdem liefen in Ankara Gerüchte um, daß türkische Soldaten bei den Operationen ums Leben gekommen seien und von der Türkei Verstärkung geschickt würde<sup>18</sup>. Am 29. Mai flog Türkmén nach Bagdad und überbrachte Saddam Hussein eine Nachricht von General Evren. Er unterhielt sich mit seinem irakischen Kollegen „über aktuelle Themen, die beide Länder betreffen“, und bagatellierte dabei das Ausmaß der Operationen, betonte aber, daß die Türkei „im Interesse des Friedens und der Sicherheit“ gehandelt habe und daß sie keine „antitürkischen Nester“ südlich ihrer Grenzen dulden könne<sup>19</sup>. Der irakische Botschafter in Ankara „dankte der türkischen Armee“ im Namen seiner Regierung für ihre Hilfe<sup>20</sup>.

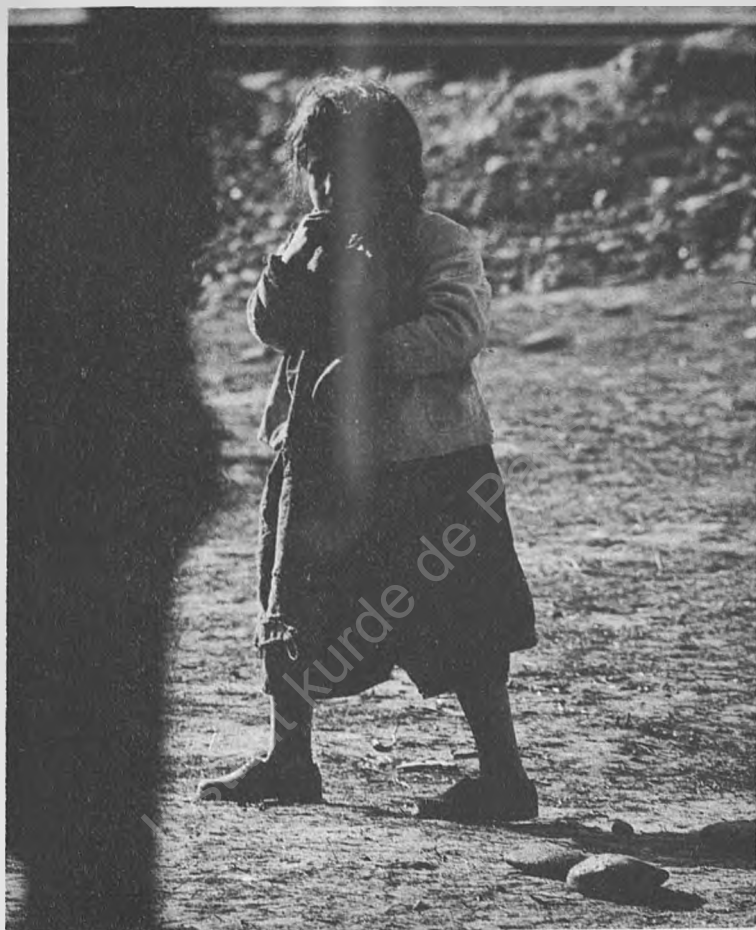
Das angegriffene Gebiet im Irak liegt im Badinan, einer Region, aus der die irakischen Streitkräfte größtenteils vertrieben worden sind und die von Einheiten der PDK gehalten wird. Nach den ersten Meldungen erstreckte sich der Angriff nur auf den Nordwesten des Badinan. Dort, nördlich der Linie von Zakho nach Kani-Masi, lag eine 50 km breite Front. In der Nähe verlaufen die Handelsstraße zwischen der Türkei und dem Irak und die Pipeline, die das Erdöl von Kirkuk durch Türkisch-Kurdistan hindurch zum Golf von Iskenderun befördert; beides lebenswichtige Verbindungen für Bagdad, die aber von den Peshmerga regelmäßig unterbrochen wurden. Die türkische Intervention sollte demnach auch den Fluß des „Schwarzen Goldes“ und der Handelsartikel zwischen beiden Staaten sichern – insbesondere die Versorgung der Türkei mit billigem Erdöl.

Es handelte sich also nicht um eine begrenzte, von der Gendarmerie durchgeführte Operation, sondern um eine regelrechte Intervention, die in engem Zusammenhang stand mit der militärischen, politischen und ökonomischen Strategie der Vereinigten Staaten in dieser Region. Wieder einmal stimmten die amerikanischen Interessen, so wie Ronald Reagan und das Pentagon sie sehen, mit denen der Diktaturen im Nahen Osten überein. An der Operation, von der hier die Rede ist, hatte an erster Stelle die Türkei Interesse; sie war aber auch für Bagdad von Vorteil. Die USA nehmen den Rassismus dieser Staaten nicht nur in Kauf, sie bedienen sich seiner! Die volksnahe, linksorientierte kurdische Befreiungsbewegung wurde zum Ziel des Angriffs, weil sie in den Augen der Unterdrücker des kurdischen Volkes und deren ausländischer Verbündeter zu mächtig in Kurdistan geworden war, und weil sie für das Ölgeschäft, das den Interessen der Kur-

den zuwiderläuft, zu einer Gefahr wurde. Außerdem konnte die Intervention als Warnung an die Adresse aller linken Kräfte in diesem Gebiet verstanden werden.

In gewisser Weise hat Saddam Hussein den Preis für die Intervention schon im voraus bezahlt. Der New Yorker Zeitschrift „Middle East Report“ vom 15. Januar 1983 zufolge unterzeichneten der Irak und die Türkei am 5. Dezember 1982 ein Abkommen über Erdöl-Lieferungen. Die Pipeline, die quer durch Kurdistan von Kirkuk nach Doryol am Golf von Iskenderun führt, sollte statt 650.000 nun täglich 1.000.000 Barrel Erdöl befördern. Ihre Kapazität sollte zuerst 25 Millionen Tonnen Rohöl jährlich betragen, in einem zweiten Abschnitt, der im April 1984 beendet sein sollte, dann auf 49 Millionen Tonnen ausgeweitet werden. Die Kosten des Unternehmens, die zu Beginn auf ungefähr 100 Millionen US-Dollar beziffert wurden, sollte „der Irak allein“ tragen – angesichts der Zahlungsunfähigkeit Bagdads hieß das: Saudi-Arabien und die arabischen Emirate. Außerdem sollte die erweiterte Pipeline gemeinsames Eigentum der beiden nationalen Ölgesellschaften des Irak und der Türkei sein. Ein wirklich großzügiges Geschenk also, daß die in die Enge getriebene irakische Diktatur den Putschisten in Ankara machte, denen Washington zur Macht verholfen hatte und die durch die amerikanische Militärhilfe noch in ihrem Stolz und ihrer Herrschsucht bestärkt worden sind. Talabani's *Patriotische Union Kurdistans* schrieb dazu: „Das Verräter-Regime Saddam Husseins macht der faschistischen türkischen Regierung ein verlockendes Angebot, um die zerrüttete türkische Wirtschaft zu stützen. Das geht zu Lasten der irakischen Interessen. Außerdem wird beschlossen, bei der Bekämpfung der irakischen Nationalbewegung zusammenzuarbeiten und die kurdische Befreiungsbewegung zu vernichten.“<sup>21</sup> Einmal mehr sollte das kurdische Volk dem „Schwarzen Gold“ geopfert werden, wollte man das Öl, das kurdischem Boden entspringt, gegen die Kurden einsetzen.

Die „Washington Post“ vom 7. November 1982, der britische „New Statesman“ vom 13. Mai 1983 und eine Erklärung des türkischen Verteidigungsministers vom 1. April 1983 enthüllten, daß die USA – in Übereinstimmung mit einem im November 1982 geschlossenen türkisch-amerikanischen Militärabkommen – einige ihrer Militärbasen in der Türkei modernisiert – sowohl im türkischen wie auch im kurdischen Teil der Türkei. Es sollten vor allem strategische Atom-bomber, Pershing-Raketen und das fliegende Radarsystem Awacs installiert werden. Außerdem wurden neue Stützpunkte gebaut, darun-



*Hauptleidtragende: die Kinder (Foto: Gérard Klijn)*

ter ein großer in der kurdischen Stadt Van, in dem die amerikanischen „Rapid Deployment Forces“ aufgenommen werden sollten, schnelle Eingreiftruppen gegen die lokalen oder regionalen revolutionären Befreiungsbewegungen zur Aufrechterhaltung eventuell bedrohter, befreundeter oder verbündeter, Diktaturen. Die Stadt Van liegt mitten in Türkisch-Kurdistan, ungefähr 200 km von Iranisch- und Irakisch-Kurdistan entfernt (und 300 Kilometer von der Grenze

zur UdSSR). Das Abkommen sah weiterhin die Verstärkung der türkischen Armee und jährlich 715 Millionen US-Dollar amerikanischer Militärhilfe an die Türkei vor. Mit diesem Betrag war Evren aber noch nicht zufrieden: er wollte 1.300 Millionen US-Dollar jährlich.<sup>22</sup>

In einer am 28. Mai veröffentlichten Erklärung klagt Mas'ud Barzani, der Präsident der *PDK*, die Intervention als „Komplott gegen die kurdische Befreiungsbewegung“ an, „das zwischen der türkischen und der irakischen Regierung wegen der militärischen Unfähigkeit des Irak vereinbart worden ist“. Diese Meinung wurde von allen kurdischen Parteien und von der türkischen wie irakischen Linken geteilt. Das angegriffene Gebiet liegt im „strategischen Gürtel“; seine Bevölkerung war von Bagdad evakuiert worden. Es wurde aber von den Peshmerga wieder eingenommen, und nun leben dort, fuhr Mas'ud Barzani fort, „7.000 kurdische Flüchtlingsfamilien – alte Leute, Frauen und Kinder, die vor der Gewaltherrschaft Bagdads geflohen sind“. Desweiteren klagte der Präsident der *PDK* „Truppenkonzentrationen und die Ankunft türkischer Verstärkung“ an; er wandte sich an die internationale Öffentlichkeit und verlangte „den bedingungslosen Rückzug der türkischen Streitkräfte“. Dieser Erklärung zufolge waren die türkischen Truppen damals erst zwei Kilometer südlich der Grenze vorgestoßen und die Peshmerga-Einheiten der *PDK* „hatten mit ihnen noch keine Zusammenstöße, standen aber auf Abruf bereit“.

In einer weiteren Erklärung („Kurdistan, 5. Juni 1983“) verkündete Mas'ud Barzani, daß türkische Truppen am 2. Juni an einer Stelle im Distrikt Amadiya – ein gutes Stück östlich von Zakho – die Grenze überquert hätten, aber „von den Peshmerga, die ihnen schwere Verluste zufügten, zurückgeschlagen worden sind“. Die Ankündigung Ankaras vom 2. Juni, seine Truppen aus dem Irak zurückzuziehen, führte Barzani auf „die schweren Verluste, die ihnen die Peshmerga zugefügt haben“, zurück. Er sagte aber auch, daß sie sich „entlang der gesamten türkisch-irakischen Grenze festgesetzt haben“, und deutete an, daß das Gebiet von der türkischen und der irakischen Luftwaffe „überwacht“ würde. Deswegen bat er um humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung.

Nach einer am 1. Juni 1983 von der *Demokratischen Union Kurdistans (DUK, Irak)* veröffentlichten Erklärung belief sich die Zahl der türkischen Soldaten im Irak auf über 10.000 Mann; die Front war 75 Kilometer lang und 5 – 25 Kilometer tief; weitere 35.000 Soldaten

befanden sich in den Departements Hakkari und Cizre (Jazira) in Türkisch-Kurdistan. Außerdem wurde in der Erklärung behauptet, daß „Saudi-Arabien die türkische Intervention finanziert“.

Die vom *Komitee für Auslandsbeziehungen der PUK* am 29. Mai in London veröffentlichte Erklärung legte den Akzent zu Recht auf die von der Türkei begangene Verletzung des internationalen Rechts und – vor allem – auf die *Gefahr eines Völkermords*, die das kurdische Volk bedrohte. Nach der Erklärung haben zwei türkische Brigaden, darunter eine Luftlandebrigade, an der Operation teilgenommen; sie wurden von der Luftwaffe unterstützt.

Nach dem am 2. Juni 1983 vom Außenministerium in Ankara veröffentlichten offiziellen Kommuniqué „ist die im Einklang mit Bagdad durchgeführte Operation auf irakischem Territorium erfolgreich beendet worden“. Die türkischen Truppen seien in die Türkei zurückgekehrt. Die Höhe der Verluste wurde nicht angegeben, ebensowenig die Anzahl eventuell gefangengenommener „Rebellen“. Jedoch sollte die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Irak „in Zukunft fortgesetzt werden, um dauerhaften Frieden und Sicherheit in der Region zu gewährleisten“.

Den „Frieden“ sichern um den Preis eines Krieges gegen ein Volk, das sich gegen schwerbewaffnete Armeen kaum verteidigen kann?

Aus nicht namentlich bekannter diplomatischer Quelle in Ankara verlautete am 31. Mai und am 2. Juni, daß vier Brigaden der türkischen Streitkräfte, ungefähr 15.000 Mann, an der Operation teilgenommen hätten; 1.500 – 2.000 Kurden seien von den Türken gefangengenommen worden<sup>23</sup>. Samis *PGDK* (Demokratische Volkspartei Kurdistans, Irak) erklärte, daß sich die Invasion, „gewissen Quellen zufolge“, von Zakho bis westlich von Amadiya erstreckt habe, „200 Kilometer tief in den Irak hinein“, und daß „40.000 türkische Soldaten daran teilgenommen haben“ (diese Angaben erscheinen mir übertrieben). In einem Telegramm vom 28. Mai an den Generalsekretär der Vereinten Nationen schrieb die *PGDK*: „Die Invasion hat die Existenzgrundlage von Tausenden von Menschen zerstört, vor allem von denjenigen, die sich der vom faschistischen Regime Saddam Husseins angeordneten Zwangsdeportation widersetzt haben. Es ist viel Blut vergossen worden, denn die türkischen Invasionstruppen sind bei unserem Volk auf erbitterten Widerstand gestoßen.“<sup>24</sup>

In einer gemeinsamen Erklärung ließen *PSKT*, *PPKK* (nicht zu verwechseln mit der *PKK*), *KUK*, *Tekosin*, *Rizgari* und *Ala Rizgari* aus Türkisch-Kurdistan (außerdem verschiedener kleiner kurdischer Par-

teien aus Syrien) verlauten, daß „der Vernichtungskrieg der türkischen Militärjunta gegen das kurdische Volk mit den Manövern der US-Rapid Deployment Forces und der Nato-Streitkräfte in Türkisch-Kurdistan in Verbindung steht. Diese Manöver finden nahe der Grenze zur UdSSR statt, ihr Code-Name ist *Express 83*.“<sup>25</sup>

Einige kurdische Gruppierungen aus Türkisch- und Irakisch-Kurdistan ließen in Europa unterderhand verlauten, daß die *PDK* der Barzani-Brüder – praktisch die einzige kurdische Partei, die für die Verteidigung des angegriffenen Gebiets zuständig war – ihren Peshmerga-Einheiten Order gegeben hätte, sich vor den türkischen Brigaden zurückziehen, um ihre Kräfte zu schonen; die Dorfbewohner hätten allein, mit völlig unzulänglichen Mitteln gegen die Angreifer kämpfen müssen. Sie fügten hinzu, daß es noch Mitte Juni im Hakkarî (Türkisch-Kurdistan) Kämpfe zwischen kurdischen Bergbewohnern und der türkischen Armee gegeben habe.

Die Gerüchte, die den Kampfwillen der *PDK* (und der mit ihr befreundeten Organisationen *PKK* beziehungsweise *PDK-T* aus der Türkei) in Frage stellten, scheinen mir unbegründet. Sie sind zudem nie schriftlich geäußert worden und erklären sich wahrscheinlich aus hartnäckigen politischen Rivalitäten unter den Kurden. Sie standen im Gegensatz zu den Erklärungen der *PDK*, von denen eine (vom 3. Juni) von der Ersten Sektion der *PDK* stammte, die mit der regionalen Organisation der Partei und dem militärischen Kommando über ihre Truppen im Badinan (Provinzen Duhuk und Ninive) beauftragt ist; in diesen Bereich fiel das angegriffene Gebiet. In der genannten Erklärung verurteilte die Erste Sektion der *PDK* „die Verleumdungskampagne in den ausländischen Massenmedien, derzufolge die Invasion der Streitkräfte des faschistischen türkischen Regimes in unseren geliebten Irak mit der Zustimmung des Verräter-Regimes in Bagdad das Leben von Hunderten von Revolutionären gefordert habe und Tausende gefangengenommen“ worden seien. Weiter heißt es: „Wir verurteilen diese Kampagne mit der gleichen Kraft, mit der wir auch dem faschistischen Aggressor widerstanden haben. Wir erklären unserem stolzen irakischen Volk – und ganz besonders unserem kurdischen Volk –, daß die von den ausländischen Rundfunksendern ausgestrahlten Zahlen nicht belegt sind. Keiner unserer Peshmerga und keiner unserer Landsleute ist von den Angreifern gefangengenommen worden, die nur den Leichnam eines einzigen Peshmerga – nahe der Grenze in einem ungleichen Kampf getötet – mitnehmen konnten ... Unser Volk kann stolz sein auf den Opfermut und



das unbeugsame Heldentum, das unsere Peshmerga und auch unsere irakischen Landsleute, die im befreiten Grenzgebiet, dem Ziel des Angriffs, leben, bei der Verteidigung des Vaterlands bewiesen haben. Vereint, Seite an Seite kämpfend, haben die Peshmerga der Partei und ihre irakischen Landsleute in der Region für ihr Volk den Sieg errungen, und sie sind bereit, sich jeder Situation zu stellen ... Die Stunde wird kommen, da wir mit der Verräter-Regierung in Bagdad abrechnen werden.“

Sicherlich kann man im Ausland wie auch in kurdischen Kreisen die türkische Säuberungsaktion im südwestlichen Kurdistan und die Invasion in den nordwestlichen Badinan, die räumlich begrenzt und rein militärisch war, leicht miteinander verwechseln. Und natürlich kann keine heutige kurdische Partei angesichts der Mittel und Strategie einer so konzentrierten Front einer modernen, sehr gut ausgerüsteten Armee, die gezielt und hartnäckig an einzelnen Punkten zuschlägt, auf Dauer standhalten.

In diesem Zusammenhang ist noch anzumerken, daß am 20. Juli 1983 ein Kommando der *DUK* Ali Sindjaris (die Partei hat ihren Sitz wahrscheinlich im kurdischen Gebiet um Jazira/Nordost-Syrien) einen erfolgreichen Sprengstoffanschlag auf die Pipeline Kirkuk-Dortyol zwischen Cizre und Mardin (Türkisch-Kurdistan) verübte. Die kurdische Guerilla – und auch die irakische – stellt Ankara also weiterhin vor große Probleme.

Kommen wir aber auf die Streitigkeiten unter den Kurden zurück: Die *JUD* erkühnte sich in einer Erklärung vom 28. Mai 1983, die *PUK* mit der türkischen Intervention in Verbindung zu bringen, wobei Bagdad vermittelt habe:

„Der minutiöse Zeitplan dieses Angriffs; der Einfall türkischer Streitkräfte in irakisches Territorium, um die Streitkräfte unserer *Nationalen Demokratischen Front JUD* zu provozieren und die kurdischen Massen in den grenznahen Dörfern zu unterdrücken; die verhaßte Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei durch die türkischen Faschisten: all dies ist Teil einer großangelegten Verschwörung gegen unsere Heimat und gegen die Nationalbewegung unseres Volkes.

Die Diktatur hat gezeigt, daß sie in den ganzen letzten Jahren nicht imstande gewesen ist, unsere tapferen Partisanen im Badinan anzugreifen. Unsere Peshmerga haben den Regierungstreitkräften harte Schläge versetzt und ihnen in dieser Region die Lektion erteilt, die sie verdient haben. Sie kämpfen weiterhin dort, auch im Distrikt



(Foto: Gérard Klijn)

Zakho. Aber die Führung der *PUK*, die in dieser Region nicht mit einer einzigen Einheit vertreten ist, hat es vorgezogen, ihre Partisanen gegen die *JUD* in den Kampf zu schicken, anstatt gegen die Streitkräfte der faschistischen Diktatur ...

Die *JUD* wendet sich hiermit an die Partisanen und Kämpfer der *PUK* und bittet sie, über diesen Angriff und seinen Zusammenhang mit der aggressiven Haltung ihrer Führung gegenüber der *JUD*, der irakischen Nationalbewegung und der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung, nachzudenken. Denn der besagte (türkische) Angriff und das Verhalten der *PUK*-Führung sind mit den Plänen der faschistischen Clique in Bagdad und des Imperialismus verknüpft ...“

Es muß allerdings auch gesagt werden, daß der letzte Angriff der *PUK* gegen südliche Stellungen der *JUD* am 1. Mai stattfand, also 25 Tage vor der türkischen Intervention. Außerdem veröffentlichte die *PUK* nach Beginn der Intervention in ihrem Organ „*Al Ittihad*“ (Mai 1983) einen Leitartikel unter der Überschrift: „Die nationale Union ist die einzig mögliche Antwort auf die konzertierte Aktion des türkischen und des irakischen Faschismus“. Es war ein Appell an „alle in der Region vertretenen Kräfte“, sich zusammenzuschließen.

In einer Erklärung vom 26. Juli 1983 zum 2. Jahrestag der Gründung

ihrer Organisation vertrat die *PGDK* die Auffassung, daß „sich hinter den tragischen Brudermorden in Irakisch-Kurdistan die egoistischen Interessen von ‚Clans‘ und Klassen im engeren Sinne des Wortes das blinde Streben nach Vorherrschaft in der Politik und ausländische Interessen verbergen. Man sucht lieber bei feindlich gesinnten ausländischen Kräften Hilfe für die Interessen und Hoffnungen unseres Volkes, anstatt unter den nationalen Kräften Kurdistans eine friedliche Koexistenz und brüderliche Zusammenarbeit anzustreben. Das ist eine Tragödie für unser Land, denn keine kurdische Kraft verfügt über die Mittel, allein das Feld zu behaupten und den Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen.“ Auch die *PGDK* erinnerte an die Notwendigkeit einer nationalen Versöhnung.

Das im Dezember 1982 von Saddam Hussein verkündete Gesetz, das die Kurden unter bestimmten Voraussetzungen vom Militärdienst befreite, wurde im März 1983 durch ein weiteres Gesetz bestätigt, das die Befreiung an keinerlei Bedingungen mehr knüpfte. Einen Monat später aber wurde erneut ein Gesetz erlassen, das die Kurden nun wiederum zum Militärdienst verpflichtete – ein fast schon lächerliches Hin und Her, das die Ratlosigkeit des „kämpfenden Präsidenten“ entlarvte. Saddam Hussein hat irgendwann einmal gesagt: „Ein Gesetz, das sind nur Buchstaben: wenn man es nicht mehr braucht, ändert man es eben.“

In einem Artikel mit der Überschrift: „Die türkische Invasion: eine ständige Gefahr, der man entgegentreten muß“, den sie in der Juni-Ausgabe ihres Auslandsorgans „*Al Ittihad*“ veröffentlichte, ging die PUK auf diese Frage ein. Sie schrieb:

„Es ist kein Geheimnis mehr, daß die türkische Invasion in unserem Land nicht nur, wie Ankara vorgibt, rein türkische Ziele hat, also zur Verfolgung bewaffneter kurdischer Gruppen dient. Sie ist auch mit den Zielsetzungen der NATO verknüpft, die sich gegen die Völker dieser Region, ihre Befreiungsbewegungen und ihre patriotischen Regierungen richten. Die Türkei ist das Instrument zur Ausführung dieser Pläne . . . Außerdem haben nur wenige Stunden, ehe türkische Truppen in Richtung auf die irakische Grenze in Marsch gesetzt wurden, die NATO-Streitkräfte unter Einbeziehung amerikanischer „Schneller Eingreiftruppen“ und türkischer Truppen Militärmanöver unter dem Code-Namen *Adventure Express 83* im Osten der Türkei, also in Nord-Kurdistan, begonnen . . . Obwohl die türkischen Militärs und die Regierung in Bagdad behaupten, daß die Aktion beendet sei, halten türkische Truppen immer noch Stellungen auf irakischem Ter-

ritorium besetzt ... Abgesehen davon, daß die Befreiungsbewegungen der Völker der Region – darunter die revolutionären Bewegungen der Völker der Türkei und die kurdische Befreiungsbewegung – geschwächt werden sollen, liegt die Bedeutung der türkischen Aktion darin, daß sie sich gegen die patriotischen Regierungen richtet, die sich den imperialistischen und zionistischen Plänen entgegenstellen. ... Es ist überraschend, daß die Reaktionen aus patriotischen arabischen Kreisen viel weniger zahlreich gewesen sind, als es die Bedeutung der Aggression und die Gefahr, die sie mit sich brachte, erforderlich gemacht hätten. Was die reaktionären arabischen Regierungen angeht, so ist ihr absolutes Schweigen als Zeichen dafür zu werten, daß sie mit den Machthabern in Washington und Ankara unter einer Decke stecken und sie ermutigen, den Angriff fortzusetzen und auszudehnen.

Was die Liga der Arabischen Staaten, die regionalen Organisationen, die islamischen Länder (ohne Ausnahme) und den Vorsitz ihrer Konferenz betrifft: Auch ihr Schweigen ist ein Beweis für ihr stillschweigendes Einverständnis. Es gibt grünes Licht dafür, den Angriff auf die patriotischen Regierungen der Region, an ihrer Spitze Syrien, das sich im Kampf mit den imperialistischen Plänen befindet, auszuweiten.“

Zwar hat keine arabische Regierung gegen die türkische Intervention protestiert, doch muß man hervorheben, daß der „*Kongreß des arabischen Volkes*“, eine von Syrien und Libyen unterstützte politische Volksbewegung, anlässlich einer Sondersitzung in Damaskus am 9. und 10. Juni 1983 reagierte. Er betonte, daß die Intervention zwischen den Regierungen in Ankara und Bagdad abgesprochen („auf Bitten letzterer“) und von Nato-Manövern in der Türkei „unter dem Oberbefehl des dort zu Besuch weilenden Generalstabschefs der US-Armee ...“ begleitet worden sei:

„Das diktatorische irakische Regime schafft hiermit einen gefährlichen Präzedenzfall, der der imperialistischen und reaktionären militärischen Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten Tür und Tor öffnet. Dies bedeutet den Ausverkauf der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität des Irak und eine Ermutigung für die alten territorialen Forderungen der türkischen Reaktion auf irakischen Grund und Boden.

Sein Verhalten hat die Schwäche des irakischen Regimes deutlich gemacht und gezeigt, daß es über weite Teile Irakisch-Kurdistans die Kontrolle verloren hat. Irakisch-Kurdistan ist eine der wichtigsten

Festungen des revolutionären Kampfes des irakischen Volkes für den Sturz der Diktatur ...

Der *Kongreß des arabischen Volkes*, der sich hier zu einer Sondersitzung zusammengefunden hat ..., verurteilt dieses schwerwiegende Verhalten des irakischen Regimes entschieden, verurteilt auch die positive Antwort der türkischen Regierung auf das Anliegen des irakischen Regimes und fordert die türkische Regierung auf, ihre Streitkräfte sofort aus irakischem Territorium zurückzuziehen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Irak einzumischen. Der Kongreß erklärt erneut seine Solidarität mit dem irakischen Volk und seinem Kampf für den Sturz der Diktatur und die Errichtung einer demokratischen nationalen Regierung, die dem Irak seinen natürlichen Platz in der arabischen Befreiungsbewegung geben und den irakisch-iranischen Krieg beenden wird, den das Regime Saddams im Dienst des Imperialismus und der Reaktion entfesselt hat.<sup>26</sup>

Übrigens hat die *General-Union Irakischer Studenten (GUIS*; ihre Leitung ist pro-*JUD*) Anfang Juni 1983 eine ähnliche Erklärung abgegeben. Darin wird gefordert, das Regime Saddam Husseins durch eine Regierung der nationalen Einheit abzulösen, Kurdistan Autonomie zu gewähren und den Krieg gegen den Iran zu beenden.<sup>27</sup>

Die „patriotischen Regierungen mit Syrien an ihrer Spitze“ als oberstes Ziel der türkischen Intervention in Irakisch-Kurdistan anzusehen, wie die *PUK* es tut, ist ein bißchen übertrieben und geschieht wohl, um sich bei Syrien einzuschmeicheln. Über die syrische Unterstützung der Widerstandsbewegung in diesem Teil Kurdistans hinaus – eine Unterstützung taktischer Art – und abgesehen von einer gewissen Rhetorik und Spekulation, sprechen die Tatsachen für sich. Sie sagen, daß sich der türkische Angriff, dem amerikanisches und bundesdeutsches Material zur Verfügung stand und dem zweifellos von Washington grünes Licht gegeben worden war, nicht gegen den Irak richtete, der ja Komplize des Aggressors war, sondern gegen die Widerstandsbewegung in Zentral-Kurdistan, den Teil Kurdistans also, den man dem Irak zugeschlagen hat, der aber von seiner Bevölkerung zum größten Teil von der irakischen militärischen Besetzung befreit worden ist. Was man davon, sogar in den Führungen der betroffenen kurdischen Parteien, auch sagen mag: die Widerstandsbewegung desjenigen Teils von Kurdistan, der zwangsweise dem Irak angegliedert worden ist, gehört zu der Gesamtheit der kurdischen Befreiungsbewegung. Sie ist also keine irakische Bewegung, obwohl sie durch gemeinsame Ziele mit ihrem natürlichen Verbündeten, der demokrati-

schen Bewegung des arabischen Volkes im Irak, verbunden ist. Einige hundert irakische Araber kämpfen mit bewundernswerter Tapferkeit an der Seite des kurdischen Volkes. Auch das ist Ausdruck einer tröstlichen, allerdings auch notwendigen Solidarität zwischen den revolutionären Kräften zweier Völker, die Widerspiegelung der gemeinsamen Ziele zweier Bewegungen.

Das Hauptgewicht des Krieges in Kurdistan – gegen die militärische Besetzung und den Faschismus, für die Demokratie, die auch den Nachbarvölkern zugute kommt – ist immer und fast ausschließlich vom kurdischen Volk getragen worden. Das trifft für Irakisch-Kurdistan zu und vielleicht noch mehr für Türkisch- und Iranisch-Kurdistan. Wenn auch die kurdische Befreiungsbewegung mit der arabischen Befreiungsbewegung vollkommen solidarisch ist, so ist sie doch nicht, wie aus der oben zitierten Erklärung des Kongresses des Arabischen Volkes in Damaskus hervorgeht, in diese Befreiungsbewegung integriert.

Die gegenseitigen Anschuldigungen zwischen der *PDK*, der Anführerin der *JUD*, und der *PUK* sind übertrieben. Spätestens seit dem Frühjahr 1983 waren die objektiven Bedingungen für eine taktische Annäherung der Interessen zwischen dem Regime Saddam Husseins und der *PUK* Jalal Talabanis gegeben. Wenn auch nicht bekannt ist, wann es zu den ersten vorbereitenden Kontakten kam, so weiß man doch, daß die „Verhandlungen“ zwischen Bagdad und Talabani noch 1983 begannen und mehr oder weniger geheim das ganze Jahr 1984 hindurch andauerten. Die Führung der *DPK-I* in Iranisch-Kurdistan hatte dazu ihre Zustimmung gegeben. Ich werde darauf in Band 3 von „Kurdistan und die Kurden“ zurückkommen, das von der inadequaten kurdischen Bewegung handelt, die in einem traurigen Zustand ist, im Innern zerrissen und von außen hin und her gezerrt: Zu sagen, daß die Führung der *PUK* an dem Verrat des irakischen Präsidenten, die türkische Armee der Putschisten aufzufordern, gegen die Stellungen der *PDK* im Badinan, also auf irakischem Territorium, vorzuziehen, beteiligt gewesen sei, geht dennoch einen Schritt zu weit.



*(Foto: Gérard Klijn)*

Institut kurde de Paris

## Anmerkungen

- 1 Vgl. den Artikel „M. Saddam Hussein, président bienaimé“ von Jean Gueyras, in: „Le Monde“ vom 20.9.1980.
- 2 Irakische Zeitschrift, Ausgabe vom 9.12.1979.
- 3 „Le Monde“ vom 20.9.1980.
- 4 Es sind dies die Departments, die in Qadisiyyeh, Muthanna, Thyqar und al-Anbar umbenannt wurden.
- 5 „Al-Waqa'i al-iraqiyyeh“, Nr. 2856/1048 vom 2.11.1981.
- 6 Vgl. meine Studie: „La question nationale du Kurdistan irakien: Etude de la révolution de 1961 (à 1970)“, Ed. La Baconnière, Neuchâtel 1970, 215 S.
- 7 Siehe „The Economist“, London, vom 4.12.1982.
- 8 Der vollständige Text der Rede ist abgedruckt in: „Al Thawrah“ (Die Revolution), dem Zentralorgan der irakischen *Baath*-Partei, vom 30.1.1983. Siehe auch die diesbezüglichen kritischen Kommentare in „Yeketiyy“ und „Al Ittihad“ (Die Union), beides Organe der *PUK*, vom Februar 1983.
- 9 Zu den kurdischen Parteien und allgemein zu den Oppositionsparteien siehe die Artikel von Chris Kutschera: „La vallée des partis“, in: „24 heures“, Lausanne, vom 5.5.1980 und „La poudrière kurde“, a.a.O., sowie die Reportage von Antoine Zorzi: „Les mille et un ennemis du président irakien“, in: „24 heures“, Lausanne, vom 7.5.1980.
- 10 Titelzeile der Zeitschrift „Al Ittihad“, herausgegeben von der *PUK*, Februar/März 1983.
- 11 Siehe „Journal de Téhéran“ und „Tehran Journal“ vom 7.3.1979.
- 12 Die türkische Zeitung „Hürriyet“, zitiert in: „Le Monde“ vom 20.6.1978.
- 13 Zitiert in: „Regay Azadi“ vom November 1982.
- 14 „Regay Azadi“ vom August 1982.
- 15 Für detailliertere Angaben hierzu siehe: I.C. Vanly: „Le Kurdistan irakien entité nationale“, S. 162 – 174.
- 16 Siehe „Al-Sharara“ („L'Étincelle“, „The Spark“), das Organ der *PUK*, vom Dezember 1982.
- 17 Siehe die libysche Tageszeitung „Al-Zahf al-akhdar“ (Der grüne Marsch) vom 7.2.1983.
- 18 „Le Monde“ vom 28.5.1983.
- 19 „Le Monde“ vom 31.5.1983.
- 20 Ebd.
- 21 „Al Ittihad“, Auslandsorgan der *PUK*, vom Juni 1983.
- 22 „Le Monde“ vom 24.7.1983: „Ankara: L'allié méritant“.
- 23 „Le Monde“ vom 2. und vom 4.6.1983, „The Guardian“ vom 31.5.1983.



- 24 Vgl. „New Pesh Merga“, Auslandsorgan der *PGDK*, vom Juni 1983.
- 25 Ebd.
- 26 Der Gesamttext ist auf Arabisch in der Reihe „Documents“, Nr. 9, Mitte Juli 1983 veröffentlicht worden. Diese Reihe wird von der Sektion Europa der *PDK* herausgegeben.
- 27 Ebd.
- 28 Vgl. die Zeitschrift „Al-Shaheed“ (Teheran), „Stimme der Islamischen Revolution“, Nr. 115 vom 26.10.1983.
- 29 „Le Monde“ vom 24. und vom 27.10.1983.
- 30 „Saut al-Jabha“ und „The Front“, jeweils von Oktober und November 1983.

Institut kurde de Paris

Institut kurde de Paris

## Irakisch-Kurdistan: Ergänzungen 1984 – 1986

### PDK irakische Allianzen und irakische Kommunisten:

„Die PDK spielt gründlich und nachhaltig die Karte der National-Demokratischen Front, die an der Seite der PDK kleine kurdische Organisationen versammelt: die Sozialistische Partei Kurdistans (von Rasul Mamend) und die Pasok (Kurdische Sozialistische Partei) ebenso wie arabische Parteien: hauptsächlich die Irakische Kommunistische Partei (IKP), aber auch kleine Organisationen . . . Wenn einige dieser Organisationen nur eine symbolische Präsenz haben (..), so ist das Engagement der IKP bedeutend: mehrere Mitglieder der Politbüros leben ständig im Hauptquartier der Partei, die ihre eigene Rundfunkstation hat und zwischen 400 bis 600 „ansar“ (Partisanen), und zwar sowohl in der befreiten Zone des Badinan als auch in der Region von Sharbajer und Halabja.

Die IKP legt die Betonung auf die politische und militärische Ausbildung ihrer Kader. Wie Kerim Ahmed, (kurdisches) Mitglied des Politbüros der IKP, den wir in seinem Hauptquartier in den Bergen treffen, es erklärt: „Der bewaffnete Kampf in Kurdistan, wird, trotz seiner Bedeutung nicht entscheidend sein in der Schlacht zum Sturz der Regierung . . . Unser Hauptziel ist der Sturz des Regimes durch einen bewaffneten Aufstand der Volksmassen in den Städten . . . Mit dieser Perspektive sehen wir Kurdistan als ein Zentrum für die militärische Ausbildung an, die eine bedeutende Anzahl von Kadern für die Städte liefern kann.

Obwohl er mit geringen Abweichungen diese Analyse auch zur seinen macht, meint Mas'ud Barzani, daß die anderen politischen Organisationen der irakischen Opposition möglicherweise nicht immer alles tun, was sie sollten. Die PDK mißt darum ihren regionalen Allianzen mit Libyen und Syrien – die der irakischen kurdischen Bewegung materielle Hilfe gewähren – und mit dem Iran, weil dieser zweifellos die einzige Kraft zu sein scheint, die dem Regime in Bagdad ein Ende bereiten kann, zunehmende Bedeutung bei. . . .“

(Chris Kutschera, Le Monde, 3./4. Nov. 1985)

## **PDK vs. USA:**

„Die Führung der PDK und Mas'ud Barzani selbst haben sich verändert. 39 Jahre alt, ist der, der die rechte Hand seines Vaters sowohl an der Front als auch bei seinen Kontakten mit dem Schah oder der CIA gewesen ist, durch den Verrat des einen wie der anderen 1975 nachhaltig geprägt worden.

Seit dem Kongreß vom November 1979 einer ‚antiimperialistischen‘ Partei, ist Mas'ud Barzani deswegen schon ein Mann der Linken? Das ist nicht sicher. Doch hat Mas'ud Barzani in mehreren langen Unterhaltungen in Rajan – einer kleinen kurdischen Ortschaft im Iran, wenige Kilometer vom Dreiländereck zwischen Irak, Iran und der Türkei entfernt – Mühe, hinreichend harte Worte zu finden, um den Haß auszudrücken, den er auf die USA hat. ‚Ich war nicht so vor 1975‘, gibt er zu, ‚aber jetzt würde ich alles nur Vorstellbare tun, um ihren Interessen zu schaden, wo auch immer in der Welt: dies sind Leute ohne Ehre, ohne Moral.‘

Diese Wunde, die wahrscheinlich durch nichts jemals wieder geheilt werden kann, erklärt, warum Mas'ud Barzani seine ganze Politik auf ein Bündnis mit den Staaten gründet, die am meisten ihren Anti-imperialismus herauskehren – Libyen, Syrien und den Iran Khomeinis.

Unter den acht Mitgliedern des Politbüros der PDK findet man an der Seite von Idris und Mas'ud Barzani eindeutig links geprägte Persönlichkeiten wie Giorgis Hassan, Roj Shawes und Mohamed Juma‘.“ (Chris Kutschera, Le Monde, 3./4. Nov. 1985)

## **Demokratische Partei Kurdistans-Irak vs. Iran:**

„... Trotz all dieser Probleme sieht Mas'ud Barzani, der Iman Khomeini nur ein einziges Mal 1979 getroffen hat, aber regelmäßig vom Präsidenten Khamenei und vom Präsidenten des Parlaments Rafsanjani empfangen wird, sein Bündnis mit dem Iran als ‚essentiell und strategisch‘ an.

Wiederholt er den Fehler seines Vaters? Er widerspricht energisch. Zuerst, unterstreicht er, sind die Beziehungen der PDK mit dem Iran nicht geheim, sondern offiziell. Damals, fügt er hinzu, waren die Kurden die einzigen, die solche unterhielten, während dies heute für die gesamte irakische Opposition zutrifft. Aber vor allem kann man

nach Meinung des Sohns von General Barzani das Regime Khomeini nicht mit dem des Schahs vergleichen.

In die Enge getrieben, muß der Präsident der PDK immerhin zugeben, daß er offensichtlich durch eine eventuelle Übereinkunft zwischen dem Iran und dem Irak betroffen wäre. — ‚Dieses Mal‘, bekräftigt er, ‚wird die Entscheidung, den Kampf fortzusetzen, in unseren Händen bleiben ... Und überhaupt bin ich der festen Überzeugung, daß Khomeini keinen Kompromiß mit Saddam Hussein eingehen wird.‘

(Chris Kutschera, Le Monde, 3./4. Nov. 1985)

„Die Demokratische Partei Kurdistans-Irak kontrolliert jetzt ein ‚befreites Gebiet‘ in Badinan, das sich über 200 Kilometer entlang der türkischen Grenze von Syrien bis zum Ru-e-Shin-Fluß bei Barzan erstreckt. Dieses Gebiet ist nur 25 Kilometer tief — viel weniger als Barzans Gebiet in den 70er Jahren —, doch es gibt der PDK Raum für ihr Hauptquartier, Radiostation und ihre Streitkräfte. Die PDK behauptet, in diesem Gebiet 6000 Peshmerga zu haben, die sie mit Mitgliedern anderer ‚befreundeter‘ Organisationen teilt. Zu diesen gehören die anderen Gruppen innerhalb der Nationalen Demokratischen Front — die Irakische Kommunistische Partei und die Kurdische Sozialistische Partei (Pasok) — ebenso wie die irakische Da'wa Partei und die PKK ...

Es gibt zwei vitale strategische Ziele in diesem Gebiet — die internationale Straße, die den Irak mit der Türkei und Europa verbindet, und die Pipeline, über die der Irak das meiste seines Öls exportiert. Beide sind gut verteidigt, die Straße durch einen Zaun und die Pipeline durch eine Kette von unterirdischen Bunkern in 200 Meter Abständen mit Telefon verbunden. Ferner gibt es Minenfelder und regelmäßige Hundepatrouillen.

Doch die wichtigste Abschreckung vor einem Angriff ist die Angst vor türkischen Gegenschlägen. Seit dem Frühjahr sind ungefähr 30.000 türkische Soldaten entlang der Grenze konzentriert worden. Sie können jederzeit zum Angriff übergehen und würden sicher zum Angriff gereizt durch die Sabotage der Pipeline. Der PDK-Vorsitzende Mas'ud Barzani sagt: ‚Wir wollen keinen internationalen Zwischenfall schaffen, indem wir die Pipeline in die Luft jagen. Wir werden es tun, sobald es ein Maximum an Wirkung auf die Irakis hat — wenn also die internationale Lage sich so weit verschlechtert, daß sie damit nicht mehr fertigwerden können.‘

Die PDK erwartet nicht, President Saddam Hussein durch ihre Guerilla-Operationen stürzen zu können, aber Barzani weist darauf hin, daß die PDK nichtsdestotrotz tausende irakische Soldaten in Kurdistan bindet. ‚Dies ist eine Katastrophe für das irakische Regime, das diese Truppen dringend für den Krieg im Süden braucht‘, sagt er. ‚Aber obwohl die Kurdische Revolution immer darin erfolgreich war, das Regime zu destabilisieren, können wir es nicht von uns aus stürzen. Dies muß parallel und zusammen mit anderen Teilen der irakischen Opposition und in einem regionalen Rahmen erfolgen.‘

Zu einem Staatsstreich gegen Saddam Hussein: ‚Wir sind nur begrenzt in der irakischen Armee vertreten. Dies ist ein Job für die arabischen Nationalisten und die islamischen Gruppen, die behaupten, Einfluß zu haben‘, sagt Barzani. Die PDK setzt statt dessen auf ihre regionalen Bündnisse mit Syrien, Libyen und besonders Iran.

Aber das Bündnis mit Iran ist nicht immer bequem, und es ist ganz gewiß eine ungleiche Partnerschaft. Einige PDK-Führer zum Beispiel sind unglücklich über die neue strategische Straße, die Iran gebaut hat, um Ushnu mit dem PDK-Hauptquartier in Khrena, auf der anderen Seite der Grenze zu verbinden. Obwohl dies den Peshmerga erlaubt, in drei Stunden Khrena im Landrover zu erreichen, wird dies auch als Zeichen betrachtet, daß Iran gegebenenfalls beabsichtigt, seine eigenen Truppen in dieses Gebiet zu schicken, das gegenwärtig unter absoluter Kontrolle der PDK steht.

Trotzdem sehen Barzani und das PDK-Politbüro die Allianz mit dem Iran als ‚essentiell und strategisch‘ an. Wie einer von Barzanis engsten Mitarbeitern es ausdrückt: ‚Solange der Status quo in der Region bewahrt wird, gibt es keine Hoffnung für die kurdische Bewegung. Die Iraner sind die Einzigen, die eine Änderung wollen. Wer weiß, was sie später mit der Türkei anstellen werden. Sie sind sehr ambiotioniert – und wir müssen dabei eine Hand im Spiel behalten.‘

(Chris Kutschera in „The Middle East“, September 1985)

### **Entwicklungen in der Patriotischen Union Kurdistans (PUK):**

(Das Folgende sind Auszüge aus einem Interview des PUK-Führers Jalal Talabani mit einem französischen Journalisten im September 1985, veröffentlicht in „The Torch“, PUK-Zeitschrift in den USA, vom Febr. 1986.)

Zu den Zielen: ‚Wir kämpfen jetzt für das Recht auf Selbstbestimmung, nicht für Autonomie ... Das Recht auf Selbstbestimmung um-

faßt einen unabhängigen Staat, einen Bundesstaat, und Autonomie (wirkliche Autonomie). Autonomie ist eine sehr beschränkte Form von Selbstregierung. Wir sind nicht zufrieden damit. Wir glauben nicht, daß Autonomie das kurdische Problem im Irak lösen kann. Im Augenblick ebnet das Andauern des Krieges zwischen Iran und Irak den Weg für bestimmte Veränderungen, von denen wir erwarten, daß sie (vielleicht) günstig für neue Parolen für die Kurdische Nationalbewegung sind.

Zum Beispiel, wenn Iran Irak besetzt und auch dem Irak eine Islamische Republik aufzwingt, also eine gleiche Islamische Republik sowohl für Iran als auch Irak (unter iranischer Vorherrschaft); dann wird das kurdische Volk eine solche Situation ablehnen, und wir werden dann für eine kurdische Republik in beiden Teilen Kurdistans (im Iran und im Irak) kämpfen (...)

Auf die Frage, was PUK repräsentiere: „PUK steht für Patriotische Union Kurdistans. Wir sind keine politische Partei. Wir sind eine semi-Front-Organisation verschiedener ideologischer Tendenzen der kurdischen Gesellschaft. Wir haben drei Hauptgruppen in unseren Rängen: 1) die Liga der Arbeiter Kurdistans (Komala), die marxistisch-leninistisch ist; 2) die Union der Revolutionäre Kurdistans, die sozialistisch-fortschrittlich ist; 3) demokratische und patriotische Einzelpersonen, die an das Programm der PUK glauben, aber weder der einen noch der anderen Organisation angehören. (...)

#### **PUK – Ba'ath und PDK:**

„... Mit ihren Basen im Süden des irakischen Kurdistan, hauptsächlich entlang der Achse Kirkuk-Koisanjak-Qala Dize begann die PUK Jalal Talabanis, die damals behauptete, vier bis fünf Tausend Peshmerga zu haben, im Dezember 1983 Verhandlungen mit der irakischen Regierung: ‚Mit Saddam Hussein kann man immerhin diskutieren‘, sagten die Verantwortlichen der PUK, ‚während Khomeini nicht einmal die Existenz von Nationalitäten anerkennt.‘

Formell im Januar 1985 abgebrochen, haben die Verhandlungen die PUK im Inneren isoliert – und ebenso auf internationaler Ebene: Libyen und Syrien haben in der Tat jede Hilfe an die Organisation Talabanis eingestellt. Um aus dieser Isolation herauszukommen, sandte die PUK Unterhändler zur Demokratischen Partei – der sie einen ‚Nichtangriffspakt‘ vorschlug. Nach einigen Informationen

soll die PUK sogar darum gebeten haben, der National-Demokratischen Front (JUD) der PDK anzugehören.

Die PUK habe ebenso Unterhändler in den Iran geschickt, um zu versuchen, wieder Beziehungen mit der iranischen Regierung aufzunehmen.“

(Chris Kutschera in „Le Monde“ vom 3./4. November 1985)

Institut kurde de Paris





Am 27. Juli '85 wurde im Bremer Hafen beobachtet, wie Kisten des Rüstungskonzerns **MTU/Friedrichshafen** auf das irakische Schiff **Balgass** (Basrah) der Iraq Line verladen wurden (s. Photo). Die MTU-Kisten, die sich auf österreichischen LKW's des Type Steyr 1491 befanden, waren an das irakische Verteidigungsinstitut adressiert. Daraufhin stellte die Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel Anzeig gegen Art. 26.1 des Grundgesetzes und § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes. Aufgrund desselben Gesetzes erstattete die Arbeitsgemeinschaft Anzeige gegen die an der Verschiffung beteiligte Bremer Lagerhaus Gesellschaft, die zu 51 % dem Bremer Senat gehört.

Bereits am 20. Juni und am 24. Juni wurden 60 bzw. 70 Militär-LKW's sowie am 24. Juli ca. 20 im Hafen Bremer Neustadt und ca. 40 im Überseehafen für denselben Empfänger gesehen. Die Militärfahrzeuge sind mittlerweile alle verschifft worden. Alle LKW's wiesen dieselben militärischen Kennzeichen auf (s. a. Photo):

- militärische Pritschen zum raschen seitwärtigen Abspringen
- sandfänger Tarnanstrich
- Fadenkreuz zum Kolonnenfahren
- Allradantrieb mit Ausgleichsgetriebe
- Schießkranz mit Gewehrhalterung auf dem Fahrerhaus sowie Schließluke
- Nato-Anhängerkupplung
- Tarnbeleuchtung

Zur Erinnerung sei angemerkt, daß der iranisch-irakische Golfkrieg im September 1980 entbrannte, ein Jahr nach der iranischen Revolution, und bisher ca. 1 Million Tote forderte (Irak: ca. 200.000 Tote). Der Krieg, der bereits länger als der erste Weltkrieg dauert, darf als gewaltige Materialschlacht bezeichnet werden, bei der es der Bundesregierung und bundesdeutschen Unternehmen gelingt, trotz direkter Waffenlieferungen in den Irak, beste Wirtschaftsbeziehungen zu

beiden Staaten aufrechtzuerhalten. Der Handelspartner Nr. 1 des Irak heißt BRD.<sup>1</sup> Die islamische Republik Iran ist seit 1983 wieder zum wichtigsten deutschen Exportmarkt in der Nah- und Mittelostregion aufgestiegen.<sup>2</sup>

Nun sind für die LKW-Lieferungen — wie eine Anfrage beim zuständigen Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ergab — keine Genehmigungen erforderlich, da die österreichischen Behörden bereits eine Exportgenehmigung erteilt hätten. So bleiben bundesrepublikanische Häfen weiterhin wichtige Umschlagplätze für Rüstungslieferungen.

In jüngster Zeit sind folgende Exportgeschäfte deutscher Rüstungsbetriebe mit dem Irak bekannt geworden:

- 1.) Zur Zeit prüft die Bundesregierung, ob die Lieferung des Hubschraubers BK-117 von MBB einen illegalen Rüstungsexport darstellt. Sie sollen via Österreich in den Irak geliefert worden sein, nachdem sie in Augsburg mit entsprechender Militärelektronik ausgestattet wurden. Die Elektronik wäre nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig gewesen.<sup>3</sup>
- 2.) 20 Panzerabwehrhubschrauber des Typs BC-105 vom MBB, bewaffnet mit

HOT-Panzerabwehrraketen von Euromissiles (deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt) und einer 20 mm Kanone der Schweizer Firma Bührle Oerlikon, gelangten über die spanische Firma Casa in den Irak. Hierzu sei — nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums — keine Exportgenehmigung notwendig gewesen.<sup>4</sup>

3.) Transporter von Magirus-Deutz befördern britische Chieftain-Panzer von Kuwait nach Irak.<sup>5</sup>

Weitere Informationen zu Waffenexporten in die Golfregion s. „blätter des iz3w“ Nr. 120/84, S. 30/31.

### Deutsch-irakische Rüstungskooperation

Der Begriff Rüstungsexport, der von der Regierung sehr eng gefaßt wird (s. o.), umfaßt auch Lieferungen von Produktionsanlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern. Dabei ist die Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Nutzung oft der willkürlichen Interpretation der am Geschäft beteiligten Regierungen und Unternehmen ausgeliefert. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

## Pestizid- oder Giftgasproduktion?

Undurchsichtig ist noch, inwieweit eine deutsch-irakische Zusammenarbeit bei der Pestizid- bzw. Giftgasproduktion besteht. Es ist erwiesen, daß der Irak Senfgas im Krieg gegen Iran einsetzte.<sup>6</sup> Vergiftete Iraner befinden sich zur Behandlung in deutschen Spezialkliniken.<sup>6a</sup> Im letzten Jahr kam der Verdacht auf, daß die chemischen Kampfstoffe in Produktionsanlagen für Pflanzengifte der deutschen Firma Karl Kolb/Pilot Plant hergestellt wurden. Daraufhin erließ die Bundesregierung im August '84 eine entsprechende Exportbeschränkung.<sup>7</sup> Das Hessische Finanzgericht hob diesen Erlaß aus formalen Gründen auf: das nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung praktizierte Umlaufverfahren reiche nicht aus; es hätte dazu einen Kabinettsbescheid geben müssen.

Die Firma konnte den Verdacht zurückweisen, nachdem der TÜV feststellt hatte, daß die Produktion von Senfgas in dieser Anlage gar nicht möglich sei. Die Bundesregierung muß nun Schadenersatz leisten. Die Auftragssumme für die Produktionsanlage belief sich auf 6,6 Millionen DM.<sup>8</sup>

## Deutsch-ägyptische Kooperation

15 Millionen Menschen leben im Irak, davon 2 Millionen ägyptische Gastarbeiter (übertragen auf bundesrepublikanische Verhältnisse hieße das 8 Millionen — tatsächlich 4 Millionen — Gastarbeiter). 420 ägyptische Kampfpiloten stehen in Diensten der irakischen Luftwaffe. Ägypten, das als eines der wenigen Länder der 3. Welt eine relativ eigenständige Rüstungsindustrie aufbaute, lieferte 1984 Munition im Wert von 1,42 Mrd. \$ auf Rechnung der Saudis in den Irak.<sup>9</sup> Vor diesem Hintergrund bekommt das Interesse der deutschen Rüstungsbetriebe Krauss-Maffei am Bau eines Panzerwerks, Thyssen-Henschel und Daimler/Benz an der Lieferung von Produktionsanlagen für den Schützenpanzer „Fahd“ (der Ersatz-Leopard II für den Nahen- und Mittleren Osten) sowie Dynamit Nobel an der Planung einer Langstreckenrakete ein anderes Gewicht.<sup>10</sup> Ägypten exportiert zur Zeit für ca. 1 Mrd. \$ Waffen, vor allem an Irak. Neben der direkten deutschen Beteiligung an der Waffenversorgung der Kriegsparteien will man sich auch die indirekten Wege offenhalten. Guter Geschäftssinn?

## Nukleare Zusammenarbeit

Beim Export von KKW's ist die deutsche Geschäftstätigkeit, speziell der Kraftwerksunion (KWU-Siemens), bereits aus anderen Ländern bekannt (z. B. Brasilien).<sup>11</sup> In Ägypten arbeiten Industrie und Bundesregierung zum Wohl der hiesigen

Arbeitsplätze wieder einmal zusammen. Die KWU will dank der Hermes-Bürgerschaft über 2 Mrd. DM gute Chancen eines 3,8 Mrd. Auftrag für den Bau eines KKW's zu erhalten.<sup>12</sup> Der Irak, dessen Forschungsreaktor 1981 von Israel zerstört wurde,<sup>13</sup> ist übrigens eines von 8 nuklearen Schwellenländern. Die Behauptung, beim irakischen Interesse an Ägyptens Atomenergieprogramm schwinde der Hintergedanke an die militärische Nutzung der Kernenergie mit, mag eine Unterstellung darstellen. Behauptungen und Unterstellungen in dieser Richtung haben sich allerdings — spätestens seit Indiens erstem Kernwaffentest — oft als bittere Realität herausgestellt. Denn „friedliche“ und „militärische“ Nutzung der Atomenergie gehen Hand in Hand.



## Deutsch-irakische Wirtschaftsbeziehungen

Während die deutschen Ausfuhr trotz des Krieges zwischen 1977 und 1982 um das Vierfache auf 7,6 Mrd. DM gestiegen sind, erlebte die irakischen Exporte in die BRD einen kriegsbedingten Einbruch im Jahre 1981 (1980: 1,1 Mrd. DM, 1981: 176,8 Mill. DM)<sup>14</sup> auf ein Achtel ihres Vorjahreswertes. Die Zahlenvergleiche aus dem Jahre 1982 zeigen das Ungleichgewicht im Handel zwischen beiden Staaten. Die Bundesrepublik exportierte im wesentlichen Straßenfahrzeuge (34 %) und Maschinen (24 %) im Wert von besagten 7,6 Mrd. DM, der Irak lieferte Erdöl (etwa 99 % der irakischen Gesamtausfuhr entfallen auf Öl) im Wert von 582,5 Mill. DM.<sup>15</sup> Der deutsche Ausführungsüberschuss entsprach demnach zu gut 90 % dem Volumen der Gesamtausfuhr. Wenn sich auch die Export-Import-Relation 1983 (neuere Zahlen nicht verfügbar) etwa entspannte (Dt. Einfuhr: 1 Mrd. DM, dt. Ausfuhr: 3,6 Mrd. DM),

so besteht dennoch ein krasses Mißverhältnis.<sup>16</sup>

Dieses enorme Ungleichgewicht bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die irakische Wirtschaft. Außerdem ließ der Krieg die 35 Mrd. \$ (nach Handelsblatt)<sup>17</sup> bzw. 26 Mrd. \$ (nach Spiegel)<sup>17</sup> starken Devisenreserven auf fast Null schrumpfen. Mittlerweile hat der Irak mit der Rückzahlung seiner Schulden zu kämpfen. Allerdings scheint es nach langwierigen Umschuldungsverhandlungen (ca. 2 Mrd. \$ Schulden gegenüber BRD, Frankreich und Japan) wieder aufwärts zu gehen. Jedenfalls bekam die Bundesrepublik, die nach Schätzungen alleine 1 Mrd. DM (laut Handelsblatt)<sup>18</sup> bzw. 3 Mrd. DM (laut ZEIT)<sup>19</sup> aus dem Zeitraum 1983—1985 auf 2 Jahre stundete, am 1. April '85 ihre erste Rate bezahlt. Dies scheint die Bundesregierung dazu veranlaßt zu haben, der deutschen Wirtschaft für Exporte in den Irak — wegen dessen „politischer und wirtschaftlicher Beständigkeit“ — wieder Hermesbürgschaften auszustellen.<sup>20</sup> Und die krisengeschüttelte deutsche Baubranche wird sicherlich aufgestrebt haben, da sie — neben der Rüstungsindustrie — besonders stark im Irak angangiert ist:

- 1.) Das Mosul-Staudamm-Projekt im Nordirak (s. Karte), bei dem der Tigris aufgestaut werden soll, ist ein gigantisches Mammutvorhaben (Ende der Bauzeit: Juni '86) unter führender Beteiligung des Essener Bauunternehmens Hochtief. Auftragsvolumen: 1,5 Mrd. \$!
- 2.) Nahe Basra im Süden des Iraks (s. Karte) entsteht ein 170 km langer Kanal. Bauherren: Philipp Holzmann, Polensky & Zöllner, Strabag u. a.
- 3.) Zwischen Kirkuk und Sulaimanija (s. Karte) baut die Krupp Polysius AG ein auch für europäische Verhältnisse gewaltiges Zementwerk.<sup>21</sup>

Trotz Krieg nahm die Anzahl der in Bagdad mit Büros vertretenen bundesdeutschen Firmen in den letzten 5 Jahren um 30 auf 150 Unternehmen zu.

## Deutsch-iranische Wirtschaftsbeziehungen

Nach Angaben von amnesty international wurden seit Bestehen der Islamischen Republik (1979) offiziell 6027 Menschen hingerichtet, alleine 1984 sind 580 Personen exekutiert worden. Tatsächlich darf man die Zahlen viel höher ansetzen, da heimliche Exekutionen an der Tagesordnung sind.<sup>22</sup> Trotz der verbalen Verurteilung des Chomeini-Regimes florieren die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen nun bereits schon besser als zu Zeiten des Schahs. Während Waren im Wert von 2 Mrd. \$ im letzten Jahr exportiert wurden, kamen lediglich Waren für 560 Millionen \$ aus dem Iran in die Bundesrepublik. Der Überschub beträgt demnach 1,44 Mrd. \$, eine Summe, die mehr als die Hälfte des iranischen Handelsbilanzdefizits ausmacht (1984: 2,25 \$).<sup>23</sup>

Die islamische Republik, deren Gesamtausgaben von 41 Mrd. \$ zu einem Drittel im Golfkrieg Verwendung finden, kämpft im Moment mit dem starken Rückgang der Ölexporter und dem Ölpreiserfall. Bei einem Besuch des stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten für Wirtschaft und Finanzen — Mohammad Nasser Sherafat — in Bonn (Februar '85) beklagte dieser das Ungleichgewicht im Handel mit der Bundesrepublik. Aus der BRD kommen im wesentlichen Kraftfahrzeuge, Maschinen und elektronische sowie chemische Erzeugnisse, der Iran liefert Erdöl und Teppiche (reiner Warenverkehr, keine industrielle Zusammenarbeit wie mit Irak).<sup>21</sup> Dieses Ungleichgewicht, so wird nun von wirtschaftlicher und politischer Seite bedauert, sei strukturell bedingt. Nicht bedauert wird der eklatante Widerspruch zwischen politischen Verbalattacken gegen das Chomeini-Regime und den wirtschaftli-

chen Fakten. Die „Freunde der iranischen Revolution“ in der BRD beurteilen diesen Widerspruch folgendermaßen: „Aufträge aus diesem Land — das in den deutschen Medien oft verteuert wird — werden von unseren Firmen gern angenommen, ebenso gern das Geld, das die Islamische Republik für die Durchführung der Aufträge bezahlt. Kaum jemand macht sich über dieses Paradoxon Gedanken, daß das Islamische Gesellschaftssystem — und damit auch die Bevölkerung Irans, die die Islamische Revolution unterstützt — bei uns (der BRD — die red.) verabscheut wird, während wir gerne deutsche Arbeitsplätze durch Geld der Islamischen Republik gesichert sehen.“<sup>22</sup> Zur Erläuterung: Die „Freunde“ sind eine pro-revolutionäre Vereinigung deutscher und iranischer Chomeini-Sympathisanten.

#### Anmerkungen:

- 1 MTU wurde am Februar '85 für 680 Mfl. DM von Daimler-Benz gekauft
- 1a Statistik des Auslandes, Länderbericht des Irak 1984, S. 44, Hrg.: Statistisches Bundesamt
- 2 Heidenblatt (HB) vom 12. 2. 85
- 3 vgl. am 4/85, K-4
- 4 vgl. am 1/85, K-1
- 5 taz vom 11. 9. 84
- 6 vgl. „Näher des UZV“ Nr. 120/84, S. 30
- 6a Die ZEIT vom 26. 7. 85
- 7 Die ZEIT vom 8. 2. 85
- 8 HB vom 7. 2. 85
- 9 Spiegel vom 25. 3. 85
- 10 vgl. am 2/85, K-4
- 11 zu den Absatzexporteressen der Bundesrepublik vgl. anti-Themenheft Nr. 6/85, Y-55
- 12 vgl. am 2/85, K-4
- 13 vgl. am 6/85, Y-711
- 14 Statistik des Auslandes, ebds., ebds. S. 46
- 15 ebds.
- 15a Stat. Jahrbuch 1981
- 16 HB vom 23. 4. 85
- 17 Spiegel vom 25. 3. 85
- 18 HB vom 23. 4. 85
- 19 Die ZEIT vom 2. 8. 85
- 20 FAZ vom 15. 4. 85
- 21 vgl. Die ZEIT vom 2. 8. 85
- 22 FAZ vom 5. 3. 85
- 23 HB vom 9. 3. 85
- 24 HB vom 12. 2. 85
- 25 „Freunde der iranischen Revolution in Iran“, Juni 85

## Das „Große Massaker“ im Abu Ghraib Gefängnis:

Am 14. März 1986 publizierte Ann Clwyd, Labour-Abgeordnete im Britischen Unterhaus eine Presseerklärung, die einen Bericht eines Gefängnisoffiziers enthielt, der im Gefängnis von Abu Ghraib arbeitete. Abu Ghraib ist das größte Gefängnis für politische Gefangene im Irak. Gegenwärtig sitzen dort etwa 17.000 Menschen, davon etwa 500 zum Tode verurteilt.

Der Offizier, der anonym blieb, berichtete von einem vom irakischen Staatspräsidenten angeordneten Massaker unter den Gefangenen, darunter mehr als die Hälfte Kurden. 5000 Gefangene wurden liquidiert. Auszüge aus dem schriftlichen Bericht:

„Genau um 8 Uhr 30 am Abend des (...) 12. Sept. 1984 rief der Schlächter (Saddam Hussein) den Gouverneur des Gefängnisses für Sonderstrafen an und gab ihm das Codewort durch (Fangt an! Fangt an!), das Hinrichtung bedeutete. (...) Bei Morgendämmerung wurden 500 Gefangene aufgerufen, denen glauben gemacht wurde, daß sie entlassen würden. (...) Sie waren überrascht, als sie in das von Stacheldraht umzäunte Basmaya Camp gebracht wurden. Das Lager liegt an der Straße nach Salman Bak (etwas mehr als eine Stunde Fahrt südlich von Bagdad). Hunderte von unbewaffneten Soldaten waren dorthin gebracht worden, um dem Massaker beizuwohnen, ebenso wie hunderte von Angehörigen der Sicherheits- und Nachrichtendienste und der Volksarmee, neben Beobachtern aus dem Gefolge des Präsidentenpalastes und einer Reihe von Ärzten.“

# Genschers Neutralität im Golfkrieg

*Bundesregierung: Keine Waffen für Iran und Irak / Deutsche Firmen liefern Kriegsmaterial an beide Seiten*

**Berlin (taz)** — Die Bundesregierung ist im Golfkrieg „strikt neutral“ und beliefert weder Iran noch Irak mit Waffen. Das zumindest betonte Bundesaußenminister Genscher am Montag in Bonn gegenüber dem Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates, Bishara.

In der Realität schlägt sich die „strikte Neutralität“ jedoch in der Tatsache nieder, daß bundesdeutsche Firmen Kriegsmaterial an beide Seiten liefern. Zwar darf die Bundesrepublik offiziell keine Waffen in Spannungsgebiete exportieren. Um zu vermeiden, daß die BRD als Waffenlieferantin Erscheinung tritt, werden die militä-

rischen Güter zu „zivilen“ deklariert, in Drittländern „nachgerüstet“ oder in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen gemäß den Exportbestimmungen anderer Länder geliefert. Bei den „zivilen“ Geschäften rangieren Nutzen und Transportfahrzeuge an erster Stelle. Seit 1981 gingen Fahrzeuge im Wert von jeweils über sechs Milliarden DM an beide Parteien. So zum Beispiel gefechtsbereite Geländetransporter vom Typ 130 M7 der Firma Magirus an den Irak. Die Wagen wurden mit einem roten Halbmond bemalt, um sie als Ambulanzfahrzeuge deklarierten zu können.

Aber auch „scharfes“ Kriegsgesetz findet seinen Weg in die Re-

gion. Auf iranischer Seite wird mit dem G3-Gewehr der Firma Heckler und Koch gekämpft, das seit Schab-Zeiten in Lizenz gebaut wird. Über den Umweg Argentinien verfügt Iran auch über Kampfanzer deutschen Ursprungs: Der Marder-Umbau TAM wurde von Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelt, wird dort gebaut und mit Getrieben ausgestattet. Mittlerweile bemüht sich auch der Irak um diesen Erfolgsschlager.

Die Lieferung von Kriegsmaterial an den Irak wird häufig über eine Zusammenarbeit mit französischen Firmen abgewickelt, wobei die Güter gemäß den französischen Exportbedingungen aus-

geliefert werden. Hier hat sich unter anderem die Firma Messerschmid-Bölkow-Blöhm hervorgetan. Euromissile (je 50% MBB und Aerospatiale) lieferte für vier Milliarden DM 150 Flugabwehrsysteme vom Typ Roland, um nur ein Beispiel zu nennen.

Somit reiht sich die Bundesrepublik in die lange Liste der Länder ein, die durch ihre Lieferungen von Kriegsmaterial das Ausmaß der Kämpfe und die Dauer des Golfkrieges, der mittlerweile seit fünfzehn Jahren währt, erst ermöglichen. Der Appell von Bushara an die EG, sich für einen Frieden im Golf zu engagieren, richtet sich offensichtlich an die falsche Adresse.

*bs/mf*

Die Orgie der Massentötung dauerte zehn Tage hintereinander, rund 500 Gefangene wurden an jedem einzelnen Tag getötet, so daß die Gesamtzahl 5000 betrug. Wie ein Soldat berichtete, fingen auch Parteifunktionäre an, vor Abscheu vor den Horrorszenen des Massakers unruhig zu werden. — Die Leichen wurden später zum Al-Haswa Komplex transportiert, wo über 20 große Tiefkühllastwagen stationiert sind. (Dieser Komplex ist natürlich darauf spezialisiert, die Leichen der Kriegstoten zu transportieren und zu verteilen.)

Jeder Körper erhielt ein Nummernschild um den Hals gehängt, mit dem vollen Namen und der Adresse des Opfers. In der Nacht wurden die Familien benachrichtigt. Sie kamen mit einem Sarg und einem Wagen. Der Körper wurde ihnen nicht ausgehändigt, ehe die Familie nicht 50 Dinar bezahlt hatte, um die Kosten für die bei der Exekution benutzten Patronen zu bezahlen. Die Familien wurden verwart, daß ihr Sohn ein Feigling, ein Verräter oder ein Konspirateur gewesen sei, und deshalb ein ordentliches Begräbnis und Trauer nicht verdiene.

Der größte Teil der Opfer stammte aus der Gruppe der Wehrdienstverweigerer. Politische Oppositionelle aller Art: islamisch, kommunistisch und einige linke Ba'thisten ebenso. Hunderte von Kurden der verschiedensten politischen Richtungen wurden ebenfalls hingerichtet; darunter Studenten der Saladin-Universität in Arbil, die an Demonstrationen innerhalb des Campus gegen ihre gewaltsame Rekrutierung in die Volksarmee teilgenommen hatten. Sie waren verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Vor ihrer Hinrichtung bot man ihnen an, sich freiwillig zur Volksarmee zu melden, an der Front zu dienen und dann begnadigt zu werden. Sie lehnten ab und wurden folglich hingerichtet.

Hunderte der Opfer waren junge Angehörige von Familien, die in den Iran deportiert worden waren, weil sie angeblich iranischer Abstammung seien. Die Jugendlichen hatten eine Reihe von Jahren ohne Anklage im Gefängnis verbracht. Eine beträchtliche Anzahl der Opfer waren Armeeeoffiziere, Soldaten oder Polizeioffiziere; einige waren sogar Angehörige der Sicherheitskräfte.

Die neuesten offiziellen Statistiken geben die Gesamtzahl solcher Gefangener, also junger Angehöriger von deportierten Familien, in allen irakischen Gefängnissen mit 16.000 an.“

Soweit der Bericht des Gefängnisoffiziers, wie er in London veröffentlicht wurde.

Institut kurde de Paris

## Bibliographie

*Dies ist im wesentlichen eine Bibliographie deutschsprachiger Veröffentlichungen zum Thema. Titel in anderen Sprachen wurden nur aufgenommen, wenn es sich um besonders interessante oder unumgängliche Lektüre handelt. Ich bin dankbar für die Vorarbeit, die der Verein der Arbeiter aus Kurdistan (einem Mitglied in KOMKAR) 1984 in Bremen mit der Herausgabe der „Bibliographie der Literatur über Kurdistan in deutscher Sprache“ geleistet hat. – Meine Auslassungen sind unbeabsichtigt, sondern dem Zeit- und Platzmangel und möglicherweise auch Ungenügen zuzuschreiben. Wir sind dankbar für jeden Hinweis, der es uns ermöglicht, unsere Bibliographie im Band 3 der vorliegenden Reihe, zu ergänzen.*

- ABBAS, H.: Altkurdische Kampf- und Liebeslieder. München 1964.
- ABEGHIAN, A.: Aus dem Geistesleben der Kurden. In: Der Orient, 1930.
- ASKA-Info: Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland, Zweigstelle BRD, Düsseldorf 1977.
- ALDRIDGE, J.: Kein hoffnungsloser Fall. Kolportageroman. Berlin 1975.
- ANSCHÜTZ, H.: Kurdistan, seine wirtschaftlichen, sozialen und verkehrstechnischen Probleme. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 10 (Febr. 1966).
- ARBEITERPARTEI KURDISTANS – PKK: Der Weg der Revolution Kurdistans. Manifest. Verlag Serxwebun, Köln 1986.
- ASHKAR, W. und NHAR, C.: Hey le bi Kurdi binivisine. Alphabetisierungsmaterialien für kurdische Frauen. Kurdisches Institut Bonn 1985.
- BACHMANN, W.: Kirchen und Moscheen in Armenien und Kurdistan. Heinrich 1913.
- BARB, H.: Geschichte von fünf Kurden-Dynastien (Sitzungsberichte der philos.-hist. Klasse der kaiserl. Akademie der Wissenschaften, Bd. XXVIII), Wien 1958. (Teilübersetzung der „Seref-name“).
- BATATU, Hanna: The Old Social Classes and Revolutionary Movements of Iraq (...), Princeton 1978. (unabdingbar zum Verständnis der Entwicklungen im Irak!)
- BEDIR-KHAN, K.: Gerald Götting empfing einen kurdischen Gelehr-

- ten. Die kurdische Frage. In: Neue Zeit, Berlin 1960, 2. Sept., Nr. 208 und 6. Sept., Nr. 209.
- ders.: Der Schnee des Lichtes, Berlin 1937.
- ders.: Die Kurden — Überblick über die Geschichte, Soziologie, Kultur und Politik eines Volkes, Bustan, Wien 1963.
- ders. mit OERTEL, H.: Der Adler von Kurdistan. Ludwig Voggenreister Verlag. Potsdam 1937.
- BEHN, Wolfgang: The Kurds in Iran. Bibliographie. London 1977.
- BELCK, K.: Untersuchungen und Reisen in Transkaukasien, Hocharmenien und Kurdistan. „Globus“, Braunschweig 1893, Bd. LXIII, No. 22 u. 23; Bd. LXVI, No. 10 u. 12.
- BERLINER, R./BORCHARDT, D.: Silberschmiedearbeiten aus Kurdistan. Berlin, D. Reimer. 1922.
- BEŞİKÇİ, İsmail: Dokumente und Analysen zur Lage der Kurden in der Türkei. Frankfurt a.M. 1980.
- ders.: Wir wollen frei und Kurden sein — Brief an die Unesco. Frankfurt a.M. 1984. (Guter Text, bescheuertes Vorwort von keiner Sachkenntnis getrübt).
- BIBLIOGRAPHIE DER LITERATUR ÜBER KURDISTAN IN DEUTSCHER SPRACHE. Verein der Arbeiter aus Kurdistan. Bremen 1984.
- BINGÖL: Der İshak Pascha Palast in Dogubayazit. Diss. Ed. Orient. Berlin 1985.
- BLAU, O.: Die Stämme des nördlichen Kurdistan. ZDMG, 1858, Band 12.
- ders.: Nachrichten über kurdische Stämme. ZDMG. Bd. 16. 1862.
- BRENTJES, B.: Zu einigen Problemen der Geschichte der kurdischen Nationalbewegung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität. Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 1964, Heft 9/10.
- BRUINESSEN, M.M. van: Agha, Sheikh and State. On the social and political organisation of Kurdistan. Utrecht 1978. — 2. revidierte Auflage erscheint 1986 bei Express Ed. Berlin (Wir haben darauf gewartet!)
- BUTYKA, D.: Das ehemalige Vilayet Dersim. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft. Wien 1892. Bd. XXXV, No. 2 — 3, No. 4.
- CHALIAND, G.: Anthologie de la poesie populaire kurde. Paris 1980.
- CHANYKOW, N.: Ausflug nach dem persischen Kurdistan. In: Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland, 1954, Bd. XIII.
- CHRISTENSEN, Dr. D.: Tanzlieder der Hakkari-Kurden. In: Jahrbuch für musikalische Volks- und Völkerkunde. Berlin 1963.
- CARDRI (Hrsg.): Saddam's Iraq: revolution or reaction? London 1985.



- CADER, Abdul-Cader: Räumliche Disparitäten der Lebensgrundlage im irakischen Kurdistan. Ein Beitrag zur Regionalplanung. Berlin 1978.
- CHRISTOFF, H.: Kurden und Armenier. Bunte Folge der Wissenschaften. Hamburg 1935.
- CLAY, Jason W.: Eine Analyse des Anschlusses (sic) des Irak an den Ausschuß zur Abschaffung rassischer Diskriminierung der Vereinten Nationen, CERD / C / 76 / Add. 5, vom 11. Jan. 1983, Hrsg. von AKSA, Darmstadt, ohne Datum.
- COMITAS: Melodies Kurdes. Venedig 1982. (Texte und Noten)
- DESCHNER, G.: Die Kurden haben keine Freunde. München 1981.
- DETTMANN, C.: Vertraue der Pranke. Fotoband. Matari-Verlag, Hamburg 1966.
- DEUTSCH, K.W.: Nationenbildung, Nationalstaat, Integration. Hrsg. von Abraham Ashkenasi und P. Schulze. Düsseldorf 1972.
- DEWRAN, Hassan: Entlang des Euphrat. Gedichte. Express Ed., Berlin 1983.
- EICKSTEDT, E. von: Türken, Kurden und Iranier seit dem Altertum; Probleme einer anthropologischen Reise. Stuttgart 1961. (Vom Altvater der Nazi-Rassenkunde.)
- epd-DOKUMENTATION: Nr. 15 und 16. Flüchtlinge aus dem Libanon. Frankfurt am Main 1985. (auch zur Lage der Kurden im Libanon)
- ders.: Die Lage der christlichen Minderheiten in der Türkei seit dem Staatsstreich im September 1980 (Bericht vom Juni 1982), Frankfurt am Main 1984.
- ders.: Türken in Deutschland. Religiöse und ethnische Minderheiten, Gruppen, Organisationen. Frankfurt am Main 1980.
- ders.: Christliche Minderheiten aus der Türkei. Ein Bericht eines Ausschusses von Kirchen. Frankfurt am Main 1979.
- EVANG. MISSIONSWERK: EMW Informationen Nr. 65. Flüchtlinge aus dem Libanon. Hamburg 1985 (Dort auch zu Kurden.)
- ESTERBAUER, F.: Die Kurdenfrage — Außereuropäisches Anwendungsbeispiel föderalistischer Regelung ethnischer Konflikte. Sonderdruck der Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung. Band 6. Wien 1978.
- FAZIL, Feryad: Kurdisch-Deutsches Wörterbuch. (350 S.)  
Das Werk umfaßt 14.000 Wörter von der klassischen Literatur (ab Ahmed Xani; 1650 — 1706) bis Cigerxwin und die moderne kurdische Literatur, die in verschiedenen kleinen nordkurdischen Dialekten verfaßt worden sind. Das Interesse an der kurdischen Sprache und Kultur wächst sowohl innerhalb der internationalen wissenschaftlichen Forschung als auch in der breiten Öffentlichkeit in den europäischen Ländern. nicht zuletzt auch aufgrund der zahlreichen kurdischen Arbeitsmigranten.

Mit diesem Wörterbuch wird erstmals seit mehr als 20 Jahren eine Verständigungsbrücke zwischen der kurdischen Sprache und einer europäischen Sprache geschaffen, wie es in solchem Umfang noch niemals veröffentlicht worden ist.

Über den Autor:

Feryad Fazil ist seit 1984 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iranistik an der Freien Universität Berlin.

ders.: Wörterbuch Band 2. Zentralkurdisch (Sôrâni) – Deutsch. Ca. 20 – 30.000 Wörter. Erscheint Anfang 1987 bei Express Ed. Berlin.

FRANK, R.: Scheich Adi, der große Heilige der Yezidis. Berlin 1911.

FRANZ, E.: Material zum Kurdenproblem. 2. erwe. Aufl. Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Orientinstitut. Hamburg 1977.

ders.: Minderheiten im Iran. Dokumentation zur Ethnographie und Politik. Hrsg. vom Deutschen Orientinstitut Hamburg 1981.

FUAD, K.: Kurdische Handschriften. Wiesbaden. Steiner Verlag 1970. (Verzeichnis der orientalischen Handschriften in Deutschland. Katalog der kurdischen Handschriften in der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, Berlin. Die Einführung enthält einen Überblick über die kurdische Literatur und Kurzbiographien von etwa 80 Schriftstellern, hauptsächlich des 20. Jhds.

ders. (Hrsg.): Kurdistan (Zeitschrift) 1898 – 1902. Bagdad 1972.

ders.: Kurdische Sprache und Literatur im Überblick. Berlin 1981.

ders.: Die kurdische Widerstandsliteratur. In: RIOP-Papers, Amsterdam 1983.

ders. (Hrsg.): Ibrahim Ahmed „Jani Gel“, Sulaimania, 1972. (Die Wehen des Volkes.)

ders.: Kurdische Folklore in literarischer Überlieferung. Wissenschaftl. Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin. Nr. 15. Berlin 1965.

ders.: Solidarität in der kurdischen Literatur. Dokumente zur kurdischen Woche. Marburg. Mai 1985.

ders.: Herkunft, Entwicklung und Gegenwart der kurdischen Sprache. Dokumente zur Tagung der Lehrer aus Kurdistan, Juli 1985. München.

ders.: Eine Nation in vielen Staaten – Geschichte und Gegenwart Kurdistans. In: Jiyan – Nos. 1 – 3. Berlin 1986.

GAL–HAMBURG, u.a.: Dokumentation zur PKK vs. Rest der Welt (ohne Titel, ohne Datum), Hamburg 1986.

GSTREIN, H.: Volk ohne Anwalt – die Kurdenfrage im Mittleren Osten. Freiburg 1974.

HENLE, H.: Der Neue Nahe Osten. Hamburg 1966.

HANSEN, H.H.: The Kurdish Woman's Life – Field Research in a muslim society. Iraq. Nationalmuseet Kobenhavn 1961.

- HARALDSSON, E.: Land im Aufstand — Kurdistan. Hamburg 1966.
- HAUSER, H.: Kurdistan — Schicksal eines Volkes. München 1975.  
Neuaufgabe (mit ein wenig weniger Fehlern): Die Kurden — Stief-  
söhne Allahs. München 1979.
- HENNERBICHLER, F.: Die Kurden — staatenlos in verbrannter Er-  
de. In: International, Wien. Zeitschrift für internationale Politik.  
1985.
- HENTIG, W.O. von: Heim durch Kurdistan. Ritt und Reise zur Ost-  
front 1941. Potsdam 1944.
- HOFBERICHTERSTATTER: see: Qazzaz, A., Dt. Orientinstitut  
Hamburg.
- HOFMANN, Tessa (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern vor  
Gericht. Der Prozeß Talaat Pascha. Berlin 1921. Neuaufgabe Göt-  
tingen 1980.
- HOFMANN, Tessa (Hrsg.): Das Verbrechen des Schweigens an den  
Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker. Göttingen  
1984. pogrom Reihe Bedrohte Völker. Taschenbuch Nr. 1012.
- HUSSEIN, Saddam (al-Takriti): Eine gemeinsame Frontlinie oder  
zwei gegensätzliche Fronten? Lausanne 1977.  
ders.: Unser Kampf um die internationale Politik. Ebenso.
- HÜTTEROTH, W.-D.: Bergnomaden und Yaylabauern im Mittleren  
Kurdischen Taurus. Marburg 1959. (Diss.) Marburger Geographi-  
sche Schriften.
- IBRAHIM, Ferhad: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Eine  
Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in der Dritten  
Welt. Diss. Islamkundliche Untersuchungen. Bd. 88. Klaus Schwarz  
Verlag Berlin, 1983. 838 Stn.
- KAYA, Serefettin: Diyarbakir. Erfahrungen in einem türkischen Ker-  
ker. Südwind Bericht, ed. Con. Bremen 1984.
- KAHN, Margaret: Children of the Jinn. In search of the Kurds and  
their Country. Seaview Books. New York. 1980.
- KHALIL, Fadel: Kurden Heute. Wien 1985.
- KLIPPEL, E.: Als Beduine zu den Teufelsanbetern. Dresden 1925.  
ders.: Unter Druzen, Kurden und Teufelsanbetern. Berlin 1926.
- KÖHLER, G. und NOGGA-WEINELL, D.: Azade. Vom Überleben  
kurdischer Frauen. Con Verlag. Bremen 1984. Fotos: Abidin Sön-  
mez.
- KÖHLER, W.: Die Kurdenstadt Bitlis nach dem türkischen Reise-  
werk des Ewlija Tschlebi (17. Jhd.). Inaug.-Diss. München 1926.
- KOMKAR: Ausländerpolitik der BRD, Thesen und Forderungen.  
Frankfurt am Main 1981.  
ders.: Blumen Kurdistans. Kindheit zwischen Stacheldraht und  
Bajonetten. 1982.  
ders.: A la Turquie.

- ders.: Türkeihilfe wofür? Die Milliarden des Westens gegen die Völker der Türkei. Berichte und Dokumente. 1980.
- ders.: Deklaration der Nationaldemokratischen Einheitsfront (UGD). 1980.
- ders.: Muttersprache Kurdisch — Teil 1: Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht; Teil 2: Für das Recht auf eine eigene Muttersprache. 1980.
- ders.: Wer sind wir? Was tun wir. 1980.
- KÜCHLER, H.: Öffentliche Meinung. Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden. Diss. Berlin 1978.
- KURDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI SYRIENS (Links): Ein Volk kämpft für seine Existenz. Das kurdische Volk und das chauvinistische Baathregime in Syrien. Hamburg 1974.
- KURDISCHES KULTUR- UND BERATUNGSZENTRUM BERLIN (Hrsg.): Die Lage der Kurden in Deutschland und Berlin-West. Berlin 1984.
- KURDISCHER STUDENTENVEREIN WIEN: Die Kurden — Volk ohne Staat. 1972.
- KURDISTAN-INITIATIVE WESTBERLIN: Der Kampf der Kurden im Iran um Selbstbestimmung. 1981.
- KUTSCHERA, Chris.: Le Mouvement national kurde. Paris 1979.
- LANDEARBEITSGEMEINSCHAFT AUSLÄNDISCHE FLÜCHTLINGE NORDRHEIN-WESTFALEN IN DÜSSELDORF e.V.: Kurdische Kultur und Geschichte. Dokumentation anlässlich des kurdischen Märchenerzählnachmittags 1981 in Dortmund.
- LESCOT, R. und WENZEL, L.Ch.: Mam und Zin — kurdisches Volksepos des Dichters Achmad-i Chani (1650 — 1706), Zürich.
- LUDWIG, K.: Bedrohte Völker. Ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten. München 1985.
- MALIEPAARD, C.H.J.: Wasserräder am Euphrat. Zwischen Arabern und Kurden. Goldmann 1956.
- MAY, K.: Durchs wilde Kurdistan. Bamberg 1892.
- McDOWALL: The Kurds. Minority Rights Group. London 1970.
- MELO, Naum: Staub und Rauch. Wien 1983.
- MINORSKY, V.: Kurden. Artikel in der Enzyklopädie des Islam, alte deutsche Ausgabe. Bd. 2. Leiden 1927.
- ders.: Kurdistan. Artikel in der Enzyklopädie des Islam, alte deutsche Ausgabe. Bd. 2. Leiden 1927.
- MOLTKE, H. von: Briefe über die Zustände und Begebenheiten in der Türkei aus den Jahren 1835 und 1839. Berlin 1841.
- ders.: gekürzte Neuauflage: Unter dem Halbmond. Erlebnisse in der alten Türkei 1835 — 1839, Tübingen 1981.
- ders.: Das Land und Volk der Kurden. In: Vermischte Schriften zur orientalischen Frage. Bd. 2. Berlin 1892.

- MUHABARAT (Irak):** see: Aktenberichte der Sektion Bonn an Berzan al-Takriti. Geheim. (noch unveröffentlicht) 1983 – 86.
- MÜLLER, G.J.:** Einbruch ins verschlossene Kurdistan. Reutlingen 1937.
- MUERMANN, Michael:** Musto, Sahhe und Ousso. Eine Geschichte aus Kurdistan. Lamuv. Bornheim-Merten 1984.
- NEBEZ, J.:** Der Kurdische Fürst Mir Muhammed Rewandizi, genannt Mir-Kora, im Spiegel der morgenländischen und abendländischen Zeugnisse. Ein Beitrag zur kurdischen Geschichte. Hamburg 1970.  
ders.: Kurdistan und seine Revolution. Berlin 1972.  
ders.: Sprichwörter und Redensarten aus Kurdistan. München 1970.  
ders.: Kurdische Schriftsprache. Eine Chrestomatie moderner Texte. Hamburg 1969.  
ders.: Mam und Zin. Deutsche Zusammenfassung einer Liebesgeschichte des Achmad-i Chani. München 1969.  
ders.: Kurdische Märchen und Volkserzählungen. München 1972.  
ders.: Lalo Karim. München 1968.
- NEUBERGER, Günther u.a.:** CIA in Iran. Die Geheimdokumente der Teheraner US-Botschaft. Lamuv. Bornheim-Merten. 1982.
- OMAR, F. Fazil:** Lieder aus vitaler Kehle. Gedichte. Berlin 1981.
- OMAR, F. Fazil:** Das Leuchten aus der Stimme. Kurdische Lyrik – Gedichte – Berlin 9/86. Express Ed.  
Seit ältesten Zeiten gilt der Orient als unerschöpfliche Quelle dichterischen Schaffens, wobei die Lyrik nach wie vor einen Schwerpunkt seiner reichhaltigen Literatur bildet. Während aus dem persischen und arabischen Kulturkreis Gedichtsammlungen zum Teil schon lange in abendländischer Übersetzung vorliegen und damit dem europäischen Verständnis mehr oder weniger zugänglich sind, führt die Literatur aus dem kurdischen Sprachraum immer noch ein Schattendasein.  
Bereits vorhandene Übersetzungen aus dem Kurdischen haben sich als äußerst lückenhaft erwiesen, dienen deshalb nicht einem klaren Einblick in das kurdische Wesen und tragen zu seinem Verständnis leider nur wenig bei. Um so begrüßenswerter ist der Versuch des Autors, eine Sammlung seiner Gedichte erstmals zweisprachig vorzustellen, wobei er dankenswerterweise eine allgemein verständliche und lesbare Art der Transkription des Kurdischen benutzt hat, die als Versuch einer Vereinheitlichung kurdischer Schrift dienen mag; zugleich hat er durch eine überzeugende Übersetzung dem deutschen Leser sowohl Problematik als auch Schönheit der kurdischen Welt geöffnet.
- ÖSTERR. VEREIN DER FREUNDE DES KURDISCHEN VOLKES:** Kurdistan klagt an – Völkermord statt Selbstbestimmung. Wien 1981.

- PATRIOTISCHE UNION KURDISTANS (PUK):** Die aktuelle politische Situation in Irakisch-Kurdistan. Mai 1983.
- PATRIOTIC UNION OF KURDISTAN:** Revolution in Kurdistan. London (?) 1977.
- KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY:** The Historical Place of the Kurdish National Liberation Movement. London 1977.
- PUCHSTEIN, O.:** Bericht über eine Reise in Kurdistan. Sitzungsberichte der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Januar 1983.
- POGROM Nr. 85:** Armenier und christliche Nationalitäten im Nahen Osten, Tscherkessen, Griechen in Kleinasien. Göttingen 1981.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1006:** Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht. Der Prozeß Talaat Pascha Berlin 1921. Göttingen 1980.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1009:** Chaliand, Vanly u.a.: Kurdistan und die Kurden. Band 1. Göttingen 1984.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1011:** Die kurdischen Yezidi. Ein Volk auf dem Weg in den Untergrund. Göttingen 1984. 2. Aufl. Göttingen 1986. Hrsg.: Robin Schneider.
- POGROM REIHE BEDROHTE VÖLKER, TASCHENBUCH Nr. 1012:** Hrsg. Tessa Hofmann: Das Verbrechen des Schweigens. Die Verhandlung des türkischen Völkermordes an den Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker. Göttingen 1985.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1001:** Gabriele Yonan: Assyrer heute. Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung und Exil. Göttingen 1978.
- QAZZAZ, A.:** (Dt. Orientinstitut Hamburg), see: muhabarat.
- REPUBLIKANISCHER ANWALTSVEREIN e.V. (Hrsg.):** Politische Prozesse in der Türkei. Hannover 1982.
- REŞO, H.:** Bakur. Gedichte. Kurmanci-deutsch. Amsterdam 1969.
- ders.: Ciya. Zeitschrift 1965 — 1970. Nos. 1 — 8. Reprint Berlin 1974.
- ders. (Hrsg.): Heviya Welet. Nos. 1 — 3. 1963 — 65. Hrsg. von Hemreş Reşo im Auftrag der Kurdischen Studentenvereinigung in Europa — KSSE.
- ders.: Hawar. Zeitschrift. Nos. 24 — 57 (1.4.1934 — 15.8.1943). Reprint hrsg. von H. Reşo. Berlin 1976.
- ders.: Materialien zur Entwicklung der kurdischen Literatur. In: Roth 1978.
- RIOP — Research Institute of Oppressed Peoples:** The importance of cultural elements in the struggle of the Kurdish People. RIOP-Congress. Amsterdam 1983.
- RITTLINGER, H.:** Faltboot stößt vor. Vom Karpatenurwald ins wilde Kurdistan. Wiesbaden 1958.

- ROTH, J./TAYLAN, K.: Die Türkei — Republik unter Wölfen. Bornheim-Merten 1981.
- ROTH, J. u.a.: Geographie der Unterdrückten — die Kurden; Bilder und Texte über Geschichte, Kultur, Lebensverhältnisse und Freiheitskämpfe einer Minderheit. Reinbek 1978.
- ders. und GABEL, W.: Aufstand im Wilden Kurdistan. Baden-Baden 1977.
- ders.: versch. Gutachten in Asylverfahren. Zu beziehen über ZDWF (siehe unter Organisationen).
- ROOY, S. van und TAMBOER, K.: Kurdish Bibliography. Amsterdam 1968.
- RUDOLF, W.: Einige hypothetische Ausführungen zur Kultur der Kurden. In: Sociologus 1959, Heft. 2.
- ders.: Grundzüge sozialer Organisation bei den Kurden. In: Sociologus 1967.
- SACHAU, E.: Über die Reise von Herrn Burckhard nach Kurdistan. Berlin 1886.
- SANDRECZKY, C.: Reise nach Mosul und durch Kurdistan nach Urumie. 3. Bde. Stuttgart 1857.
- SICK, J.M. und JEPPE, K.: Im Kampf um ein Volk in Not. Stuttgart 1929.
- SITTE, F.: Ich war bei den Kurden. Graz-Wien 1980.
- SÖNMEZ, Abidin: Geschichte der Kurden. Vom Altertum bis zum Kasri-Şirin-Vertrag im Jahre 1639.
- SOZIALISTISCHE PARTEI TÜRKISCH-KURDISTANS (PSKT): Zur Situation in unserer Heimat und in der Welt aus unserer Sicht. 1982.
- ders.: Der Prozeß gegen die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistans. 1981.
- SCHAMILOV, A.: Die drei Glazköpfe. Kurdische Volksmärchen. Edition Holz i im Kinderbuchverlag. Berlin 1977.
- ders.: Der kurdische Hirt. Roman. Verlag Roja Nû. Komkar.
- SCHLÄFLI, A.: Beitrag zur Ethnographie Kurdistan und Mesopotamiens. 1863.
- SCHLUMBERGER, Hella: Durchs freie Kurdistan. Erlebnisse in einem vertrauten Land. München 1980.
- SCHMITT, E. (Hrsg.): Türkei. — Band 1: Politik — Ökonomie — Kultur. Band 2: Ein Reisehandbuch. Berlin 1984. Express Ed.
- STEIN, A.: Iran — Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit? Hamburg 1979.
- Kurdistan ohne Menschenrechte. Sonderausgabe pogrom. Dokumentation, zusammengestellt von A. Sternberg-Spohr. Vorwort Helmut Gollwitzer. Hamburg 1975.
- STERNBERG-SPOHR, A. und FLAKS, M. (Hrsg.): pogrom — Kurdi-

- stan Reports im Auftrag der Gesellschaft für bedrohte Völker und des Schweizer Komitees zur Unterstützung des kurdischen Volkes. Berlin/Genf 1975 – 1980.
- STERNBERG-SPOHR, A.: Gutachten in Asylsachen ab 1980. Zu beziehen über ZDWF. (Anschrift see: Organisationen)
- STRAUBE, H. und KÖNIG, K.: Zu Hause bin ich „Die aus Deutschland“; Ausländerinnen erzählen. Ravensburg 1982.
- TAYLAN, Kamil: Gutachten in Asylverfahren ca. ab 1980. Zu beziehen über ZDWF. (Anschrift see: Organisationen.)
- TOPAL, R.: Ein kurdischer Maler. Museum Bochum. Kunstsammlung. 1980.
- VANLY, I.C.: Die nationale Frage Türkisch-Kurdistan – eine Übersicht mit historischem Hintergrund. Hrsg. KOMKAR, Frankfurt am Main 1980.
- ders.: The importance of the cultural elements in the struggle of the Kurdish people. In: RIOP-Papers. Amsterdam 1983.
- ders.: Les Kurdes et le Kurdistan dans les relations d'anciens voyageurs occidentales (16. – 19. S.).
- ders.: Der Verfall des osmanischen Reiches. In: Historia Mundi, Band 7. Bern 1957.
- ders.: Le Kurdistan irakien. Entité nationale. Etude de la Révolution de 1961. Neuchâtel 1970.
- ders.: Kapitel Irak und Syrien (Nazdar). In: Chaliand, Vanly u.a.: Kurdistan und die Kurden. Band 1. Göttingen 1984.
- ders.: Kurdistan und die Kurden. Band 3. Iran, Syrien, Sowjetunion, kurdische Diaspora. pogrom-Reihe bedrohte Völker. Erscheint 1987.
- Irakisch-Kurdistan – 4 Jahre Hinrichtungen, Folter, Deportationen, Inhaftierungen. Sonderausgabe der Zeitschrift „Vierte Welt aktuell“. Hamburg 1978. Zusammengestellt von Tilman Zülch für die Gesellschaft für bedrohte Völker.
- WAGNER, M.: Reise nach dem Ararat und dem Hochland Armenien mit einem Anhang: Beiträge zur Naturgeschichte des Hochlandes Armenien. Stuttgart-Tübingen 1848. (Reisen und Länderbeschreibungen von E. Wildemann und H. Hauff.)
- WENZEL, L. Ch.: Kurdische Märchen. Düsseldorf 1978.
- WESENDONK, O.G.: Das kurdische Problem. In: Preußische Jahrbücher. Berlin 1931.
- WÜNSCH, J.: Meine Reise in Armenien und Kurdistan. Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Wien 1883. Bd. XXVI.
- YONAN, G.: Assyrer heute. Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch-sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung und Exil. Reihe pogrom 1978.
- ders.: Journalismus bei den Assyrern. Ein Überblick von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin 1985.



- ZAKI, M.A.: Hulasat Tarih al-Kurd wa Kurdistan min Aqdam al-'Usur hatta al-An (Zusammenfassung der Geschichte der Kurden und Kurdistan vom Altertum bis zur Gegenwart. 2 Bände. Band 2: Geschichte der kurdischen Staaten und Fürstentümer in der islamischen Era. — Neue kritische Ausgabe, mit einer Einleitung und kritischen Anmerkungen versehen von Kamal Fuad. London 1986.
- ZAZA, N.: Ma vie de kurde ou le crie du peuple kurde. Ed. Favre. Lausanne 1982.
- ZIKMUND, M. und HANZELKA, J.: Kurdistan, Land der Aufständigen. Prag 1962.
- ZÜLCH, T.: Von denen keiner spricht. Reinbek 1975.  
 ders.: Kurdistan, Befreiung ohne Publizität. Sonderausgabe der Zeitschrift pogrom. Dokumentation. Hamburg 1974.  
 ders.: „Kurden und Araber“, ein Film über ein Nationalitätenproblem im Irak. Manfred Voß, Kasseler Filmproduzent auf Public Relations tour für die irakische Baathjunta oder wie ein DKP-nahes Team die Kriegsverbrechen an den Kurden verschleierte. Sonderausgabe der Zeitschrift Vierte Welt aktuell. Hamburg 1977. GfbV-Dokumentation.

#### Nachträge:

- GROBBA, F.: Irak (Kleine Auslandskunde 10). Berlin 1941.  
 ders.: Männer und Mächte im Orient. Göttingen 1967.
- NIEBUHR, C.: Reisebeschreibungen nach Arabien und anderen umliegenden Ländern. Gekürzte Neuauflage im Erdmannverlag. Tübingen 1975.

#### Sprache:

AKADEMIYA KURDI — KURDISCHE AKADEMIE  
 c/o Hemreş Reşo  
 Postfach 30 219  
 4030 Ratingen 1

Institut für Iranistik  
 Reichensteiner Weg 12 — 14  
 1000 Berlin 33

- Bittner, M.: Die beiden heiligen Bücher der Jeziden im Lichte der Textkritik. Anthropos. Wien 1911. Bd. VI.
- BLAU, J.: Manuel Sorani. Paris 1985.
- BEDIRKHAN, C. und LESCOT, R.: Grammaire kurde. Paris 1970.

- FUAD, K.: Fonêmakim zimanî kurdî. (Die kurdischen Phoneme). Union der Schriftsteller Kurdistan (im Widerstand). 1979 illegal erschienen.
- HAGO (HACO), Z.: Indo-Iranische Sprachstudien. Inaug.-Diss. Freie Universität Berlin. Kurdische Grammatik. Berlin 1982.
- HAMMER, J.: Über die kurdische Sprache und ihre Mundarten aus dem III. Band der Reisebeschreibung Ewlias. Fundgruben des Orients. Wien 1814. Bd. IV.
- HANNA, Issa: Miniwörterbuch Deutsch-Assyrisch. ZAVD. Augsburg. Ohne Datum.
- HARTMANN, M.: Der kurdische Diwan des Scheich Achmad von Ceziroh ibn Omar genannt Mala'i Cizri. Berlin 1904.
- HOUTUM-SCHINDLER, A.: Beiträge zum kurdischen Wortschatze. ZDMG. 1884. Bd. 38 und Bd. 42 (1888).
- JUSTI, F.: Kurdische Grammatik. St. Petersburg 1880.
- KLAPPROTH, J.: Kurdisches Wörterverzeichnis mit dem Persischen und anderen Sprachen verglichen. Fundgruben des Orients. Wien 1814. Bd. 1814.
- LE COQ, A. von: Kurdische Texte. Kurmangi-Erzählungen und -Lieder nebst einer Zaza-Erzählung. Ges. und hrsg. in der Urschrift und in Transkription. Mit Anhang und Wortsammlung Deutsch, Baba-Kurdisch und Zaza. 2 Bde. Berlin 1903. — Reprint durch APA Philo Press Amsterdam 1980 (?).
- LERCH, P.: Forschungen über die Kurden und die iranischen Nordchaldäer. Abt. I — II. St. Petersburg. Kaiserl. Akademie der Wissenschaften, 1857 — 58. Abt. I — Kurdische Texte in deutscher Übersetzung; Abt. II — Kurdische Glossare für die Kurmanji- und Zaza-Mundarten. — Reprint APA-Philo Press, Amsterdam.
- MAKAS, H.: Kurdische Texte im Kurmanji-Dialekte aus der Gegend von Mardin. Ges., übers., erklärt und mit einer Einleitung, Anmerkungen und einem Glossar versehen. Deutsche Ausgabe ohne Ort und Jahr. Reprint APA-Philo Press, Amsterdam 1979.
- MAKAS, H.: Eine Probe des Dialektes von Diarbekir; ein Gedicht aus Gawar; Jezidengebete. Texte, herausgegeben mit Kommentar und übersetzt. Heidelberg 1900. Reprint APA-Philo Press, Amsterdam 1979.
- NÖLDEKE, Th.: Grammatik der neusyrischen Sprache am Urminasee und in Kurdistan. New York-Hildesheim 1974 (Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1868).
- MANN, O.: Kurdisch-Persische Forschungen, Ergebnisse einer von 1901 bis 1903 und 1906 bis 1907 in Persien und in der Asiatischen Türkei ausgeführten Forschungsreise. Abt. I — IV. Berlin 1908 — 1932.
- MÜLLER, F.: Kurmangi-Dialekt der Kurdensprache, Wien. 1864.

ders.: Laza-Dialekt der Kurdensprache. Wien 1965.

ders.: Kurdisches und Syrisches Wörterbuch. In: Orient und Occident. Göttingen 1865. Bd. III.

PRYM, E. und SOCIN, A.: Kurdische Sammlungen. Erzählungen und Lieder in den Dialekten des Tur Abdin und von Bohtan. Ges., hrsg. und übers. von E. Prym und A. Socin. St. Petersburg 1887, 1890. Abt. I – II.

RITTER, H.: Kurmanci-Texte aus dem Tur-Abdin. In: Oriens. Zeitschrift der Internationalen Gesellschaft für Orientforschung. Leiden 1968.

ders.: Kurmanci-Texte aus dem Tur-Abdin. In: Oriens. Zeitschrift der Internationalen Gesellschaft für Orientforschung. Leiden 1976.

### Zeitschriften:

C.E.D.R.I. – Comité Européen pour la défense des réfugiés et immigrés – Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter. – Informationsbulletin zur Entwicklung in Kurdistan/Türkei.

DEM – Hrsg. Vereinigung der Demokraten des Syrisch-Kurdistan in der BRD. – PF 300 963. 5300 Bonn 3.

DENGE KOMKAR – Hrsg. von der Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland – KOMKAR.

DENGE YEKITIYE – Hrsg. von der Union der Demokraten Kurdistans.

DIRIK – PF 1701, 3550 Marburg.

EGARTO: Zeitschrift des Zentralverbandes der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland (ZAVD).

DER FUNKE – veröffentlicht vom Komitee für Auslandsbeziehungen der PUK.

HEVI: Hrsg. halbjährlich vom Institut Kurde de Paris seit 1883.

DER HORIZONT. Zeitschrift der AKSA.

JIYAN – Zeitschrift der Vereinigung der Ärzte Kurdistans in Europa.

INFORMATIONEN UND VERBINDUNGEN – Info-Bulletin des Kurdischen Institutes.

KURDISTAN PRESS

Box 7080

Örsvängen 6 C

S-172 42 Sundbyberg

herausgegeben von der KURDISCH NEWS AGENCY ANK (s.d.)

- KIZIL YOL (Roya Sure / Reya Sor / Roter Weg) – Zeitschrift der Alevi Befreiungsbewegung, München.
- KURDISTAN-INFO – Postfach 2641, 2300 Kiel 1
- KURDISTAN-INFO – Herausgegeben von den Kurdistan-Komitees BRD, West-Berlin und Österreich (Komala-Iran orientiert).
- KURDISTAN-INFO – Hrsg. SOKSE.
- KURDISTAN REPORT – „Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“, Verlag Serxwebun, Köln.
- KURDISTAN REPORT: Kurdistan – Geschichte und Gesellschaft. Vlg. Serxwebun. Köln 1986.
- MIZGIN – Zeitschrift für Kurden und Deutsche. Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz und Kurdisches Institut Bonn.
- PESH MERGA – Hrsg. Kurdistan Democratic Party (KDP), European Branch, Box 1017, S-14 402 Norsborg.
- POGROM – Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker. PF 20 24, 3400 Göttingen.
- REIHE POGROM-KURDISTAN REPORTS, erschien 1975 – 1980, hrsg. für das Kurdistan Archiv der GvbV von A. Sternberg-Spohr.
- SERXWEBUN – Hrsg. PKK. Postfach 10 16 83.
- STUDIA KURDICA. Hrsg. Forschungszentrum des Institut Kurde de Paris. Seit 1984.
- ŞIBLE-ADİDXI – Zeitschrift des Tscherkessischen Kulturvereins, Wuppertal.
- TÜRKEI-DEPESCHE – Info-Bulletin des Informationsbüros Türkei, Hannover.
- TÜRKEI INFODIENST – Hrsg. Alternative Türkeihilfe (neuerdings bei: Informationsstelle Türkei, Hamburg)
- YABANEL YAYINLARI, Verlag in der Fremde, Postfach 110 321, 1000 Berlin 61.

(Anschriften kurdischer oder pro-kurdischer Publikationen im Ausland bitte bei der GfbV erfragen.)

**Organisationen:**

**AKADEMIYA KURDI – THE KURDISH ACADEMY**  
DIE KURDISCHE AKADEMIE  
c/o Hemreş Reşo  
Postfach 30 219  
4030 Ratingen 1

**INSTITUT KURDE DE PARIS**  
106, rue La Fayette  
F-75010 Paris  
Tel. 824.64.64

**THE KURDISH NEWS AGENCY – AJANSA NUÇEYA KURD-ANK**  
DIE KURDISCHE NACHRICHTENAGENTUR  
P.O. Box 7080  
Örsvängen 6 C  
S-172.42 Sundbyberg  
Tel. 08-29.83.32  
08-98.47.43  
Telex: 131.42 ANK S

**VEREIN DER ÄRZTE AUS KURDISTAN IN EUROPA e.V.**  
**KOMELEY PIZISKANI KURDISTAN LE EWRUPA**  
per Adresse: Kurdistan Druckerei  
Stromstr. 38  
1000 Berlin 21  
Tel. 030/395.64.92

ai-Türkei Koordinationsgruppe  
Postfach 600 104  
2000 Hamburg 60

**Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)**  
**Zweigstelle BRD (Komeley Xwendikarani Kurdistan le derewey welat**

AKSA, c/o Dashti  
Urbanstraße 48 c  
1000 Berlin 61 (pro-PUK)

AKSA  
c/o P.O.Box 210 371  
1000 Berlin 21 (PUK-dissident)

AKSA — Österreich  
Postfach 122  
A-1096 Wien

AKSA — Schweiz  
AKSA c/o C.P. 19  
CH — 1211 Genève

Alternative Türkeihilfe  
Postfach 7088  
4900 Herford

Alternative Türkeihilfe  
c/o Amerlinghaus, Stiftsgasse 8  
A-1070 Wien

Armenian Congress  
c/o James Karnusian  
B.P. 41  
CH-3780 Gstaad

Armenien-Koordination der GfbV  
z. Hdn. Dr. Tessa Hofmann  
Gesellschaft für bedrohte Völker  
Postfach 20 24  
3400 Göttingen

Informations- und Dokumentationszentrum Armenien  
c/o Gerayer Koutcharian  
Garystr. 96  
1000 Berlin 33

Das Arabische Buch  
Savignyplatz  
1000 Berlin 12 (besorgt jedes kurdische Buch)

Cardri: Committee Against Repression and For Democratic Rights in  
Iraq  
P.O. Box 210  
London N 16 5PL

C.E.D.R.I. — Comité Européen pour la Défence des Refugiés et  
Immigrés — Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge  
und Gastarbeiter

Missionsstr. 35  
Postfach  
CH-4002 Basel  
Tel. 061 - 44.66.19  
Telex: 064310 ekolm ch

Demokratische Partei Kurdistan — Irak  
c/o Postfach 301.516  
1000 Berlin 30

Demokratische Jugendunion Kurdistan  
c/o Derwish Hasso  
Ostproußenstr. 5  
5300 Bonn 2  
Tel. 0228/66.90.34

Deutsch-Ausländischer Kultur-Laden e.V.  
Susannenstr. 20  
2000 Hamburg 6

Deutsch-Kurdische Gesellschaft  
Bezirk Braunschweig e.V.  
z. Hdn. Dipl.-Ing. Mohammed Leila  
3300 Braunschweig

Deutsch-Kurdische Gesellschaft Kiel e.V.  
c/o Prof. Dr. Walter Hirsch  
Tilsiter Weg 37  
2300 Stift über Kiel

FEYKA-Kurdistan  
Postlagerkarte 06 05 79 C  
5300 Bonn1

Flüchtlingsrat Berlin  
Handjerystr. 19/20  
1000 Berlin 41

Verein der Freunde des kurdischen Volkes  
Plösslgasse 3/20  
A-1040 Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker  
Postfach 20 24  
Groner Str. 40  
3400 Göttingen  
Tel. 0551/558 22 oder 23  
Teletex: 551 8101  
Telex: 175 518 101-GfbVGoe

GfbV-Österreich  
Kleeblattgasse 4  
A-1010 Wien  
Tel. 0222/66.16.15

Hînbûn – Treffpunkt für kurdische Frauen  
Jagowstr. 19  
1000 Berlin 20  
Tel. 030/336.66.62

Hünerkom – Künstlerkomitee  
Münsterstr. 36  
4000 Düsseldorf  
(PKK-orientiert)

Informationsbüro Türkei  
Rühmkorffstr. 7  
3000 Hannover 91

Informationsstelle Türkei Hamburg e.V.  
Sophienallee 20  
2000 Hamburg 20

Kizil Yol Roya Sure-Reya Sôr  
Alevi Ulusal Sorunu'un – Alevi Befreiungsbewegung  
c/o Aslan S.  
Siglstr. 9  
8000 München 21

KOMKAR – Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der  
BRD  
Burgunder Str. 35 – 37  
5000 Köln 1  
Tel. 0221/211.932



## **MITGLIEDSVEREINE VON KOMKAR**

Arbeiterverein Kurdistan  
Marianenplatz 21  
1000 Berlin 36  
Tel. 030/611.80.57

Arbeiterverein Kurdistan  
Schildstr. 12 — 18  
2800 Bremen

Kurdischer Arbeiterverein  
Steindamm 35  
2000 Hamburg 1

Arbeiterverein Kurdistan  
Kielstr. 41  
4600 Dortmund 1

Arbeiterverein Kurdistan  
Grillostr. 6  
4100 Duisburg 11

Vereinigung der Arbeitnehmer Kurdistans  
Robertstr. 5 — 7  
5000 Köln 91

Arbeiterverein Kurdistan  
Baselerplatz 6  
6000 Frankfurt/M. 1

Kurdistan Arbeiterverein  
Adam Kleinstr. 6  
Postfach 17 33  
8500 Nürnberg 80

Arbeiterverein Kurdistan  
Silberburgstr. 30  
7000 Stuttgart 1

Arbeiterverein Kurdistan  
Bergmannstr. 35  
8000 München 2

Arbeiterverein Kurdistan  
T 3 — 12  
6800 Mannheim

Kurdisches Institut Bonn e.V.  
Colmantstr. 5  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/63.55.48

**KURDISCHES ROTES KREUZ**  
**MAGI SURI KURDI**  
c/o Verein der Ärzte aus Kurdistan in Europa  
siehe dort.

Kurdischer Kulturverein in Wien  
Staglgasse 12  
A-0000 Wien

**KURDISCHES KULTUR- UND BERATUNGSZENTRUM e.V.**  
Kolonnenstr. 47  
1000 Berlin 62  
Tel. 030/782.11.70

Kurdistan Archiv  
c/o Alexander Sternberg-Spohr  
Curtiusstr. 11  
1000 Berlin 33  
Tel. 030/833.78.51 (nur tagsüber!)  
oder  
c/o GfbV Bundesbüro, Göttingen

Kurdistan-Komitee i.d. Bundesrepublik e.V.  
Hansaring 64  
5000 Köln 1  
Tel. 0221/12.52.64  
(Infos vor allem zu Türkisch-Kurdistan, streng PKK-orientiert)

Kurdistan Komitees BRD, West-Berlin und Österreich (Wien) —  
nicht verwechseln mit vorstehendem.

Kurdistan Komitee Aachen  
Postfach 994  
5100 Aachen

**Kurdistan Komitee West-Berlin e.V.**  
PLK Nr. 10883 B  
1000 Berlin 120

**Kurdistan Komitee Bochum**  
c/o ESG Unicenter  
PS. 250 240  
4630 Bochum

**Kurdistan Komitee Kreis Darmstadt e.V.**  
c/o A. Kübler  
Martinstr. 68  
6100 Darmstadt

**Kurdistan Komitee Frankfurt am Main**  
Kurdistan Informationszentrum  
Mainzer Landstr. 147  
6000 Frankfurt/M. 1

**Verein zur Hilfe Kurdistan Köln e.V.**  
Postfach 42 -6 52  
5000 Köln 41

**Kurdistan Komitee e.V. Saarbrücken**  
Postfach 13 45  
6602 Dudweiler

**Solidaritäts-Komitee Kurdistan Wien**  
Postfach 427  
A-1061 Wien

**Projektgruppe „Schulbücher für Kurdistan“**  
c/Ausländerzentrum  
Carmerstr. 11  
1000 Berlin 12

**ARBEITSKREIS DER LEHRER AUS KURDISTAN IN MÜNCHEN**  
(ALK-München)  
c/o Bayerisches Rotes Kreuz  
Zenetti-Treff  
Adlsreiterstr. 27  
8000 München 2

Mayis-Gulan  
Postfach 110 321  
1000 Berlin 61  
(widmet sich vorwiegend dem Personenkult um Yilmaz Güney)

Österreichisch-Armenische Kulturgesellschaft  
Postfach 445  
A-1011 Wien

Patriotische Union Kurdistans  
PUK c/o PF 47.03.34  
1000 Berlin 47

PUK-Europavertretung  
c/o Ahmad Bamarni  
B.P. 137  
Alfortville 94149/France

SOKSE – Sozialistische Organisation Kurdischer Studenen in Europa  
Postfach 40  
A-5010 Salzburg

SOKSE, c/o Ahmad Nakib  
Herderstr. 7  
8901 Kissing

Projektgruppe „Schulbücher für Kurdistan“  
c/ESG Ausländerzentrum (Pfr. Veerkamp)  
Carmerstr. 11  
1000 Berlin 12

Tscherkessischer Kulturverein  
Reiterstr. 7a  
5600 Wuppertal 1

Union der Demokraten Kurdistans  
c/o Postfach 32 19  
4030 Ratingen 3  
oder  
c/o Dr. A. Abdulmannan  
Höchstestr. 16  
4650 Gelsenkirchen

Union der Studenten und Jugend Kurdistans in Europa (UKSY)  
c/o Ali PF 62 01 13  
1000 Berlin 62

Union der Studenten und Jugend Kurdistans in Europa, Zweigstelle  
Wien  
Postfach 220  
A-1011 Wien

Vereinigung der Demokraten Syrisch-Kurdistans  
PF 300 964  
5300 Bonn 3

Verein der Arbeiter aus Kurdistan  
(Mitglied in KOMKAR)  
Schildstr. 12 – 18  
2800 Bremen  
Tel. 0421/70.26.16

Verein der Anhänger der yezidischen und zaratuistischen Religion  
Deutschlands e.V., Hannover  
c/o Seyhmus Tekkal  
Limmerstr. 30  
3000 Hannover 91  
Tel. 0511/44.26.90

Zentralverband der assyrischen Vereinigungen in Deutschland e.V.  
Postfach 112. 305  
8900 Augsburg

ZDWF – Zentrale Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege  
für Flüchtlinge e.V.  
Hans-Böckler-Str. 3  
Postfach 30 10 69  
5300 Bonn 1  
Tel. 0228/46 20 47/48  
(Asylrelevante Informationen, Dokumentationen, Gutachten, Urteile  
etc. computermäßig verarbeitet)

*Zusammenstellung des Registers, der Bibliographie, der Organisations-  
anschriften: A. Sternberg-Spohr.  
Ergänzungen, Korrekturen, Beschwerden bitte an mich über das Bun-  
desbüro der GfbV in Göttingen oder an das Kurdistan Archiv in Ber-  
lin richten.*

*Die Fotografen (denen wir herzlich danken!):*

– Aşkar (1); T. Bengin (1); Carsten Dettmann (1); Erikson/Institut Kurde de Paris (1); Hennbichler (Hrsg.) (2); Hürriyet (1); Gérard Klijn (16); KSSE (1); Kurdisches Institut Bonn (2); Kurdistan Info (2); Kurdistan Report (4); Anne Lax (6); The Middle East (4); Gerhard Müller (2); Hella Schlumberger (1); Alxeander Sternberg-Spohr (7); Turkish Newsletter (4); Günya Ultutunçok/laif (8).

*Zeichnungen und Karrikaturen (4) von MaMoSte/Berbang*

*Karten:*

1. *Ethnographische Karte von Kurdistan*  
(bearbeitet und gezeichnet von I.C. Vanly)
2. *Regionen mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit in der Zentral-türkei*  
(Entwurf/Ausführung: I.C. Vanly)
3. *Verwaltungseinteilung der Türkei (Statistisches Bundesamt)*
4. *Türkische Intervention in Irakisch-Kurdistan, Mai/Juni 1983*  
(Entwurf: I.C. Vanly/Ausführung: E.Stehling)
5. *Türkische Intervention im Kurdistan des Irak 15. Aug. 1986*  
(Entwurf: A. Sternberg-Spohr/Ausführung: E. Stehling)
6. *Die Einflußbereiche der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK)*

## Register

- Abdullah, Ali: 148, 190 ff  
Abdal-A'imeh, Jafar: 204  
Abdul Rahman, Mohammed  
Mahmud („Sami“), (Sami  
Rahmani): 148, 190 ff,  
194, 196 ff, 203, 212  
Abu-Ghraib: 170, 233  
Abu-Yahya, Abdul-Ridha:  
204  
Adana: 49, 57 f, 83, 91  
Adiyaman: 30, 35, 49, 58  
„Adventure Express 83“,  
(Manöver): 214, 217  
Ararat: 27, 30 ff, 37 f, 49,  
83  
Ahmed, Ibrahim: 24, 191  
Ahmed, Kerim: 204, 225  
Ain-Zalah: 162  
Akademiya Kurdî (Kurdische  
Akademie): see Adressen  
Akrawi, Aziz: 26, 155  
Akrawi, Hashim: 164  
Aksaray: 49  
Aksoy, Metin: 93  
Ala Rizgarî: 69, 213  
Aldikaçti, Prof.: 84  
Aleppo: 47  
Alewiten: 57  
Alexandrette (see Isken-  
derun)  
Algier, Abk. v. 6.März 1975:  
26, 148, 170  
Alosi, Dr. M.: 203  
Amadiya (Amadi): 212 f  
Amnestie — RCC-Dekret  
Nr. 1534 v. 8.Dez. 1982:  
175  
— RCC-Dekret Nr. 1555  
v. 11. Dez. 1982: 175  
v. 1985: 171 ff  
ANAP — Anavatan Partisi  
(Vaterlandspartei): 110  
Ankara, passim  
Antep (see Gaziantep)  
Anter, Musa: 60  
ansar (Partisanen der IKP):  
225  
AP — Adalet Partisi (Gerech-  
tigkeitspartei): 56, 97  
Apaydin, Orhan: 91  
„Apo“ (see 1. Sabri, Osman;  
2. Öcalan, Abdullah)  
apoci (apocular) (see PKK)  
Arabische Sozialistische Ar-  
beiterpartei/Irak: 199, 203  
Arabische Sozialistische Be-  
wegung: 150, 199, 203  
Arabisierung: 27, 166 ff  
Arbil (Hewler): 17, 28, 38,  
50, 164, 166 f, 201  
Armenien: 5, 8, 28, 31, 37,  
191  
al-Assad, Gen. Hafiz: 150 ff,  
154, 160  
ASALA: 71  
Askari, Ali: 24, 182 ff  
„al-Assas“ (Die Basis),  
Zeitung: 155  
Assimilierung: 30, 35, 53  
Assimilierungspolitik: 39, 96  
Assyren (Suryani): 8, 20, 32,  
96, 149, 178  
Atatürk (Ghazi Mustafa Ke-  
mal Pasha), passim  
Aubert, Pierre: 115  
Auswanderung: 157 f, 161  
Ausweisungen „iranischer  
Ausländer“: 157 f, 166, 235  
Autonome Region Kurdistan:  
154 f, 161 ff, 166 ff, 175  
Awacs: 210  
Aziz, Tariq: 26, 153

- Baath (Ba'th) — Regime,  
— Regierung, — Partei:  
passim; — regionale iraki-  
sche Führung: 150, 199, 203
- Badilli, Kemal: 60
- Badinān (Bahdinan): 20, 22,  
106 ff, 119, 159, 209 f,  
214 f, 220, 227
- al-Badri, Mohamed: 203
- Badgad Pakt: 53
- Bakhtiyari: 37, 46 f
- al-Bakr, Gen. Ahmed Hassan,  
Mohamed: 151 ff
- Baksi, Mahmut: 93
- Baluchi: 37
- Balek: 20
- Bangemann, Martin: 156
- Barzan: 123, 180, 227
- Barzani, Amin: 184
- Barzani, Gen. Mela Mustafa:  
6, 16, 20, 22, 23 ff, 53 f,  
147 f, 166, 170, 177, 190 f
- Barzani, Idris: 106, 189 f,  
203, 226
- Barzani, Mas'ud: 106, 120 f,  
148, 189 ff, 200, 212, 225 ff
- Barzani, Obeidullah: 190
- Basmaya Camp: 235
- Batman: 55, 87 f
- Bayezid (Beyazid): 30, 32 f,  
38
- Beidari, Pater „abūna“ Paul:  
18, 20
- „Beiträge zur Konfliktfor-  
schung“, Zeitschrift: 84
- „Bebang“, Zeitschrift, pas-  
sim
- Beşikçi, Dr. Ismail: 63, 80,  
92, 84
- Bewegung der Demokrati-  
schen Vorhut: 203
- Bewegung der Freien Unioni-  
sten: 203
- Bewegung der Revolutionären  
Kurden (see Bizûnewey  
Şoresgêranî Kurd)
- Bingöl: 47, 49, 59, 83, 119,  
122
- Bitlis: 30, 34, 49
- Bizûnewey Şoresgêranî Kurd  
(Bewegung der Revolutionä-  
ren Kurden): 229
- Bois, Pater Thomas, see auch:  
Rambout, Lucien: 37, 63
- Bozarslan, Mehmet Emin: 60
- BTP — Groß-Türkei Partei: 97
- Bucak, Faik: 64
- Cağlayangil, Ihsan Sabri: 82
- Caldiran: 38
- „Caş“, „Xwefîroş“, — „66“  
(see Fursan Salah ad-Din)
- Celasun, Gen. Sedat: 84
- CHP (see Cumhuriyet Halk  
Partisi) (Republikanische  
Volkspartei): 55 f, 97
- Choman: 16 f, 19, 21, 23
- Ciziri, Melaye: 37
- Clwyd, Ann: 233
- Cumhuriyet Halk Partisi —  
CHP (Republikanische  
Volkspartei)
- Darwish, Jawad: 203
- al-Da'wâ (Hizb al-Da'wâ al-  
Islamiyah): 150, 200 ff
- DDKD; see Devrimci Doğu  
Kültür Derneği (Revolu-  
tionäre Kulturvereine des  
Ostens)
- (RCC)-Dekret Nr. 1391 vom  
2. Nov. 1981: 163 f  
— Nr. 1534 vom 8. Dez.  
1982: 175  
— Nr. 1555 vom 11. Dez.  
1982: 175
- Demirel, Süleyman: 56, 78,  
82, 86, 91
- Demokratische irakische  
Front (see al-Jabha al-De-  
morkatiyah al-Iraqiyah)
- Demokratische Partei Kur-  
distan-Irak (see Partî De-  
mokratî Kurdistan-Irak  
(auch Hizbî Demokratî Kur-  
distan-Irak) — PDK-Irak)
- Demokratische Patriotische  
Front (see al-Jabha al-



- Wataniyah al-Taquadumiyah  
 Demokratische Union Kurdistans — DUK: 148, 184 ff, 195 f, 203, 207, 212 f, 215  
 Demokratische Volkspartei Kurdistans (see Partî Gelî Dêmokratî Kurdistan)  
 „Deng-ê Kurdistan“ (Stimme Kurdistans), Radiostation: 204  
 „Dengi Gel“ (Stimme des Volkes), Zeitschrift (PGDK): 196  
 Deportationen, — Irak: 147, 157 f, 161 f, 163 f, 169, 235  
 — Türkei: 7, 45, 49, 86, 101, 119 ff, 124, 129 ff  
 Dersim (Tunceli): 47, 49 f, 58, 71, 81, 83, 119, 125, 180  
 Deserteure, Wehrdienstverweigerer: 166 f, 175 f, 217 f, 235  
 Deutsches Rotes Kreuz: 61  
 Devrimci Doğu Kültür Derneği — DDKD (Revolutionäre Kulturvereine des Ostens): 67, 74 f  
 Devrimci Doğu Kültür Ocakları — DDKO (Revolutionäre Kulturzentren des Ostens): 65  
 Devrimci Halk Kültür Derneği — DHKD (Revolutionäre Kulturvereinigungen des Volkes): 64  
 Devrimci Yol (Dev Yol) — Revolutionärer Weg: 76, 91  
 dimili (dmli); zasaki: 67  
 DISK — Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften): 80, 91, 97  
 Diyarbakir (Diyarbakir): 6, 29 f, 34, 38, 49 f, 58, 64, 83, 89, 91, 100, 180  
 Doğan, Mazlum: 111  
 Doganşehir: 101  
 Dogubayazit (see Bayezid)  
 Dohuk: 119, 214  
 Doli Shower: 23  
 „Dorfbeschützer“-Milizen (Dorfwehren): 137 ff, 142 ff  
 DUK (see Demokratische Union Kurdistans)  
 al-Dulaimi, Mohamed: 203  
 al-Dulaimi, Naziha: 203  
 Durmuş, Hayri: 111  
 al-Dujail: 170  
 Eagleton, William: 63  
 Ecevit, Bülent: 56, 58 f, 78, 82, 91, 93, 184  
 „The Economist“, Zeitschrift: 97, 116, 222  
 Edessa (see Urfa, Sanliurfa)  
 Einheiten der Irakischen Revolution: 203  
 Elazığ (Elaziz): 30, 34, 47, 49, 59, 83, 106, 129  
 Elçi, Sait: 64, 67  
 Elçi, Şerefettin: 93  
 Erbakan, Prof. Necmettin: 56, 82  
 Erim, Nihat: 53  
 ERNK — Nationale Befreiungsfront Kurdistan (see PKK)  
 Erzincan: 47, 49, 59  
 Erzurum: 47, 49, 59, 83, 91, 98  
 Ethnographische Karte: 41 ff  
 „L'Etincelle“, Zeitschrift: 187, 222  
 Europäisches Parlament: 98 ff, 117  
 Europäische Gemeinschaft: 78, 98  
 Europolit: 98, 110, 115  
 Evren, Gen. Kenan: 53, 55, 70, 81 f, 84 f, 94, 99, 109 ff, 208 f, 212  
 „Express 83“ (Manöver) (see Adventure Express 83)  
 „Ey Reqib“ (kurdische Na-

- tionalhymne): 15  
 Êzdi (see Yezidi)
- Faili-Kurden: 157, 166  
 Fedayin (see Peshmerga  
 — d. PKK): 70  
 Federasyona Yekîtiya Karke-  
 rên Welatparezên Çandîya  
 Kurdistan li Almaniya Ro-  
 java — FEYKA Kurdistan  
 (Föderation patriotischer  
 Arbeiter- und Kulturver-  
 eine aus Kurdistan in der  
 BRD) (see FEYKA Kurdi-  
 stan und PKK)
- Fédération Internationale des  
 Droits de l'Homme (FIDH):  
 89, 117  
 FEYKA Kurdistan (Federa-  
 syona Yeîtiya Karkerên  
 Welatparezên Çandîya Kur-  
 dîstan li Almaniya Rojava):  
 71  
 FKBCD (see PKK)  
 Föderation patriotischer Ar-  
 beiter- und Kulturvereine  
 aus Kurdistan in der BRD  
 (see FEYKA Kurdistan)
- Ford, Gerald: 22, 182 f  
 Fuad, Dr. Kamal: 182, 184  
 „Der Funke“ Zeitschrift  
 (see PUK)
- Fursan Salah ad-Din (Salah  
 ad-Din Ritter oder Kavalie-  
 re) (gewöhnl.: „Caş“, kleine  
 Esel, siehe dort)
- Gaziantep (Antep): 30, 35,  
 47, 49, 58, 83  
 „Gel“ (Volk), Zeitschrift  
 (PGDK): 196  
 Gendarmerie (see Jandarma)  
 Generalunion Irakischer Stu-  
 denten (GUSIR): 219  
 Genscher, H.-D.: 85, 234  
 George (Gewargis), Margueri-  
 te: 20  
 Georgien — SSR — Türkei  
 (Lazistan)
- German-Iraq Economic  
 Commission (= Deutsch-Ira-  
 kische Wirtschaftskommis-  
 sion): 156  
 Gesetz (Irak) über die gesetz-  
 gebende Versammlung:  
 151 f  
 — über die Nationalver-  
 sammlung: 154 f  
 Ghaddafi, Col. Muammar:  
 150  
 Ghassemlou, Prof. Dr. Abdul  
 Rahman (see auch: Şatavi):  
 48, 183 f, 190, 194  
 Ghom: 12  
 Golf (persisch-arabischer): 7,  
 11, 49, 121 ff  
 Golfkrieg (= Irakischi-Irani-  
 scher Krieg): 11, 12, 103,  
 125  
 „Graue Wölfe“: 56, 82  
 Grenzgürtel (Todeszone):  
 159, 161 f, 163 f, 166 f,  
 174, 212  
 Große Nationalversamm-  
 lung (Parlament): 84  
 GSG 9: 145  
 The Guardian, Zeitung: 103,  
 106, 232  
 „Günaydin“, Zeitung: 81  
 Güney, Yilmaz: 93  
 Gürsel, Gen.: 53  
 GUSIR (see Generalunion  
 Irakischer Studenten — Ge-  
 neral Union of Iraqi Stu-  
 dents)
- Habaniyah: 163  
 Hajar: 20  
 Hakkari: 35, 49, 58, 83,  
 105 ff, 121 f, 184, 208 f,  
 212  
 Halabja: 225  
 Hamrin: 21  
 Harran: 47, 95  
 Hasratyan, Prof.: 28  
 Hassan, Giorgis: 226  
 Al-Haswa Komplex: 235  
 Hatay: 49, 83

- Hatrant (Cinarlisu): 32  
 „Hauptlinie“ (PUK): 182  
 Hayat (Rayat?): 119  
 Haymana: 49  
 Hazil-su: 119  
 Hermes-Bürgschaft: 156  
 Hevra, Komeley (Der gemeinsame Weg): 65, 116  
 Hitler: 55, 152  
 Hîwa (see Hezbî Hîwa)  
 Hizb al-Da'wa al-Islamiya (see al-Da'wa)  
 al-Hizb al shiû'î al-Iraqî (see Irakische Kommunistische Partei — IKP)  
 al-Hizb al-Watani al-Taqadumî (Progressive Nationale Partei)  
 Host Nation Support Programmes: 148  
 HP — Halkçi Partisi (Volkspartei): 97, 110  
 HRK — Hezên Rizgariya Kurdistan (Befreiungseinheiten Kurdistan); (PKK): 71, 76, 126  
 al-Hububi, M.: 203  
 Hussein, Adnan: 153  
 Hussein, König von Jordanien: 160  
 Hussein, Saddam (see al-Takriti, Saddam Hussein)  
 „Hürriyet“, Zeitung: 59, 62, 86  
 Hymne, kurdische National- (see ey-Reqib)  
 IKP — Irakische Kommunistische Partei  
 Ilam: 47, 157  
 International Labour Organisation (ILO) = Internationale Arbeitsorganisation: 98  
 İnönü, Erdal: 97, 110  
 İnönü, İsmet: 49, 86, 97  
 Institut Kurde de Paris (see Adressen): 94  
 Internationale Studentenunion (International Union of Students — IUS): 28  
 Internationales Institut für Strategische Studien, London (International Institute for Strategic Studies): 116  
 „International Herald Tribune“, Zeitung: 82, 123  
 International League for Human Rights (New York), (Internationale Liga für Menschenrechte — New York): 98  
 iz3w, Zeitschrift: 231 ff  
 Internationaler Währungsfonds (IWF): 78, 87  
 Internatsschulen: 62  
 Intervention, türkische in Irakisch-Kurdistan — 1983: 103 ff, 121, 209 ff — 1986: 124 ff  
 Irak, passim  
 IKP (see Irakische Kommunistische Partei)  
 irakische Invasion (im Iran): 158 ff, 170  
 Irakische Kommunistische Partei (IKP): 69, 149 ff, 160, 182 ff, 191, 195, 203, 203 ff, 225 ff  
 Irakische Patriotische (Nationale) Sammlung (see Al-Tajamu al-watani (al qawmi) al-Iraqi)  
 Iran, passim  
 Iraqi Letter, Zeitschrift: 204  
 İshak Pasha: 32  
 İşçinin Sesi (Stimme der Arbeiter), Partei und Zeitschrift: 80  
 Iskenderun (Alexandrette): 37, 49, 209  
 Islamische Republik (Iran): 14, 158 f, 180, 193, 229 ff  
 Schah İsmail: 38  
 Istanbul (Konstantinopel): 30, 49, 57, 58, 76, 85  
 İsvestia, Zeitung: 108  
 Al-İttihad (Die Union), Zeitschrift: 187, 207, 216, 222

- Izmir (Smyrna): 49
- al-Jabha al-Demoqratiyah al-Iraqiyah (Demokratische Irakische Front)
- al-Jabha al-wataniyah al-qawmiyah al-Dimoqratiyah fi Iraq (JUQAD) (Demokratische Patriotische und Nationale Front des Irak): 199, passim
- Jandarma (Gendarmerie, Feldjäger): 78, 81, 124 ff, 209
- Jawher, Abdullah: 195
- Jazira: 212, 214
- Jebel Akrad (see Kurd Dagh)
- Jîna Nû (Neues Leben), Zeitschrift: 67
- JOQAD (see al-Jabha al-wataniyah al-qawmiyah al-Dimoqratiyah fi Iraq)
- JUD: 119 ff, 199 ff, 215, 225, passim
- Juma: Mohamed (Saleh): 226
- Kahramanmaraş (see Maraş)
- KAJYK (see Komeley Azadî w Jiyane w Yekêtî-y Kurd)
- Kaleli, Nazif: 93
- Kars: 30 f, 49, 59, 83, 119, 122
- Kassem, Gen. Abdul Kerim: 25, 53
- Kawa: 72
- Kaya, Şerefettin: 112
- Kayseri: 83, 106
- Khairialiah, Adnan: 153
- Khebat (Kampf) (see Xebat)
- Khabur: 119, 128
- Khamenei: 226
- Khanaqin: 162, 166, 178
- Khomeini: 7, 11 f, 58, 157, 193, 226 ff
- Khorshid: 25 f
- Khoshnaw, Kemal: 182
- Khoybûn (see Xoybûn)
- Khrena: 228
- Khuzistan: 46 f, 158
- KIP (see Kürdistan İşçi Partisi (Arbeiterpartei Kurdistans): 67, 74 ff
- Kirkuk: 120, 160, 166, 170, 209, 229
- Kirmanshah: 30, 33, 38
- Kissinger, Henry: 22
- KKDK — Komela Karkerên Demokratên Kurdistanê: 66 ff
- KKWK — Verein der Patrioten Kurdistans (see PKK/ERNK)
- Komala (Iran) — Kommunistische Partei des Iran in Kurdistan
- Komeley — Organ der Liga der Arbeiter Kurdistans: 187 f
- Komeley-KRK (see Komeley Randjberani Kurdistan (Liga der Arbeiter Kurdistans): 182 ff, 187 ff, 229
- Komeley Azadî w Jiyane w Yekêtî-y Kurd (KAJYK) Partei für die Freiheit, Auf-erstehung und Einheit der Kurden: 194 f
- KOMKAR — Federasyona Komelên Karkerên Kurdistan li Elmanya Federal — Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD: 65, 76, 116
- Kommandorat der Revolution (Irak) (see RCC)
- Kommando-Unternehmen (Spezialeinheiten, Razzien): 89, 103 ff, 140 ff, 145, passim
- Kommunistische Partei Kurdistans-Vorbereitungsple-num (see Yekitî, see: Rizgari)
- Kommunistische Partei der Türkei (see Türkiye Kom-munist Partisi (TKP))
- Konföderation Revolutio-

- närer Arbeitergewerkschaften (see DISK)
- Kongreß des Irakischen Volkes: 203, 218
- Kongreß der Sozialistischen Nationalisten: 203
- Konya: 49
- Korotürk, F.: 94
- Kotan, Mümtaz: 89
- Koysanjak: 201, 229
- Kreisky, Bruno: 191
- KRK (see Komeley Ranjberani Kurdistan. Komeley)
- KUK (see Rizgarvanên Neteweyên Kurdistan-KUK Kurdistan Ulusal Kurtuluşçulari, Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans)
- Kulu: 49
- Kurdayetî 1. (kurdischer Nationalismus, Kurdentum): 31, 2. Zeitschrift der PUK
- Kurd Dagh (Jebel Akrad): 35, 37, 47, 49
- Kurd Hukumeti (kurdische Regierungen, Status): 38
- Kurdische Akademie (see Akadêmîya Kurdî; vgl. Adressen)
- Kurdische Sozialistische Partei (see Partî Sosyalistî Kurd (Pasok))
- Kurdischsein, Kurdentum, kurdischer Nationalismus (see Kurdayetî)
- Kurdisch, passim
- Kurdisches Institut Bonn (vgl. Adressen): 60 f
- Kurdistan, passim
- Kurdistan Report, Zeitschrift (see ERNK/PKK): 70, 114, 120
- „Kurdistan ya nemân“ (Kurdistan oder der Tod): 21
- Kurmanci (Nordkurdisch), passim
- Kurtay, Ferhat: 111
- Kurtuluş (Befreiung) =
- „Befreiungsorganisation der Türkei und Nord-Kurdistans – Kurtuluş“: 74
- Kutschera, Chris: 75, 116, 222 ff
- Konter-Guerilla (Counter-G.) (see „Schwarze Käfer“, GSG 9 u.a.)
- Landflucht: 38, 46, 49
- Lausanne, Vertrag von (1923): 39
- Laze: 96
- Lazisch: 30, 36, 96
- Lazistan (auch: Georgien, Türkei): 30
- Lempen, Blaise: 116
- Leşgerî Şoreşî Kurdistan (Armee der Revolution Kurdistans) (see Pêşmerga)
- Libanon: 8, 45, 70
- Libyen: 45, 49, 150, 160, 218, 225 f
- Liga der Arabischen Staaten: 218
- Liga der Arbeiter Kurdistans (Werkstätigen) (see Komeley Randjberani Kurdistan-KRK)
- Luftwaffe, türkische: 126, passim
- deutsche: 136
- Luftwaffenstützpunkt (NATO): 136
- Luftwaffe, Tiefflugausbildung (i.d.T.): 136
- Lur, Luren: 46 ff
- Luristan: 46 f
- majilis watani (Nationalversammlung, Parlament): 154
- Malatya: 30, 34 f, 49, 59, 101
- Mamend, Resul: 148, 182, 185, 225
- Maqsud, Hamid: 203
- Maraş (Kahramanmaraş): 32, 40, 49, 57 f

- Mardin: 49, 58, 83, 215  
 Marxistisch-Leninistischer  
 Bund Kurdistans (Liga)  
 (see Komeley)  
 Mas'um, Dr. Fuad: 182, 203  
 Matthöfer, Hans: 78  
 MDP — „Milliyetçi Demokrasi  
 Partisi (Partei der Nationali-  
 stischen Demokratie): 97,  
 110  
 „Mem-û-Zîn: 38, 60 f  
 Menderes, Adnan: 56  
 MGK — Mala Galî Kurd (Haus  
 des Kurdischen Volkes): 75  
 MHP — Milliyetçi Hareket  
 Partisi, Partei der Nationali-  
 stischen Bewegung: 56  
 Middle East Report, Zeit-  
 schrift: 108, 210  
 Militärhilfe: 7, 55, 212  
 Militärjustiz: 20, 113, passim  
 Milliyet, Zeitung: 108  
 Minister für Angelegenheiten  
 des ‚Nordens‘: 148  
 MIT, türkischer Geheimdienst:  
 56, 87, 126  
 Mizgîn (Frohe Botschaft),  
 Zeitschrift: 61  
 MNS — Milli Nizam Partisi,  
 Partei der nationalen Ord-  
 nung  
 Mohamed, Aziz (see: IKP)  
 Le Monde, Zeitung: 58, 82,  
 91, 100, 103, 107, 112, 116,  
 124 ff, 222 f  
 Le Monde diplomatique, Zeit-  
 schrift: 116  
 More, Christiane: 40  
 Mosul: 120, 168, 170  
 MSP — Milli Selamet Partisi,  
 Nationale Heilspartei: 56  
 al-muhabarat, Staatssicher-  
 heitsdienst, Irak: 153, 185,  
 233  
 Munzurdağ: 49  
 Muş: 49  
 Mussolini: 55  
 Mustafa, Omar („Dababa“):  
 182  
 Najef: 157  
 al-Naqib, Gen. Hassan: 203  
 Nationale Islamische Be-  
 freiungsfront im Irak:  
 201 ff  
 Nationaler (irakischer) Kon-  
 greß (Tripolis Feb. 83):  
 202 f  
 Nationaler Sicherheitsrat:  
 82, 84  
 Nationales Statistisches In-  
 stitut (DIE): 138 f  
 NATO: 55, 108, 125, 122,  
 214, 217  
 al-Nawab, Muzaffar: 203  
 Nawzang, Tal von: 181 ff,  
 199  
 Dr. Nawşîrwan: 187  
 Nemrut: 33  
 Newroz, 1. Fest: 15, 72  
 2. Zeitschrift: 72  
 New Pesh Merga, Zeitschrift  
 der PGDK: 196, 217, 223  
 New Statesman, Zeitschrift:  
 210  
 Nineve: 214  
 Nixon, Richard: 22, 191  
 Nuri Pasha, Gen. Ihsan:  
 50, 180  
 OECD: 41, 87  
 Öcalan, Abdullah: 69, 71, 74,  
 119  
 Organisation der Volksbe-  
 freiungsarmee (OVBA):  
 198 f, 203  
 OYAK, Holdinggesellschaft:  
 79  
 Özal, Turgut: 78, 82, 84,  
 86, 97, 110  
 Özgürlük Yolu (Weg der Frei-  
 heit) (see Riya Azadî)  
 Osman, Dr. Mahmud: 183 ff,  
 193 f  
 Pakt von Tripolis (6. Febr.  
 1983): 203 ff, 207  
 Parastin (Geheimdienst der  
 PDK—Irak)

- Partei der Großen Türkei  
(see BTB)
- Partei für die Freiheit, Auferstehung und Einheit der Kurden (see Komeley Azadî w Jiyane w Yekêtî-y Kurd (KA)YK)
- Partî Dêmokratî Kurdistan-Irak (PDK), auch: Hezbî Demokratî Kurdistan, Demokratische Partei Kurdistans-Irak: 16, 24, 54, 64, 71, 107, 119, 147 f, 169, 178 ff, 182 ff, 188 ff, 214 ff, 225 ff
- „PDK“-Irak (dissidenter Splitter): 155
- PDK-Irak, 9. Kongreß: 191
- Partî Gelî Dêmokratî Kurdistan (PGDK) = Demokratische Volkspartei Kurdistans: 148, 196 ff, 203, 207, 213, 217
- Partî Sosyalistî Kurd (Pasok), Kurdische Sozialistische Partei: 148, 182 ff, 194 ff, 227
- Partî Sosyalistî Kurdistan-Irak, Sozialistische Partei Kurdistans-Irak (PSK): 148, 182 ff, 194, 225
- Pasok (see Partî Sosyalistî Kurd)
- Patriotische, Nationale und Demokratische Front im Irak (see al-Jabha al-wataniyah al-Qawmiyah wa al-Dimoqratiyah fi al-Iraq (JOWQAD))
- Patriotische Union Kurdistans (PUK) (see Yekîtî Niştîmanî Kurdistan (YNK))
- Pershing-Raketen: 210
- Peşan, Zeitschrift PGDK: 196
- Pêşeng (Vorhut): 74
- Peşeng bo Şoreş (Vorhut der Revolution): 74
- Pêşmerga (Peshmerga) — kurdische Partisanen, passim
- Pesh Merga, Zeitschrift,
- PDK—Irak: 193
- PGK — Partiya Gelên Kurdistan (Volkspartei Kurdistans): 75
- PGDK (see Partî Gelî Demokrati Kurdistan)
- Pipeline, transsyrische: 160
- Pipeline, transtürkische: 120, 195, 209 f, 215, 227
- Pir Kemal: 111
- Piran, Şeyh Said von: 50
- Pişteşan: 196, 204
- PKK — Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans): 69 ff, 74, 91, 106, 111 ff, 115, 119 ff, 130, 141, 194, 214, 227
- Polatli: 49
- PPKK — Partiya Pêşenga Karkerî Kurdistan-PPKK (Partei der Vorhut der Arbeiter Kurdistans) auch: PPKK/DDKD: 66 ff, 74 ff, 213
- Pradier, Jean: 18
- Progressive Nationale und Revolutionäre Tendenz (al-Taiyar al-taqadumî wa al-qawmi al-thawrî al-arîd)
- Progressive Nationale Partei (see al-Hisb al-watani al-taqadumi)
- PSKT — Partiya Sosyalist-a Kurdistan Tirkîyê, Sozialistische Partei Kurdistans der Türkei: 64 ff, 74, 213
- Provisorische Führung (see PDK—Irak: 185, 190 f)
- PSK-Irak (see Partî Sosyalistî Kurdistan-Iraq, Sozialistische Partei Kurdistans-Irak)
- PUK (see Yekiti Niştîmanî Kurdistan)
- PDK—Türkei: 184, 191, 214
- PDK—Iran: 179, 183, 190, 193 f, 196, 220
- Al-qadisiya al-asqari, Zeitschrift: 152

- Qadhi, Abdul Rahman  
 (Oberst): 21 f  
 Qamishli: 109  
 Qazi, Mohamed: 180
- al-Rabi'i, Salah: 203  
 Rafsanjani: 226  
 Rahmani, Sami (see  
 Abd al-Rahman, Mohamed  
 Mahmud)  
 Rajan: 226  
 Rambout, Lucien (pseudo.  
 n.) (see Bois, Thomas, Pa-  
 ter)  
 Rangel, Leila: 101  
 Ranya: 21, 23 f  
 Rapid Deployment Forces  
 (RDF): 55, 121, 211, 214,  
 217  
 Al-Rawi, Fawzi: 203  
 „Razzien“ (auch: Sonderein-  
 heiten, Kommandounter-  
 nehmen): 83, 102, 124 ff,  
 passim  
 RCC (Kommandorat der Re-  
 volution): 150, passim  
 Rebazi Noy (Neue Stimme),  
 Zeitschrift PUK: 187  
 Referendum, Verfassungs-,  
 v. 7.11.1982: 84  
 Regay Azadî (Weg zur Frei-  
 heit, Tariq al-hurriyeh),  
 Zeitschrift PSK: 185 f, 222  
 Republikanische Volkspartei  
 (see Cumhuriyet Halk Par-  
 tisi — CHP)  
 Ey Reqib: 15  
 Revolutionäre Kulturvereini-  
 gungen des Volkes (see  
 Devrimci Halk Kültür Der-  
 negi — DHKD)  
 Riya Azadi (Weg der Freiheit,  
 Özgürlük Yolu): 64 ff, 116  
 Seyid Riza: 50  
 Rizgari (Befreiung): 68 f, 213  
 Rizgarî Kurd (see Hizbî Riz-  
 garî)  
 Rizgariya Kurdistan, Zeit-  
 schrift
- Rizgarvanên Neteweyên  
 Kurdistan — KUK (Kurdi-  
 stan Ulusal Kurtuluşçuları,  
 Partisanen der Nationalen  
 Befreiung Kurdistans): 64,  
 68, 70, 120, 213  
 Roberts, Gwynne: 167  
 Roja, Nû, Zeitschrift: 21  
 Roja Welat, Zeitschrift: 65  
 Roter Halbmond: 101  
 Rowanduz: 16  
 Ru-ê-şin: 227  
 Rüstungsfabriken, gemeinsa-  
 me: 86
- Sabri, Osman (see Sebrî)  
 Hussein, Saddam (see al-  
 Takriti, S.H.)  
 al-Sadr, Sayyid Mohamed  
 Baqir: 157  
 Said, Dr. Khaled: 182, 184  
 al-Sai'di, Ayad: 203  
 al-Sai'di, Mohamed Salih  
 Sakkiz (Saqqez): 6, 47  
 Salah ad-Din (Ayyubi),  
 auch: Saladin: 61  
 Saladin-Universität: 166,  
 235  
 Salih, S.: 203  
 Salman Bak: 233  
 Saltik, Gen. Haydar: 84  
 Sami (see Abd al-Rahman,  
 Mohammed Mahmud)  
 Samarraï, Abdel Khaliq:  
 153  
 Samsun: 83  
 Sanandaj: 25  
 Saudi-Arabien: 158, 210,  
 212  
 Saut al-Ittihad (Stimme der  
 Union), Zeitschrift PUK:  
 117, 187  
 Savak (Sazman Amniat ve  
 Ettelaat Keshvar — Nationa-  
 ler Nachrichten- und Sicher-  
 heitsdienst, des Schahs): 22,  
 25  
 Sektion Kurdistan, der Irakischen  
 Kommunistischen Partei: 149



- self-government, innere Autonomie: 147, 178 ff, 182, 198, 201, 229  
 Serxwebûn (Unabhängigkeit), Zeitschrift, Zentralorgan der PKK: 70 f  
 Sèvres, Vertrag von, 1920: 30, 38, 50, 147  
 Siirt: 32, 49, 58, 67, 83, 105, 124 f, 130  
 Silvan: 30  
 Sinjar: 162  
 Sinjarî, Ali: 148, 184 f, 195, 203, 212 f  
 Sivas: 49, 59, 83, 106  
 Smyrna (see Izmir)  
 SODEP – Partei der sozialen Demokratie  
 Sowjetunion (UdSSR), passim  
 Soran: 184  
 Sozialistische Partei Kurdistans-Irak (see Partî Sosyaliştî Kurdistan-Irak)  
 Späth, Lothar: 86  
 The Spark, Zeitschrift PUK: 187, 222  
 Sprache, offizielle, Amts-, verbottene: 7, 84, 138 f  
 „strategische Dörfer“ (Türkei): 27 f, 163 f  
 Suleimani (Suleimaniya): 22, 164 f, 166 f, 174, 180, 183, 203 f  
 Suryani (see Assyrer)  
 Syrien, passim  
 Al-Shaheed (Der Märtyrer), Zeitschrift: 201, 223  
 Şhinkaya, Gen. Tahsin: 84  
 Al-Sharara (Der Funke), Zeitschrift PUK: 187, 222  
 Shar-Bazher: 203, 225  
 Sharif, Hilmi: 24  
 Sharokh: 23  
 Şatavi, A.R. (see Ghassemlou, A.R.)  
 Sharistan: 170  
 Shatt al-Arab: 158  
 Şawes, Nuri: 24, 190 ff  
 Şawes, Roj: 226  
 Sheikhan: 162  
 Sheikhmus, Omar: 170, 183  
 Şemdinli: 129  
 Şemzini, Aziz (Oberst): 24  
 Sheref Khan von Bitlis (see Şeref Xan): 38, 61  
 Şeref-name, (Sheref-nameh)  
 Şeyh Mahmud: 180  
 Şeyh Riza: 50, 180  
 Şeyh Said von Piran: 50, 180  
 Şchiiten: 8, 149 f, 157 f, 170, 200 ff  
 Şivan, Dr. (vgl. Kirmizitoprak): 64, 67 f  
 Schulschließungen: 167 f  
 „Schwarze Käfer“: 145 f  
 Schweiz: 112, 115, 119  
 Studia Kurdica, Zeitschrift (vgl. Adressen)  
 Tağmaç, Gen.: 53  
 al-Taiyar al-Taqadumî wa al-qawmi al-thawrî al-arîd (see Progressive Nationale und Revolutionäre Tendenz – i.d. PUK)  
 Al-tajamu al-qawmi (al-watani) al-Iraqi, Irakischer Nationaler (Patriotischer) Zusammenschluß (Sammlung): 150  
 Takrit: 151  
 al-Takriti, Berzan: 153, 185  
 al-Takriti, Saddam Hussein: 151 ff, 163 f, 170, 174 ff, 178, 185, 204, 208 f, 217 ff, 227 ff, 233  
 Takriti-Gruppe, Takrit-Mafia: 151 ff, passim  
 Talabani, Jalal: 24, 69, 148, 151, 163, 182 ff, 191, 194, 205, 228 ff  
 „Tal der Parteien“ (see Nawzang)  
 Tariq al-hurriyeh, Zeitschrift (see Regay Azadî)  
 Tariq al-Sha'b, Zeitschrift der IKP (Weg des Volkes): 151, 155.  
 Tawfiq, Dara: 190  
 TDKP – Revolutionäre Kommu-

- nistische Partei der Türkei  
Türkiye Devremci Kommunist  
Partisi
- Têkoşin (Kampf): 74, 213  
The Times, Zeitung: 106, 204  
TIP – Türkiye İşçi Partisi, Arbeiterpartei der Türkei: 54, 94  
Tirêj, Zeitschrift (KKDK): 67  
Tishrin (Oktober), Zeitschrift: 185
- TKP – Türkiye Komünist Partisi, Kommunistische Partei der Türkei: 198
- TKSP – Türkiye-Kurdistan Sosyalist Partisi, Sozialistische Partei von Türkei-Kurdistan (see PSKT, vgl. Özgürlük Yolu, see Reya Azadî): 64, 223
- The Torch, Zeitschrift, PUK: 228  
Trapezunt = Trabzon: 30, 83, 96  
Tribune de Genève, Zeitung: 103  
Tribune Dimanche, Zeitschrift: 116  
Tribune Le Matin, Zeitung: 116
- TSIP – Türkiye Sosyalist İşçi Partisi, Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei
- Tudeh-Partei: 69, 198  
Tümer, Admiral Nejat: 84  
Tunceli (see Dersim)  
Türkei, passim  
„Türkeihilfe“ (der BRD): 78  
Türkes, Alparslan, Oberst: 56, 82
- Türkiye Komünist Partisi (TKP) – Kommunistische Partei der Türkei: 65 f, 69, 74, 80  
türkische Intervention (im Irak): 103 ff, 121 ff  
türkisch-irakisches Abkommen über Kooperation (von 1979): 103 ff, 125, 208
- Türkmen, Dogan: 115, 208 f  
Turkey Today: 116 f
- TStGB – Türkisches Strafgesetzbuch: 91, passim
- Unabhängige Demokraten (Iraks): 199, 203
- UDK – Union der Demokraten Kurdistans, Yekitiya Demokratên Kurdistan – Y.D.K. (vgl. Adressen)
- Ulusu, Bülent, Admiral: 82  
Union Irakischer Schriftsteller: 167  
Union Kurdischer Schriftsteller: 167  
Union der Sozialistischen Einheitsdemokraten: 203  
Universität von Sulaimani: 166 ff  
Unterkommission für Menschenrechte (des ECOSOC): 98, 109  
UNO: 41, 98, 109, 117  
USA: 13, 209  
Urfa (auch: Sanliurfa, Edessa): 47, 49, 59, 64, 83, 139  
Ushnû: 23, 180, 228  
Uzun, Ferit: 72  
Uzun, Paşa: 89
- Van: 6, 18, 30, 33 f, 49, 55, 83, 99, 108, 121, 211  
Vanly, Ismet Chêrif: 8, 42, 47, 63, 119  
Verbote, Zeitschriften: 61  
Verein für den Frieden: 91  
Vereinigte Sozialistische Partei Kurdistans: 184 f  
Verfassungsgebende Kommission: 84  
„24 heures“, Zeitung: 116, 222 f  
Volkszählung: 41  
Völkerbund: 168  
Völkermord an den Armeniern: 39, 85, 96  
Volksarmee, Irak: 174, 235  
Volkspartei (see HP – Halkçi Partisi)
- Wachstum, demographisches: 40, 46  
Wahlen (vom 20.6.1980): 155  
Wali, Taher Ali: 182 f  
al-waq'a'i al-Iraqia, Amtliches Gesetzblatt: 164 f, 222  
Washington: 13, 22, 55, 81 f

- Washington Post, Zeitung: 210  
 Wehrpflicht: 235, passim  
 von Weizsäcker, Richard: 85  
 Welat (Das Land, Heimat), Zeitschrift, PDK-Irak: 193  
 Weltbank: 41  
 Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (see ECOSOC)  
 Wörterbuch, kurdisch-türkisches: 61  
 Wörterbuch, kurdisch-deutsches (see Bibliographie)
- Xanê, Ehmedê (Ahmedî Khanî): 37 f, 61 f  
 Xebat (Kampf), Zeitschrift, PDK-Irak: 193  
 Xoybûn (Khoybûn): 50
- Yekbûn – Partiya Azadî û Pêşketina Kurdistan, Partei für die Freiheit und den Fortschritt Kurdistans: 76  
 Yekêtî Niştimanî Kurdistan (YNK) = Patriotische Union Kurdistans (PUK): 69, 117, 148 ff, 178 ff, 182 ff, 210, 212 f  
 Yeketiî, Zeitschrift, PUK: 222  
 Yekîtî, Zeitung (Komm. P. Kstns.): 69  
 Yeni Gündem, Zeitschrift: 81  
 Yezidi (Ezdi): 8  
 Yildirim, Hüseyin: 112  
 Yilmaz, Akif: 111  
 Yol (Der Weg): 94  
 Yeketiî Şoresgeren Kurdistan (YSK) – Union der Revolutionäre Kurdistans: 187 f  
 Yüksekova: 184  
 Yusefi, Salih: 185, 190
- Zakho: 103 ff, 119, 123, 128, 174, 209 f, 212 f, 216  
 Zangana, Abdul Khaleq: 203  
 Zazaki (see dimili)  
 Zana, Mehdi: 89, 93  
 Zoroastrismus: 72 (see Adressen)  
 Zypern, Republik: 98

Institut kurde de Paris

Institut kurde de Paris

Institut kurde de Paris

# GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

Die Gesellschaft für bedrohte Völker wurde 1970 gegründet. Sie ist die einzige Menschenrechtsorganisation im deutschen Sprachraum, die für die Rechte von ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten eintritt. Sie kämpft gegen Völkermord (Genozid) und gegen die kulturelle Unterdrückung von Minderheiten (Ethnozid) und ist politisch strikt neutral.

In den letzten Jahren sahen wir uns mit neuen Aufgaben konfrontiert. Von immer mehr Gruppen wurde unsere Hilfe in Anspruch genommen: von Flüchtlingen, mittelamerikanischen Indianern, Tamilen, Völkern im Südpazifik und am Horn von Afrika, um nur einige zu nennen. Diesen Anforderungen können wir nur nachkommen, wenn das Bundesbüro in Göttingen stärker ausgebaut werden kann. Gegenwärtig ermöglichen 2700 Mitglieder unsere Arbeit. Wir bräuchten weitere 500 Mitglieder, um unseren heutigen Aufgaben gerecht zu werden.

Zu unserem Eintreten für die Menschenrechte zählt auch die tägliche Kleinarbeit: Initiativen, die keine Schlagzeilen machen. Wir protestieren auch dann gegen schreiendes Unrecht, wenn Aussichten auf Erfolg gering sind. Wir klagen Menschenrechtsverletzungen ohne Rücksicht darauf an, wo sie geschehen — im Westen, im Osten oder in der Dritten Welt. Die hierfür notwendige politische Unabhängigkeit gewährleisten wir, indem wir uns ganz aus den Beiträgen unserer Mitglieder und den Spenden unserer Freunde finanzieren.

Fördern auch Sie die Gesellschaft für Bedrohte Völker — tragen Sie dazu bei, daß wir auf die zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte ethnischer und religiöser Minderheiten wirksamer reagieren können. Politiker — das haben wir in fünfzehn Jahren lernen müssen — reagieren immer erst dann auf tragische Einzel- und Gruppenschicksale, wenn sich breite Kreise der Öffentlichkeit für sie einsetzen.

Schreiben Sie uns, wenn Sie weitere Informationen über unsere Menschenrechtsarbeit wünschen (legen Sie bitte DM 5,— in Briefmarken, Scheck oder Geldschein bei).

## Gesellschaft für bedrohte Völker

gemeinnütziger Verein

Postfach 2024, 3400 Göttingen

Tel. 05 51-5 58 22/23

Postscheck Hamburg 29 77 93-207

# pogrom

## Zeitschrift und Taschenbuchreihe

pogrom ist mit fast 4.000 Abonnenten und einer Auflage von 5.000 bis 10.000 Exemplaren pro Ausgabe zur bedeutendsten Zeitschrift in deutscher Sprache über die Situation bedrohter Stammesvölker und Nationalitäten geworden. pogrom hat sich zum Sprachrohr derer entwickelt, »von denen keiner spricht« — unabhängig von politisch, geographisch oder ideologisch definierten Grenzen. Berichtet wird gleichermaßen über den Widerstand der Völker Afghanistans gegen die sowjetische Okkupation wie über die Lage der Kurden, Assyrer und Armenier im Nahen Osten, über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Indianern und über Minderheiten in Osteuropa.

## DIE BÜCHER

**1002:** Die frohe Botschaft unserer Zivilisation — evangelikale Indianermission in Südamerika gegen Indianer, 192 Seiten, (pogrom Nr. 62/63), 1979, DM 7,80

**1003:** Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau, die Schwarzaustriale (Aborigines) kämpfen ums Überleben, 192 Seiten, (pogrom Nr. 66/67), 1979, DM 7,80

**1004:** Kenrick/Puxon: Sinti und Roma — Vernichtung eines Volkes, Internationales Standardwerk über den Holocaust, 192 Seiten, (pogrom Nr. 69/70), 1981, DM 7,80

**1005:** Sinti und Roma im ehemaligen KZ Bergen-Belsen am 27. Oktober 1979 — erste deutsche Gedenkkundgebung »In Auschwitz vergast — bis heute verfolgt«, 192 Seiten, (pogrom Nr. 76), 1980, 2. Auflage 13-20.000, DM 5,80

**1006:** Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht — Der Prozeß Talaat Pascha Berlin, 1921, 3. Neuauflage mit Vorwort, Photos und Karten, 136 Seiten, 1980, DM 9,80

**1007:** Haratin — Mauretaniens schwarze Sklaven, 100 Seiten, 1982, (pogrom Nr. 91), DM 6,80

**1008:** Tahiti — Französisch-Polynesien, Südseeparadies unter dem Atompilz, 176 Seiten, (pogrom Nr. 93/94), 3. Auflage 1986, DM 7,80

**1009:** Chaliand, Vanly u.a.: Kurdistan und die Kurden, umfangreichstes Kurdenbuch in deutscher Sprache, 150 Photos u. Karten, 480 Seiten, (pogrom Nr. 105/106), 1984, DM 14,80

**1011:** Die kurdischen Yezidi. Ein Volk auf dem Weg in den Untergang, 160 Seiten, (pogrom Nr. 110), 1984, DM 9,80

**1012:** Das Verbrechen des Schweigens. Die Verhandlungen des türkischen Völkermordes an den Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker, 192 Seiten, 1985, DM 14,80

**1013:** Osttimor — Das vergessene Sterben. Indonesischer Völkermord unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit, 149 Seiten, 1985, DM 9,80



## DIE ZEITSCHRIFTEN

- 60:** Aborigines / Indianer Nord und Süd / Südmlukker / Kurden und Assyrer / Minderheiten in West- und Osteuropa, 60 Seiten, DM 3,50
- 65:** Menschenrechte und Minderheiten in Indochina / Tibet / Bangla Deshs Hill Tribes / Nagas / Ainus / Osttimor / Baschkiren und Tataren / Indianer Nord und Süd / Kurden, 84 Seiten, 1979, DM 4,80
- 71:** Schwerpunktausgabe Minderheiten im Indonesisch-philippinischen Bereich (Westpapuas/Südmlukker/Osttimoresen/Igorot) außerdem Kurden / Eritrea / Ogaden / Indianer / Sinti / Minderheiten in Frankreich, 1980, 48 Seiten, DM 3,50
- 77:** Schwerpunktausgabe Berber, Kabysten, Tuareg, außerdem Igorot und Moro auf den Philippinen und Okkupation von Afghanistan, 54 Seiten, 1980, DM 3,50
- 78/79:** Indianer Nord und Süd / Deutsche Waffenlieferungen / Völker Afghanistans / Aborigines / Eritrea u.a., 1981, 120 Seiten, DM 3,50
- 80/81:** Sinti/Roma Heute, Sonderausgabe zum III. Welt-Roma-Kongreß 1981 — Weltromabewegung — Situation in 13 Staaten Europas — Verfolgung im Dritten Reich — Bürgerrechtsbewegung — Polizeizigeunerzentrale Frankfurt — Ziganologie, Rassenideologie — »Zigeunerseelsorge«, 172 Seiten, 1981, DM 7,80
- 83:** Staatenlose Roma / Nationalitätenstaat Burma / Indianer Paraguay und Kanada / Tamilen, 54 Seiten, 1981, DM 3,50
- 85:** Armenier und christliche Nationalitäten im Nahen Osten, Tscherkesen, Griechen in Kleinasien, 68 Seiten, 1981, DM 4,80
- 86:** Indlanische Stammesvölker / Aborigines, 80 Seiten, 1981, DM 4,80
- 87:** Afghanistan — Vielvölkerstaat, Okkupation und Widerstand, 80 Seiten, 1982, DM 4,80
- 88:** Kalash/Pakistan, Samen, »Indien-Tamilen« in Sri Lanka u.a., 80 Seiten, 1982, DM 4,80
- 89/90:** Sonderausgabe Nordamerikanische Indianer, 140 Seiten, 1982, DM 5,80
- 96:** Indianer Brasiliens — Opfer des Fortschritts, 60 Seiten, 1982, DM 4,—
- 97:** Schwerpunktausgabe Tibet, 60 Seiten, 1982, DM 4,—
- 98:** Burakumin — Oromos — Völker Afghanistans — Indianer Nord/Süd u.a., 72 Seiten, 1983, DM 5,—
- 99:** Südamerikas Tieflandindianer, 60 Seiten, 1983, DM 4,—
- 102/103:** Djibouti — Äthiopische Juden — Kosovos Albaner u.a., 80 Seiten, 1983, DM 5,—
- 104:** Indianer Mittelamerikas, 60 Seiten, 1983, DM 4,—
- 107:** Eritrea / Südsudan / Zypern / Indiens Adivasi u.v.m., 64 Seiten, 1984, DM 4,—
- 108:** Kärntens Slowenen / Afghanistan / Aborigines in Australien / Innu in Labrador, 64 Seiten, DM 5,—
- 109:** Völker Sibiriens / Buschmänner / Tamilen / World Vision in Ecuador, 68 Seiten, 1984, DM 5,—
- 111:** Falascha — Inuit — Kosovo — Kurdistan — Ukrainer, 64 Seiten, 1984, DM 5,—
- 112:** Mexiko, 64 S., 1984, DM 5,—
- 113:** Äthiopien — Afghanistan — Juden/DDR — Indianer — Kurden, 64 Seiten, 1985, DM 5,—
- 116/117:** Das Vermächtnis der Opfer von gestern: Einsatz für die Opfer heute, 1985, 96 Seiten, DM 8,—
- 118:** Frankreich — Sprachenrechte für die Bretonen / Baltikum-Tribunal klagt die Sowjetunion an / Zur Situation der Juden in der Schweiz / Homeland — Zur Politik Südafrikas / Staudämme bedrohen Wedda in Sri Lanka und Madia-Gond in Indien, 1985, 68 Seiten, DM 5,—
- 119:** Völker der Arktis, 1985, 68 Seiten, DM 5,—
- 120:** Die rätoromanischen Völker; Indianer Nordamerika; Stammesvölker in Nordindien; Minderheiten im 'Goldenen Dreieck', 1986, 64 Seiten, DM 5,—
- 121:** Sonderausgabe: Irlands Fahrende — Die Tinker; Nordirland; Irisch-Gälische Sprachbewegung, 1986, 64 Seiten, DM 6,—



**pogrom Reihe bedrohte Völker Nr. 1009**

2. Auflage 1986, 480 S., DM 19,80

Inhalt: Die Entwicklung in Kurdistan seit dem Osmanischen Reich – Türkei – Irak – Iran – Syrien – Sowjetunion – Die kurdische Republik von Mahabad –

Mit Beiträgen von Kendal, A.R. Ghassemlou, Archie Roosevelt, Ismet Chérif Vanly, Mustafa Nazdar, Gérard Chaliand, Tilman Zülch.

Die Entwicklung bis 1978

**Ismet Chérif Vanly  
Kurdistan**

**und die Kurden**

Band 3



**pogrom Reihe bedrohte Völker**

erscheint 1987, ca. 360 S., DM 19,80

Zum Inhalt: Iran – irakisch-iranischer Krieg – Geheimdokumente aus der Teheraner US-Botschaft – Gespräch mit Ayatollah Khomeini – Entwicklung des kurdischen Widerstandes – Die Parteien des Widerstandes – Syrien – Sowjetunion – Israel – Libanon – Kurden in der Diaspora – Schlußfolgerungen und Ausblick: Vanly versucht eine Gesamtanalyse der kurdischen Bewegung und entwickelt Strategien und Perspektiven

**Menschenrechte für  
Kurdistan  
und die Kurden**

**Gesellschaft für bedrohte  
Völker:**

– 18 Jahre Solidaritätsarbeit

Bitte vorbestellen –

erscheint spätestens Ende 1987

Reprints aller GfbV-Veröffentlichungen zum Thema

ca. 240 S., DM 19,80

**pogrom-Themenband Nr. II**

Institut kurde de Paris

»Die Kleidung der Soldaten ist schlicht und unauffällig. Doch beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch die Körper der todesmutigen bärenstarken Männer. Sie recken sich, brüllen wie die Löwen und zielen. Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn sie die letzten Magazine leergeschossen haben, nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verräter die tödliche Lehre erteilt haben.«

(Zitat aus einem Bericht der türkischen Tageszeitung »Günes« vom 1. 4. 86)



»Wir wachten morgens auf und alle unsere Häuser waren umzingelt. Wir wurden von den Soldaten in die Volksschule gebracht und dort erst einmal verprügelt. Ihr helft den Anarchisten, sagten sie uns, ihr ernährt sie. Dann sagten sie »Jetzt übergießen wir euch und die Häuser mit Benzin und zünden alles an.« – Wir mußten alle dort bleiben, keiner durfte nach Hause gehen. Dann sagte der Kommandant zu den Frauen: »Ich lege euch nackt vor die Polizeiwache. Auf jeden von euch kommen fünf bis sechs Soldaten.« Und zu den Männern: »Und ihr seht zu.« – Jeder, der entkommen konnte, floh. Dann fingen sie an, die Kinder zu prügeln, und dann haben sie unsere Männer gefoltert.«

(Aus: »Günes«, 1. 4. 1986)